



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das kleine Staatsbürger-Lexikon

Steinwart, Franz

Münster, 1930

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82212](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82212)

Das kleine
 tautshürger-
Lexikon

3

3.75.

Part 113

3.



Das kleine
Staatsbürger-
Lexikon

Ratgeber
in allen staatsbürgerlichen Angelegenheiten

25. Auflage.

Bearbeitet unter Mitwirkung mehrerer Fachleute
von
Staatsanwalt F. Steinwart.



Verlag A. Bollmer, Münster in Westf.

Vorwort.

Als ein einzigartiges Buch darf sicherlich das „Kleine Staatsbürger-Lexikon“ bezeichnet werden, das in erstaunlicher Vielseitigkeit alles enthält, was jeder von rechtlichen und staatsbürgerlichen Angelegenheiten unbedingt wissen muß, sei es im privaten oder im öffentlichen Leben.

Was sonst aus vielen Werken mühsam zusammengesucht werden muß, ist hier, in straffer Zusammenfassung, übersichtlich geordnet und leicht verständlich dargestellt, in einem Buche vereinigt.

Hieraus erklärt sich auch die große Verbreitung, die das „Kleine Staatsbürger-Lexikon“ in kurzer Zeit gefunden hat.

Möge das Buch, das jetzt bereits in 25. Auflage erscheint, allen ein treuer und unentbehrlicher Ratgeber sein.

Münster i. W., im April 1930.

Der Verlag.

Das Stichwort-Verzeichnis befindet sich auf den letzten Seiten.

Inhaltsverzeichnis.

Kapitel 1: Allgemeine Rechtsvorschriften. Seite 5—15.

1. Das Lebensalter im Recht. — 2. Fristen, Termine, Verjährung. — 3. Über Schadensersatz. — 4. Erkrankung und Tod.

Kapitel 2: Das Rechtsgeschäft. Seite 15—29.

1. Allgemeines und Form. — 2. Kauf, Schenkung. — 3. Miete, Pacht. — 4. Dienst- und Werkvertrag. — 5. Spiel, Wette, Lotterie. — 6. Übertragung von Forderungen, Bürgschaft, Darlehn.

Kapitel 3: Das Sachenrecht. Seite 30—35.

1. Eigentum an beweglichen Sachen. Verlorene Sachen. Finderlohn. — 2. Das Eigentum an Grundstücken. Grunddienstbarkeiten. — 3. Das Pfandrecht.

Kapitel 4: Ehe- und Familienrecht. Seite 36—47.

1. Schließung der Ehe, Rechte und Pflichten der Ehegatten. — 2. Eheliches Güterrecht, eingebrachtes Gut, Vorbehaltsgut, Gütergemeinschaft, Gütertrennung. — 3. Verwandtschaft, Schwägerschaft, Unterhaltspflicht. — 4. Geburt des Kindes, Religion, Impfung, Schule. — 5. Die elterliche Gewalt. — 6. Annahme an Kindesstatt. — 7. Die Vormundschaft. — 8. Auflösung der Ehe.

Kapitel 5: Das Erbrecht. Seite 48—53.

1. Die Erbfolge. — 2. Erbvertrag u. Testament. — 3. Pflichtteil, Nachlaßverteilung, Erbenhaftung.

Kapitel 6: Handel und Geldverkehr. Seite 54—69.

1. Organisation des Handels (Handelsgesellschaft, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft, G. m. b. H.). — 2. Patentrecht, Musterrecht, Warenzeichen. — 3. Geld- und Bankwesen (Wechsel- und Scheckkunde). — 4. Börsenwesen.

Kapitel 7: Das Gewerbewesen. Seite 69—77.

1. Befähigungsnachweis und Konzession. — 2. Das Handwerk (Innung, Handwerkskammer, Prüfungswesen). — 3. Jagd- und Fischereigesetzgebung.

Kapitel 8: Das Arbeitsrecht. Seite 78—86.

1. Arbeitsvertrag, Tarifvertrag, Betriebsräte, Kündigungsschutz. — 2. Die Arbeitszeit (Frauen- und Kinderarbeit). — 3. Der Arbeitsnachweis. — 4. Einstellungszwang und Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte.

Kapitel 9: Die Sozialversicherung. Seite 87—101.

1. Krankenversicherung. — 2. Unfallversicherung. — 3. Invalidenversicherung. — 4. Angestelltenversicherung. — 5. Knappschaftsversicherung. — 6. Arbeitslosenversicherung.

Kapitel 10: Das Fürsorgewesen. Seite 101—107.

1. Allgemeine Fürsorge (Fürsorgepflicht und Wohlfahrtspflege). — 2. Sonderfürsorge (Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene). — 3. Jugendschutz (Schund- und Schmutzgesetz).

Kapitel 11: Der Rechtsweg. Seite 108—128.

1. Die Zuständigkeit der Gerichte. Die Arbeitsgerichte. — 2. Zivilprozeß. — 3. Mahnverfahren. — 4. Zwangsvollstreckung einschl. Offenbarungsseidverfahren. — 5. Konkurs und Vergleich. — 6. Strafprozeß. — 7. Privatklage und Schiedsmann.

Kapitel 12: Aus dem Staatsrecht. Seite 128—144.

1. Die Verfassung des Deutschen Reiches. — 2. Über Staatsgesetze und Gesetzbücher. — 3. Rechte und Pflichten des Staatsbürgers.

Kapitel 13: Die Wehrmacht. Seite 144—146.

Organisation des Heeres und der Marine.

Kapitel 14: Die Verwaltung. Seite 146—160.

1. Die Behörden und die Organe der Selbstverwaltung (Reichsverwaltung, Länder-, Provinzial-, Kreis-, Stadt- und Landgemeindeverwaltung). — Die Polizei.

Kapitel 15: Steuern und Zölle. Seite 161—170.

1. Direkte und indirekte Steuern, Rentenbank- u. Industriebelastung. — 2. Die Zölle. — 3. Landesfinanzämter, Finanzgerichte, Finanzämter, Katasterämter.

Kapitel 16: Das Verkehrswesen. Seite 171—189.

1. Die Reichspost (Organisation und Tarife). — 2. Der Luftverkehr. — 3. Die Reichsbahn (Organisation und Tarife).

Kapitel 17: Die Religionsgesellschaften. Seite 190—192.

Ihre Organisation und Vermögensverwaltung.

Kapitel 18: Das Schulwesen. Seite 193—198.

1. Aufbau und Organisation (Volksschule, Mittelschule, Höhere Schule, Aufbauschule, Oberschule). — 2. Die Hochschulen.

Kapitel 19: Die Berufe. Seite 198—204.

1. Männliche Berufe. — 2. Weibliche Berufe.

Anhang: Seite 205—215.

Versailler Vertrag, Londoner Abkommen, Völkerbund. — Statistische Materialien. — Maße, Gewichte. — Ausland. Geldwährungen. — Der Dollarkurs während der Inflation. — Kennzeichen der Kraftwagen. — Anwalts-, Gerichts- und Notariatsgebühren.

Stichwort-Verzeichnis: Seite 217—223.

Kapitel 1: Allgemeine Rechtsvorschriften.

Erster Abschnitt: Die Bedeutung des Lebensalters im Recht.

Mit Vollendung der Geburt beginnt die Rechtsfähigkeit des Menschen, d. h. die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben. § 1 BGB.

Die Erbsfähigkeit beginnt bereits 270 Tage vor der Geburt. §§ 1600, 1923 BGB.

Vor Vollendung des 2. Lebensjahres wird der Mensch zum ersten Mal impfpflichtig. Vgl. Kap. 4, 4. Abschnitt.

Mit dem 6. Lebensjahre wird das Kind schulpflichtig.

Mit dem vollendeten 6. Lebensjahre geht die Sorge für einen Sohn aus geschiedener Ehe, wenn beide Ehegatten für schuldig erklärt sind, auf den Vater über. § 1635 BGB.

Bis zum 7. Lebensjahre ist der Mensch geschäftsunfähig, d. h. er kann keine Handlungen mit rechtlicher Wirkung (Rechtsgeschäfte) vornehmen, z. B. keine Käufe abschließen, keine Mietverträge eingehen.

Mit Vollendung des 7. Lebensjahres beginnt die beschränkte Geschäftsfähigkeit, d. h. die Rechtsgeschäfte (Verträge) des Minderjährigen, der über 7 Jahre alt ist, haben nur mit Genehmigung des gesetzlichen Vertreters (des Vaters, der Mutter, des Vormundes) Gültigkeit. § 108 BGB.

In folgenden Fällen bedarf es nicht der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters:

1. Wenn die vertragsmäßige Leistung mit Mitteln bewirkt wird, die dem Minderjährigen zu freier Verfügung überlassen sind. § 110 BGB. Z. B. der Schüler kauft sich für sein Taschengeld ein Buch.

2. Wenn er durch den Vertrag lediglich einen Vorteil erlangt. § 107 BGB. Z. B. der Schüler bekommt zum Geburtstag eine Uhr geschenkt.

3. Wenn es sich um Eingehung, Aufhebung oder Erfüllung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses durch den Minderjährigen handelt, wozu Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters vorhanden ist. § 113 BGB. Z. B. der Gehilfe oder das Dienstmädchen trifft Abmachungen über den Lohn.

4. Bei Rechtsgeschäften, die ein Erwerbsgeschäft, das der Minderjährige mit Ermächtigung seines gesetzlichen Vertreters betreibt, mit sich bringt. § 112 BGB.

z. B. der minderjährige Sohn betreibt selbständig auf seinen Namen ein Kolonialwarengeschäft und bestellt Waren für das Geschäft.

Will aber ein Minderjähriger ein Grundstück veräußern, Darlehn aufnehmen, Bürgschaft leisten, Wechsel ausstellen oder Prokura erteilen, so kann er dies nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes, die vom gesetzlichen Vertreter einzuholen ist. Sonst sind derartige Rechtsgeschäfte unwirksam.

Wenn minderjährige Kinder zur Erziehung oder zur Ausbildung im Berufe sich außerhalb des Hauses befinden, so haften die Eltern für den Ankauf von Büchern des Minderjährigen, ferner für seine Wohnungsmiete, Beschaffung von Nahrung und Kleidung, soweit diese Beschaffungen dem notwendigen und standesgemäßen Unterhalt dienen. Für Spiel- und Zechschulden haften sie nicht. Mit Vollendung des 7. Lebensjahres beginnt auch die Haftung der Kinder für angerichteten Schaden. Sind die Kinder noch keine 18 Jahre alt, so sind sie nicht verantwortlich, wenn ihnen die genügende Einsicht fehlt.

Mit Vollendung des 13. Lebensjahres beginnt unter besonderen Bedingungen die Zulässigkeit der Beschäftigung Minderjähriger in Fabriken. Gew.-D.

Mit dem 14. Lebensjahre beginnt beschränkte Strafmündigkeit bis zur Vollendung des 18. Jahres.

Bei dem beschränkt Strafmündigen ist festzustellen, ob er bei Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß. Besaß er sie nicht, so ist er freizusprechen, im anderen Falle wird ihm wegen seines jugendlichen Alters mildere Bestrafung zuteil; z. B. ein Kind von 11 Jahren, welches vorsätzlich mit einem Stein eine Scheibe einwirft, kann wohl zum Ersatze des Schadens (Bezahlung der Scheibe) verpflichtet sein, aber nicht vom Strafrichter wegen Sachbeschädigung bestraft werden. (Vgl. auch Abschnitt 3 über Schadensersatz.)

Nach Vollendung des 14. Lebensjahres hat das Kind seine Einwilligung zur Annahme an Kindesstatt zu geben. (Vgl. Kapitel 4, 5. Abschnitt.)

Mit Vollendung des 16. Lebensjahres wird man eidesmündig. (Fähigkeit, vor Gericht eidlich als Zeuge vernommen zu werden.)

Mit 16 Jahren erlangt man ferner die Fähigkeit ein Testament zu errichten, aber nur vor einem Richter oder Notar.

Das weibliche Geschlecht erlangt mit 16 Jahren Heiratsfähigkeit. (Dispens ist zulässig.)

Wer 18 Jahre alt ist, ist voll strafmündig und voll schadenersatzpflichtig. Weiter kann er mit seiner und seiner Eltern Zustimmung vom Vormundschaftsgericht für volljährig erklärt werden.

Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, ausgenommen entmündigte, sowie Personen ohne bürgerliche Ehrenrechte und wegen geistiger Gebrechen unter Pflégenschaft gestellte Personen, erhalten das Wahlrecht zum Reichstag und den Landtagen.

Wer 21 Jahre alt ist, wird damit volljährig, dadurch erlischt die elterliche Gewalt und Vormundschaft. Es beginnt die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit und die Ehemündigkeit des Mannes. Außerdem ist zur Eingehung der Ehe die elterliche Einwilligung nicht mehr erforderlich.

Mit Vollendung des 25. Lebensjahres hat jeder Deutsche das passive Wahlrecht zum Reichstag, d. h. die Fähigkeit gewählt zu werden. Gleichfalls erlangt in Preußen und den meisten übrigen Ländern jeder mit dem 25. Lebensjahr das passive Wahlrecht zu den betreffenden Landtagen (in einigen Ländern mit 20 bezw. 27 Jahren). Ferner erlangt man mit 25 Jahren das Recht, als Beisitzer des Arbeitsgerichts berufen zu werden, falls man seit mindestens einem Jahre im Bezirk des Arbeitsgerichts tätig ist.

Mit 30 Jahren kann man als Schöffe, Geschworener, als Handelsrichter und als Beisitzer des Landesarbeitsgerichts (näheres im Kapitel 11, 1. Abschnitt) berufen werden.

Mit Vollendung des 31. Lebensjahres kann man nach 10jähriger Verschollenheit für tot erklärt werden. § 14 BGB.

35 Jahre alt muß der sein, der zum Reichspräsidenten gewählt wird. Ferner kann man mit 35 Jahren als Beisitzer des Reichsarbeitsgerichts (näheres im Kapitel 11, 1. Abschnitt) berufen werden.

50 Jahre alt muß der sein, der eine Person an Kindesstatt annehmen will, wenn keine eigenen Kinder da sind. § 1744 BGB. (Befreiung zulässig.)

Wer 60 Jahre alt ist, kann eine Vormundschaft, Gegenvormundschaft, Pflégenschaft usw. ohne besondere Gründe ablehnen. §§ 1786, 1792, 1694, 1915 BGB.

Wer 65 Jahre alt ist, kann das Schöffen- und Geschworenenamt ohne besondere Gründe ablehnen.

Mit Vollendung des 70. Lebensjahres kann man nach 5jähriger Verschollenheit für tot erklärt werden. § 142 BGB.

*

Zweiter Abschnitt: Fristen, Termine, Verjährungen.

Die Fristen sind von Bedeutung für Entstehung und Endigung von Rechten.

Sie können verhindern, eine Rechtshandlung vorzunehmen. Z. B.: A. bietet dem B. in einer notariellen Offerte sein Grundstück auf einen Monat zum Kaufe an, dann darf A. das Grundstück während der Frist von einem Monat nicht verkaufen.

Der Ablauf einer Frist kann einen Rechtserwerb oder einen Rechtsverlust zur Folge haben. Z. B. der Erbe kann binnen sechs Wochen die Erbschaft ausschlagen. Tut er dies nicht, so hat er nach Fristablauf sein Ausschlagungsrecht verloren und die Erbschaft endgültig erworben.

Über Verjährungsfristen gilt besonderes. (Vgl. Seite 9.)

Termin bedeutet einen Zeitpunkt, der für Ausübung von Rechten und Pflichten von Bedeutung sein kann; z. B. die einzelnen Lebensalter. (Abschnitt 1.)

Die Termine können durch Privatwillenserklärung oder durch richterliche Verfügung, Fristen durch Gesetz, durch private oder richterliche Verfügung festgesetzt sein.

Die Zeitrechnung geschieht entweder durch Hinweis auf den Kalender, z. B. wenn ein Datum bestimmt ist, bis zu welchem eine Handlung vorgenommen werden muß. Daneben hat man noch die bewegliche Zeit; darunter versteht man den Zeitraum, der mit einem gewissen Ereignis beginnt, z. B. sechs Monate nach Übergabe der Waren.

Die gewöhnliche Fristberechnung sieht den Tag als kleinsten nicht weiter zerlegbaren Zeiteil an. Der Tag, in welchen das Ereignis fällt, das die Frist in Lauf setzt, wird nicht mitgezählt; z. B. der Erbe hat ein Jahr nach dem Tode des Erblassers an A. ein Vermächtnis von 2000 Mark auszuzahlen. Ist der Erblasser am 15. Januar 1924 gestorben, so ist am 16. Januar 1925 das Vermächtnis fällig geworden.

Eine Ausnahme bildet der Tag der Geburt bei Berechnung des Lebensalters. Ist jemand am 1. Mai 1913 geboren, so wird er 21 Jahre alt (volljährig) mit Ablauf des 30. April 1934. Am 1. Mai 1934 kann er selbständig Rechtsgeschäfte vornehmen.

Anders ist es, wenn der Beginn des Tages für den Anfang einer Frist bestimmend sein soll, z. B. ein Mietvertrag vom 1. April 1926 auf drei Jahre endet am 31. März 1929.

$\frac{1}{2}$ Jahr sind immer 6 Monate, $\frac{1}{4}$ Jahr sind 3 Monate,
 $\frac{1}{2}$ Monat sind 15 Tage.

Unter Anfang des Monats wird der 1., unter Mitte des Monats der 15. und unter Ende des Monats der letzte Tag des Monats verstanden.

Ist für die Abgabe einer Willenserklärung, oder für Vornahme einer Leistung eine Frist bestimmt, so tritt an Stelle des letzten Tages der Frist der nächste Werktag, wenn der letzte Tag der Frist ein Sonntag oder allgemeiner Feiertag ist.

Die **Verjährung** hat die Bedeutung, daß durch Nichtausübung eines Rechts während eines bestimmten Zeitraumes eine Änderung dieses Rechts herbeigeführt wird. Ist ein Anspruch verjährt, so kann der Schuldner die Leistung z. B. die Bezahlung der Schuld verweigern. Im Prozeß darf der Richter aber verjährte Forderungen nur abweisen, wenn der Schuldner Verjährung vorschützt.

Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre, d. h. unter der Voraussetzung, daß ein Urteil oder ein Vollstreckungsbefehl gegen den Schuldner vorliegt.

In 2 Jahren verjähren die Ansprüche:

1. Der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker, Kunstgewerbetreibenden aus Lieferung von Waren, Ausfuhrung von Bestellungen, Besorgung fremder Geschäfte für den Privatgebrauch (nicht für den Gewerbebetrieb) des Schuldners.

2. Der Land- und Forstwirtschaft Treibenden für dergl. Lieferungen, wenn diese Erzeugnisse für den Haushalt des Schuldners geliefert wurden.

3. Der Eisenbahnen, Schiffer, Fuhrleute, Kutscher, Boten usw. hinsichtlich des Fahrgeldes, Fracht-, Fuhr- und Botenlohnes.

4. Der Gastwirte für Speisen und Getränke, Wohnung und Kost.

5. Der Lotterie-Kollekteure für Lose, wenn diese nicht zum Weitervertrieb geliefert wurden.

6. Der gewerbsmäßigen Leih- und Vermietungsgeschäfte für Bücher, Möbel, Klaviere usw.

7. Derjenigen, die gewerbsmäßig Dienstleistungen oder geschäftliche Besorgungen verrichten. (Gesindevermittler, Lohndiener, Wäscherinnen, Dienstmänner.)

8. Der Privatbediensteten (Gesinde, Handlungsgehilfen, Privatlehrer, Erzieher) wegen des Gehalts, Lohnes usw.

9. Aller gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Lehrlinge, Fabrik- und Handarbeiter, Tagelöhner) wegen des Lohnes für geleistete Arbeit.

10. Der Lehrherren und Meister für das Lehrgeld.

11. Der öffentlichen und privaten Lehr- und Erziehungsanstalten, Pflege- und Heilstätten wegen Unterricht, Verpflegung und Heilung.

12. Der öffentlichen und Privatlehrer wegen der Honorare.

13. Der Ärzte (Wund-, Zahn- und Tierärzte, Hebammen) für ihre Dienstleistungen.

14. Der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher usw. wegen ihrer Gebühren (soweit sie nicht der Staatskasse zufließen).

15. Der streitenden Parteien wegen der ihren Rechtsanwälten geleisteten Vorschüsse.

16. Der Zeugen und Sachverständigen wegen ihrer Gebühren und Auslagen.

In 4 Jahren verjähren:

Die Ansprüche der Kaufleute, Handwerker, Kunstgewerbetreibenden aus Lieferung von Waren usw., wenn diese Leistungen für den Gewerbebetrieb jemandes gemacht waren. Die Ansprüche auf rückständige Zinsen, Miet- und Pachtzinsen (außer den gewerbsmäßigen Leih- und Vermietungsgeschäften für Bücher, Möbel, Klaviere usw.) auch dergl. Renten, Auszugs- und Altenteilsleistungen, Besoldungen, Wartegelder, Pensionen, Alimente, Unterhaltsbeiträge und dergl. regelmäßig wiederkehrende Leistungen.

In 5 Jahren verjähren:

Ansprüche wegen Mängel an einem Bauwerk (§ 638 BGB), und die Ansprüche gegen den bisherigen Inhaber eines Handelsgeschäftes bei Übergang auf einen andern (§ 26 HGB.).

In 3 Jahren verjähren:

Die Ansprüche auf Ersatz des aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schadens. § 852 BGB.

Der Pflichtteilsanspruch aus einer Erbschaft. § 2332 BGB.

In 1 Jahr verjähren:

Ansprüche: 1. Wegen Mängel des Grundstücks aus dem Kauf. § 477 BGB.

2. Wegen Mängel bei Arbeiten an einem Grundstück. § 638 BGB.

3. Der Tochter gegen die Eltern auf eine Aussteuer (von Eingehung der Ehe an gerechnet). § 1623 BGB.
In 6 Monaten verjähren:

Ansprüche: 1. Auf Wandlung, Minderung, Schadensersatz aus dem Kauf beweglicher Sachen. § 477 BGB. Beim Viehkauf gilt Verjährungsfrist von 6 Wochen.

2. Auf Beseitigung des Mangels eines Werkes aus dem Werkvertrag. § 638 BGB.

Hat der Gläubiger seinem Schuldner 3 Monate Ausstand (Stundung) gewährt, so ist die Verjährung gehemmt, d. h. die 3 Monate werden in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet.

Hat der Schuldner die Schuld durch Zinszahlung, Abschlagszahlung oder sonst in deutlich erkennbarer Weise anerkannt, so wird die Verjährung dadurch unterbrochen, d. h. die Verjährungsfrist läuft ganz von neuem.

Unterbrochen wird die Verjährung ferner, wenn der Gläubiger Klage erhebt, Zahlungsbefehl erläßt, Ansprüche im Konkurs anmeldet usw. Zusendung der Rechnung und außergerichtliche Mahnung unterbricht die Verjährung nicht.

Die Verjährung beginnt in der Regel mit der Entstehung des Anspruchs. Nur die Verjährung der Ansprüche, die nach dem BGB. in 2 oder 4 Jahren verjähren, beginnt erst mit dem Schluß des Jahres, in welchem der Anspruch entsteht.

Verträge über Verlängerung oder Erschwerung der Verjährung sind grundsätzlich unzulässig; wohl aber ist vertragliche Verkürzung der Verjährung zulässig.

*

Dritter Abschnitt: Über Schadensersatz.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig einem andern Schaden zufügt, ist zum Schadensersatz verpflichtet, d. h. er hat den alten Zustand vor der Verletzung wieder herzustellen oder wenn das nicht möglich ist, einen entsprechenden Geldbetrag zu leisten. Haben mehrere gemeinschaftlich den Schaden zugefügt, so haftet jeder von ihnen für den vollen Schadensersatz. Grundsätzlich muß Verschulden (vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln) vorliegen; z. B. der Fabrikant liefert trotz Mahnung die Ware nicht oder zu spät. Man sagt dann: der Schuldner ist in Verzug. A. verletzt den B. durch fahrlässige Handhabung eines Revolvers oder schlägt ihn mit einem Stocke. Ein Verschulden ist nicht vorhanden, wenn der Beschädigte unzurechnungsfähig ist.

Das Handeln muß widerrechtlich sein. Dies ist z. B. nicht der Fall, wenn der Arzt mit Einwilligung des Kranken eine Operation vornimmt, der Jäger einen tollwütigen Hund erschießt, die Feuerwehr bei einem Brand ein Haus niederreißt oder die Nachbargrundstücke betritt.

Wird durch das Herabfallen eines Ziegels oder eines Blumentopfes oder sonstiger Dinge Schaden verursacht, so ist der Besitzer oder Mieter des Hauses zum Schadenersatz verpflichtet, wenn dies Herabfallen die Folge fehlerhafter oder mangelhafter Unterhaltung ist; er ist nicht zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn er zur Abwendung der Gefahr die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat.

Für Schaden, den Tiere an Menschen und Sachen anrichten, haftet der Eigentümer, auch wenn ihm keine Schuld nachgewiesen wird, regelmäßig. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Außer dem eigentlichen Täter können vielfach aber auch noch andere Personen schadenersatzpflichtig sein. Wenn ich z. B. einen Gärtner beauftrage meine Rosen durch sachgemäße Einpackung vor dem Erfrieren zu schützen, so haftet mir der Gärtner für alle infolge unsachgemäßer Einpackung erfrorenen Rosenstöcke, auch wenn er die Einpackung durch einen Gehilfen hat vornehmen lassen.

Für Schaden, den Angestellte (Dienstboten, Knechte usw.) einem Dritten zufügen, haftet der Geschäftsherr, wenn er nicht bei der Auswahl der Personen die nötige Vorsicht oder bei der Leitung der Arbeit nicht die nötige Sorgfalt beobachtet hat. § 831 BGB.

Eltern, Lehrer, Erzieher, Kinder mädchen, Lehrherren haften für den Schaden minderjähriger Kinder nicht, wenn sie ihrer Aufsichtspflicht genügt haben oder der Schaden auch bei gehöriger Aufsicht entstanden sein würde. Eltern haften also im allgemeinen nicht, wenn das Kind beim Ballspielen eine Fensterscheibe unvorsichtigerweise zertrümmert. Sie haften aber, wenn die Scheibe durch ein Luftgewehr, einen Fliegebogen zertrümmert wurde, deren Gebrauch die Eltern gestatteten. Die Eltern haften z. B. grundsätzlich auch, wenn ein dreijähriges Kind seinen Gespielen mit dem Messer oder einer Nadel verlegt.

Der **Gastwirt**, der gewerbmäßig Fremde zur Beherbergung aufnimmt, hat für den Schaden aufzukommen, den der aufgenommene Gast durch die Beschädigung eingebrachter Sachen erleidet. Nur durch besonderen Vertrag mit dem Gast kann sich der Gastwirt von dieser Pflicht befreien, nicht durch Anschlag in Fluren und Zimmern. Die Haftpflicht des Wirtes beginnt, sobald die Sachen dem Gastwirt oder seinen Angestellten übergeben oder an einen von ihm bestimmten Ort zur Aufbewahrung gebracht sind. Die Ersatzpflicht des Wirtes tritt nicht ein, wenn der Schaden von dem Gast selbst, einem Begleiter des Gastes oder durch höhere Gewalt verursacht ist; z. B. wenn bei einem Hotelbrande die eingebrachten Sachen des Gastes mit verbrennen.

Geld, Wertpapiere, müssen dem Wirt unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre Eigenschaft als Wertfachen übergeben werden, sonst haftet er nur bis zum Betrage von 1000 Mark. Hat der Wirt die betreffende Aufbewahrung abgelehnt, so haftet er für den ganzen Betrag. Er kann sich von der unbeschränkten Haftung nur durch Abweisung des Gastes befreien.

Der Gast verliert den Anspruch auf Schadensersatz, wenn er dem Wirt nicht sofort den Schaden anzeigt, sobald er ihm zur Kenntniß gekommen ist. Vergl. BGB. § 701 und folgende.

Ein **Schank- und Speisewirt**, der nicht gewerbmäßig Fremde beherbergt, haftet nicht für die von seinen Gästen im Gastraum abgelegten Kleidungsstücke, es sei denn, daß er die Kleidungsstücke in einem unter besonderer Aufsicht stehenden Garderoberraum zur Aufbewahrung angenommen hat. Auch in diesem Falle kann er die Haftung beschränken oder ablehnen durch entsprechende deutlich lesbare Aushänge in seinen Räumen.

Für **Beamte**, die vorsätzlich oder fahrlässig eine Amtspflicht verletzen, die ihnen gegenüber Dritten auferlegt ist, haftet der Staat bezw. die Gemeinde, in deren Dienst der Beamte steht. Die Behörde kann aber wieder den Beamten in Anspruch nehmen. Die vorgesetzte Behörde eines Polizeibeamten haftet auch dann, wenn z. B. dieser einen Passanten auffordert, ihm bei der Verfolgung und Verhaftung von Verbrechern behilflich zu sein und der Passant dabei einen körperlichen Schaden erleidet oder das Leben verliert.

*

Vierter Abschnitt: Erkrankung und Tod.

Im Interesse der Allgemeinheit müssen die Erkrankungsfälle bestimmter ansteckender Krankheiten unverzüglich der Polizei schriftlich oder mündlich angezeigt werden. Die Polizei soll darauf Maßnahmen zur Verringerung der Ansteckungsgefahr vornehmen bezw. dieselben überwachen. Sie ordnet Absonderung der Kranken und Kenntlichmachung der Häuser an. Solche ansteckende Krankheiten sind: Ausfall, Cholera, Typhus, Gelbfieber, Pocken, Scharlach. Nach der Genesung der Kranken nimmt die Polizei die Desinfektion der Krankenräume und aller Gegenstände vor, die mit dem Kranken in Berührung gekommen sind.

Zur Anzeige sind verpflichtet: der zugezogene Arzt, der Haushaltsvorstand, jede mit der Pflege des Kranken beschäftigte Person, derjenige, in dessen Wohnung der Krankheitsfall vorgekommen ist und zuletzt bei Eintritt des Todes der Leichenbeschauer.

Wegen der großen Gefahr für die Allgemeinheit ist es streng verboten, Geräte, Fahrzeuge, Kleidungsstücke, Wäsche usw., welche Personen mit ansteckenden Krankheiten benutzt haben, vor der polizeilichen Desinfektion zu gebrauchen, andern zu überlassen oder sonst in den Verkehr zu bringen.

Steht der Fall eines Todes zu erwarten, so suche man zu ermitteln, ob der Sterbende ein Testament hinterläßt, und wo es liegt. (Näheres siehe Abschn. Testament, Kap. 5.)

Bei jedem Todesfall stellt der Arzt einen Totenschein aus, mit welchem man spätestens am nächstfolgenden Wochentage die Anmeldung des Todes beim Standesamt vorzunehmen hat.

Zur Anzeige ist verpflichtet das Familienhaupt; wenn ein solches nicht vorhanden oder an der Anzeige behindert ist, derjenige, in dessen Wohnung der Sterbefall sich ereignet hat. Der Anmelder hat sich zu legitimieren. Ferner ist bei der Ortspolizeibehörde die Ausstellung eines Beerdigungsscheines zu beantragen. Darauf ist der Geistlichkeit bezüglich der Beerdigung Mitteilung zu machen. Vom Ableben bis zur Beerdigung muß eine Frist von 3 Tagen liegen, oder es ist besondere Untersuchung durch den Arzt oder die Polizeibehörde erforderlich. Liegt Verdacht einer unnatürlichen Todesursache vor, so muß man sofort Anzeige bei der Ortspolizeibehörde, der Staatsanwaltschaft oder dem Amtsgericht machen. Die Beerdi-

gung darf dann erst erfolgen, wenn das Gericht die Leiche freigibt. Die Nichterfüllung vorausgeführter Pflichten zieht Bestrafung nach sich.

Zur Erlangung der **Wittwen- und Waisengelder und Gnadenbezüge** ist bei Beamten den direkten Vorgesetzten sofort Anzeige zu machen unter Einreichung folgender Papiere: Sterbeurkunde, Heiratsurkunde oder kirchlicher Trauschein, Geburtsurkunde der Kinder unter 18 Jahren.

Zur **Feuerbestattung** ist in jedem Falle Genehmigung der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsortes erforderlich. Verweigert wird die Genehmigung, wenn Bedenken gegen die Verbrennung vorliegen, besonders wenn der Verdacht besteht, daß der Tote einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Es muß deshalb vor allem die amtsärztliche Bescheinigung der Todesursache beigebracht werden; es muß die Öffnung der Leiche vorgenommen werden, wenn sie zur Feststellung der Todesursache erforderlich ist.

Kapitel 2: Das Rechtsgeschäft.

Erster Abschnitt: Allgemeines und Form.

Das **Rechtsgeschäft** ist jede Willenserklärung, durch die ein Recht entsteht, untergeht oder verändert werden soll.

Man unterscheidet einseitige Rechtsgeschäfte, d. h. solche, welche mit der Willenserklärung eines einzigen abgeschlossen sind, zweiseitige Rechtsgeschäfte oder Verträge, welche die übereinstimmende Erklärung von zwei oder mehr Personen voraussetzen.

Rechtsgeschäfte, welche gegen die guten Sitten und gesetzlichen Gebote verstoßen, sind nichtig. Das Gesetz hebt als sittenwidrig ausdrücklich die „Wuchergeschäfte“ hervor.

Wer durch Zwang, durch Betrug oder Irrtum zu einer Willenserklärung bestimmt ist, kann sie anfechten; die Anfechtung wegen Irrtums muß unverzüglich geschehen. Die Anfechtung wegen Zwangs oder Betrugs hat innerhalb eines Jahres zu erfolgen. Grundsätzlich wird die Anfechtung durch einfache Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner geltend gemacht; sie bewirkt, daß das angefochtene Rechtsgeschäft als von Anfang an als nichtig anzusehen ist.

Wer einem andern die Schließung eines Vertrages anträgt (Offerte), ist an den Antrag gebunden, wenn er sich

nicht ausdrücklich vorbehalten hat, vom Antrag zurücktreten zu können. Mit der Annahme des Antrages kommt der Vertrag zustande. Beide Parteien sind gebunden, es sei denn, daß der Rücktritt vom Vertrag vorbehalten wird. Die vielfach vertretene Ansicht, ein abgeschlossener Kaufvertrag könne ohne weiteres binnen 24 Stunden rückgängig gemacht werden, ist irrig.

Durch Preislisten, Anzeigen, Muster sendungen wird noch kein bindender Antrag begründet, erst die gemachte Bestellung enthält einen Antrag, den der Kaufmann annehmen oder ablehnen kann.

Ein telephonischer Vertragsschluß besteht zu Recht, wenn das Gespräch zwischen den Parteien selbst geführt und zum endgültigen Abschluß gekommen ist. Ist letzteres nicht der Fall gewesen, so ist der Anbietende an sein Angebot nicht mehr gebunden.

Der Widerruf eines schriftlich erfolgten Auftrags ist nur möglich durch Telegramm, das früher eintrifft als der schriftliche Auftrag. Das Telegramm muß jedoch brieflich bestätigt werden. Man kann auch bei der Post beantragen, den abgegangenen Brief nicht an den Empfänger auszuliefern. Die Post verlangt in diesem Falle einen gleichen Briefumschlag mit der gleichen Anschrift, wie der es ist, in dem der zurückverlangte Brief sich befindet.

Die Form der Rechtsgeschäfte ist in der Regel den Parteien überlassen, sie kann sein mündlich, schriftlich, notariell oder gerichtlich. Für einige Geschäfte ist jedoch Schriftlichkeit vorgeschrieben: Bürgschaft, Abtretung einer Briefhypothek, Grundschuld, Versprechen der Leibrente. Auch ein Mietvertrag über Grundstücke, der für längere Zeit als 1 Jahr abgeschlossen wird, bedarf der Schriftform. Fehlt die Schriftlichkeit, so ist jedoch der Vertrag nicht ungültig, sondern er gilt dann nur für 1 Jahr abgeschlossen. Für Eintragung der Hypothek oder Grundschuld ins Grundbuch muß die Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt sein. Für andere Geschäfte ist gerichtliche oder notarielle Beurkundung nötig: Schenkungsversprechen, Annahme an Kindesstatt, Erbverzicht usw. Es ist zu empfehlen auch Rechtsgeschäfte, die mündlich geschlossen gültig sind, schriftlich abzufassen, weil dadurch viele Irrtümer und viel Streit vermieden werden kann. In Prozessen erleichtert ein schriftlich niedergelegtes Rechtsgeschäft die Beweislast, da der, welcher sich darauf beruft, die Vermutung der Richtigkeit für sich hat.

*

Zweiter Abschnitt: Kauf, Schenkung.

Die gewöhnliche Form des Kaufes ist die mündliche; bei Kaufverträgen über Grundstücke ist gerichtliche oder notarielle Beurkundung erforderlich.

Bis zur Übergabe der gekauften Sache trägt der Verkäufer die Gefahr, er hat also für etwaige Beschädigungen aufzukommen. Sendet jedoch der Verkäufer die Sache auf Verlangen des Käufers an einen anderen Ort, so ist für Beschädigungen, die nach Überlieferung an den Spediteur, Frachtführer, Fuhrunternehmer, Post usw. dem Gegenstand zustoßen, der Verkäufer nicht haftbar. Es müßte sonst besonders vereinbart sein.

Wenn bei der Übergabe die Sache nicht die zugesicherten Eigenschaften hat, oder mit erheblichen Fehlern und Mängeln behaftet ist, so ist der Verkäufer dafür haftbar, der Käufer darf aber, wenn er die Mängel kennt, die Sache nicht annehmen, sonst verliert er seine Ansprüche gegen den Verkäufer. Hätte der Käufer bei einiger Aufmerksamkeit den Fehler sehen müssen, so haftet der Verkäufer nicht. Für den Käufer gilt der Grundsatz: Augen offen oder Beutel offen.

Hat aber der Verkäufer die Abwesenheit eines Fehlers zugesichert oder den Fehler arglistig durch Täuschung verschwiegen, dann haftet der Verkäufer trotzdem.

Es findet gewöhnlich erst Lieferung der Ware, dann Zahlung statt. Der Käufer braucht demnach keine Nachnahmesendung anzunehmen, wenn er Waren fest bestellt, erst nach Empfang oder richtiger gesagt gegen Empfang der Ware braucht er zu zahlen, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist.

Beim Abzahlungsgeſchäft behält sich meistens der Verkäufer das Eigentumsrecht an der veräußerten Sache bis zur vollständigen Bezahlung vor. Durch den Rücktritt des Verkäufers von dem Vertrage wird das eingegangene Kaufgeſchäft aufgelöst; das Eigentum der verkauften und übergebenen Sache ist an den Verkäufer zurückzuübertragen. Der Verkäufer ist in jedem Falle verpflichtet, auch dann, wenn im Vertrag das Gegenteil verabredet sein sollte, dem Käufer die geleisteten Teilzahlungen wieder herauszuzahlen, vorbehaltlich gewisser vom Gesetz festgestellter Abzüge. Auch die sogen. Fälligkeitsklausel, wonach bei Verzug des Käufers sofort die ganze Restschuld fällig ist, besteht

nur dann zu Recht, wenn der Käufer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Zahlungen im Verzuge ist und der Betrag des Verzuges mindestens einem Zehntel des Kaufpreises gleichkommt.

Im Viehhandel haftet der Verkäufer nur für bestimmte Fehler. Von Bedeutung sind bei Pferden Roh, Dummfoller, Dämpfigkeit, Kehlkopfspfeifen, Krippen mit einer Gewährfrist von 14 Tagen, d. h. der Fehler muß innerhalb 14 Tagen nach der Übergabe des Tieres sich zeigen.

Bei Schweinen sind gesetzliche Fehler Rotlauf mit Gewährfrist von 3 Tagen, Schweineseuche mit Gewährfrist von 10 Tagen.

Der Käufer verliert seine Rechte wegen der Mängel der Tiere, wenn er nicht spätestens 2 Tage nach Ablauf der Gewährfrist oder falls das Tier früher eingeht, von diesem Zeitpunkt an gerechnet, den Mangel dem Verkäufer anzeigt.

Besonders vorsichtig muß man beim Kauf von Häusern und Grundstücken sein. Man lasse stets das Haus vor dem Kauf von einem tüchtigen Maurermeister oder Architekten, der dem Kauf unparteiisch gegenübersteht, untersuchen, ob das Haus gut gebaut ist, ob es trocken ist, und lasse es auf seinen Wert taxieren. Durch hohe Wohnungsmieten darf man sich nicht beeinflussen lassen, die können pro forma eingesetzt sein; man taxiere selbst.

Ferner sehe man, wenn man das Haus zur Kapitalanlage hat, auf angemessene Verzinsung.

Vergl. über Kauf auch §§ 494—514 des BGB.

Bindende Schenkungsversprechen (nicht die Annahme von Geschenken) müssen, wenn sie gültig sein sollen, gerichtlich oder notariell beurkundet sein. Hat A. dem B. mündlich versprochen, ihm ein Fahrrad zu schenken, so kann B. den A. nicht auf Herausgabe des Rades verklagen, er würde mit seiner Klage abgewiesen werden. Dieselbe würde nur dann Erfolg haben, wenn A. das Schenkungsversprechen vor einem Notar oder vor Gericht abgegeben hätte. Für den Schenkungsakt selbst ist keine Form vorgeschrieben.

Der Schenker kann die Schenkung verweigern, wenn er selbst durch die Schenkung in Dürftigkeit geriete.

Die Schenkung kann widerrufen werden, wenn der Beschenkte sich einer schweren Verfehlung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen schuldig macht.

Schenkungen unter Lebenden unterliegen den gleichen Steuerbestimmungen wie durch Erbschaften Erworbenes. Der steuerpflichtige Erwerb ist binnen 3 Monaten dem zuständigen Steueramt anzumelden.

Vergl. hierzu auch §§ 516—534 des BGB.

*

Dritter Abschnitt: Miete, Pacht.

Zur Schließung eines Mietvertrages genügt mündliche Abmachung. Nur für Mietverträge über Grundstücke, welche auf länger als 1 Jahr geschlossen werden, ist schriftliche Form vorgeschrieben. Es ist jedoch besonders beim Mieten einer Wohnung schriftlicher Vertrag zu empfehlen.

Der Mietvertrag über eine Wohnung soll vor allem enthalten, zwischen wem der Vertrag geschlossen wird und auf wie lange. Ferner muß aufgeführt werden die genaue Bezeichnung der Räume mit Zubehör, der Mietpreis, die Frist zur Entrichtung des Mietzinses und der Kündigung. Sodann vergesse man nicht die Vornahme der Reparaturen zu erwähnen. Auch ob und wie weit Weitervermieten zugelassen ist, muß der Vertrag enthalten, denn zum Abvermieten ist Zustimmung des Vermieters notwendig.

Die Mietverträge über Wertobjekte von 1000 Mk. an sind in Preußen stempelpflichtig. Der Stempel beträgt 3⁰/₁₀₀ vom Gesamtmietzins der Vertragsdauer. Für die Gültigkeit der Verträge ist es ohne Einfluß, ob sie gestempelt sind.

Vom Standpunkte des Mieters ist es zu empfehlen, daß die Ehefrau des Mieters den Vertrag ihres Mannes nicht mit unterschreibt, da sie so beim Tode des Mannes unter Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist den Vertrag kündigen kann, wenn er auf lange Zeit geschlossen ist.

Andererseits liegt es im Interesse jedes Vermieters, den Mietvertrag auch von der Ehefrau mit unterschreiben zu lassen, da er dann auch bei Nichterfüllung der Zahlungspflicht das Pfändungsrecht an den Sachen des Mieters ausüben kann, wenn diese der Frau gehören.

Ist ein Mietvertrag für bestimmte Zeit geschlossen, so gilt er mit Ablauf dieser Zeit für beendet. **Aufbricht Miete nicht.**

Wird nach Ablauf der Mietzeit der Gebrauch der Sachen vom Mieter fortgesetzt, so gilt das Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn nicht Mieter

oder Vermieter ihren entgegengesetzten Willen binnen einer Frist von zwei Wochen erklären.

Für die gesetzliche Kündigungsfrist, die in Kraft tritt, wenn vertraglich nichts abgemacht ist, gilt folgendes: Ist der Mietzins nach Tagen berechnet, so ist die Kündigung an jedem Tag für den andern zulässig. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung für den Schluß einer Woche zulässig; sie muß spätestens am ersten Werktag der Woche erfolgen. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie muß spätestens am 15. des Monats erfolgen. Dies wird namentlich für möblierte Zimmer in Frage kommen. Ist der Mietzins nach Vierteljahren oder längerer Zeit bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß des Kalendervierteljahres zulässig, sie hat spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. (Vergl. §§ 535—580 BGB.)

Diese grundlegenden Bestimmungen über das Mietrecht sind infolge des Mangels an Mieträumen durch die neue Mieterschutzgesetzgebung in manchen Punkten wesentlich eingeschränkt. Von Bedeutung ist da zunächst das Wohnungsmangelgesetz vom 11. Mai 1920. Hiernach können die Gemeinden dem Vermieter für unbenutzte Räume einen Mieter zuweisen und von ihm verlangen, daß er mit dem ihm zugewiesenen Mieter innerhalb einer angemessenen Frist einen Mietvertrag abschließt. Kommt ein solcher nicht zustande, so setzt auf Anrufen der Gemeindebehörde das Mieteinigungsamt einen Zwangsmietvertrag fest. Außerdem hat auf Anfordern der Gemeindebehörde der Verfügungsberechtigte der Gemeinde unbenutzte Fabrik-, Lager- und Werkstättenräume oder sonstige Räume zur Errichtung von Wohnungen gegen Vergütung zur Verfügung zu stellen. Die Durchführung dieser Maßnahmen kann mittels polizeilichen Zwanges erfolgen. Gegen Verfügungen der Gemeinden ist die Beschwerde an das Mieteinigungsamt gegeben. Auf Neubauten oder durch Um- und Einbauten neugeschaffene Räume finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes keine Anwendung, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind.

Das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter ist in veränderter Fassung mit Wirkung vom 1. April 1928 bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden. Nach den neuen Bestimmungen kann ein Mietverhältnis auch durch Kündigung (statt wie bisher nur durch Aufhebungsflage bei

dem zuständigen Amtsgericht) gelöst werden. Der Vermieter braucht zur Kündigung nicht mehr die Zustimmung des Gerichtes einzuholen. Die Kündigung ist allerdings nur dann zulässig, wenn ein im Mieterschutzgesetz vorgesehener Grund vorliegt. Diese Gründe sind folgende: 1. Erhebliche Belästigung des Vermieters oder anderer Hausbewohner; 2. Unangemessener Gebrauch des Mietraumes; 3. Unerlaubte Untervermietung; 4. Verzug in der Mietzinszahlung; 5. Dringendes eigenes Interesse des Vermieters an der Erlangung des Mietraumes. Die Kündigung muß auf einem amtlichen Kündigungsschreiben (Vordruck!) erfolgen, das genau auszufüllen und dem zuständigen Amtsgericht einzureichen ist. Entspricht es den Vorschriften, so wird es von Amts wegen dem Mieter zugestellt. Der Mieter kann innerhalb 14 Tagen Widerspruch erheben, worauf der Vermieter entweder die Kündigung zurückziehen oder beim Gericht einen Termin zur Güteverhandlung beantragen kann. Kommt es dabei zu keiner Einigung, so entscheidet das Gericht. Erhebt der Mieter keinen Widerspruch, so wird die Kündigung nach 14 Tagen wirksam, und es kann ihm ein Räumungsbefehl zugestellt werden. Außer durch Kündigung kann ein Mietverhältnis (unter denselben Voraussetzungen wie bei der Kündigung) auch heute noch im Wege der Klage durch gerichtliches Urteil aufgehoben werden.

Nach dem Reichsmietengesetz vom 24. März 1922, das bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden ist, kann sowohl der Mieter als auch der Vermieter erklären, daß für das bestehende Mietverhältnis die gesetzliche Miete gelten soll. Die Erklärung bedarf der schriftlichen Form. Veruft sich der Mieter auf die gesetzliche Miete, so gilt auf Verlangen des Vermieters der Mietvertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen. Frei werdende Wohnungen in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern sind von der Wohnungszwangswirtschaft befreit. Ebenso in den anderen Orten solche frei werdende Wohnungen, die, abgesehen von Küche, Nebengelaß und Mädchenkammer, mindestens sechs Wohnräume mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche haben, wenn sie auf mehr als zwei Jahre neu vermietet werden, und wenn die Jahresfriedensmiete eine bestimmte Summe erreichte, deren Höhe je nach Größe der einzelnen Orte verschieden festgesetzt ist.

Als Geschäftsräume, die nicht mehr unter das Reichsmietengesetz fallen, gelten alle diejenigen Räume, die am 1. Dezember 1926 nicht Wohnräume waren. Da-

gegen bleibt das Reichsmietengesetz weiterhin in Gültigkeit für solche Geschäftsräume, die Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen zugleich mit diesen vermietet sind. Bei Berechnung der gesetzlichen Miete ist die Friedensmiete von 1914 zu Grunde zu legen. Steht sie nicht fest, so kommt die ortsübliche Miete zur Anwendung. Zuständig für die Festsetzung ist das Mieteinigungsamt. Zu der gesetzlichen Miete tritt lediglich noch ein besonderer Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer. Für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete zu zahlen. Wenn gewerbliche Räume infolge der Eigenart des betreffenden Gewerbes besonders hohe Instandsetzungskosten verursachen, zu deren Deckung die im Gesetz vorgesehenen Zuschläge nicht ausreichen, so hat das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters noch einen besonderen Zuschlag festzusetzen.

Während der Mietvertrag schlechthin den Gebrauch einer Sache gewährt, wird durch die **Pacht** außer Benutzung noch der Genuß der Früchte abgetreten.

In der Regel handelt es sich um Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken. Der Pachtvertrag ist meistens schriftlich, da er in der Regel länger als auf ein Jahr abgeschlossen wird. Größtenteils finden die Vorschriften über Miete bei der Pacht entsprechende Anwendung.

Wenn die Verpachtung des Grundstückes mit Inventar geschieht (§ 587 BGB.), so muß der Pächter für die Erhaltung der einzelnen Inventarstücke sorgen. Er trägt auch die Gefahr des zufälligen Unterganges und einer zufälligen Verschlechterung des Inventars. Schafft der Pächter neue Sachen an, so werden diese mit Einverleibung in das Inventar Eigentum des Verpächters, indes kann der Pächter bei Beendigung des Pachtverhältnisses entsprechenden Ersatz hierfür verlangen. Doch muß der Pächter den gewöhnlichen Abgang der zu dem Inventar gehörenden Tiere aus den Jungen soweit ersetzen, als dies einer ordnungsmäßigen Wirtschaft entspricht, ohne daß er hierfür Entschädigung verlangen kann. (Vergl. hierüber auch die §§ 581—597 des BGB.)

Ebenso wie bei der Miete sind auch viele Vorschriften über die Pacht wesentlich eingeschränkt worden und zwar durch die Pachtschutzordnung. Hiernach entscheiden bei Streitigkeiten zwischen Verpächter und Pächter von landwirtschaftlichen oder Gartengrundstücken die bei den Amts-

gerichteten gebildeten Pachteinigungsämter. Sie können unter Ausschluß des Rechtsweges über Grundstücke unter zehn Morgen Verträge verlängern oder abkürzen und für Grundstücke jeder Größe den Pachtzins anderweit festsetzen.

(Einzelheiten in Heft 109: „Reichsmietengesetz“ der Staatsbürger-Bibliothek des Volksvereins-Verlags, M. Gladbach.)

*

Vierter Abschnitt: Dienst- und Werkvertrag.

Durch den Dienstvertrag verpflichtet sich der eine Vertragsteil zur Leistung von Diensten, der andere zur Gewährung der vereinbarten Vergütung. Gegenstand des Dienstvertrages können Dienste jeder Art sein. Der Gepäckträger, der Schauspieler, die Waschfrau, der Hausverwalter, der Musiklehrer und Hausarzt, der bauleitende Architekt und der Rechtsanwalt, sie alle schließen mit den ihre Tätigkeit in Anspruchnehmenden Dienstverträge ab. Im allgemeinen wird bei Dienstverträgen Wert auf die Persönlichkeit gelegt. Der zur Dienstleistung Verpflichtete hat daher im Zweifel die Dienste persönlich zu leisten, wohingegen auch der Anspruch auf die Dienste im Zweifel nicht auf einen anderen übertragen werden kann. Zur Hinzuziehung von Gehilfen ist jedoch der Dienstverpflichtete grundsätzlich befugt. Er haftet dann aber für das Verschulden dieser Gehilfen wie für eigenes.

Minderjährige Personen dürfen nur mit Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters ein Dienstverhältnis eingehen.

Eine Ehefrau kann sich nur mit Zustimmung ihres Mannes andern zu Diensten verpflichten.

Der Dienstvertrag kann auf eine bestimmte Zeit geschlossen werden, er endet dann mit Ablauf dieser Zeit. Ist aber die Dauer des Dienstverhältnisses weder bestimmt noch auch der Beschaffenheit oder dem Zwecke der Dienste zu entnehmen, so kann das Dienstverhältnis von jedem Vertragsteil gekündigt werden.

Ist die Vergütung nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig.

Ist die Vergütung nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so

ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen.

Ist die Vergütung nach Vierteljahren oder längeren Zeitabschnitten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen zulässig. Wenn der letztzulässige Kündigungsstermin ein Sonn- oder Feiertag ist, so kann auch noch an dem darauffolgenden Werktag gekündigt werden.

Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Auf den Gesindevertrag, der bisher besonderen Vorschriften unterworfen war, finden seit Ende 1918 ebenfalls die Bestimmungen über den Dienstvertrag Anwendung.

Der Handlungsgehilfe schließt mit seinem Prinzipal auch einen Dienstvertrag ab. Auf einen solchen Vertrag finden aber die besonderen Vorschriften des Handelsgesetzbuches § 59 ff Anwendung. Die Kündigung eines solchen Dienstverhältnisses ist von jedem Teile, wenn es für unbestimmte Zeit eingegangen ist, mit sechswöchentlicher Frist zum Schluß eines Kalendervierteljahres möglich. Wird eine andere Kündigungsfrist vereinbart, so muß sie für beide Teile gleich sein, darf aber nicht weniger als einen Monat betragen. Die Festsetzung einer ungleichen Kündigungsfrist ist insoweit gültig, als sie dem Handlungsgehilfen günstig ist. Eine verspätete Kündigung wirkt im Zweifel für den nächsten Termin.

Durch Gesetz vom Juli 1926 kann ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte beschäftigt, einen Angestellten, der in seiner Firma mindestens fünf Jahre tätig war, nur mit dreimonatiger Frist, bei einer Tätigkeit von acht Jahren mit vier-, zehn Jahren mit fünf-, und zwölf Jahren mit sechsmonatiger Frist kündigen. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Dienstjahre, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres liegen, nicht berücksichtigt. Von Bedeutung ist bei einem solchen Vertrag das sogen. Konkurrenzverbot. Hiernach darf der Handlungsgehilfe ohne Einwilligung des Prinzipals weder ein Handelsgewerbe betreiben, noch in dem Handelszweige des Prinzipals für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen.

Auch mit dem Handlungslehrling wird ein Dienstvertrag abgeschlossen. Auf diesen Vertrag finden größtenteils die

für Handlungsgehilfen geltenden Vorschriften Anwendung. Nur der Umstand, daß der Eintritt des Lehrlings zum Zwecke des Lernens erfolgt, erfordert einige besondere Regeln. Z. B. die Pflicht des Lehrherrn zur Ausbildung, die Sorge für den Besuch der Fortbildungsschule u. a.

Der **Wertvertrag** geht auf Herstellung einer Sache oder auf Herbeiführung eines Erfolges durch Arbeit oder Dienstleistung; zum Beispiel Errichten eines Gebäudes und Ausführung der dazu erforderlichen einzelnen Arbeiten, Anfertigung eines Anzuges nach Maß, Besorgung eines Gütertransports, Droschken- oder Automobilfahrt. Eine Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn die Herstellung des Werkes den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist.

Ist das Werk mangelhaft, so kann der Besteller die Beseitigung des Mangels verlangen und wenn der Unternehmer diese nicht vornimmt, kann er selbst auf Kosten des Unternehmers den Mangel beseitigen lassen.

Würde die Beseitigung des Mangels unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern, so braucht der Unternehmer den Mangel nicht beseitigen; er muß sich aber gefallen lassen, daß der Besteller von der zu zahlenden Summe einen Abzug macht. Solange das Werk (z. B. ein Bau) noch nicht fertig ist, kann der Besteller den Vertrag kündigen. Dann muß er aber die bis dahin geleistete Arbeit bezahlen. Der Besteller kann aber auch dem Unternehmer zur Beseitigung des Mangels eine angemessene Frist setzen mit der Erklärung, daß er nach Ablauf der Frist die Beseitigung des Mangels ablehne. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann der Besteller den Vertrag rückgängig machen (wenn der Fehler erheblich war) oder Herabsetzung der Vergütung verlangen.

Ist die Beseitigung des Mangels nicht möglich oder verweigert der Unternehmer die Beseitigung des Mangels, oder hat der Besteller kein Interesse mehr daran, dann kann er vorgenannte Rechte ohne Fristsetzung geltend machen. Z. B. der Schneidermeister A. macht für B. einen Anzug nach Maß. Ist die Hose zu kurz, so kann B. verlangen, daß A. die Hose länger macht, sodaß sie ordentlich paßt. Weigert sich A., so kann B. auf Kosten des A. bei einem anderen Schneider die Hose passend machen lassen. B. kann aber ohne weiteres einen angemessenen Abzug vom Preise des Anzuges machen (Herabsetzung der Vergütung). Er kann aber nicht den ganzen Anzug zurückgeben (Vertrag rückgängig machen),

da der Fehler nur gering ist. Wäre z. B. die Hose viel zu eng oder der Anzug sonst verschnitten, dann könnte B. den Anzug zurückgeben und wenn er schon bezahlt hätte, das Geld zurückfordern.

Wird das Werk ganz oder teilweise nicht rechtzeitig hergestellt, kann der Besteller eine Nachfrist setzen und wenn binnen dieser nicht geliefert wird, kann er vom Vertrage zurücktreten. Vergl. hierzu BGB. §§ 631—651. Für die Fristsetzung gilt das Vorhergesagte. Z. B.: Ist ein Anzug zu einem bestimmten Anlasse bestellt (z. B. Fastnachtsanzug, Hochzeitskleid), dann kann der Besteller ohne weiteres die Annahme des Anzugs verweigern, wenn nicht pünktlich geliefert wird, da dann der Besteller kein Interesse mehr an dem Anzuge hat.

Eine besondere Art des Werkvertrages ist der Verlagsvertrag. Durch diesen verpflichtet sich der Verfasser eines Werkes der Literatur oder Tonkunst gegen Entgelt dem Verleger das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung des Werkes zu verschaffen, wohingegen der Verleger sich verpflichtet, das Werk zu vervielfältigen und zu verbreiten.

*

Fünfter Abschnitt: Spiel, Wetten, Lotterie.

Forderungen aus Spiel und Wetten sind nicht einlagbar. Das einmal Gezahlte kann nicht zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nicht bestanden hat. Ebenso sind Bürgschaft oder Pfandbestellung für eine Schuld aus Spiel und Wette unverbindlich.

Glücksspiel ist jedes Spiel um Vermögenswerte und dergl., dessen Ausgang allein oder hauptsächlich vom Zufall abhängt. Auf die Höhe des Einsatzes kommt es nicht an. Glücksspiele sind: das Mauschielspiel, Kartenlotterie, Siebzehn und Vier, Pokern, Meine Tante — Deine Tante, Roulette, Bakkarat und alle Würfelspiele um Geld. Dagegen sind regelmäßig Geschicklichkeitsspiele: Schach, Whist, Skat, Domino, Regel, Billard usw. — Geschicklichkeitsspiele können aber in den Händen gänzlich ungeschickter Leute zu Glücksspielen werden; das ist besonders oft bei den sogenannten Geschicklichkeitsautomaten (Bajazzo usw.) in Wirtshäusern der Fall. Ausspielen von Getränken, Zigarren usw. mittels der Bieruhr („Wer zahlt die Runde?“) oder mittels des Würfelbechers wird solange nicht als Glücksspiel angesehen, als die Waren tatsächlich an Ort und Stelle konsumiert werden. Geld

darf nicht an Stelle der Waren treten. Nach dem Gesetz gegen das Glücksspiel vom 23. Dezember 1919 werden nicht nur der Dulder von Glücksspielen, sondern auch die Veranstalter und Teilnehmer an öffentlichen Glücksspielen bestraft. Auch in geschlossenen Gesellschaften darf kein gewohnheitsmäßiges Glücksspiel veranstaltet werden. Das Glücksspiel im Familienkreis ist gestattet, soweit es nicht gewohnheitsmäßig betrieben wird. Das Gleiche gilt für Klubs und Vereine, doch darf kein einziger „Gast“ am Spiel teilnehmen.

Das Spielen in Lotterien ist nur in den in dem betreffenden Bundesstaate genehmigten Lotterien erlaubt. Zivilrechtlich ist indes der Lotterievertrag in ganz Deutschland vollgültig, wenn die Lotterie von irgend einem Bundesstaate genehmigt wurde, selbst dort sogar, wo die Lotterie, weil nicht zugelassen, unter Strafe steht. Dagegen ist das Spielen in Lotterien in gar nicht genehmigter Lotterie dem Spielvertrag gleichgestellt. (BGB. § 763.)

*

Sechster Abschnitt: Übertragung von Forderungen, Bürgschaft, Darlehn.

Eine Forderung, die jemand gegen einen anderen hat, kann er an einen Dritten übertragen. Zustimmung des Schuldners ist nicht erforderlich, aber er braucht nur an den neuen Gläubiger zu leisten, wenn ihm auf sein Verlangen eine Abtretungsurkunde vorgelegt wird. Hat der bisherige Gläubiger dem Schuldner die Abtretung der Forderung schriftlich mitgeteilt, so erübrigt sich die Vorlage einer Abtretungsurkunde.

Der alte Gläubiger muß dem neuen die zum Beweis der Forderung dienenden Urkunden (Schuldschein) ausliefern.

Nicht übertragen werden können die Forderungen, deren Leistung an einen anderen als den ursprünglichen Gläubiger nicht ohne Veränderung ihres Inhalts erfolgen kann (z. B. Rechte auf persönliche Dienstleistung) oder wenn die Abtretung durch Vereinbarung mit dem Schuldner ausgeschlossen ist.

Ebenso ist Abtretung nicht möglich, wenn die Forderung nicht der Pfändung unterworfen ist. Z. B. Lohnforderungen sind nur pfändbar und deshalb auch nur abtretbar, soweit sie 195 Mk. bei monatlicher Auszahlung übersteigen. Vergl. dazu ferner Seite 121.

Zur Gültigkeit eines Bürgschaftsversprechens ist unter Nichtkaufleuten Schriftlichkeit vorgeschrieben.

Durch Übernahme der Bürgschaft haftet der Bürge für alles, was der Hauptschuldner dem Gläubiger schuldet. Desgleichen für die Zinsen, für Kosten der Kündigung und der Klage gegen den Schuldner. Der Bürge muß über ein entsprechendes Vermögen verfügen.

Erklärt der Bürge, er übernehme die selbstschuldnerische Bürgschaft oder er hafte als Selbstschuldner oder als selbstschuldnerischer Bürge, so kann der Gläubiger den Bürgen bei Fälligkeit der Schuld sofort in Anspruch nehmen; er braucht nicht zuerst den Hauptschuldner zu verklagen und zu versuchen, ob eine Zwangsvollstreckung beim Hauptschuldner zu seiner Befriedigung führt.

Hat der Bürge nicht die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen, so kann der Gläubiger Zahlung vom Bürgen erst beanspruchen, wenn die Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner fruchtlos verlaufen ist. Der Bürge hat dann die Einrede der Vorausklage. Diese Einrede ist ausgeschlossen:

1. Wenn der Bürge darauf verzichtet.
2. Wenn die Zwangsvollstreckung wesentlich erschwert ist wegen Veränderung des Wohnsitzes, der gewerblichen Niederlassung oder des Aufenthaltes des Schuldners.
3. Wenn über das Vermögen des Schuldners der Konkurs eröffnet ist.
4. Wenn anzunehmen ist, daß die Zwangsvollstreckung nicht zur Befriedigung des Schuldners führen werde.

Wenn der Bürge den Gläubiger befriedigt, geht die Forderung des Gläubigers gegen den Schuldner auf ihn über, ohne besondere Abtretung. Er kann also Ersatz der Auslagen und Kosten vom Schuldner fordern. Vergl. hierzu auch die §§ 765—778 des BGB.

Zu **Darlehn** wird gewöhnlich Geld gegeben, es können aber auch andere vertretbare Sachen gegeben werden. Unter vertretbaren Sachen sind bewegliche Sachen zu verstehen, die im Verkehr nach Zahl, Maß oder Gewicht bestimmt zu werden pflegen, z. B. Lebensmittel, wie Getreide, Zucker, Kaffee, Eier usw. Der typische Fall eines solchen Darlehnsvertrages ist der, daß die eine Hausfrau von der anderen $\frac{1}{2}$ Pfund Zucker oder Kaffeebohnen leiht. Der Darlehnsempfänger ist verpflichtet, dem Darleiher das Empfangene zurückzuerstatten. Ist für die Rückerstattung

eines Darlehns eine Zeit nicht bestimmt, so hängt die Fälligkeit davon ab, daß der Gläubiger oder Schuldner kündigt. Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt bei Darlehn von mehr als 300 Mk. drei Monate, bei einem geringeren Betrag einen Monat, wenn nichts anderes vereinbart ist.

Vom Darlehn unter Nichtkaufleuten können Zinsen nur gefordert werden, wenn sie vereinbart sind. Die Zinsen sind, wenn nichts besonderes vereinbart ist, nach Ablauf je eines Jahres oder wenn das Darlehn früher zurückzuerstatten ist, bei der Rückzahlung zu entrichten. Die Höhe des Zinses unterliegt der freien Vereinbarung. Wenn jedoch mehr als 6% Jahreszinsen vertraglich festgesetzt sind, so kann man nach sechs Monaten das Kapital mit sechsmonatiger Frist kündigen, auch wenn eine längere Kündigungsfrist vereinbart oder der Darlehnsvertrag auf mehrere Jahre hinaus geschlossen war. Ein Darlehnsvertrag, der darauf ausgeht, den Leichtsinn, die Unersahrenheit oder die Notlage eines anderen auszunützen und bei dem die zu zahlenden Zinsen zu dem Werte der Leistung im Mißverhältnis stehen, ist wucherisch.

Ein Darlehensversprechen kann widerrufen werden, wenn in den Vermögensverhältnissen dessen, der das Darlehn haben sollte, eine wesentliche Verschlechterung eintritt, durch die der Anspruch auf Rückerstattung gefährdet ist.

Für die Form des Darlehns genügt Mündlichkeit, doch wird sehr oft vom Darlehnsempfänger ein Schuldschein ausgestellt, der etwa lautet:

Hiermit bescheinige ich, von Herrn A. A. 500 Mk. — fünfhundert Mk. — als Darlehn empfangen zu haben. Ich verpflichte mich, diese Summe mit 5% zu verzinsen und Kapital und Zinsen am 1. Oktober zurückzuzahlen.

Datum.

Unterschrift.

Bei dem Schuldschein empfiehlt es sich, die Geldsumme in Buchstaben hinter der Zahl zu vermerken, da dann Schuldscheinfälschungen nicht so leicht vorgenommen werden können.

Zurückgezahlt wird das Darlehn am Ort, wo der Gläubiger zur Zeit der Darlehnsgabe wohnte, wenn nicht etwas anderes verabredet ist.

Kapitel 3: Das Sachenrecht.

Erster Abschnitt: Das Eigentum an beweglichen Sachen. Verlorene Sachen. Finderlohn.

Der Eigentümer ist immer vom Besitzer zu unterscheiden. Besitzer ist der, der die tatsächliche Gewalt über die Sache hat, Eigentümer ist der, der die Sache auf Grund Eigentumsrechtes besitzt. Eigentum erwirbt man gewöhnlich durch ein Rechtsgeschäft oder durch Ersitzung. Zur Ersitzung ist ein zehnjähriger fortdauernder Besitz nötig und der gute Glaube, daß man Eigentümer sei.

Zu Eigentum erwerben kann immer nur der, der im guten Glauben erwirbt, er erwirbt nicht das Eigentum, wenn ihm bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt ist, daß die Sache nicht dem Verkäufer gehört.

Durch Rechtsgeschäft können auch nicht erworben werden gestohlene Sachen. Verlorene oder sonst dem Eigentümer ohne seinen Willen abhanden gekommene Sachen gehen nicht sofort in das Eigentum des gutgläubigen Erwerbers über, sie können nur eressen werden. (Das gilt nicht für Geld, Inhaberpapiere, versteigerte Sachen bei gutgläubigem Erwerb.) Z. B.: A. kauft von B. ein Grammophon, welches dieser in einem Abzahlungsgeschäft unter Eigentumsvorbehalt gekauft, aber noch nicht ganz bezahlt hat. Das Grammophon ist also noch Eigentum des Abzahlungsgegeschäfts. Weiß B., daß das Grammophon auf Teilzahlung angeschafft ist, so muß er sich vorher vergewissern, ob es ganz bezahlt ist. Tut er dies nicht, so ist er beim Erwerb nicht in gutem Glauben, weil er grob fahrlässig handelt. Er wird also nicht Eigentümer des Grammophons. A. kauft von B. einen gestohlenen Hund, weiß aber nicht, daß der Hund gestohlen ist. Trotzdem wird A. nicht Eigentümer. Hat er aber den Hund zehn Jahre in Besitz, ohne Kenntnis von dem Diebstahl zu erhalten, so hat er den Hund zu Eigentum eressen.

Von Wichtigkeit sind vor allem die Bestimmungen über gefundene Sachen.

Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat, wenn er den Verlierer oder Eigentümer kennt, diesem sofort Anzeige zu machen. Gewöhnlich kennt er diesen nicht. Er muß dann den Fund bei der Polizeibehörde anzeigen. Ist die Sache nicht mehr als 3 Mark wert, so kann diese Anzeige unterbleiben.

Der Finder hat die Sache zu verwahren, wenn er sie nicht der Polizeibehörde übergibt.

Er kann dafür von dem Empfangsberechtigten die Erstattung seiner Auslagen und Aufwendungen für die gefundene Sache fordern. Außerdem steht ihm der Anspruch auf einen **Finderlohn** zu. Dieser beträgt bei Sachen bis zum Werte von 300 Mark 5%, für den Wert darüber 1%, bei Tieren stets 1%. Diesen Anspruch verliert der Finder, wenn er die Anzeige versäumt oder auf Nachfrage verheimlicht. Meldet sich der Verlierer innerhalb eines Jahres nach der Anzeige nicht, so wird die Sache Eigentum des Finders. Doch hat innerhalb von drei Jahren nach dem Verlust der Verlierer gegen den Finder einen Anspruch auf Herausgabe der Sache.

Sachen, die in Räumen öffentlicher Behörden sowie in der Eisenbahn, Straßenbahn usw. gefunden werden, sind an die betr. Behörden abzuliefern. Finderlohn kann in solchen Fällen nicht beansprucht werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Behandlung eines **Bienenschwarms**.

Zieht ein Bienenschwarm aus, so wird er herrenlos, wenn nicht der Eigentümer ihn unverzüglich verfolgt. Gibt er die Verfolgung auf, so verliert er das Eigentum und der Finder kann das Eigentum erwerben. Der Eigentümer des Bienenschwarms darf bei der Verfolgung fremde Grundstücke betreten, er darf sogar, wenn der Schwarm in eine fremde nicht besetzte Bienenwohnung eingezogen ist, zum Zweck des Einfangens die Wohnung öffnen, die Waben herausnehmen oder herausbrechen. Entstehenden Schaden hat er zu ersetzen.

Vergl. hierzu auch die §§ 903—1011 des BGB.

*

Zweiter Abschnitt: Eigentum an Grundstücken, Grunddienstbarkeiten.

Das **Eigentum eines Grundstückes** erstreckt sich auch auf den Luftraum über der Oberfläche und auf den Erdkörper unter der Oberfläche. Jedoch kann der Eigentümer solche Einwirkungen nicht verbieten, die in solcher Höhe oder Tiefe vorgenommen werden, daß er an der Verhinderung kein Interesse hat. (Telephon, Wasserleitung usw.)

Ferner muß er sich die Zuführung von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Geräuschen von Nachbargrundstücken gefallen lassen, wenn dadurch die Benutzung seines Grundstückes nur unwesentlich beeinträchtigt wird.

Wurzeln eines Baumes oder Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, kann der Eigentümer des Grundstücks abschneiden und behalten. Das Gleiche gilt von herüberhängenden Zweigen, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und die Beseitigung nicht innerhalb dieser Frist erfolgt. Die Zweige und Wurzeln dürfen nicht abgeschnitten werden, wenn sie die Benutzung des Grundstücks nicht beeinträchtigen. Herüberhängende Früchte gehören dem Eigentümer des Baumes, auf das Nachbargrundstück gefallene dem Nachbar, wenn das Nachbargrundstück nicht dem öffentlichen Gebrauche dient (Straße, Platz). Steht ein Baum auf der Grenze, so gehören die Früchte und das Holz den Nachbarn zu gleichen Theilen.

Grenzanlagen, z. B. Mauern, Gräben, Hecken sind von den Anliegern gemeinschaftlich zu benutzen, sofern sie auf beiden Grundstücken liegen. Befindet sich die Anlage an der Grenze auf dem Grundstück nur eines Grundnachbarn, so hat nur dieser das Recht der Benutzung der Grenzanlage; der Nachbar darf dann z. B. den Graben nicht betreten oder sonstwie benutzen, namentlich an die Mauer eines Nachbarn keine Gegenstände wie Leitern aufhängen oder Pflanzen ranken lassen.

Steht aber z. B. ein Graben in gemeinschaftlicher Benutzungsberechtigung, so kann er von jedem Anlieger insoweit benutzt werden, als nicht die Vereinbarung des anderen beeinträchtigt wird. Solange einer der Nachbarn ein Interesse an dem Fortbestande des Grabens hat, darf der Graben nicht ohne Zustimmung dieses Nachbarn beseitigt oder geändert werden.

Eine lebende Hecke muß $1\frac{1}{2}$ Fuß von der Grenze entfernt bleiben. Ein Holzgitter darf auf die Grenze gesetzt werden.

Jeder kann in der Regel auf seinem Grund und Boden so nahe an der Grenze und so hoch bauen, wie er es für gut findet. Sind jedoch die Fenster des Nachbarhauses, vor welchen gebaut werden soll, schon seit zehn Jahren oder länger vorhanden, und haben die Gebäulichkeiten, in denen sie sich befinden, nur von dieser Seite her Licht, so muß der neue Bau so weit zurücktreten, daß der Nachbar noch aus den ungeöffneten Fenstern des unteren Stockwerkes den Himmel erblicken kann.

Wie erwirbt man ein Grundstück?

In der Regel vollzieht sich der Erwerb des Eigentums an einem Grundstück durch Auflassung und Eintragung in

das Grundbuch. Das Grundbuch wird in Preußen von den Amtsgerichten geführt. Es dient zur Orientierung über sämtliche Rechtsverhältnisse am Grundstück.

Jedes Grundstück erhält im Grundbuch ein Grundbuchblatt, das über Lage, Größe, Kulturart, Bebauung und vor allem über die Rechtsverhältnisse des Grundstücks Auskunft gibt.

Man versteht unter **Auflassung** die Erklärung des Veräußerers, daß er das Eigentum übertrage, und die Erklärung des Erwerbers, daß er das Eigentum annehme. Diese Erklärungen sind von beiden Parteien oder durch Bevollmächtigte persönlich gleichzeitig vor dem Grundbuchamt oder einem Notar abzugeben, worauf dann an Stelle des bisherigen Eigentümers der Erwerber als Eigentümer in das Grundbuch eingetragen wird.

Das Eigentum an Grundstücken kann auch durch 30jährige Eintragung oder 30jährigen ungestörten Besitz erfaßt werden. (Näheres bestimmen die §§ 900 und 927 des BGB.)

Wichtig sind die **Grunddienstbarkeiten**, z. B. Wegerechtigkeiten und Anbaurechte. Neuerdings können solche Rechte nur entstehen durch Eintragung ins Grundbuch; z. B. der Grundstückseigentümer A. bestellt dem benachbarten Grundstückseigentümer B. eine Wegerechtigkeit dahin, daß B. oder sein Grundstücksnachfolger berechtigt sein soll, das Grundstück des A. in einer gewissen Breite zu begehen oder zu befahren.

Vor dem Inkrafttreten des BGB. entstandene Grunddienstbarkeiten (Wegerechte, Fenster- und Lichtgerechtigkeiten, Dachtraufe usw.) bestehen noch weiter fort. Sie brauchen nicht grundbuchlich eingetragen zu sein. Zum Teil sind die Gerechtigkeiten früher durch schriftlichen Vertrag entstanden, zum Teil erfaßt durch langjährige Benutzung (z. B. 10, 30 oder 44jährige Ersitzung, was sich nach dem Besitzgrunde ob mit oder ob ohne gültigen Erwerbstitel richtet). Andere Gerechtigkeiten beruhen auf Gesetz; z. B. Fensterrecht.

Da sich bei alten Rechten häufig Schwierigkeiten ergeben können, ist die Einholung eines Rates eines Rechtskundigen oder eines Vermessungssachverständigen zu empfehlen.

Wer eine alte Grunddienstbarkeit am Nachbargrundstück hat, die nicht eingetragen ist, kann die Eintragung seines Rechtes, allerdings auf seine Kosten, verlangen, was im Interesse der Rechtssicherheit wünschenswert erscheint.

Dritter Abschnitt: Das Pfandrecht an beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Wenn ein Gläubiger einem Schuldner ein Darlehn gibt oder einen Kredit einräumt, so tut er das im allgemeinen nicht, bevor er genügende Sicherheit erhalten hat. Die beste Sicherheit bietet ein **Pfand**. Hieran kann sich der Gläubiger, wenn der Schuldner nicht bezahlt, schadlos halten. Befindet sich der Gegenstand in Händen des Pfandgläubigers, so haben wir ein **Faustpfand**; wird das Pfandrecht des Gläubigers in das Grundbuch eingetragen, so ist dies Recht eine **Hypothek**. Zum vertragsmäßigen Pfandrecht gehört bei beweglichen Sachen eine Erklärung des Verpfänders, daß der betreffende Gegenstand verpfändet werden soll, und Übergabe des Gegenstandes an den Pfandgläubiger, oder wenn die Sache, welche als Pfand gelten soll, an einen anderen Vermieter oder in Verwahrung gegeben ist, genügt zur Bestellung des Pfandrechts die Abtretung des Anspruchs auf Herausgabe an den Gläubiger. Neben dem vertragsmäßigen gibt es noch das gesetzliche Pfandrecht. Dieses hat 1. der Vermieter oder Verpächter eines Grundstückes an den eingebrachten Sachen des Mieters oder Pächters. 2. Der Unternehmer wegen seines Lohnes an den hergestellten oder ausgebesserten Sachen des Bestellers. 3. Der Gastwirt an den eingebrachten Sachen des Gastes. 4. Der Spediteur, Lagerhalter und Frachtfahrer am Frachtgut.

Wird die Forderung, für deren Sicherheit das Pfand gegeben ist, fällig, aber nicht bezahlt, so kann der Pfandgläubiger das Pfand zur Befriedigung seiner Forderungen verkaufen. Behalten darf er das Pfand nicht.

Er muß vorher dem Verpfänder den Verkauf aber androhen, und muß dann von der Androhung bis zum Verkauf noch einen Monat vergehen lassen. Der Verkauf des Pfandes muß durch öffentliche Versteigerung vor sich gehen, die unter Angabe von Zeit und Ort bekannt zu machen ist. Vergl. hierzu auch die §§ 1204—1296 BGB.

Das Pfandrecht an Grundstücken ist die **Hypothek**. Zur Bestellung einer Hypothek ist stets die Eintragung im Grundbuch erforderlich. Die Einwilligung hierzu muß der Eigentümer des Grundstückes persönlich vor dem Grundbuchamt oder in notariell oder gerichtlich beglaubigter Form abgeben.

Aber die Hypothek wird, wenn dieses nicht besonders ausgeschlossen ist, vom Grundbuchamt ein Hypothekenbrief gebildet. In diesem Falle wird der Gläubiger erst Eigen-

tümer der Hypothek durch Übergabe des Briefes. Wird kein Hypothekenbrief ausgestellt, so wird der Gläubiger schon mit Eintragung Eigentümer der Hypothek.

Zur Übertragung einer Hypothek von einem Hypothekengläubiger auf einen anderen ist erforderlich: Bei Vorhandensein eines Hypothekenbriefes eine Abtretungserklärung mit notariell beglaubigter Unterschrift des Abtreters an den Erwerber und die Übergabe des Hypothekenbriefes an den neuen Gläubiger, Umschreibung im Grundbuch ist nicht erforderlich. Mitteilung an den Grundstückseigentümer ist zweckmäßig. Regelmäßig läßt man aber die Abtretung ins Grundbuch eintragen, also die Hypothek auf den neuen Gläubiger umschreiben. Dann muß man den Hypothekenbrief dem Grundbuchamte vorlegen und die Umschreibung wird auf dem Briefe vermerkt. Bei Nichtvorhandensein eines Hypothekenbriefes ist Umschreibung im Grundbuch erforderlich, daneben natürlich Abtretungserklärung. Ist durch eine Verschlechterung des Grundstückes die Sicherheit der Hypothek gefährdet, so kann der Gläubiger dem Eigentümer eine angemessene Frist zur Beseitigung der Gefährdung bestimmen. Nach Ablauf dieser Frist ist der Gläubiger berechtigt, sofort Befriedigung aus dem Grundstück zu suchen, wenn nicht die Gefährdung durch Verbesserung beseitigt ist.

Mehrere Hypotheken, die ein Grundstück belasten, stehen in einem bestimmten Rangverhältnis (1. Hypothek, 2. Hypothek usw.), das sich nach der Reihenfolge der Eintragungen im Grundbuch bestimmt. Das ist von Bedeutung, wenn das Grundstück zur Zwangsversteigerung kommt, da dann die Forderungen nach ihrer Reihenfolge getilgt werden. Man hüte sich also, ein Grundstück über den Preis zu beleihen, den es bei der Zwangsversteigerung erzielen kann, da man dann leer ausgeht.

Die Kündigung einer Hypothek soll man immer schriftlich vornehmen; wenn ein Hypothekenbrief vorhanden ist, muß dieser mit vorgelegt werden. Wird die Hypothek gelöscht, so muß der Gläubiger auf Verlangen eine löschungsfähige Quittung erteilen und den Hypothekenbrief herausgeben. Beides ist mit einem vom Gericht oder Notar beglaubigten Löschantrag dem Gericht einzureichen. Vergl. hierzu auch die §§ 1113—1203 des BGB.

Kapitel 4: Ehe- und Familienrecht.

Erster Abschnitt: Schließung der Ehe. Rechte und Pflichten der Ehegatten.

Bei der Eheschließung muß man unterscheiden zwischen der gesetzlichen Eheschließung und der kirchlichen Trauung. Die letztere darf nur vorgenommen werden, wenn die Ehe vor dem Standesamt geschlossen ist. (Bescheinigung hierüber ist dem Pfarrer vorzulegen.) Zur Schließung einer gültigen Ehe ist unbedingt die Eheschließung vor dem Standesbeamten nötig. Nur diese ist für das Rechtsleben von Bedeutung. Ihr muß das **Aufgebot** vorausgehen, welches man beim Standesbeamten seines Wohnbezirkes beantragt. Man muß dabei die Geburtscheine der Eheschließenden vorlegen und bei Minderjährigkeit die schriftliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. Das Aufgebot wird zwei Wochen lang durch Aushang öffentlich bekannt gemacht. Binnen sechs Monaten nach Vollziehung des Aufgebots soll die Ehe geschlossen werden. Die Schließung der Ehe geschieht vor dem Standesbeamten zu einer vorher festgesetzten Zeit dadurch, daß die Verlobten erklären, die Ehe miteinander eingehen zu wollen. Zwei großjährige Zeugen müssen dabei anwesend sein, die mit dem Brautpaar verwandt sein können.

Der Ehe geht in der Regel ein **Verlöbniß** voraus, aus dem aber nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden kann. Tritt ein Verlobter ohne Verschulden des anderen zurück von der Verlobung, so muß er dem anderen Verlobten oder den Eltern den Schaden ersetzen, der daraus entstanden ist, daß sie in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben.

Über Chemündigkeit siehe Kap. 1, erster Abschnitt.

Der Mann muß den ehelichen Aufwand tragen und ist verpflichtet, der Frau standesgemäßen Unterhalt zu gewähren (auch wenn sie eigenes Vermögen hat), soweit er nach seinem Vermögen und Einkommen dazu imstande ist. Doch hat die Frau aus ihrem Vermögen und Erwerbe einen angemessenen Beitrag zum Unterhalt zu leisten. Ist der Mann außer Stande, den Unterhalt zu beschaffen, so muß die Frau dafür sorgen. Dem Manne steht immer die Entscheidung zu über alle Angelegenheiten, die das gemeinsame eheliche Leben betreffen. Die Frau ist berechtigt, in ihrem häuslichen Wirkungskreis den Mann zu vertreten

und verpflichtet ihn unmittelbar durch alle Anordnungen und Geschäfte, die sie hier vornimmt (sog. Schlüsselgewalt der Ehefrau). Der Mann hat für Anschaffungen, Eingehung von Mietverträgen und für Bestellungen, die die Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises vornimmt, aufzukommen.

*

Zweiter Abschnitt: Eheliches Güterrecht, eingebrachtes Gut, Vorbehaltsgut, Gütergemeinschaft, Gütertrennung.

Die ehelichen Güterverhältnisse beruhen entweder auf einem Ehevertrag, der zwischen den Gatten bei Eingehung der Ehe oder auch später geschlossen wird, oder liegt ein solcher nicht vor, auf dem gesetzlichen Güterrecht. Der Ehevertrag muß bei gleichzeitiger Anwesenheit beider vor Gericht oder Notar geschlossen und in das Güterrechtsregister, welches beim Amtsgericht geführt wird, eingetragen werden. Die Eintragung wird durch Zeitungen öffentlich bekannt gemacht. Das Güterrechtsregister kann jeder einsehen.

Das gesetzliche Güterrecht bezeichnet man als das Recht der Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Frau. Das Vermögen der Frau bleibt aber ihr Eigentum; insofern sind die einzelnen Vermögen getrennt.

Nach dem gesetzlichen Güterrecht unterscheidet man zwischen eingebrachtem Gut und Vorbehaltsgut der Frau. An dem eingebrachten Gut der Frau hat der Mann das Verwaltungs- und Nutznießungsrecht, nicht am Vorbehaltsgut.

Zum eingebrachten Gut gehört vor allem die Mitgift der Frau, ferner das, was ihr durch Schenkung und Erbschaft zufällt, soweit es nicht als Vorbehaltsgut erklärt wird. Der Mann hat das eingebrachte Gut ordnungsmäßig zu verwalten. Bares Geld hat er verzinsslich und mündelsicher auf den Namen der Frau anzulegen, er darf das eingebrachte Gut in Besitz nehmen und im eigenen Namen verwalten. Für die durch gewöhnliche Abnutzung auscheidenden Stücke hat er Ersatz zu schaffen. Gewöhnlich kann er aber nicht ohne Zustimmung der Frau über das eingebrachte Gut verfügen, nur in einigen Fällen bedarf er der Zustimmung der Frau nicht: Bei Verfügung über bares Geld und andere verbrauchbare Sachen im Geschäft zum Zwecke einer ordnungsmäßigen Verwaltung, bei Aufrechnung von Forderungen der Frau gegen Forderungen an die Frau, bei Erfüllung von Verbindlich-

keiten der Frau. Der Reinertrag des eingebrachten Gutes soll in erster Linie zum Unterhalt beider Ehegatten und ihrer Kinder verwendet werden. Wenn der Mann den ihm aus der Verwaltung und Nutznießung obliegenden Pflichten nicht nachkommt, sodaß die Rechte der Frau verletzt und das eingebrachte Gut gefährdet wird, dann kann die Frau Sicherstellung fordern durch Hinterlegung von Geld oder Verpfändung von Forderungen, oder sie kann verlangen, daß das Geld oder die Wertpapiere auf eine Bank gebracht werden und nur mit ihrer Einwilligung an den Mann ausgeliefert werden. Andererseits kann auch die Frau über das eingebrachte Gut nur mit Zustimmung des Mannes verfügen. Hat sie ohne seine ausdrückliche und stillschweigende Genehmigung Verträge abgeschlossen, die das eingebrachte Gut belasten, so sind diese ungültig. Verweigert der Mann ohne ausreichenden Grund die Genehmigung, so kann das Oberbormundschaftsgericht diese auf ihren Antrag ersetzen.

Betreibt die Frau in eigenem Namen selbständig ein Geschäft mit Zustimmung oder ohne Einspruch des Mannes, so braucht sie die Zustimmung des Mannes nicht zu Rechtsgeschäften für das Geschäft oder zu Prozessen, die daraus entstehen.

Unter dem **Vorbehaltsgut** versteht man das der Frau gehörige Gut, das nicht der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen ist. Vorbehaltsgut sind z. B. die zum persönlichen Gebrauch der Frau bestimmten Sachen wie Kleidungsstücke, Schmucksachen, ferner was sie durch ihre eigene Arbeit oder durch ein selbständig betriebenes Geschäft erwirbt und was durch Vertrag für Vorbehaltsgut erklärt wird.

Das eheliche Güterrecht kann aber auch, wie bereits im Anfang dieses Abschnittes gesagt ist, durch besonderen Vertrag geregelt werden.

In diesem Verträge kann allgemeine **Gütergemeinschaft** festgesetzt werden, d. h. alles gegenwärtige und zukünftige Vermögen des Mannes und der Frau ist gemeinschaftliches Vermögen beider, dessen Verwaltung dem Mann zusteht. Der Anteil jedes Ehegatten beträgt die Hälfte des Gesamterwerbes. Bei Verfügung über ein Grundstück, sowie über das Gesamtgut als Ganzes genommen und zu Schenkungen aus demselben bedarf der Mann der Zustimmung der Frau. Ist ein Gatte geschädigt, so kann auf Antrag die Gütergemeinschaft vom Gericht aufgehoben werden. Oder aber es wird **Gütertrennung** festgesetzt, d. h.

jeder Ehegatte behält sein Vermögen als Eigentum. Der Mann hat nicht die Verwaltung und Nutznießung des Vermögens der Frau.

Bei der Errungenschaftsgemeinschaft, welche ebenfalls durch Vertrag vereinbart werden kann, wird das Vermögen, das der Mann oder die Frau während der Ehe erworben, Gesamtgut. Das Vermögen, das die Frau vorher besaß, unterliegt der Verwaltung des Mannes, das dadurch gewonnene Geld wird zum Gesamtgut geschlagen. Vergl. hierzu auch § 1363 und folgende des BGB.

*

Dritter Abschnitt: Verwandtschaft, Schwägerschaft, Unterhaltspflicht.

Personen, die voneinander abstammen, sind Verwandte in gerader Linie, Eltern, Großeltern, Urgroßeltern in aufsteigender, Eltern, Kinder, Enkel, Urenkel in absteigender Linie.

Personen, die von derselben dritten Person abstammen, sind Verwandte in der Seitenlinie, z. B. Nefse und Onkel. Der Grad der Verwandtschaft richtet sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten.

Wenn nur eine Geburt erforderlich ist, um die Verwandtschaft zwischen zwei Personen herzustellen (Eltern, Kinder), so sind sie im ersten Grade miteinander verwandt, sind zwei Geburten erforderlich (Großeltern, Enkelkinder, Geschwister untereinander), so sind sie im zweiten Grade verwandt.

Die Verwandten eines Ehegatten sind mit den anderen Ehegatten verschwägert (z. B. der Bruder mit der Frau seines Bruders, nicht aber die Frauen zweier Brüder unter sich). Hierzu ist auch zu vergleichen BGB. §§ 1585—1590.

Unterhaltungspflicht. Nur Verwandte in gerader Linie (Kinder, Eltern und Großeltern) und Ehegatten sind gesetzlich verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Der nähere Verwandte ist vor dem entfernteren verpflichtet; mehrere gleich nahe, zu gleichen Teilen, oder nach dem Verhältnisse ihrer Erbteile.

Diese sind aber nur zum Unterhalt verpflichtet, wenn sie dazu in der Lage sind, ohne den eigenen standesgemäßen Unterhalt und den der eigenen Familie zu gefährden.

Letztere Vorschrift des BGB ist durch eine Notverordnung des Reiches vom Februar 1924 bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Nahe Unverwandten muß also auch dann Unterhalt gewährt werden, wenn dies nur unter Herabsetzung des eigenen unter ein standesgemäßes Maß möglich ist.

Einen Anspruch auf Unterhalt hat, wer sich aus eigenem Vermögen oder durch seine Arbeit nicht selbst unterhalten kann. Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf und richtet sich nach der jeweiligen Lebensstellung des Unterhaltsbedürftigen. Ist die Person der Erziehung bedürftig, gehören dazu auch die Kosten der Erziehung und Vorbildung zu einem Berufe. Ist der Unterhaltsberechtigte durch eigenes sittliches Verschulden bedürftig geworden, oder hat er sich gegen den Unterhaltsverpflichteten eines groben Vergehens schuldig gemacht, so kann er nur notdürftigen Unterhalt verlangen.

*

Vierter Abschnitt: Geburt eines Kindes, Religion, Impfung, Schule.

Die Geburt eines Kindes ist innerhalb einer Woche dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem die Niederkunft stattgefunden hat, anzuzeigen.

Zur Anzeige sind verpflichtet 1. der eheliche Vater, 2. die Hebamme, die bei der Niederkunft zugegen gewesen ist, 3. der Arzt, der dabei war, 4. jede andere dabei gewesene Person, 5. die Mutter, sobald sie dazu imstande ist. Jedoch tritt die Verpflichtung der in vorstehender Reihenfolge später genannten Personen nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder an der Anzeige verhindert ist. Auf die Anzeige erhält man eine Bescheinigung. Die Anzeige ist von den Verpflichteten mündlich zu machen. Wenn zur Zeit der Anmeldung die Vornamen des Kindes noch nicht feststehen, so müssen diese nachträglich längstens binnen zwei Monaten nach der Geburt angezeigt werden.

Ist das Kind tot geboren oder während der Geburt gestorben, so muß die Anzeige sofort, spätestens am folgenden Tage geschehen.

Wer ein neugeborenes Kind findet, muß davon die Polizei in Kenntnis setzen, spätestens am folgenden Tage.

Die Kinder nehmen gewöhnlich die Konfession der Eltern an. In Mischehen bestimmt über die religiöse Erziehung eines Kindes die freie Einigung der Eltern (der uneheliche Vater hat kein Mitbestimmungsrecht). Die freie Einigung ist jedoch jederzeit widerruflich und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Vater über die religiöse Erziehung des Kindes. Während Bestehens der Ehe kann jedoch von keinem Elternteil ohne die Zu-

stimmung des anderen bestimmt werden, daß das Kind in einem andern, als dem zurzeit der Eheschließung gemeinsamen Bekenntnis erzogen, oder daß das Kind vom Religionsunterricht abgemeldet wird. Versagt der andere Ehegatte die Zustimmung, so kann die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts angerufen werden. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres kann ein Kind sich selbständig für ein religiöses Bekenntnis entscheiden.

Uneheliche Kinder erhalten den Familiennamen der Mutter; sie erhalten durch nachträgliche Eheschließung des Vaters und der Mutter die Rechte ehelicher Kinder. Der Vater eines unehelichen Kindes hat demselben bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres einen der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren (etwa 25—30 Mark pro Monat). Ist das Kind zu dieser Zeit noch außerstande, sich selbst zu unterhalten, so hat der Vater weiter für dessen Unterhalt zu sorgen (Alimentationspflicht). Uneheliche Kinder können auf Antrag des Vaters für eheliche erklärt werden. Uneheliche Kinder sind der Mutter gegenüber erbberichtigt.

Vor dem Ablauf des zweiten Lebensjahres ist jedes Kind **impfpflichtig**.

Die Impfung ist unentgeltlich und wird an vorher bekannt gemachten Orten und Tagen vorgenommen. Außer den Impfsärzten können auch andere Ärzte die Impfung vornehmen. Jeder Geimpfte muß 6—8 Tage nach der Impfung dem impfenden Arzte wieder vorgezeigt werden, damit dieser feststellt, ob die Impfung Erfolg gehabt hat.

Ist die Impfung nach dem Urteil des Arztes erfolglos geblieben, so muß sie spätestens im nächsten Jahre, und falls sie auch dann erfolglos bleibt, im dritten Jahre wiederholt werden.

Nochmals impfpflichtig ist jeder Zögling einer öffentlichen oder privaten Lehranstalt innerhalb des Jahres, in dem der Zögling das 12. Jahr zurücklegt, wenn er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat oder bereits zum zweiten Male mit Erfolg geimpft ist.

Mit der Vollendung des 6. Lebensjahres wird das Kind **schulpflichtig**. Es können auch schon Kinder aufgenommen werden, denen zur Zeit der Aufnahme noch 6 Monate an 6 Jahren fehlen, wenn sie körperlich und geistig gut entwickelt sind.

Kinder, welche über zwei Kilometer weit vom Schulort weg wohnen, und erst in den letzten drei Monaten vor

dem Aufnahmetermin das 6. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag an den Schulvorstand bis zum nächstfolgenden Aufnahmetermin zurückgestellt werden.

Auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung können schulpflichtige Kinder wegen körperlicher oder geistiger Schwäche vom Schulunterricht ausgeschlossen oder zurückgestellt werden.

Soll ein Kind die Schule wechseln, so ist dem Leiter der Schule vor dem Weggang unter Angabe der Schule, welche das Kind nun besuchen soll, Mitteilung zu machen.

Für die Volksschulen herrscht Schulzwang vom 6. bis 14. Lebensjahre. Hieran schließt sich bis zum 18. Lebensjahre die Fortbildungsschule. Kinder, welche später die höhere Schule besuchen sollen, müssen ebenfalls zuerst die Volksschule besuchen und zwar die vier untersten Klassen (die sogen. Grundschule).

Privat-Unterricht, den Kinder vor Beginn der Schulpflicht erhalten, darf nach einem Ministerialerlaß nicht auf die Grundschulpflicht angerechnet werden, ebenso ist die Aufnahme derartig vorbereiteter Kinder in die zweitunterste Klasse der Volksschule nicht statthaft.

Das gesamte Schulwesen ist noch in Kapitel 18 behandelt.

*

Fünfter Abschnitt: Die elterliche Gewalt.

Das Kind steht unter elterlicher Gewalt, solange es minderjährig ist. Kraft elterlicher Gewalt hat der Vater das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen.

Die Sorge für die Person des Kindes heißt: das Kind standesgemäß unterhalten, beaufsichtigen und erziehen. Ferner gehört hierher das Recht der Züchtigung, das Recht, den Aufenthaltsort zu bestimmen.

Hat das minderjährige Kind eigenes Vermögen, so steht dem Vater in der Regel die Verwaltung und die Nutznießung des Vermögens zu, wenn nichts besonderes bestimmt ist.

Bei der Verwaltung des Vermögens muß der Vater dieselbe Sorgfalt verwenden, wie bei seinen eigenen Angelegenheiten. Die elterliche Gewalt geht auf die volljährige Mutter (nicht die minderjährige) über, wenn der Vater gestorben, für tot erklärt ist, wenn er die elterliche Gewalt verwirkt hat und die Ehe aufgelöst ist. Vom Vormundschaftsgericht kann der Mutter ein Beistand bestellt werden wenn sie es verlangt, wenn der Vater es lektwillig verordnet hat, wenn das Gericht es für nötig hält.

In allen Rechtsangelegenheiten, die das Kind betreffen, muß der Vater bezw. die Mutter das Kind vertreten. Der Vater ist berechtigt für das Kind zu klagen, Straf- anträge zu stellen und Verträge zu schließen. Will man rechtlich gegen das Kind vorgehen, so hat man gegen den Vater als Vertreter vorzugehen.

Den Eltern kann die elterliche Gewalt entzogen werden, wenn sie ihren Pflichten dem Kinde gegenüber nicht nach- kommen, oder wenn Gefahr vorliegt, daß der Vater sein Recht mißbraucht. Die Anzeige muß dem Vormundschafts- gericht erstattet werden, das dann zumeist anordnet, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

Eine Fürsorgeerziehung kann das Vormundschaftsgericht auch anordnen, wenn das minderjährige Kind eine straf- bare Handlung begangen hat und die Fürsorgeerziehung zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist.

Die Eltern sind auch verpflichtet, ihre Kinder (ebenso Hausgenossen, die ihrer Gewalt und Aufsicht unterworfen sind) vom Betteln, Stehlen, von Zoll- und Steuerhinter- ziehung, von Forst- und Feldfrevel, vom Wildern und vom Vogelfstellen abzuhalten. Tun sie das nicht, so können sie mit Haft von 1 Tag bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden. Unter Umständen können sie auch an die Landespolizei (Ar- beitshaus) überwiesen werden.

Zu den Pflichten der Eltern gehört es auch, der Tochter bei ihrer Verheiratung eine angemessene Aussteuer zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sind, ohne ihren eigenen standesgemäßen Unterhalt und ihre sonstigen Verpflichtungen zu gefährden.

Sie sind aber nur zur Lieferung einer Aussteuer verpflichtet. Die Verpflichtung fällt weg, wenn die Toch- ter genügendes eigenes Vermögen besitzt, oder wenn sie bei Minderjährigkeit ohne Einwilligung der Eltern heiratet. Die Aussteuer kann später von dem Erbteil der Tochter abgezogen werden. Vergl. §§ 1616 u. f. BGB.

*

Sechster Abschnitt: Annahme an Kindesstatt.

Wer keine ehelichen Abkömmlinge hat, kann durch Ver- trag mit einem anderen diesen an Kindesstatt annehmen. Der Vertrag muß vor Gericht oder vor einem Notar ge-

geschlossen werden, beide Theile müssen gleichzeitig anwesend sein. Das zuständige Gericht hat den Adoptionsvertrag nachher zu bestätigen.

Der Annahmevertrag (Adoptionsvertrag) kann nicht durch einen Vertreter geschlossen werden. Hat aber das Kind nicht das 14. Lebensjahr vollendet, so kann sein gesetzlicher Vertreter den Vertrag mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes schließen.

Von den vorgenannten formellen Voraussetzungen für den Vertragsabschluß zu unterscheiden sind die Voraussetzungen, die in der Person des Annehmenden (Adoptierenden) und des Anzunehmenden (zu Adoptierenden) gegeben sein müssen.

Der Annehmende muß das 50. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 18 Jahre älter sein als das Kind. Befreiung hiervon ist möglich. Wer verheiratet ist, kann nur mit Einwilligung seines Ehegatten an Kindesstatt annehmen oder angenommen werden.

Ein Kind, das noch keine 21 Jahre alt ist, muß zur Annahme an Kindesstatt die Einwilligung seiner Eltern beibringen.

Die Einwilligungserklärung ist gerichtlich oder notariell zu beurkunden und dem Gerichte gegenüber abzugeben, welches für die Bestätigung des Annahmevertrages zuständig ist.

Ist der Annehmende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt (z. B. noch nicht volljährig), so muß zur Gültigkeit des Vertrags außer der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes hinzukommen.

Will ein Vormund sein Mündel adoptieren, so muß er zuvor die Vormundschaft niederlegen und dem Gericht Rechnung legen über die Verwaltung des Mündelvermögens.

Das angenommene Kind erhält gegen den Annehmenden alle Rechte der ehelichen Kinder, auch das Erbrecht, wenn dieses nicht im Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen ist. Der Adoptierte behält gegen seine bisherigen Verwandten das Erbrecht und auch den Anspruch auf Unterhalt, wenn der Annehmende einen solchen nicht gewähren kann. Der Annehmende erhält über den Adoptierten alle Rechte und Pflichten der elterlichen Gewalt.

Will jemand einen Adoptionsvertrag schließen, so hat er sich an das Vormundschaftsgericht oder an einen Notar zu wenden.

*

Siebenter Abschnitt: Die Vormundschaft.

Einen **Vormund** erhalten in der Regel Minderjährige, wenn sie nicht unter elterlicher Gewalt stehen, aber auch Großjährige, die entmündigt sind, oder wenn sie taub, stumm oder blind sind. Großjährige können **entmündigt** werden, wenn sie infolge Geisteskrankheit oder Geisteschwäche nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen; oder wenn sie durch Verschwendung sich oder ihre Familie der Gefahr des Notstandes aussetzen; oder wenn sie durch Trunksucht ihre Angelegenheiten nicht zu besorgen vermögen oder die Sicherheit anderer gefährden.

Als Vormünder sind in nachstehender Reihenfolge berufen: Wer von dem Vater — wenn dieser tot — von der Mutter als Vormund benannt ist, der Großvater des Mündels von väterlicher Seite, der Großvater des Mündels von mütterlicher Seite. Können diese Personen aus irgend welchen Gründen die Vormundschaft nicht übernehmen, so bestellt das Vormundschaftsgericht einen Vormund.

Jeder Deutsche hat die Vormundschaft, für die er vom Vormundschaftsgericht ausgewählt ist, zu übernehmen. Zum Vormunde werden nicht bestellt: Entmündigte, Minderjährige, wer in Konkurs geraten ist, für die Dauer des Konkurses, wer nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Führung der Vormundschaft steht unter Aufsicht des Vormundschaftsgerichtes.

Die Übernahme der Vormundschaft kann in gewissen Fällen abgelehnt werden; z. B. ablehnen kann eine Frau, welche zwei und mehr noch nicht schulpflichtige Kinder besitzt oder glaubhaft macht, daß die ihr obliegende Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes dauernd besonders erschwert; derjenige, welcher das 60. Lebensjahr vollendet hat; wer mehr als vier minderjährige Kinder hat; wer durch Krankheit und Gebrechen gehindert ist die Vormundschaft ordnungsmäßig zu führen; wer bereits zwei Vormundschaften oder Pflegschaften hat. (Eine Vormundschaft über mehrere Geschwister gilt als eine Vormundschaft.)

Will jemand eine Vormundschaft ablehnen, so muß er die Gründe vor seiner Bestallung zum Vormund beim Vormundschaftsgericht geltend machen.

Der Vormund hat Pflege und Erziehung des Mündels zu beaufsichtigen. Er hat das Mündel in allen Rechtsgeschäften zu vertreten. Zu gewissen Rechtsgeschäften bedarf er der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes: bei Verfügung über Grundstücke, Erwerb und Verkauf von

Erwerbsgeschäften, Abschluß von längeren Pacht- und Mietverträgen, von Lehr- und Dienstverträgen auf länger als ein Jahr, Übernahme von Bürgschaft usw.

Am besten erkundigt sich der Vormund in zweifelhaften Fällen beim Vormundschaftsgericht.

Der Vormund hat das Vermögen des Mündels mit Treue, Ehrlichkeit und Ordnung zu verwalten. Ist das Vermögen größer, so wird ein **Gegenvormund** ernannt. Dieser hat den Vormund zu beaufsichtigen und hat das Recht und die Pflicht, vom Vormund Auskunft über die Führung der Vormundschaft zu verlangen und Einsicht in die Papiere zu tun. Über die Vermögensverwaltung hat der Vormund jedes Jahr dem Vormundschaftsgericht **R e c h n u n g** z u l e g e n .

Vormund und Gegenvormund erhalten als Legitimation eine **Bestallung**.

In der Regel muß die Vormundschaft unentgeltlich geführt werden. Nur wenn das Vermögen des Mündels und der Umfang der Geschäfte es rechtfertigen, kann das Vormundschaftsgericht ein Honorar gewähren.

Sind die Eltern oder der Vormund an der Ausübung ihrer Pflicht behindert, oder will der Vormund mit dem Mündel ein Rechtsgeschäft abschließen oder gegen das Mündel einen Rechtsstreit führen, so wird dem Mündel ein **P f l e g e r** bestellt. Für die Pflegschaft finden die für die Vormundschaft geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

*

Achter Abschnitt: Die Auflösung der Ehe.

Die Ehe wird gelöst:

1. durch **Scheidung**;
2. durch **Tod** oder Todeserklärung.

Ehescheidungsgründe sind: Ehebruch, Nachstellung nach dem Leben, böswilliges Verlassen, schwere Verletzung der ehelichen Pflichten, Mißhandlung, ehrloses und unsittliches Verhalten, dauernde Trunksucht, Geisteskrankheit. Die Klage auf Ehescheidung ist durch einen Rechtsanwalt vor dem Landgericht zu vertreten. Zuständig ist das Gericht, wo der Ehemann seinen Wohnsitz hat. Der gerichtlichen Entscheidung geht in der Regel ein Sühnetermin vor dem Amtsgericht voraus.

Was für **Folgen** bringt die Scheidung mit sich?

Auf jeden Fall verliert der Mann Verwaltung und Nutznießung des Vermögens der Frau. Es findet Auseinandersetzung statt.

Im Ubrigen kommt es vor allem darauf an, wer für den schuldigen Teil erklärt wird.

Ist der Mann der Schuldige, so hat er die Frau bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung zu unterhalten, sofern sie selbst ihren Unterhalt weder aus Einkünften ihres Vermögens, noch ihres Erwerbes bestreiten kann, und der Mann zur Gewährung desselben imstande ist.

Geschenke, die die Frau während des Brautstandes und während der Ehe dem Mann gemacht hat, kann sie zurückverlangen. Die Frau hat grundsätzlich die Wahl, ob sie den Familiennamen des Mannes weiterführen oder ihren Mädchennamen wieder annehmen will. War sie vor Eingehung der geschiedenen Ehe verheirathet, so kann sie auch den Namen wieder annehmen, den sie bis zur Eingehung der Ehe hatte. Ist die Frau die Schuldige, so hat sie keinen Anspruch auf Unterhalt, muß den Mann sogar unterhalten, wenn er dazu nicht imstande ist; die Weiterführung seines Namens kann der Mann ihr untersagen.

Sind beide Ehegatten für schuldig erklärt, so fällt die Unterhaltspflicht weg.

Sind minderjährige **Kinder** aus der geschiedenen Ehe vorhanden, so bleibt dem Vater das Recht zur **Vertretung** des Kindes. Die Sorge für die Person des Kindes steht, wenn der Mann schuldig, der Frau, wenn diese schuldig, dem Mann zu.

Sind beide Ehegatten für schuldig erklärt, so steht die Sorge für einen Sohn unter 6 Jahren oder für eine Tochter der Mutter, für einen Sohn, der über 6 Jahre alt ist, dem Vater zu. Das Vormundschaftsgericht kann aber auch anders entscheiden.

Durch die Scheidung oder durch Tod eines Ehegatten erlangen beide Ehegatten das Recht der **Wiederverheirathung**. Dies Recht erwerben sie nicht durch Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft.

Für **nichtig** wird eine Ehe erklärt, wenn bei der Schließung die vorgeschriebene Form nicht beachtet ist, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung geschäftsunfähig, bewußtlos, geisteskrank oder anderweitig verheirathet war. Dasselbe gilt, wenn die Ehe zwischen nahen Verwandten geschlossen war. Auch eine Ehe zwischen Stiefeltern und Stiefkindern ist nichtig. Die Nichtigkeit der Ehe kann nur im Wege der Klage geltend gemacht werden.

Kapitel 5: Das Erbrecht.

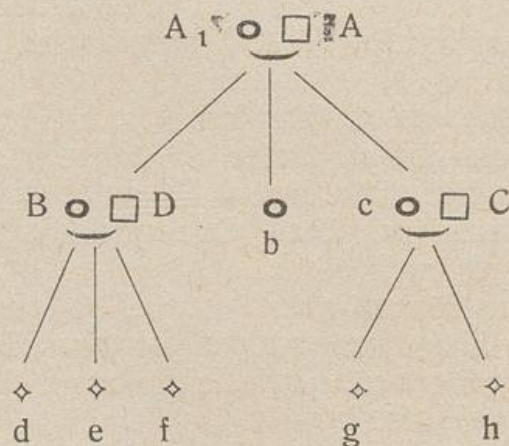
Erster Abschnitt: Die Erbfolge.

Die Erbfolge, die mit dem Tode des Erblassers stattfindet, kann sein: 1. eine gesetzliche, 2. eine durch Testament oder Erbvertrag geregelte.

Zunächst sei die gesetzliche Erbfolge behandelt.

Die gesetzlichen Erben bringt das Gesetz in fünf Ordnungen. Erben 1. Ordnung sind die Abkömmlinge des Erblassers, auch solche, die zur Zeit des Erbfalles noch nicht lebten, jedoch bereits erzeugt waren. (Vergl. Kap. 1, erster Abschnitt.) Erben 2. Ordnung sind die Eltern des Erblassers und deren Abkömmlinge, Erben 3. Ordnung die Großeltern des Erblassers und deren Abkömmlinge, Erben 4. Ordnung die Urgroßeltern des Erblassers und deren Abkömmlinge, Erben 5. Ordnung die entfernteren Verwandten. Kein Verwandter erbt, solange ein Verwandter der vorhergehenden Ordnung dazu berufen ist.

Der überlebende Ehegatte erbt neben den Kindern des Verstorbenen ein Viertel des Gesamtnachlasses, neben Eltern und Großeltern und deren Abkömmlingen die Hälfte des Nachlasses. (Hierzu nachstehende Erläuterung.)



Zeichen-Erläuterung: A ist der Vater, A₁ die Mutter, D deren Sohn, b und c deren Töchter, C der Ehemann der Tochter c, B die Ehefrau des Sohnes D, d e f Kinder von D und B, g h Kinder von C und c.

Wenn D stirbt, so sind Erben 1. Ordnung die Abkömmlinge d e f. Diese erben unter sich zu gleichen Teilen. Daneben hat die Ehefrau B ein gesetzliches Erbrecht zu $\frac{1}{4}$. Sind keine Abkömmlinge vorhanden, dann gelangen die Erben 2. Ordnung, die Eltern des

Erblässers (A und A₁) und deren Abkömmlinge b und c zur Erbfolge und zwar in folgender Weise: 1. Leben beide Eltern (A und A₁), so erben diese (neben der Ehefrau B, welche die Hälfte des Nachlasses erbt) allein und zu gleichen Teilen; sind sie verstorben, so treten b und c an ihre Stelle. Ist c verstorben, so treten an dessen Stelle g und h. 2. Ist einer gestorben, 3. B. der Vater A, so erbt die Ehefrau B auch in diesem Falle neben den Erben 2. Ordnung die Hälfte; von der übrigen Hälfte erhält die Mutter A₁ die eine und die Kinder b und c die andere Hälfte.

Sind keine Erben 1. und 2. Ordnung und keine Großeltern da, so erbt der Ehegatte den ganzen Nachlaß allein.

Die zum ehelichen Haushalt gehörigen Gegenstände und die Hochzeitsgeschenke erhält der überlebende Ehegatte für sich aus dem Nachlaß vorab außer seinem Anteil an der Erbschaft, wenn er neben Erben zweiter Ordnung (Eltern und deren Kinder) oder Großeltern als Erbe berufen ist.

*

Zweiter Abschnitt: Erbvertrag und Testament.

Will ein Erblasser für den Fall seines Todes besondere Bestimmungen treffen, so kann er dies durch Erbvertrag oder durch Testament.

Die Form des Testamentes ist vorzuziehen, da dies ohne weiteres jederzeit aufgehoben und umgeändert werden kann, während ein Erbvertrag nur mit Zustimmung des anderen Teiles geändert werden kann.

Jeder kann ein Testament errichten, ausgenommen Kinder unter 16 Jahren, entmündigte Personen, geistesfranke, geisteschwache, bewußtlose Personen (während der Dauer dieses Zustandes).

Jeder muß das Testament persönlich errichten. Die Hinzuziehung eines Notars oder einer Behörde ist nicht unbedingt erforderlich. Doch ist wegen der Zuverlässigkeit des Inhaltes und der Sicherheit der Aufbewahrung die Errichtung des Testamentes vor einem Notar zu empfehlen. Sonst genügt auch eine vom Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung. Man kann dies Testament selbst aufbewahren, einem Dritten übergeben oder beim Amtsgericht hinterlegen, worüber man einen Hinterlegungsschein erhält. Ein Testament mit gekürzter, gedruckter, gestempelter oder fehlender Angabe von Ort und

Datum oder ein nur eigenhändig unterschriebenes Testament ist ungültig.

Der Blinde, der schreiben kann, muß das Testament auch unterschreiben. Wenn er zu schreiben nicht imstande ist, muß er erklären, daß er nicht schreiben könne und diese Erklärung muß im Testamentsprotokoll festgelegt werden. — Nachstehend der Wortlaut eines Testaments.

Testament.

Zu meinen Erben ernenne ich meine Ehefrau Maria Meyer, geb. Ketteler, sowie meine zwei Kinder Heinrich und Hedwig.

Meine Tochter Klara enterbe ich, da sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben hat.

Meine Ehefrau soll bis zu ihrem Tode den vollen Nießbrauch des Gesamtvermögens haben. Meiner Tochter Hedwig soll sie bei ihrer Verheiratung oder sobald sie 25 Jahre alt ist 10000 (Zehntausend) Mark auszahlen, sowie weitere 3000 (Dreitausend) Mark für eine Aussteuer. Nach dem Tode meiner Frau erben meine beiden oben angegebenen Kinder zu gleichen Teilen.

Wer dies Testament anfechtet, erhält nur den Pflichtteil.

Selbstgeschrieben und unterschrieben.

Bochum, den 2. Mai 1927.

Johann Meyer, Fabrikant.

Eheleute können auch ein gemeinsames privatschriftliches Testament machen und zwar genügt es, wenn einer der Ehegatten die Erklärung unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig schreibt und unterschreibt. Der andere Ehegatte muß dann die Erklärung beifügen, daß das Testament auch als sein Testament gelten solle. Die Erklärung muß ebenfalls unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben sein. Ein solches Testament würde etwa folgenden Wortlaut haben:

Gemeinschaftliches Testament.

Wir, nämlich ich, der Kaufmann Wilhelm Schlüter, und ich, seine Ehefrau Elisabeth, geb. Brand, setzen uns gegenseitig zu Erben ein.

Uns etwa noch geborene Kinder sollen alles erhalten, was nach dem Tode des Überlebenden von unserem Nachlaß noch vorhanden ist.

Der Überlebende von uns soll, solange er lebt, den Nießbrauch und die Verwaltung des gesamten Nachlasses des Erstverstorbenen erhalten. Er soll auch befugt sein, über die einzelnen Vermögensstücke unter den Lebenden frei zu verfügen.

Bernburg, den 3. April 1927.

Wilhelm Schlüter.

Das vorstehende Testament soll auch als mein Testament gelten.

Bernburg, den 3. April 1927.

Elisabeth Schlüter, geb. Brand.

Ein Nottestament kann errichtet werden vor dem Gemeindevorsteher, Bürgermeister oder deren Vertreter unter Zuziehung zweier Zeugen, wenn der Erblasser selbst dazu

nicht mehr fähig ist, und zu befürchten ist, daß er stirbt, bevor ein Notar zugezogen werden kann. Die von dem Erblasser gemachten mündlichen Angaben müssen von demjenigen, der das Testament entgegennimmt, niedergeschrieben und möglichst von dem Erblasser unterschrieben werden. Das Nottestament ist ungültig, wenn der Erblasser drei Monate nach der Errichtung des Testaments noch lebt und dann imstande ist, ein neues Testament zu errichten.

*

Dritter Abschnitt: Pflichtteil, Erbenhaftung, Nachlastteilung.

Abkömmlinge, Ehegatten und Eltern des Erblassers können, falls sie durch Verfügung von der Erbschaft ausgeschlossen wurden, den **Pflichtteil** fordern, d. h. die Hälfte vom Werte ihres gesetzlichen Erbteils. Der Pflichtteil kann einem Abkömmling vom Erblasser entzogen werden, wenn er sich schwerer Vergehen gegen den Erblasser oder seinen Ehegatten schuldig macht, seine Unterhaltspflicht böswillig verletzt, wenn er einen ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandel wider den Willen des Erblassers führt; doch muß der Grund der Enterbung ausdrücklich im Testament angegeben werden. Einem Ehegatten kann der Pflichtteil entzogen werden, wenn er sich solche Verfehlungen hat zu Schulden kommen lassen, daß die Scheidungsklage berechtigt wäre.

Ferner ist Enterbung aus guter Absicht möglich. Voraussetzung ist Verschwendung oder Überschuldung, doch müssen beide in so hohem Grade vorliegen, daß das Erbteil erheblich gefährdet wird. Der Erblasser ist in diesem Falle befugt, eine Nacherbschaft zugunsten der gesetzlichen Erben des Enterbten anzuordnen.

Der Erblasser D vermacht von seinem 160 000 Mark betragenden Vermögen für wohltätige Zwecke der Anstalt A. testamentarisch die Summe von 80 000 Mark. Können die Ehefrau des Erblassers und deren Kinder dies Vermächtnis anfechten? Nein! Von dem Nachlasse gebührt der Ehefrau $\frac{1}{4} = 40\,000$ Mark, ihr Pflichtteil beträgt hiernach 20 000 Mark (die Hälfte des gesetzlichen Erbteils). Die Kinder haben als gesetzliche Erben zusammen $\frac{3}{4} = 120\,000$ Mark zu fordern, also beträgt ihr Pflichtteil zusammen 60 000 Mark. Da die Pflichtteilsforderungen insgesamt 80 000 Mark betragen und diese Summe zur Auszahlung auch vorhanden ist, so liegt eine Pflichtteilsverletzung nicht vor. Hätte D

der Anstalt z. B. 100 000 Mark vermacht, so könnten die Pflichtteilsberechtigten von der Anstalt soviel zurückverlangen, daß ihr Pflichtteil gewahrt ist.

Ein übergangener Pflichtteilsberechtigter, dessen Vorhandensein zur Zeit des Erbfalls dem Erblasser bei Errichtung seiner Verfügung unbekannt war, kann die letztwillige Verfügung anfechten und den vollen Erbteil verlangen, soweit nicht anzunehmen ist, daß er auch bei Kenntnis der Sachlage übergangen worden wäre.

Nachlassschulden und Erbenhaftung. Mit dem Tode des Erblassers geht das gesamte Vermögen auf die Erben über; also nicht nur die Aktiva (Grundstücke, bewegliche Sachen, Forderungen, Urheber- und Erfinderrechte usw.) sondern auch die Passiva (Schulden).

Gewisse Schulden entstehen erst mit dem Erbfall, z. B. Beerdigungskosten, Unterhaltskosten für die Angehörigen des Erblassers — 30 Tage lang nach dem Tode des Erblassers (§ 1969 BGB.), sowie die Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsresten, Vermächtnissen und Auflagen.

Alle anderen Schulden sind von dem Erblasser persönlich herrührende Schulden, z. B. zur Zeit des Erblassers vorhandene Geschäftsschulden, Warenschulden, Darlehensschulden usw.

Unter Umständen kann ein Erbe, wenn viele Nachlassschulden da sind, in eine unangenehme Lage kommen, daß er nämlich mit seinem eigenen Vermögen zur Deckung der Nachlassschulden herangezogen werden kann.

Sieht er, daß der Nachlass überschuldet ist, so wird er zweckmäßig die Erbschaft ausschlagen. Dies kann aber nur innerhalb sechs Wochen geschehen, nachdem er von dem Erbfall Kenntnis erlangt hat. Die Ausschlagungserklärung muß in öffentlich beglaubigter Erklärung dem Nachlassgerichte gegenüber abgegeben werden. Ist aber die Ausschlagungsfrist verstrichen, so daß der Erbe endgültig Erbe ist, so kann er sich in der Weise schützen, daß er unverzüglich beim Nachlassgerichte die Nachlassverwaltung oder den Nachlasskonkurs beantragt. Auch kann er ein Inventar errichten, d. h. ein Verzeichnis über alle ihm bekannten Nachlassgegenstände und Nachlassforderungen dem Nachlassgerichte einreichen. Schließlich kann jeder Erbe die Nachlassgläubiger öffentlich (d. h. durch den deutschen Reichsanzeiger und die vom zuständigen Nachlassgerichte bestimmten Zeitungen) auffordern, ihre Forderungen binnen sechs Monaten beim Nachlassgericht anzumelden.

Hat der Erbe in einer der vorgenannten Weisen verfahren, so haftet er nur beschränkt, d. h. er haftet nur mit dem, was er aus dem Nachlasse erhalten hat.

Auf Verlangen eines Gläubigers ist der Erbe sogar verpflichtet, dem Nachlaßgericht binnen einer bestimmten Frist ein Nachlaßverzeichnis einzureichen; erfüllt er diese Verpflichtung nicht oder nicht gehörig, so haftet der Erbe unbeschränkt, d. h. er haftet mit seinem ganzen eigenen Vermögen, und wenn der Nachlaß schon geteilt ist, sogar für die gesamten Miterben persönlich mit.

In Zweifelsfällen ist zu raten, sich sofort mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen.

Nachlaßteilung. Ist ein genügender Nachlaß vorhanden, so wird nach Berichtigung der Nachlaßverbindlichkeiten der Nachlaß unter die einzelnen Erben geteilt. Grundsatz ist, daß der gesamte Nachlaß in Geld umgesetzt werden muß, z. B. die Grundstücke und sonstige Sachen verkauft werden müssen. Häufig werden die Erben sich vertraglich einigen, sodaß der eine Erbe ein Teil oder alles übernimmt und die übrigen Erben mit Geld abfindet. Eine derartige Teilung wird aber zweckmäßig unter Hinzuziehung eines Notars oder des Nachlaßgerichtes vorgenommen, damit spätere Streitigkeiten vermieden werden.

Solange der Nachlaß ungeteilt ist, können die Erben nur gemeinschaftlich über einzelne Nachlaßgegenstände, z. B. über ein zum Nachlaß gehöriges Grundstück verfügen. Dagegen kann ein Erbe wohl über seinen Anteil an der Erbschaft (Erbteil) selbständig verfügen. Steht ihm z. B. $\frac{1}{4}$ der Erbschaft zu, so kann er diesen Erbteil an einen Miterben oder einen Dritten veräußern. Der Erbschaftsverkauf bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Gläubiger der Erben können auch den Erbteil pfänden lassen.

Erbschein. Wer Erbe geworden ist, kann sich einen Erbschein vom Nachlaßgericht ausstellen lassen, das ist eine Urkunde, in der bescheinigt wird, daß er gesetzlicher oder testamentarischer Erbe zu einem bestimmten Teile geworden ist.

Solche Erbscheine sind häufig notwendig, um Umschreibungen der Erben als Grundstückseigentümer oder Hypothekengläubiger vornehmen lassen zu können.

(Genauere Einzelheiten enthält die Nummer 659 der Sammlung Götschen: von Blume „Erbrecht“, Verlag W. de Gruyter & Co., Berlin.)

Kapitel 6: Handel und Geldverkehr.

Erster Abschnitt: Organisation des Handels.

Kaufmann im Sinne des Gesetzes ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Der Kaufmann muß, um als **Vollkaufmann** gelten zu können, in das **Handelsregister** eingetragen sein. Die Handwerker und Gewerbetreibenden, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht, gelten als **Minderkaufleute**; für sie gelten nicht die Vorschriften über die Handelsfirma, sie werden nicht in das Handelsregister eingetragen.

Das **Handelsregister** wird von den Amtsgerichten geführt. Die Einsicht ist jedem gestattet. Die zu dem Register eingereichten Schriftstücke kann sich jeder vom Gericht vorlegen lassen, auch Abschriften davon kann er erhalten, wenn er berechtigtes Interesse nachweist. In der Hauptsache gibt das Register Auskunft über die Firmen, die Inhaber, die Vertreter, und bei Gesellschaften über wichtige Punkte des Gesellschaftsvertrages.

Die Anmeldung muß der Anmeldepflichtige entweder persönlich bei dem Gericht machen oder schriftlich einreichen. Bei schriftlicher Anmeldung muß die Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt sein.

Wer eine Zweigniederlassung in einem anderen Amtsbezirk hat, muß für gewöhnlich die Anmeldung auch bei dem anderen Amtsgericht einreichen.

Firma ist der Name, unter dem der Geschäftsinhaber sein Geschäft betreibt und mit dem er im Geschäftsverkehr gerichtlich und außergerichtlich zeichnet. Als Firma darf aber nicht jede beliebige Bezeichnung gewählt werden.

Wer sein Geschäft als Einzelkaufmann ohne Teilhaber betreibt, muß als Firma seinen Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen führen. Wenn ein schon bestehendes Geschäft in andere Hände übergeht, kann der neue Inhaber die bisherige Firma weiter führen, wenn der bisherige Inhaber die Erlaubnis dazu gibt.

Kaufleute, die einen offenen Laden haben, oder diejenigen, die Gast- und Schankwirtschaft betreiben, müssen ihre Firma in deutlich lesbarer Schrift an der Außenseite oder am Eingang des Ladens oder der Wirtschaft anbringen. Hat der Inhaber einen anderen Namen wie die Firma, so muß der Name des Inhabers angebracht werden. Ein Vorname muß wenigstens ausgeschrieben

und, falls eine Frau Inhaberin ist, dies deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Die Abkürzung Fr. für Frau ist nicht zulässig.

Jeder Vollkaufmann muß Handelsbücher führen. Darin muß er seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich machen. Von abgesandten Handelsbriefen sind Abschriften zurückzubehalten und, wie auch die empfangenen Briefe, 10 Jahre aufzubewahren. Bei Beginn und zum Schluß eines Geschäftsjahres muß der Kaufmann ein Inventar (gewöhnlich Inventur genannt) und einen buchmäßigen Abschluß (Bilanz) aufstellen.

Kaufmännische Hilfspersonen sind die in einem Abhängigkeitsverhältnis stehenden Angestellten (Handlungslehrlinge, „gehilfen, Handlungsbevollmächtigte, Prokuristen), sowie auch die Handelsmakler und Handlungsagenten. (Über deren Recht unterrichtet im einzelnen: M. Strauß in „Das Recht des kaufmännischen Angestellten“, Verlag Teubner, Leipzig.)

Eine wichtige Rolle im Verkehr spielt die Prokura. Man versteht darunter die Vollmacht, die ein Kaufmann einem Dritten, dem Prokuristen, zur Vertretung im Betrieb seines Handelsgewerbes ausstellt. Sie kann nur von Vollkaufleuten und zwar nur vom Geschäftsinhaber oder seinem gesetzlichen Vertreter mittels ausdrücklicher Erklärung erteilt werden. Handelsgesellschaften können Prokura nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates oder der Geschäftsführer oder sämtlicher Gesellschafter erteilen. Die Prokura ermächtigt zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt. Zur Veräußerung und Belastung von Grundstücken ist besondere Befugnis erforderlich.

Eine Beschränkung des Umfanges der Prokura ist Dritten gegenüber unwirksam; die Erteilung kann auch an mehrere Personen gemeinschaftlich erfolgen. Die Prokura ist ohne Rücksicht auf das der Erteilung zu Grunde liegende Rechtsverhältnis jederzeit widerruflich, unbeschadet des Anspruchs auf die vertragmäßige Vergütung.

Die Prokura ist nicht übertragbar; sie erlischt nicht durch den Tod des Inhabers des Handelsgewerbes.

Der Prokurist hat in der Weise zu zeichnen, daß er der Firma seinen Namen mit einem die Prokura andeutenden Zusatz beifügt.

p. p. a.

Außer den Einzelkaufleuten gibt es Handelsgesellschaften, die Geschäfte betreiben.

1. **Die offene Handelsgesellschaft.** Zwei oder mehrere Personen betreiben das Geschäft gemeinsam unter Benutzung eines Gesamtnamens der Firma, z. B. Schulze & Co., Müller & Schulze usw. Jeder Gesellschafter haftet mit seinem ganzen Vermögen für Verbindlichkeiten der Firma. Jeder verpflichtet die Gesellschaft durch seine Geschäfte, die er als Vertreter der Gesellschaft (Geschäftsführer) abschließt. Soll einer der Gesellschafter nicht vertretungsberechtigt sein, so muß dies aus dem Handelsregister hervorgehen, damit die übrigen Gesellschafter geschützt sind. Jeder Gesellschafter arbeitet in dem Geschäft mit seinen Kräften und seinem Geld. Eintragung der Firma in das Handelsregister ist vorgeschrieben. Die offene Handelsgesellschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden.

2. **Die Kommanditgesellschaft** liegt vor, wenn eine oder mehrere Personen als offene Gesellschafter mit voller Haftpflicht und als tätige Gesellschafter auftreten, daneben aber noch eine oder mehrere Personen mit einer bestimmten Einlage in das Geschäft eintreten und nur bis zur Höhe derselben Haftung für die Verbindlichkeiten des Unternehmens übernehmen und dementsprechend an dem Gewinn teilnehmen. Diese Einleger treten dem Publikum gegenüber nicht offen hervor; sie sind nur stille Teilhaber und übernehmen persönlich keine Funktionen. Die Geschäfte führen die persönlich haftenden Gesellschafter, die Einleger, welche Kommanditisten genannt werden, haben nur ein Widerspruchsrecht gegen Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes hinausgehen.

Ist die Zahl dieser Einleger eine größere, so werden über ihre Einlagen besondere Urkunden in der Form von Aktien ausgestellt, man nennt diese Gesellschaft eine Kommanditgesellschaft auf Aktien.

3. **Die Aktiengesellschaft** ist eine Korporation mit den Rechten einer juristischen Persönlichkeit. Sie ist eine Gesellschaft, in der sämtliche Mitglieder sich nur mit einer Geldeinlage an dem Unternehmen beteiligen und nur bis zur Höhe ihrer Einlage haften. Das Einlagekapital ist in eine feste Anzahl von Teilen zerlegt, die Aktien heißen. Die Geschäfte werden auf Rechnung der Aktionäre

durch bestimmte Organe nach Maßgabe der Statuten geführt. (Direktoren, Aufsichts- und Verwaltungsrat.)

Zur Gründung einer Aktiengesellschaft müssen sich wenigstens fünf Personen unter Übernahme mindestens je einer Aktie vereinigen und den Gesellschaftsvertrag in gerichtlicher oder notarieller Verhandlung feststellen. Der Gesellschaftsvertrag muß enthalten die Firma, Gegenstand des Unternehmens, Sitz der Gesellschaft, Höhe des Stammkapitals und der Aktie, die Art der Bestellung und Zusammensetzung des Vorstandes, Form für die Berufung der Generalversammlung, die Form für die Bekanntmachung der Gesellschaft.

Die Generalversammlung der Aktionäre ist die oberste Instanz für alle das Unternehmen berührenden Fragen. Der Vorstand ist das ausführende Organ der Gesellschaft, er kann die Gesellschaft nur in der Gesamtheit verpflichten und nur soweit der Gesellschaftsvertrag dies bestimmt.

Der Aufsichtsrat ist das Kontrollorgan der Gesellschaft, er besteht aus mindestens drei von der Generalversammlung gewählten Personen; er hat weitgehende Befugnis zur Prüfung der Geschäftsführung. Es kann außerdem durch Vertrag noch ein besonderer Verwaltungsrat eingesetzt werden, doch ist dieser durch Gesetz nicht verlangt.

Die Aktien lauten gewöhnlich auf den Inhaber. Der Nennwert der Aktie muß mindestens 20 Mark betragen. Die Aktiengesellschaft erlangt erst durch die Eintragung in das Handelsregister Rechtsfähigkeit.

4. **Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sie kann schon von zwei Mitgliedern gegründet werden, ist juristische Person, und wird durch Geschäftsführer vertreten. Die Mitglieder haften solidarisch nur für vollständige Einzahlung des Stammkapitals sowie für unberechtigte Minderung desselben.

Das Stammkapital muß bei Neugründungen mindestens 20 000 Mark betragen. Die kleinste Einlage eines Gesellschafters ist 500,— Mark.

Die Übertragung der Geschäftsanteile kann nur durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag geschehen. Die Gesellschaft kann in drei Formen auftreten:

1. Ohne Nachschußpflicht für die Mitglieder.
2. Mit unbeschränkter Nachschußpflicht.
3. Mit statutarisch beschränkter Nachschußpflicht.

5. **Die eingetragene Genossenschaft** ist eine Gesellschaft ohne geschlossene Mitgliederzahl, wobei entweder sämtliche Mitglieder für die Geschäftsverbindlichkeiten solidarisch

oder nur beschränkt haften. Je nachdem unterscheidet man eingetragene Genossenschaften mit unbeschränkter oder mit beschränkter Haftpflicht. Außerdem gibt es Genossenschaften mit beschränkter oder unbeschränkter Nachschußpflicht.

Bei der **stillen Gesellschaft** beteiligt sich jemand an dem Handelsgewerbe eines anderen mit einer Vermögens-einlage derart, daß die Einlage in das Vermögen des Inhabers des Handelsgeschäftes übergeht. Aus den im Betriebe geschlossenen Geschäften wird der Inhaber allein berechtigt und verpflichtet. Der stille Gesellschafter hat nur Anteil an dem am Schlusse des Geschäftsjahres festgestellten Gewinn oder Verlust.

Die Interessen des Handels und der Industrie werden von den **Industrie- und Handelskammern** vertreten, welchen immer ein bestimmter Bezirk zugeteilt ist. Die Mitglieder der Handelskammer werden durch allgemeines, gleiches, direktes, geheimes Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl von den in das Handelsregister eingetragenen Firmen gewählt.

Die Industrie- und Handelskammern unterstehen direkt dem Ministerium für Handel und Gewerbe.

Im Auslande werden die Handelsinteressen von den **Konsuln** vertreten, die sich in kaufmännische ehrenamtlich bestellte Konsuln und Berufskonsuln scheiden.

Von den mannigfachen Gesetzen, die auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs erlassen sind, um Schutz zu gewähren, sei als wichtigstes das **Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes** hervorgehoben.

Zunächst richtet sich dieses Gesetz gegen Handlungen im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbes, die gegen die guten Sitten verstoßen, wie Weglocken von Kunden, das sogen. Schleudern, das Heranziehen von Kunden durch Lockmittel, die Mißbräuche auf dem Gebiete des Rabatt- und Zugabewesens. Es kann gegen den, der sich solcher Vergehen schuldig macht, auf Unterlassung und auch auf Schadenersatz geklagt werden. Ferner wird der strafrechtlich verfolgt, der in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen, öffentlich über geschäftliche Verhältnisse, über Beschaffenheit, Ursprung, Herstellungsort und Preisberechnung der Waren, über den Besitz von Auszeichnungen wissentlich unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben macht.

Weiter wendet sich das Gesetz gegen die Mißbräuche im Ausverkaufswesen. Wer öffentlich einen Ausverkauf

ankündigt, muß in der Ankündigung den Grund angeben, der zu dem Ausverkauf Anlaß gegeben hat.

Die obere Verwaltungsbehörde kann ferner festsetzen (nach Anhörung der Handelskammer), daß bei bestimmten Ausverkäufen bei zu bezeichnenden Stellen (Polizeibehörde) Anzeige über den Grund des Ausverkaufes und den Zeitpunkt seines Beginnes zu erstatten ist, ferner ist ein Verzeichnis der auszuverkauften Waren einzureichen. Die Zahl und Dauer der Ausverkäufe können beschränkt werden. Es dürfen keine Waren in den Ausverkauf nachgeschoben und nur solche Waren verkauft werden, die für den Zweck des Ausverkaufes herbeigeschafft sind. (§§ 7 und 8 des Gesetzes.)

Als Konkursaushverkäufe dürfen nur solche Käufe bezeichnet werden, bei denen die Konkursmasse noch nicht in dritte Hand gelangt ist. Auf Saison- und Inventuraushverkäufe finden die Vorschriften keine Anwendung.

Zur Vermeidung der Qualitäts- und Quantitätsverschleierung kann weiterhin festgesetzt werden, daß bestimmte Waren im Einzelverkehr nur in vorgeschriebenen Einheiten der Zahl, des Maßes oder des Gewichtes, oder nur mit sichtbarer Aufschrift über Zahl, Maß, Gewicht usw. verkauft werden dürfen.

Weiter enthält das Gesetz noch Bestimmungen über Schädigung der Kreditoren, betrügerische Benützung von Namen und Firmen, über Verrat von Geschäftsgeheimnissen, Bestechungs- und Schmiergeldunwesen.

*

Zweiter Abschnitt: Patentrecht, Musterschutz, Warenzeichen.

Das Patentrecht umfaßt die ausschließliche Befugnis, den Gegenstand der Erfindung bezw. die durch ein patentiertes Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse gewerbmäßig herzustellen, in Verkehr zu bringen, feil zu halten und zu gebrauchen.

Patentfähig sind nur neue Erfindungen, die eine gewerbliche Verwertung gestatten. Nicht patentfähig sind: 1. solche, deren Verwertung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen würde; 2. Nahrungs-, Genuß-, Arzneimitteln und Stoffe, die auf chemischem Wege hergestellt werden, es sei denn, daß die Erfindung ein bestimmtes Herstellungsverfahren für diese Gegenstände betrifft. Nicht als neu gilt eine Erfindung, die in öffentlichen Druckschriften der letzten hundert Jahre deutlich beschrieben oder im Inland offenkundig benützt wird.

Die Dauer des Patentess erstreckt sich über 18 Jahre von dem auf die Anmeldung folgenden Tage. Nach Ablauf von drei Jahren kann das Patent zurückgezogen werden, wenn der Erfinder die Erfindung nicht im angemessenen Umfang ausführt oder im öffentlichen Interesse gelegene Lizenzerteilung verweigert.

Die Erteilung, Nichtigkeitsklärung und Zurücknahme des Patentess erfolgt durch das Patentamt.

Die Anmeldung erfolgt für jede Erfindung gesondert schriftlich beim Patentamt; sie muß eine genaue Beschreibung und Beschreibung der Erfindung, Angabe des beantragten Patentess und die erforderlichen Zeichnungen, Modelle, Probestücke enthalten. Wird die Anmeldung als richtig empfunden und der Gegenstand als patentfähig erklärt, so wird dies dem Nachsuchenden mitgeteilt und das Patent im Reichsanzeiger veröffentlicht. Innerhalb zweier Monate nach der Bekanntmachung steht einer dritten Person das Recht zu, Einspruch zu erheben.

Bei Erteilung eines Patentess ist auf Grund des Prioritäts-Gesetzes in den angeschlossenen Ländern das Patent auf ein Jahr geschützt, in welcher Zeit es dem Erfinder frei steht, es dort auf seinen Namen anzumelden.

Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit den Bestimmungen zuwider eine Erfindung benutzt, hat den Verletzten zu entschädigen und wird auf Antrag mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die Patentgebühr beträgt: für die Anmeldung 25 Mk., für das 1.—4. Patentjahr je 30 Mk., für das 5. Jahr 50 Mk., für das 6. Jahr 75 Mk., für das 7. Jahr 100 Mk., für das 8. Jahr 150 Mk., für das 9. Jahr 200 Mk., dann von Jahr zu Jahr um 100 Mk. steigend bis 1200 Mk.

Musterschutz ist die ausschließliche Berechtigung des Urhebers eines neuen Warenmusters, dasselbe während einer bestimmten Schutzfrist ganz oder teilweise nachzubilden.

Man hat zu unterscheiden zwischen Schutz des Geschmacksmusters und des Gebrauchsmusters.

Zunächst der **Geschmacksmusterschutz**. Der Musterschutz wird nur gewährt für neue und nur eigentümliche, d. h. aus der eigenen, geistigen, produktiven Tätigkeit des Urhebers hervorgegangene Erzeugnisse. Das Muster muß zur Eintragung in das Musterregister angemeldet und ein Exemplar oder eine Abbildung bei der Registerbehörde niedergelegt werden. Die Muster können offen oder verschlossen niedergelegt werden. Man unterscheidet Flächenmuster (Teppiche, Tapeten usw.) und plastische Er-

zeugnisse (Schmucksachen, Leuchtkörper usw.). An Stelle der Muster genügen auch deren Abbildungen. Das Musterregister wird von den Amtsgerichten für die Personen geführt, deren Hauptniederlassung bezw. Wohnsitz sich im Bezirk des Gerichtes befindet. Die Anmeldung muß erfolgen, bevor ein nach dem Muster gefertigtes Erzeugniß verbreitet wird. Die Eintragungen werden monatlich durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ bekannt gemacht. Der Musterschutz wird nach der Wahl des Anmeldenden auf 1–3 Jahre vom Tage der Anmeldung an gewährt. Diese Schutzfrist kann auf Antrag des Urhebers auf 15 Jahre verlängert werden.

Gebrauchsmuster müssen in die Rolle für Gebrauchsmuster, die für das ganze Reich vom Patentamt in Berlin geführt wird, eingetragen werden. Adresse: Patentamt, Abteilung Gebrauchsmusterschutz, Berlin.

Einem Gebrauchsmusterschutzgesuche sind beizulegen eine Beschreibung, in welcher die Eigenheiten des Neuen klargelegt sind, und ein Modell oder eine bildliche Darstellung des zu schützenden Gegenstandes.

Der Schutz dauert 3 Jahre und kann um 3 Jahre verlängert werden. Voraussetzung der Anmeldung ist, daß zur Zeit der Anmeldung der Gegenstand noch nicht in öffentlichen Druckschriften beschrieben ist oder im Inlande noch nicht offenkundig benutzt wurde. Der Schutz des Gesetzes wird nur dem zuteil, der Wohnsitz oder Niederlassung in Deutschland hat. Ausländer genießen den Schutz des Gebrauchsmusters nur, wenn ihr Land deutschen Gebrauchsmustern gleichfalls Schutz gewährt. Die Eintragungen werden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Durch die Anmeldung erwirbt der Eingetragene das vererbliche und veräußerliche ausschließliche Recht, das Muster gewerbmäßig nachzubilden und zu vertreiben.

Die Gebühr beträgt für die Anmeldung 15 Mk., für die Verlängerung der Schutzfrist 60 Mk.

Der Gebrauchsmusterschutz wird ohne Prüfung auf Neuheit erteilt, jedoch ist wegen mangelnder Neuheit jeder eingetragene Gebrauchsmusterschutz auf dem ordentlichen Klagewege zur Löschung zu bringen. Die Kosten einer siegenden Löschungsklage hat der Gebrauchsmusterschutzinhaber zu zahlen.

Warenzeichen können ebenfalls durch Eintragung in die Rolle des Patentamts geschützt werden. Die Anmeldegebühr beträgt 15 Mk., die Klassengebühr 5 Mk., die Eintragung 15 Mk. Die Erneuerungsgebühr beträgt (außer der Klassengebühr von 5 Mk.) 50 Mk.

Dritter Abschnitt: Geld- und Bankwesen.

Geld ist die vom Staat anerkannte, umlauffähigste Ware. Es ist allgemeines Tauschmittel und Preismaßstab. Nach dem neuen Münzgesetz vom 30. August 1924 gilt im Reich wieder die Goldwährung. Geldeinheit ist die Reichsmark, die dem Wert von $\frac{1}{2790}$ kg Feingold entspricht. Die alten Gold- (10 und 20 Mark)stücke und die alten Kupfermünzen (1 und 2 Pfennig) werden an öffentlichen Kassen in Zahlung genommen. Die alten Silbermünzen werden von der Reichsbank zu einem niedrigeren Preis angekauft. Im Verkehr brauchen Münzen zu 1, 2, 5 und 10 Pfennig nur bis zu einem Betrag von 5 Reichsmark, 50-Pfennigmünzen nur bis zu 20 Reichsmark angenommen werden. Die Münzhoheit hat das Reich, doch haben die Länder ein Münzrecht. Die prägende Münzanstalt ist auf den Geldstücken jeweils durch große Buchstaben gekennzeichnet. (A Berlin, B Hannover, C Frankfurt a. M., D München, E Dresden, F Stuttgart, G Karlsruhe, H Darmstadt, I Hamburg.) Als Ersatz für das Metallgeld gilt das Papiergeld. Zu diesem gehören die Reichsbanknoten, die über 1000, 100, 50, 20 und 10 Reichsmark lauten, daneben sind die von der Rentenbank ausgegebenen Rentenbankscheine, sowie Noten von Privatnotenbanken (bayerische, sächsische, badische, württembergische) im Umlauf.

Die Banken sind Anstalten zur Vermittlung des Zahlungs- und Kreditverkehrs. Sie nehmen Geld gegen Zins an, leihen Geld gegen Zins aus, kaufen und verkaufen Wechsel und Wertpapiere, bewahren Geld und Wertpapiere auf und treten bisweilen auch als Unternehmer auf. Die Banken werden als Privatunternehmungen entweder von Einzelpersonen (Bankiers), von Gesellschaften oder sonstigen juristischen Personen betrieben.

Die Geschäfte der Banken werden in Aktivgeschäfte, bei denen die Bank Gläubigerin ist, in Passivgeschäfte, bei denen sie Schuldnerin ist, und in indifferente Geschäfte eingeteilt. Zu den Aktivgeschäften gehört das Kontokorrentgeschäft (Eröffnung einer laufenden Rechnung), das Diskontgeschäft (Verkauf von Forderungen vor ihrer Fälligkeit), das Lombardgeschäft (Gewährung kurzfristiger Darlehen gegen Verpfändung von Waren oder Wertpapieren), das Hypothekengeschäft (Gewährung langfristigen Kredits gegen Verpfändung von Grundstücken), und der Devisenhandel, der aber auf gewisse

Banken beschränkt ist. Die wichtigsten Passivgeschäfte sind: Depotgeschäft (Übergabe von Wertpapieren an einen Bankier), das Depositengeschäft (Geldverwahrung durch die Bank). Indifferente Bankgeschäfte sind der Zahlungs- und der Einziehungsverkehr, das Münzwechselgeschäft, das Effktengeschäft (An- und Verkauf von Wertpapieren) und das Emissionsgeschäft (Einführung und Verkauf von Aktien an der Börse).

Als oberste der Banken des Reiches ist die **Reichsbank** anzusehen, die auf Grund der Londoner Vereinbarung jetzt unabhängig von der Reichsregierung ist. Der Generalrat der Reichsbank besteht aus 14 Mitgliedern (7 Deutschen, je einem Engländer, Franzosen, Italiener, Belgier, Amerikaner, Holländer, Schweizer). Vorsitzender ist der Präsident des Reichsbankdirektoriums. Aufgabe der Reichsbank, die im ganzen Reich 450 Filialen unterhält, ist die Regelung des Geldumlaufs im gesamten Reichsgebiet. Verboten sind der Reichsbank: das Akzeptieren von Wechseln, die Beleihung von Grundstücken, die Gewährung von Krediten an Gemeinden, Länder und fremde Staaten. Die deutsche Reichsbank hat das Recht, Banknoten in Deutschland auszugeben. Die Notenausgabe untersteht der Aufsicht eines ausländischen Kommissars. Für die im Umlauf befindlichen Noten muß eine Deckung von mindestens 30 v. H. in Gold vorhanden sein. Für den Rest genügen diskontierte Wechsel oder Schecks. Die Reichsbank muß für beschädigte Banknoten Ersatz leisten, sofern der größere Teil der Noten vorgelegt oder die Vernichtung des Restes nachgewiesen wird.

Weitere Banken im Reiche sind die Deutsche Gold-Diskont-Bank, die aber kein Notenausgaberecht mehr hat. Sie befindet sich in Liquidation. Die Gold-Diskont-Bank befriedigte die Kreditbedürfnisse der ausfuhrtreibenden Wirtschaft, und arbeitete auf Besserung der deutschen Handelsbilanz hin. Die Deutsche Rentenbank, die zur Stabilisierung der neuen Währung nach der Inflation ins Leben gerufen worden war, diente in der Hauptsache dem landwirtschaftlichen Kreditbedürfnis; sie ist in Liquidation begriffen und zur Ausgabe neuer Banknoten nicht mehr berechtigt. Die neugeschaffene „Bank für deutsche Industrie-Obligationen“ erledigt den Geschäftsverkehr mit dem Reparationsagenten.

An staatlichen Banken bestehen in Preußen die Preuß. Staatsbank, die auch Seehandlung genannt wird, die Preuß. Zentralgenossenschaftskasse, welche

Darlehen an Genossenschaften, Darlehnskassenvereine und öffentliche Sparkassen gibt und von diesen Gelder verzinslich annimmt; außerdem bestehen 6 Provinzialrentenbanken, die in der Hauptsache die Begründung von Rentengütern fördern sollen. Die größeren der deutschen Länder haben ihre eigenen Bankinstitute, so z. B. Bayern die Bayerische Staatsbank.

Zu den Banken rechnen auch die Hypotheken- und Bodenkreditanstalten, die Grundbesitzern gegen hypothekarische Sicherheit langfristigen Kredit gewähren, ferner die Land- oder Bodenrentenbanken, die zur Erleichterung der Ablösung der Grundlasten Kredite geben, sowie die Landes- und Bodenkulturrentenbanken, die zur Melioration landwirtschaftlicher Grundstücke Kredite gewähren.

Die Sparkassen sind gemeinnützige Institute zur Aufnahme und Verzinsung von Ersparnissen. Sie stehen meist in der Verwaltung der Gemeinden, der Kreise oder anderer Kommunalverbände, die mit ihrem Vermögen für die Einlagen haften. Die Sparkassen geben die Spargelder gegen Bürgschaft oder Hypotheken als Darlehen aus und befruchten dadurch das Geschäftsleben. Vielfach betreiben sie jetzt auch bankmäßige Geschäfte. Die als Landesbanken bezeichneten Anstalten sind die Girozentralen der Sparkassen, sie vermitteln den bargeldlosen Verkehr der Sparkassen und regeln so den kommunalen Geldverkehr.

Darlehnskassen, die ihren Geldbedarf durch Ausgabe von Noten (Darlehnskassenscheinen) zu decken berechtigt waren, bestehen nicht mehr, die Darlehnskassenscheine sind ungültig. Die noch unter der Bezeichnung „Darlehnskassenverein“ bestehenden Einrichtungen gehören zu den Kreditgenossenschaften und sind Personenvereinigungen, die sich zur Behebung der Kreditnot, zur Beschaffung billigen Kredits und zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen vorzugsweise auf dem flachen Lande gebildet haben. Zu diesen Kreditgenossenschaften gehören u. a. die Raiffeisenvereine und die Schulze-Delik'schen Genossenschaften. Die Kreditgenossenschaften sind in der Regel Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung (e. G. m. u. H.) oder unbeschränkter Nachschußpflicht. Die Kreditgenossenschaften können als die Genossenschaften der wirtschaftlich Schwachen (Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern) betrachtet werden.

*

Vierter Abschnitt: Wechsel- und Scheckkunde.

Der Wechsel ist eine Urkunde, durch welche der Aussteller sich zur Zahlung einer gewissen Summe zu einer bestimmten Zeit an eine andere Person entweder selbst verbindlich macht (Solawechsel), oder einen Dritten mit dieser Zahlung beauftragt (Tratte oder gezogener Wechsel).

Die Erfordernisse des Wechsels sind:

1. Die Urkunde muß nach deutschem Recht das Wort Wechsel ausdrücklich enthalten.
2. Die Angabe der zu zahlenden Summe in Reichsmark.
3. Ort und Zeit der Ausstellung und wo und wann die Zahlung erfolgen soll.
4. Der Name dessen, an den gezahlt werden soll (Remittent) mit oder ohne den Zusatz „an die Ordre“. Beim gezogenen Wechsel Wohnort dessen, der zahlen soll (Trassat) und die Unterschrift des Ausstellers (Trassant).
5. Aufklebung der Stempelmarke und deren Entwertung durch Eintragung des Datums (der Monat muß in Buchstaben geschrieben sein).

Beispiel eines gezogenen Wechsels.

Münster, am 1. April 1928.

Am 1. Juni 1928 zahlen Sie gegen diesen Prima-Wechsel an die Ordre des Herrn R. Schulze in Dortmund die Summe von
— Zweitausend Reichsmark —

Herrn Joh. Schmidt, Hamm.

M. Müller.

Hat der Bezogene den Wechsel angenommen (akzeptiert), indem er sich zur Zahlung durch Namensunterschrift (quer über den Wechsel geschrieben) verpflichtet, so nennt man einen solchen Wechsel ein Akzept. Ist Ausstellungs- und Zahlungsort der gleiche, so spricht man von Platzwechsel; ist der Wechsel an einem anderen Orte zahlbar gestellt, so nennt man den Wechsel Domizilwechsel.

Der Wechsel kann durch Indossament weiter gegeben werden. Dies tut der Remittent (an den gezahlt werden soll), indem er auf die Rückseite schreibt z. B.: Für mich an Blanke. Dortmund, am 15. April 1928. B. Schulze. Oder er setzt nur seinen Namen hin. Der Wechsel gewinnt an Sicherheit, je öfter er indossiert wird.

Durch die Form des Wechsels erklärt der Schuldner ausdrücklich, daß er sich unter allen Umständen zur Zahlung verpflichtet. Er verzichtet damit ausdrücklich auf das

Recht, Einwendungen zu machen gegen das der Schuld zugrunde liegende Geschäft. Wird der Wechsel nicht bezahlt, so kann der Inhaber des Wechsels von jedem seiner auf dem Wechsel genannten Vormänner, soweit sie nicht durch „ohne Gewährleistung“ befreit sind, die Wechselsumme und entstandenen Kosten fordern, wenn er folgende Bedingungen erfüllt hat:

1. Er muß durch eine von der Post, einem Notar oder einem Gerichtsvollzieher aufgenommene Protesturkunde nachweisen, daß er den Wechsel bei Fälligkeit dem Schuldner zur Zahlung vorgelegt hat. Die Erhebung des Protestes ist am Zahlungstag zulässig, muß aber spätestens am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage geschehen.

2. Er muß seinem Vormanne innerhalb zwei Tagen nach der Protesterhebung schriftlich mitteilen, daß der Wechsel nicht bezahlt worden sei. Wer diese Benachrichtigung unterläßt, haftet seinem Vormanne für den dadurch entstandenen Schaden und kann nur die Wechselsumme, nicht auch Zinsen und Kosten fordern.

Wer es unterläßt, innerhalb der oben genannten Frist den Wechsel protestieren zu lassen, verliert damit seinen wechselfmäßigen Anspruch, d. h. den Anspruch auf die Wechselsumme nebst Zinsen, auch Ersatz von Auslagen und den Provisionsanspruch.

Natürlich bleibt es dem Gläubiger nicht benommen, die Schuld doch einzuklagen auf Grund des der Wechselbegebung zu Grunde liegenden Rechtsgeschäftes, z. B. auf Grund Kaufs oder Darlehens. Eine Klage im Wechselrecht (Wechselklage) kann er jedenfalls nicht anstrengen.

Eine Protesterhebung ist aber nicht nötig, um die wechselfmäßigen Ansprüche gegen die Akzeptanten zu wahren.

Falsche Wechsel sind solche, welche nachgeahmte Unterschriften wirklich existierender Personen tragen; verfälschte Wechsel hingegen sind diejenigen, welche ursprünglich echt waren und später abgeändert (verfälscht) wurden (durch Änderung der Wechselsumme usw.).

Wechsel, welche fingierte Unterschriften tragen, nennt man Ketterwechsel.

Unter Wechselreiterei versteht man die unlautere Manipulation zweier oder mehrerer Personen, welche gegenseitig Wechsel auf sich ziehen und diese dann in den Verkehr geben, um sich so Geld zu verschaffen.

Der Scheck ist die Anweisung eines Bankkunden an seine Bank, aus seinem Guthaben an eine in dem Scheck bezeichnete Person oder den Überbringer des Schecks eine bestimmte Summe zu zahlen. Auch hier bestehen Formvorschriften: Bezeichnung als Scheck, Datum und Ort der Ausstellung, Name des Zahlungsempfängers, Name des Bezogenen, zu zahlende Summe in Reichsmark, Unterschrift. Der Scheck ist bei Sicht zu zahlen. Vordatierte Schecks werden von den bezogenen Geldinstituten als am Tage der Vorlegung ausgestellt behandelt. Eine Vordatierung des Schecks ohne entsprechendes Guthaben ist nicht statthaft. Außer dem Barscheck gibt es den Verrechnungsscheck, der auf der Vorderseite den Vermerk tragen muß: „Nur zur Verrechnung“.

Der Postscheckverkehr gehört nur dem Namen nach hierher er fällt nicht unter das Reichsscheckgesetz (vom 11. März 1908).

*

Fünfter Abschnitt: Vom Börsenwesen.

Die Börsen sind öffentliche Institute, die vom Staate konzessioniert werden und unter staatlicher Aufsicht stehen. Die Überwachung geschieht durch die zuständige Handelskammer und durch den bestellten Staatskommissar. Die Oberaufsicht führt das Reichswirtschaftsministerium, zu dessen Geschäftsbereich der Börsenausschuß und die Berufungskommission für das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Börsenterminhandels gehören. Letztere ist Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Börsenehengerichte.

Man hat zwei Arten von Börsen zu unterscheiden: die Fonds- oder Effektenbörsen, an denen Wertpapiere und Wechsel gehandelt werden und die Produktenbörsen, wo hauptsächlich Getreide, Eisen, Zucker, Kaffee, Baumwolle usw. den Gegenstand des Geschäftes bilden.

Zur Vermittelung der Geschäfte zwischen Käufer und Verkäufer sind berufsmäßige Makler angestellt, die an den Effektenbörsen zugleich die Kurse, d. h. die wirklichen augenblicklichen Preise der Wertpapiere feststellen. Dieser Kurs ergibt sich aus einem Gegenüberstellen des Angebots und der Nachfrage zu bestimmten Preisen.

Als hauptsächlich gehandelte Wertpapiere kommen in Betracht solche mit festem und solche mit veränderlichem

Zinsertrag. Die letzteren sind hauptsächlich die Aktien der Banken, der industriellen Unternehmungen, der Versicherungsgesellschaften usw., während die ersteren die Anleihen der Städte, Provinzen und der Staaten umfassen.

Die Aktie ist ein Anteilschein an einem Unternehmen in der Höhe von früher 1000 Mark jetzt mindestens 20 Reichsmark auf den Inhaber lautend. Da der Zinsertrag, gewöhnlich die Dividende genannt, keine feste ist, wird der Preis des Papiers mehr schwanken als bei einem Papier, das einen festen Zins garantiert.

Die täglich erzielten Preise (Kurse) werden amtlich festgestellt und im Kurszettel, der in den Zeitungen veröffentlicht wird, mitgeteilt. Steht dort z. B. „Phönix Bergb.-A. 228,50“ so heißt das, daß ich, wenn ich Aktien dieses Werkes kaufe, für je 100 Mark, die auf der Aktie verzeichnet sind, in Wirklichkeit 228,50 Mark bezahlen muß. Steht daneben als gestriger Kurs 227,80 so ergibt sich daraus, daß der Preis um 0,7% gestiegen ist. Diese täglichen Schwankungen im Preise werden durch das schwankende Angebot und die Nachfrage bestimmt, dann auch durch die Zinsen, die das Papier bringt.

Auf Angebot und Nachfrage haben alle möglichen Ereignisse Einfluß. Würde ein Streik der Bergarbeiter ausbrechen, so würde sofort der Kurs sinken, oder würde ein Land, nach welchem die Phönix-Gesellschaft viele ihrer Erzeugnisse absetzt, einen hohen Einfuhrzoll einführen, so würden die Kurse der Aktien fallen. Dasselbe geschieht, wenn irgendwo ein Krieg ausbricht, Verkehrswege zerstört, oder politische Wirren im Gange sind. Man findet hinter den Zahlen des Kurszettels immer einige Buchstaben, diese bedeuten:

bez. = bezahlt, d. h. Angebot und Nachfrage haben sich ausgeglichen.

b. G. oder bez. G. = bezahlt und Geld, d. h. Umsätze zu diesem Kurse haben stattgefunden, aber die Nachfrage überwog.

b. B. oder bez. B. = bezahlt und Brief, d. h. Umsätze haben stattgefunden, aber das Angebot überwog.

G. = Geld, d. h. Nachfrage zu diesem Kurse war da, konnte aber nicht ausgeführt werden.

B. = Brief, d. h. Angebot war da, aber keine Nachfrage oder wenigstens war sie so gering, daß sie ohne Bedeutung war.

Neben den einfachen Geschäften, wo die Lieferung der gekauften Ware oder Wertpapiere noch an demselben Tage

sich vollzieht, an dem der Kauf abgeschlossen ist, gibt es Termingeschäfte, gewöhnlich **Ultimogeschäfte**, die die Lieferung erst zum Ende des Monats verlangen.

Ein **Differenzgeschäft** liegt vor, wenn das Geschäft nur abgeschlossen wird, um die Preisdifferenz zur Verrechnung gelangen zu lassen, hat mit der Lieferung selbst aber gar nichts zu tun.

Es kauft z. B. jemand 1000 Tonnen Weizen zu à 200 Mark ultimo Mai. Steigt inzwischen der Preis auf 205 Mark pro Tonne, so zahlt der Verkäufer nur die Differenz von 1000×5 Mark = 5000 Mark. Der Käufer ist damit zufrieden, da er den Gewinn bezogen hat, und der Verkäufer sucht die Ware anderweitig günstig zu verkaufen. Umgekehrt müßte, wenn der Preis um 5 Mark pro Tonne fiel, der Käufer die Differenz zahlen.

Es spielen sodann noch die **Report-** und **Deport-**geschäfte eine Rolle, die darin bestehen, daß der Spekulant die Erledigung des Geschäftes hinauszuschieben sucht, weil er vielleicht aus Geldmangel nicht liefern kann oder weil er die Wertpapiere nicht abgeben will, da er ein erhebliches Steigen der Kurse erwartet.

Die Bedeutung der Börse besteht darin, daß sie den Markt übersichtlicher macht, die Preise einheitlicher gestaltet und die großen Preisdifferenzen ausgleicht.

Die bedeutendsten Börsenplätze sind Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. und Bremen. Große ausländische Börsen sind London, Liverpool, Manchester, Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Paris, Wien, Budapest, Newyork, Chicago.

Kapitel 7: Das Gewerbewesen.

Erster Abschnitt: Befähigungsnachweis und Konzession.

Die gesetzliche Regelung des Gewerbewesens ist niedergelegt in der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund), deren Geltungsbereich nach 1870 auf die andern Bundesstaaten ausgedehnt wurde. Änderungen der G.-O. erfolgten im Laufe der Jahre mehrfach, die in einer Reihe von Novellen ihren Niederschlag fanden. (Eine gute Ausgabe der Gewerbeordnung ist in Reklams Universalbibliothek, Leipzig, erschienen.)

Der Betrieb eines Gewerbes ist grundsätzlich jedermann gestattet, soweit nicht durch die Gewerbeordnung Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen

sind. Der gleichzeitige Betrieb verschiedener Gewerbe sowie desselben Gewerbes in mehreren Betriebs- und Verkaufsstätten ist erlaubt. Die Innungen und kaufmännischen Körperschaften haben nicht das Recht, andere von dem Betrieb eines Gewerbes auszuschließen. Der selbständige Betrieb eines Gewerbes ist Personen beiderlei Geschlechts gestattet. Wer den selbständigen Betrieb eines Gewerbes anfängt, muß der für den Betriebsort zuständigen Behörde gleichzeitig Anzeige davon machen. Die Fortsetzung eines Betriebes kann polizeilich verhindert werden, wenn ein Gewerbe, zu dessen Beginn eine besondere Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung begonnen wird.

Eine besondere Genehmigung der zuständigen Behörde ist erforderlich zur Errichtung von Betriebsanlagen, die durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Gefahren, Nachteile oder Belästigungen herbeiführen können. Dasselbe gilt für die Errichtung solcher Anlagen, deren Betrieb mit ungewöhnlichem Geräusche verbunden ist, zumal wenn in der Nähe Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder Heilanstalten vorhanden sind. Einer Approbation, die auf Grund eines Nachweises der Befähigung erteilt wird, bedürfen Apotheker und diejenigen Personen, die sich als Ärzte oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnen. Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten bedürfen einer Konzession der höheren Verwaltungsbehörde. Einer besonderen Erlaubnis bedarf auch, wer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Brantwein oder Spiritus betreiben will. Ferner ist eine behördliche Genehmigung erforderlich für das Geschäft eines Pfandleihers und Pfandvermittlers. Die Erteilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe, sowie der Betrieb von Badeanstalten ist zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun. Wer gewerbsmäßig Druckschriften oder Bildwerke an öffentlichen Orten ausrufen, verkaufen, verteilen, anheften oder anschlagen will, bedarf dazu einer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde. Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaufs nicht erforderlich. Wegen überwiegender Nachteile und Gefahren

für das Gemeinwohl kann die fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage durch die höhere Verwaltungsbehörde zu jeder Zeit untersagt werden. Doch muß dem Besitzer alsdann für den erweislichen Schaden Ersatz geleistet werden. Nach dem Tode eines Gewerbetreibenden darf das Gewerbe für Rechnung der Witwe oder, wenn minderjährige Erben vorhanden sind, für deren Rechnung durch einen für das betreffende Gewerbe qualifizierten Stellvertreter betrieben werden.

Wer ein Gewerbe betreibt, ist befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirkes seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in seinem Dienste stehende Reisende für die Zwecke seines Gewerbebetriebes Waren aufzukaufen und Bestellungen auf Waren bei Wiederverkäufern zu suchen. Er muß aber eine Legitimationskarte bei sich führen, die von der Polizeibehörde der Niederlassung ausgestellt und in jedem Kalenderjahr erneuert werden muß. Zum Besuch von Wiederverkäufern am Platz der Niederlassung selbst bedarf der Gewerbetreibende und Handlungsreisende keiner Legitimationskarte. Dagegen bedarf eines **Wandergewerbescheines**, wer außerhalb des Gemeindebezirkes seines Wohnortes ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung Waren feilbieten, Warenbestellungen auffuchen, gewerbliche Leistungen, die an Ort und Stelle ausgeführt werden, anbieten oder Lustbarkeiten darbieten will. Der Wandergewerbeschein wird versagt, wenn der Nachsuchende mit einer abschreckenden oder ansteckenden Krankheit behaftet ist, wenn er unter Polizeiaufsicht steht oder sonstwie übel berüchtigt ist. Einem Wandergewerbescheine bedarf nicht, wer selbstgewonnene oder rohe Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht sowie der Jagd und Fischerei feilbietet.

*

Zweiter Abschnitt: Das Handwerk.

Das Handwerk ist organisiert in Innungen. Man hat zu unterscheiden zwischen der **freien Innung**, der nicht alle Selbständigen eines bestimmten Handwerks innerhalb eines Bezirkes angehören, sondern nur die freiwillig beigetretenen, und der **Zwangsinnung**, die alle selbständigen Gewerbetreibenden gleichen Handwerks aus einem Bezirk in sich faßt. Sie wird gebildet, wenn über die Hälfte der beteiligten Gewerbetreibenden dafür ist. Der Rest wird zum Beitritt gezwungen.

Die Innungen haben in erster Linie den Zweck, das Handwerk in seinem Existenzkampfe gegen die Großindustrie zusammenzuschließen und zu stärken. Sie sollen ferner den Gemeingeist und das Gefühl für Standesehre pflegen und das Verhältniß zwischen Meister und Lehrling regeln. Sie können auch Fachschulen und Unterstützungskassen einrichten und Gesellen- und Meisterprüfungen veranstalten. Die freien Innungen dürfen gemeinschaftliche Betriebe errichten, was den Zwangsinnungen untersagt ist.

Die Innung hat auch Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens zu erlassen. Diese Vorschriften bedürfen allerdings der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, die ihrerseits vor der Beschlußfassung die Handwerkskammer zu hören hat. Die Innungen haben das Recht, durch Beauftragte die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den zur Innung gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterkunft der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntniß zu nehmen. Die Innung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. Für die Aufbringung der aus der Einrichtung und Tätigkeit der Innung erwachsenden Kosten sind Innungsbeiträge in der Weise festzusetzen, daß die Heranziehung der einzelnen Betriebe unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit zu erfolgen hat. Die Innungsbeiträge können auch in Form von Zuschlägen zur Gewerbesteuer erhoben werden. Für alle oder mehrere derselben Aufsichtsbehörde unterstehende Innungen kann ein gemeinsamer Innungsausschuß gebildet werden, dem die Vertretung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Innungen obliegt. Die Innungen und Innungsausschüsse sind verpflichtet, den von der Handwerkskammer erlassenen Anordnungen Folge zu leisten. Soweit die Bestimmungen der Innungen und Innungsausschüsse oder die von der Innungsversammlung zur näheren Regelung des Lehrlingswesens erlassenen Vorschriften mit den Anordnungen der Handwerkskammer in Widerspruch treten, sind sie unverbindlich.

Zur Vertretung der Interessen des Handwerks bestehen Handwerkskammern, die dem Regierungspräsidenten unterstellt sind. Ihre Mitglieder werden von den Handwerksinnungen, welche im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, gewählt. Aus ihrer Mitte heraus wird ein Vorstand gebildet, der nach näherer Bestimmung des

Statuts die laufende Geschäftsführung zu besorgen hat. Gewöhnlich ist jedoch ein Sekretär oder Syndikus angestellt.

Die Handwerkskammern bilden zusammen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts unter dem Namen: „Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag“. Ihm obliegt die Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten der ihm angehörenden Handwerkskammern und sonstigen Körperschaften. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag untersteht der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers.

Eine umfangreiche Tätigkeit der Handwerkskammern ist die Regelung des Prüfungswesens.

In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, die das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben. Die Lehrzeit soll in der Regel drei Jahre dauern, sie darf den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen. Von der Handwerkskammer kann mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde die Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe oder Gewerbezweige nach Anhörung der beteiligten Innungen festgesetzt werden. Die Handwerkskammer ist befugt, Lehrlinge in Einzelfällen von der Innenehaltung der festgesetzten Lehrzeit zu befreien. Der Lehrvertrag ist binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abzuschließen. Er muß enthalten: die Bezeichnung des Gewerbes, in der die Ausbildung erfolgen soll, die Angabe der Dauer der Lehrzeit, die Angabe der gegenseitigen Leistungen und die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter welchen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist. Der Lehrvertrag ist von dem Gewerbetreibenden oder seinem Stellvertreter, dem Lehrling und dem gesetzlichen Stellvertreter des Lehrlings zu unterschreiben und in einem Exemplar dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings auszuhändigen. In jedem Falle muß der Handwerkskammer eine Abschrift des Lehrvertrages zugestellt werden; gehört der Lehrherr jedoch einer Innung an, so ist er verpflichtet, eine Abschrift des Lehrvertrages binnen 14 Tagen nach Abschluß desselben der Innung einzureichen. In beiden Fällen kann er hierzu durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden. Das Lehrverhältnis kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten 4 Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als 3 Monate betragen soll, ist nichtig. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten

des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, ihn vor Mißhandlungen seitens der Arbeits- und Hausgenossen schützen und dafür Sorge tragen, daß dem Lehrling nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind. Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben in dem Gewerbe erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie über sein Betragen ein Zeugnis auszustellen. An Stelle dieses Zeugnisses treten, wo Innungen oder andere Vertretungen der Gewerbetreibenden bestehen, die von diesen ausgestellten Lehrbriefe.

Hat der Lehrling seine Lehrzeit um, so hat er sich der **Gesellenprüfung** zu unterziehen, die vorgenommen wird von der Prüfungskommission der Innung oder bei Nichtvorhandensein von der Prüfungskommission, die die Handwerkskammer errichtet hat. Die Prüfungen finden gewöhnlich im Frühjahr und Herbst statt. Neben dem Gesuch an die Prüfungskommission um Zulassung zur Prüfung hat der Lehrling einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, ein Zeugnis seines Lehrherrn über die Lehrzeit und evtl. die Zeugnisse über den Besuch einer Fortbildungs- oder Fachschule einzureichen. Die Prüfung besteht in der Anfertigung eines Gesellenstückes und in der theoretischen Prüfung über Rechnen, Material- und Gesetzkunde.

Der Prüfungsausschuß hat das Ergebnis der Prüfung auf dem Lehrzeugnis oder Lehrbrief zu beurfunden. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat der Prüfungsausschuß den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Durch dreijährige Tätigkeit als Geselle in einem Handwerk hat man den Anspruch, zur **Meisterprüfung** zugelassen zu werden. Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch Prüfungskommissionen, welche nach Anhörung der Handwerkskammer von der höheren Verwaltungsbehörde berufen werden. Die Prüfung hat den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung und Kostenberechnung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes sowie der zu dem selbständigen Betrieb desselben sonst noch notwendigen Kenntnisse, insbesondere auch Buch- und Rechnungsführung, zu erbringen.

Durch die neue **Handwerksnovelle** sind die Rechtsgrundlagen für das Handwerk bedeutend erweitert worden. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle sind: daß Mitglieder von Zwangsinnungen auch freien Innungen angehören können; daß juristische Personen, die ein Handwerk betreiben, zum Bereich der Handwerkskammern (also nicht mehr der Handelskammern) gehören; daß in eine Handwerksrolle alle Handwerksbetriebe eingetragen werden müssen, und daß das aktive Wahlrecht zur Kammer auf 21 Jahre festgesetzt worden ist.

*

Dritter Abschnitt: Jagd und Fischerei.

Die neuere **Jagdgesetzgebung** bezweckt besonders den Schutz des Feldes und Waldes gegen übermäßige Beschädigung durch das Wild, andererseits aber auch den Schutz des Wildes selbst.

Über **Wildschaden** enthält das Bürgerliche Gesetzbuch nähere Bestimmungen. (§§ 835, 840.)

Wenn durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild oder durch Gansan ein Grundstück beschädigt wird, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht, so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen.

Ist dem Eigentümer die Ausübung des ihm zustehenden Jagdrechtes durch Gesetz entzogen, so hat derjenige den Schaden zu ersetzen, welcher zur Ausübung des Jagdrechtes nach dem Gesetz berechtigt ist. Hat der Eigentümer eines Grundstückes, auf dem das Jagdrecht wegen der Lage des Grundstückes nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf einem anderen Grundstück ausgeübt werden darf, das Jagdrecht dem Eigentümer dieses Grundstückes verpachtet, so ist der letztere für den Schaden verantwortlich.

Sind die Eigentümer der Grundstücke eines Bezirkes zum Zweck der gemeinschaftlichen Ausübung des Jagdrechtes durch das Gesetz zu einem Verbands vereinigt, der nicht als solcher haftet, so sind sie nach dem Verhältnis der Größe ihrer Grundstücke haftpflichtig.

Die Bestimmungen über **Wilddieberei** enthält das Strafgesetzbuch in §§ 292—295.

Das unberechtigte Erlegen von Wild in eingezäunten Gehöfen wird als Diebstahl bestraft.

Den Grundbesitzern, die einen größeren zusammenhängenden Flächenraum von mindestens 300 Morgen besitzen, steht das Recht der Jagdausübung zu. Jeder, der

die Jagd ausüben will, muß sich einen Jagdschein lösen. Dieser wird ausgestellt von der zuständigen Verwaltungsbehörde für eine bestimmte Person; er ist bei Ausübung der Jagd stets von dem Inhaber als Legitimation mitzunehmen. In der Schonzeit ist das Jagen verboten. Dieselbe ist für Hasen vom 15. Januar bis 30. September, Rehbocke vom 1. Januar bis 16. Mai, Rehe vom 1. Januar bis 31. Oktober, männl. Rot- und Damwild vom 1. März bis 31. Juli, weibl. Rot- und Damwild vom 1. Februar bis 16. Oktober, Auerhähne vom 1. Juni bis 30. November, Auerhennen vom 1. Februar bis 30. November, Birk-, Hasel- und Fasanenhähne vom 1. Juni bis 16. September, Birk-, Hasel- und Fasanenhennen vom 1. Februar bis 16. September, Reb- und Moorhühner vom 1. Dezember bis 31. August, Wilde Enten vom 1. März bis 30. Juni, Schnepfen vom 15. April bis 30. Juni.

Auch die örtlichen Grenzen der Jagd sind durch Bestimmungen über die Wildbahn eingeengt. Das Jagen ist auf öffentlichen Plätzen, wo Menschen verkehren, sowie in der Nähe von Stadt und Dorf und auf umzäunten Grundstücken verboten.

Das Führen von Dolchmessern und Jagdknifern ist auch ohne Waffenschein den mit einem Jagdschein versehenen und zur Jagd ausgerüsteten Personen gestattet.

Jagdpolizeibehörde ist der Landrat, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde.

Nach dem preußischen Feld- und Forstpolizei-Gesetz in der Fassung vom 21. Januar 1926 ist es verboten, Wald-, Moor- oder Heideflächen mit unverwahrtem Feuer zu betreten oder sich ihnen in gefahrbringender Weise zu nähern. Desgleichen ist es strafbar, auf den genannten Geländen in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober ohne Erlaubnis des Grundeigentümers zu rauchen. Zeitlich unbeschränkt ist das Verbot, im Wald, auf Moor und Heide brennende oder glimmende Gegenstände fallen zu lassen, fortzuwerfen oder unvorsichtig zu handhaben. In den übrigen Ländern bestehen ähnliche forstpolizeiliche Bestimmungen wie in Preußen.

Die **Fischerei** im offenen Meere ist jedermann frei. Nach völkerrechtlichen Grundsätzen steht die Fischerei in den Küstengewässern eines Staates nur den Angehörigen eines Küstenstaates zu. In den öffentlichen Flüssen steht die Fischereiberechtigung dem Fiskus des Landes zu, der das Recht in der Regel verpachtet.

Verboten sind Fanggeräte und Fangweisen, die eine Massenvernichtung der Fische herbeiführen. Vor allem ist das Schießen der Fische und das Werfen von Dynamitpatronen verboten. Die Fischereipolizei wird ausgeübt von besonderen Beamten (Fischmeistern), die dieselben Zwangsmittel anwenden können wie die Ortspolizeibehörde.

In Gemeindegewässern zu fischen steht den Gemeindemitgliedern zu, sofern die Gemeinde die Fischerei nicht verpachtet. In Privatgewässern ist die Fischerei ein Recht des Eigentümers am Flußbett.

Jeder, der den Fischfang ausübt, muß einen auf seinen Namen lautenden Fischereischein bei sich führen. Danach muß also auch der Fischereiberechtigte, wie der Fischereipächter und der Angler diesen Schein bei Ausübung des Fischfanges bei sich haben. Ein Fischereischein ist in folgenden Fällen nicht erforderlich: Zur Fischerei in Gewässern, die dem Fischereiberechtigten gehören und vollständig von seinen Grundstücken eingeschlossen sind. Fehlt es an einer dieser beiden Voraussetzungen, bedarf auch er des Fischereischeines. Weiter ist zur Ausübung des Fischfanges in künstlichen Fischteichen, die mit einem Wasserlauf nur dadurch in Verbindung stehen, daß sie mittels künstlicher Vorrichtungen aus ihm gefüllt oder in ihn abgelassen werden, ein Fischereischein nicht erforderlich. Schließlich bedürfen auch die Gehilfen, die mit dem Fischereiberechtigten, Fischereipächter oder Inhaber eines Erlaubnisscheines zusammen den Fischfang ausüben, keines Fischereischeines. Zuständig für die Erteilung des Fischereischeines ist die Fischereibehörde, und zwar die, in deren Bezirk der Fischfang ausgeübt werden soll. Der Schein wird ausgestellt für das Kalenderjahr.

Eines Erlaubnisscheines bedarf grundsätzlich jeder, der nicht Fischereiberechtigter oder Fischereipächter ist, zur Ausübung des Fischfanges. Ausnahmsweise ist nur dann ein Erlaubnisschein nicht notwendig, wenn der Fischfang in Gegenwart des Fischereiberechtigten oder des Fischereipächters erfolgt oder wenn der Fischfang in solchen Gewässern stattfindet, die dem Fischereiberechtigten gehören und vollständig von seinen Grundstücken begrenzt sind, oder in künstlichen Fischteichen der oben erwähnten Art. Der Erlaubnisschein muß auf die Person, auf ein oder mehrere bestimmt zu bezeichnende Gewässer und auf eine bestimmte Zeit (nicht mehr als 3 Jahre) lauten. Den Erlaubnisschein stellt der Fischereiberechtigte oder der Fischereipächter bezw. deren Bevollmächtigter aus. Die Beglaubigung des Erlaubnisscheines erfolgt gebühren- und stempelfrei.

Arbeitsrecht J. V. 112/114

Kapitel 8: Das Arbeitsrecht.

Erster Abschnitt: Arbeitsvertrag, Tarifvertrag, Betriebsräte, Kündigungsschutz.

Das Arbeitsrecht ist ein Sonderrecht der Arbeitnehmer, ähnlich wie das Handelsrecht ein Sonderrecht der Kaufleute ist. Aber das Arbeitsrecht greift doch auch mittelbar in die Rechtssphäre der Arbeitgeber ein. Es umfaßt so die Personenkreise der Arbeitgeber oder Unternehmer, die für eigene Rechnung und Gefahr tätig sind, sei es als Fabrikant oder als Handwerker, und der Arbeitnehmer, die auf Grund eines Vertrages für fremde Rechnung und Gefahr unselbständig tätig sind, sei es als Arbeiter mit überwiegend körperlicher Tätigkeit, sei es als Angestellter mit überwiegend intellektueller, leitender oder beaufsichtigender Tätigkeit.

Der Arbeitsvertrag im Sinne des Arbeitsrechtes ist ein gegenseitiger schuldrechtlicher Vertrag, durch den der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber zur Leistung von Arbeit gegen Entgelt angestellt wird. Der Arbeitsvertrag ist also ein Dienstvertrag, kein Werkvertrag. Er ist Gegenstand freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zum Schutze des Arbeitnehmers gegen Ausnutzung durch den Arbeitgeber bestehen Beschränkungen der Vertragsfreiheit, die im Arbeiterschutzbuch festgelegt sind. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich im Arbeitsvertrag, die versprochenen Dienste zu leisten und auch allgemein das Beste des Arbeitgebers zu fördern, sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu wahren. Der Arbeitgeber verpflichtet sich zur Zahlung des vereinbarten Lohnes, die nicht in Waren erfolgen darf, ferner zur Zeitgewährung bei Stellensuchen, einerlei ob der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer gekündigt hat, und zur Ausstellung eines Zeugnisses, das grundsätzlich nur Angaben über die Art und Dauer der Beschäftigung zu enthalten hat (sogen. einfache Arbeitsbescheinigung). Auf Verlangen des Arbeitnehmers sind Angaben über Leistungen und Führung des Arbeitnehmers hinzuzufügen. Das Zeugnis darf aber keine negativen Bemerkungen über den Arbeitnehmer enthalten.

Für die Kündigung gilt grundsätzlich Vertragsfreiheit, jedoch mit folgenden Einschränkungen. Die Kündigungsfrist muß bei gewerblichen Arbeitern, kaufmännischen und technischen Angestellten, Bergleuten, See- und Binnenschiffen gleich sein für beide Teile, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Für alle Arbeitnehmer ist der Ausschluß der Kün-

digung durch den Arbeitnehmer selbst für länger als fünf Jahre unzulässig. Ist ein Arbeitsverhältnis für länger als fünf Jahre oder auf Lebenszeit unkündbar eingegangen, so kann es vom Arbeitnehmer nach Ablauf von fünf Jahren mit sechsmonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden.

Der sogen. **Kündigungsschutz** ermöglicht es einem Arbeitnehmer, gegen eine vom Arbeitgeber rechtswirksam bewirkte Kündigung beim Betriebsrat Einspruch zu erheben. Voraussetzung dafür ist, daß ein sogen. Einspruchsgrund gegeben ist. Das ist der Fall, wenn der Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung des Arbeitnehmers erfolgt ist, wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen bewirkt ist, oder wenn sie erfolgte, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten, oder wenn die Kündigung sich als eine unbillige Härte darstellt, die weder durch das Verhalten des Arbeitnehmers noch durch die Verhältnisse des Betriebes sich rechtfertigen läßt. Trotz Vorliegens eines Einspruchsgrundes ist der Einspruch unzulässig bei sogen. Stilllegungserklärungen, d. h. bei Entlassungen, die durch gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erforderlich werden, und bei sogen. Pflichtkündigungen, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Schiedsspruches oder einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen Regelung verpflichtet ist. Wird im Falle des begründeten Einspruchs bei dem Betriebsrat eine Verständigung mit dem Arbeitgeber nicht erzielt, so kann das Arbeitsgericht angerufen werden, das zunächst noch einmal prüft, ob der Einspruch begründet ist oder nicht. Wird die Frage verneint, so wird der Kläger abgewiesen. Wird der Einspruch als begründet anerkannt, so kann der Arbeitgeber wählen zwischen Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers und Auszahlung einer Abgangsschädigung, deren Höhe sich nach der Zahl der Dienstjahre des Arbeitnehmers bestimmt. So vermag gegebenenfalls ein Arbeitnehmer auch gegen eine ordnungsgemäß erfolgte Kündigung seitens des Arbeitgebers etwas auszurichten. Einem Betriebsratsmitgliede kann nur mit Zustimmung des Betriebsrates gekündigt werden. Ohne diese Zustimmung ist die Kündigung unwirksam. Versagt die Betriebsvertretung die Zustimmung, so kann das Arbeitsgericht angerufen werden, das die fehlende Zustimmung ersetzen kann. (Einzelheiten bringt Dr. Zahnbrecher: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ Verlag Kösel & Pustet, München.)

Die Einrichtung der Betriebsräte ist durch das Betriebsrätegesetz vom Jahre 1920 angeordnet. Die Betriebsräte sind die öffentlich-rechtlichen Vertretungsorgane der Arbeitnehmer. Sie haben den Zweck, die wechselseitigen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu regeln. In erster Linie sollen sie die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen. Sie haben u. a. mitzuwirken bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, bei der Verwaltung der Kassen und der Durchführung der Schiedssprüche. Ein Betriebsrat muß in jedem Betrieb, der mindestens 20 Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) beschäftigt, gewählt werden. In größeren Betrieben können gesondert Arbeiter- und Angestelltenräte gebildet werden. In Betrieben, die weniger als 20, aber mehr als 5 wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigen, ist ein Betriebsobmann zu wählen. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbe- oder Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder richtet sich nach der Zahl der Arbeitnehmer. In den kleinsten in Frage kommenden Betrieben (20—49 Arbeitnehmer) besteht der Betriebsrat aus drei Mitgliedern. Die Höchstzahl der Betriebsratsmitglieder beträgt 30. Betriebsrat sowie Betriebsobmann werden in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Der Tarifvertrag ist die durch schriftlichen Vertrag erfolgende Regelung der Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern einerseits und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern anderseits. Ein Tarifvertrag enthält Vereinbarungen über Lohn, Arbeitszeit, Überstunden, Urlaub, Kündigung usw. Er verpflichtet beide Parteien zur sogen. allgemeinen Friedenspflicht, d. h. die Tarifparteien haben Kampfmaßnahmen über tariflich geregelte Fragen zu unterlassen. Voraussetzung für die Wirksamkeit eines Tarifvertrages ist die freiwillige Einigung der Parteien. Im Ausnahmefalle kann die freiwillige Annahme ersetzt werden durch die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs. Denn tarifvertragliche Regelungen können durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung

aufgezwungen werden. Zuständig für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist der Reichsarbeitsminister, bezw. die von ihm delegierte Reichsarbeitsverwaltung. — Die Beendigung eines Tarifvertrages kann sehr verschiedenartig sein. Ist der Vertrag auf bestimmte Zeit abgeschlossen, so endigt er mit Ablauf der vereinbarten Zeit von selbst. Enthält er eine Kündigungsfrist, so endigt er durch Kündigung mit Einhaltung dieser Kündigungsfrist. Ist er auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, so ist jederzeit Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist möglich.

*

Zweiter Abschnitt: Die Arbeitszeit.

Am 1. Mai 1927 ist ein Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung in Kraft getreten.

Als normale Arbeitszeit gilt grundsätzlich der Achtsturentag. Die darüber hinaus geleistete Arbeit ist Mehrarbeit. Eine Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit ist vorgeschrieben im Bergbau unter Tage an Betriebspunkten mit einer Wärme über 28 Grad Celsius. Die Verkürzung ist durch Tarifvertrag zu vereinbaren oder durch die zuständige Behörde nach Anhörung der Berufsvereine anzuordnen. Ein Mindestmaß der Verkürzung ist nicht vorgeschrieben. Andererseits ist auch eine Verlängerung der Arbeitszeit (Mehrarbeit) zulässig, doch darf die Arbeitszeit höchstens zehn Stunden betragen. Eine Arbeitszeit über acht Stunden ist zulässig auf Grund eines Tarifvertrages, der mit dem Sinne des Arbeiterschutzes vereinbar sein muß, und auf Grund behördlicher Anordnung, die hauptsächlich aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen erfolgen kann. Arbeitnehmer dürfen ferner an dreißig der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich beschäftigt werden. Auch hier gilt die 10-Stundengrenze. Eine Überschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit behördlicher Genehmigung oder dann zulässig, wenn es sich um Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung des Arbeitnehmers durch andere Arbeitnehmer nicht möglich ist. Eine Überschreitung der zehnstündigen Arbeitszeit ist auch zulässig bei vorübergehenden Arbeiten, in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, besonders, wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen.

Für Mehrarbeit haben die Arbeitnehmer (mit Ausnahme der Lehrlinge) Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus. Dies gilt nicht, soweit die Mehrarbeit lediglich infolge von Notfällen, Naturereignissen, Unglücksfällen und anderen unvermeidlichen Störungen erforderlich ist. Als angemessene Vergütung gilt, sofern die Beteiligten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) nicht eine andere Regelung vereinbaren, der regelmäßige Lohn mit einem Zuschlag von 25%.

Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmen, daß in Gewerben, die in gewissen Zeiten regelmäßig zu verstärkter Tätigkeit genötigt sind, in diesen Zeiten über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden kann, wenn die Mehrarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Zeiten des Jahres ausgeglichen wird.

Eine Überschreitung der Arbeitszeitbestimmungen zieht strafrechtliche Folgen nach sich. Der Arbeitgeber macht sich strafbar, weil die Arbeitszeitbestimmungen ihrer rechtlichen Natur nach einen Bestandteil des Arbeiterschutzes bilden. Deshalb ist der Arbeitnehmer, der über die Höchstarbeitszeit hinaus arbeitet, nicht strafbar, weil die Arbeiterschutzplichten nur solche des Arbeitgebers sind. Dagegen ist der Arbeitgeber auch bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit durch den Arbeitnehmer strafbar, weil die Arbeiterschutzplichten gegenüber dem Staat, nicht gegenüber dem Arbeitnehmer bestehen.

Die Arbeitszeitverordnung gilt für die Arbeiter in allen gewerblichen und bergbaulichen Betrieben, in den Betrieben des Reichs, der Länder, der Kommunen und Kommunalverbände, ferner für die Angestellten in kaufmännischen und technischen Betrieben, für die Büroangestellten und Lehrlinge. Die Arbeitszeitverordnung gilt nicht für einzelne Gewerbebezüge, für die meistens besondere Verordnungen bestehen. Die Bäckereiverordnung setzt für Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien auch grundsätzlich den Achtstundentag fest. Die Arbeitszeit für das Pflegepersonal in Krankenanstalten ist länger als acht Stunden, aber nicht mehr als zehn Stunden. Nach der Landarbeitsordnung beträgt die tägliche Höchstarbeitszeit für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter in 4 Monaten durchschnittlich acht Stunden, in 4 Monaten zehn Stunden und in 4 Monaten elf Stunden. Über die Höchstarbeitszeit der Hausangestellten bestehen keine Vorschriften.

Auch für Apothekergehilfen und Lehrlinge, für generalbevollmächtigte Vertreter eines Unternehmens und sonstige Angestellte in leitender Stellung, sowie für Lehrer und Erzieher, die auf privaten Dienstvertrag angestellt sind, ist ein Maximalarbeitsstag nicht festgesetzt.

Kinder dürfen nur im Alter von mindestens 12—14 Jahren beschäftigt werden und zwar nicht länger als drei Stunden (in den Ferien 4 Stunden) täglich. Ihre Beschäftigung und die Art des Betriebes sind vorher der Polizeibehörde anzuzeigen. Ebenfalls unterliegt die **Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft** gewissen Beschränkungen. Arbeiterinnen dürfen sechs Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden, während weiterer sechs Wochen wie auch sechs Wochen vor der Niederkunft können sie auf Grund eines entsprechenden ärztlichen Zeugnisses die ihnen nach dem Arbeitsvertrag obliegende Dienstleistung verweigern. Innerhalb dieser Fristen können sie nur aus einem wichtigen, mit der Niederkunft nicht zusammenhängenden Grunde gekündigt werden. Entgelt können sie für die Zeit, in der sie keine Arbeit leisten, nicht beanspruchen. Stillenden Frauen ist auf Verlangen während sechs Monaten nach der Niederkunft die zum Stillen erforderliche Zeit bis zu zweimal einer halben Stunde oder einmal einer Stunde täglich freizugeben, ohne daß ihnen vom Entgelt ein Abzug gemacht werden darf.

Durch Verfügung des Reichsarbeitsministers ist ab 1. Jan. 1928 das Drei-Schichten-System (eine regelmäßige, werktägliche Arbeitszeit von nur 8 Stunden, ausschließlich der Pausen) für besondere Arbeitnehmergruppen festgesetzt, die in Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der eisenverarbeitenden Großindustrie beschäftigt sind.

*

Dritter Abschnitt: Der Arbeitsnachweis.

Den öffentlichen Arbeitsnachweisen obliegt die Arbeitsvermittlung von Arbeitern und Angestellten sowie die Mitwirkung bei der Durchführung von gesetzlichen Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose, außerdem die öffentliche Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung im ganzen Deutschen Reiche ist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Sie gliedert sich in die Hauptstelle, die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter. Jede Gemeinde muß von einem Arbeitsamt erfaßt sein. Die sachlichen Aufsichts- und Beschwerdestellen gegenüber den

öffentlichen Arbeitsnachweisen sind die Landesämter für Arbeitsvermittlung, die für Länder, Provinzen oder andere größere Bezirke errichtet sind. Ihnen übergeordnet ist die Hauptstelle für Arbeitsvermittlung, die den Arbeitsmarkt zu beobachten, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den verschiedenen Gebieten zu regeln und die allgemeinen Grundsätze für die Berufsberatung und Stellenvermittlung aufzustellen hat. Der Gesamthaushaltsplan der Reichsanstalt, der vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt festgesetzt wird, bedarf der Genehmigung durch die Reichsregierung. Die Aufsicht über die Reichsanstalt führt der Reichsarbeitsminister, der dem Reichstag jährlich einen Bericht über seine Aufsichtstätigkeit vorzulegen hat.

Die Vermittlung der Arbeitsnachweise ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Vermittlung hat unparteiisch und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung zu erfolgen. Sie hat dahin zu wirken, daß freie Stellen durch möglichst geeignete Arbeitskräfte besetzt werden. Dabei sind einerseits die besonderen Verhältnisse der freien Arbeitsplätze, andererseits die berufliche und körperliche Eignung sowie die persönlichen und Familienverhältnisse und die Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers zu berücksichtigen, soweit die Lage des Arbeitsmarktes es gestattet.

Die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Vereinigung ist untersagt. Ebenso ist es dem Arbeitsnachweis untersagt, einen Arbeitnehmer zum Zwecke der Nichteinstellung ungünstig zu kennzeichnen oder sonst an einer Maßregelung von Arbeitnehmern oder an einer entsprechenden Maßnahme gegen Arbeitgeber mitzuwirken. Soweit ein Tarifvertrag besteht, hat der öffentliche Arbeitsnachweis die Vermittlung nur zu tariflich zulässigen Bedingungen vorzunehmen. Soweit der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Beruf ortsüblichen Mindestlohnsätze verstoßen würde, hat der öffentliche Arbeitsnachweis eine Vermittlung abzulehnen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet und die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer sind berechtigt, bei Ausbruch und Beendigung einer Aussperrung den zuständigen Arbeitsnachweisämtern schriftliche Anzeige zu machen. — Die gewerbmäßige Stellenvermittlung ist vom 1. Januar 1931 ab verboten. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die erteilte Erlaubnis zum Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers. Denjenigen Stellenvermittlern, die zu dieser Zeit das Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis aus-

üben, soll durch ein besonderes Gesetz eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Eine neue Erlaubnis zum Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers darf nicht mehr erteilt, eine bestehende Erlaubnis nicht verlängert oder übertragen werden.

*

Vierter Abschnitt: Einstellungszwang und Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte.

Das Gesetz vom 6. April 1920 will allen schwer Erwerbsbeschränkten, vorzugsweise Schwerkriegs- und Schwerunfall-Beschädigten (d. i. um wenigstens 50% in ihrer Erwerbsfähigkeit Beschränkten) die Erlangung eines Arbeitsplatzes ermöglichen und ihnen einen bereits erlangten Arbeitsplatz sichern. Unmittelbare Träger des Gesetzes sind die Arbeitgeber, da ihnen die Erfüllung des Gesetzes obliegt. Sie haben also nicht etwa eine behördliche Aufforderung abzuwarten. Den Hauptfürsorgestellten (H. F. S.) obliegt die Fürsorge für die Einstellung und Beschäftigung der Schwerbeschädigten.

Die **Einstellungspflicht** besteht allgemein nur für Arbeitgeber, die 20 und mehr Arbeitsplätze zur Verfügung haben. Das Einstellungssoll ist auf 2 v. H. festgesetzt. Die Einstellungspflicht ist auch dann zu erfüllen, wenn kein Arbeitsplatz frei ist. Der Platz muß dann geschaffen werden. Der Arbeitgeber hat die Auswahl unter den Schwerbeschädigten (Sch. B.), es sei denn, daß eine Zwangszuweisung vorliegt. Befreiung von der Einstellungspflicht ist nur ausnahmsweise möglich und kann nur von der H. F. S. — befristet gegen Ablösung in Naturalien oder anderer Gegenleistung — ausgesprochen werden. Bei Nichterfüllung seiner Einstellungspflicht kann dem Arbeitgeber ein Sch. B. zugewiesen und ein Arbeitsvertrag zwangsweise abgeschlossen werden. Der Arbeitgeber kann gegen die Zwangszuweisung Beschwerde einlegen, die aufschiebende Wirkung hat. Beschwerde gegen Entscheidungen der Fürsorgestellten entscheidet die H. F. S.; gegen deren Entscheid ist Beschwerde an den Sch. B.-Auschuß möglich, der endgültig entscheidet. Eine nach erfolgter Zwangszuweisung erfolgte Einstellung eines oder mehrerer Sch. B. hebt die Gültigkeit der Zwangszuweisung aber nicht auf.

Der **Kündigungsschutz** wird dadurch erreicht, daß 1. die Wirksamkeit der ordentlichen Kündigung von einer behördlichen Zustimmung abhängig gemacht, 2. eine Mindest-

dauer für die Kündigung festgesetzt wird. Ferner ist dem Sch. B. bei fristloser Kündigung infolge Streiks und Aussperrung ein Anrecht auf Wiedereinstellung gesichert. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen, sofern nicht vertraglich oder gesetzlich eine längere zu beachten ist (Handelsgesetzbuch, B. G. B.). Ein Verzicht ist nichtig. Die Kündigungsfrist beginnt mit dem Tag zu laufen, an dem die Absendung des schriftlich zu stellenden Antrags des Arbeitgebers auf Erteilung der Zustimmung erfolgt ist. Eine Zustimmung wird von der H. F. S. nur nach sorgfältiger Prüfung erteilt. Die Zustimmung wirkt vom Tage der Absendung des Zustimmungsantrages an. Bei Nichteinholung der Zustimmung ist die Kündigung wirkungslos. Die gleiche Wirkung hat die Versagung der Zustimmung. Das Sinken der Zahl der Arbeitsplätze auf weniger als 20 ist kein Kündigungsgrund, ebenso wenig eine Lohnforderung des Sch. B. Zustimmung der H. F. S. ist nicht erforderlich bei fristloser Kündigung nach den gesetzlichen Vorschriften; jedoch besteht auch hier Anzeigepflicht des Arbeitgebers. Der Sch. B. setzt sich bei fristloser Kündigung zweckmäßig sofort mit der H. F. S. in Verbindung.

Die **Anzeigepflicht** ist vom Arbeitgeber zu beachten bei Freiwerden eines Arbeitsplatzes, der mit einem Sch. B. besetzt war, gleichgültig, wodurch der Platz frei wurde (Tod, freiwilliges Ausscheiden usw.). Die Anzeige ist unverzüglich an die H. F. S. zu erstatten. Die Vertrauensleute des Betriebs sind gleichfalls der H. F. S. zu benennen. Die Einstellung eines Sch. B. für vorübergehenden Zweck, zur Aushilfe oder zur Probe ist der H. F. S. unverzüglich anzuzeigen, ebenfalls seine Entlassung. Wird ein Arbeitsplatz, der für einen Sch. B. freizuhalten war, frei, so ist binnen drei Tagen Anzeige zu erstatten. Die Anzeige über das Freiwerden eines bereits durch einen Sch. B. besetzten Arbeitsplatzes muß enthalten: Personalien, Angaben über den Arbeitsplatz und die Gründe des Freiwerdens. Die Anzeige über das Freiwerden eines freizuhaltenden Arbeitsplatzes muß alle Angaben enthalten, die der H. F. S. die Auswahl eines geeigneten Sch. B. ermöglichen. Das Gesetz sieht an Strafen vor: Für Arbeitgeber: Bußen von 1—1000 Rm. Für das Verfahren sind die Vorschriften der Strafprozeßordnung maßgebend. Für Sch. B.: zeitweiligen Ausschluß von den Vorteilen des Gesetzes. (Im einzelnen unterrichtet über das Gesetz für Schwerbeschädigte Heft 14 von Wordels Schlüsselbüchern. Verlag Fr. U. Wordel, Leipzig C. 1. Preis 60 Pfennige.)

Kapitel 9: Die Sozialversicherung.

Die Fürsorge für die ärmere Bevölkerung war bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf Armenpflege und private Fürsorge beschränkt. Die Entwicklung der maschinellen Arbeit, der Aufschwung der Großindustrie brachte starkes Anwachsen des Arbeiterstandes, Verminderung des gewerblichen Mittelstandes. Die sozialen Gefahren und Schäden wuchsen mehr und mehr, der einzelne vermochte sie nicht mehr zu überwinden. Zunächst wurden aus harter Notwendigkeit die einzelnen zur Selbsthilfe gezwungen: Das genossenschaftliche Hilfs- und Unterstützungs-kassenwesen ist das erste Ergebnis dieser Entwicklung. Schließlich konnte sich der Staat aber der Notwendigkeit einer sozialen Fürsorge nicht mehr verschließen: Die gesetzliche Sozialversicherung wurde geschaffen. Sie umfaßt heute alle Berufs-klassen, von denen angenommen werden kann, daß sie nicht imstande sind, von dem, was sie erwerben, für die Zeiten der Arbeitsunfähigkeit und des Alters ausreichende Rücklagen zu machen. Um alle in Frage kommenden Bevölkerungskreise zu erfassen, wurde der Versicherungszwang bis zu einer gewissen Höhe des Einkommens festgelegt. Man kennt als gesetzliche Sozialversicherungen heute: die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung. (Heft 1 von „Wordels Schlüsselbüchern“ gibt gute Auskunft über Einzelheiten im Aufbau und Verfahren der Sozialversicherung. Verlag Fr. A. Wordel, Leipzig C. 1. Preis 60 Pfg.)

*

Erster Abschnitt: Die Krankenversicherung.

Die Pflicht zur Krankenversicherung erstreckt sich auf alle in der Industrie und in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe, im Haus- und Verkehrswesen gegen Entgelt beschäftigten Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge, Dienstboten. Ferner sind versicherungspflichtig Hausgewerbetreibende, Betriebsangestellte, Werkmeister, Handlungsgehilfen, Bühnenmitglieder, Musiker, Hauslehrer, Erzieher usw., sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 3600 Mk. nicht übersteigt. Beamte sind nicht versicherungspflichtig. Lehrlinge sind auch dann versicherungspflichtig, wenn sie ohne Entgelt beschäftigt sind.

Freiwillig können der Kasse beitreten kleinere Gewerbetreibende, Familienangehörige von solchen und kleinere

Landwirte. Bei den Gewerbetreibenden ist Voraussetzung, daß sie höchstens zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen, und ihr jährliches Gesamteinkommen 3600 Mark nicht übersteigt.

Nicht versicherungspflichtig ist eine nur vorübergehende Beschäftigung. Befreit sind ferner (auf Antrag des Arbeitgebers) Lehrlinge, die im Betrieb ihrer Eltern beschäftigt sind.

Unter Umständen kann beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden.

Versicherungsträger sind die Ortskrankenkassen, die Landkrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen.

Für einzelne Gewerbe- oder Berufsarten können auch besondere Ortskrankenkassen eingerichtet werden. Die knappschaftlichen Krankenkassen sind den reichsgesetzlichen Krankenkassen gleichgestellt.

Außerdem gibt es sogen. Ersatzkassen (jetzt Berufskrankenkassen genannt), deren Mitglieder von der Versicherungspflicht in einer der vom Gesetz vorgesehenen Kassen befreit sind.

Die Beiträge werden in der Regel zu $\frac{2}{3}$ von den Arbeitern, zu $\frac{1}{3}$ von den Unternehmern getragen. Die Beiträge werden zu Hundertsteln vom Grundlohn bemessen.

Die Regelleistungen der Kasse erstrecken sich (nach gesetzlicher Vorschrift) auf Krankenhilfe und Gewährung von Krankengeld im Falle der Erwerbsunfähigkeit. Als Krankengeld wird mindestens 26 Wochen die Hälfte des Grundlohnes gezahlt.

An Stelle der beiden Leistungen kann Unterbringung im Krankenhaus treten. Ein Rechtsanspruch auf Krankenhauspflege besteht nicht. Erhalten Versicherte, die bisher Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben, Krankenhauspflege, so haben sie Anspruch auf ein Hausgeld im Betrage des halben Krankengeldes. Andern Versicherten kann ein Taschengeld gewährt werden.

Weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor ihrer Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch und im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert waren, erhalten eine Wochenhilfe, bestehend aus einer Hebammenhilfe (evtl. auch ärztliche Behandlung), einem einmaligen Entbindungskostenbeitrag, einem Wochengeld (bis 10 Wochen), einem Stillgeld (bis 12 Wochen nach Nieder-

kunst) und einem Wochengeld in Höhe des Krankengeldes. An Stelle des Wochengeldes kann Unterkunft in einem Wöchnerinnenheim gewährt werden.

Unter denselben Voraussetzungen kann Ehefrauen und solchen Töchtern, Stief- und Pflegetöchtern von Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, eine Familien-Wochenhilfe gewährt werden. Die Leistungen sind dieselben wie die der Wochenhilfe.

Für den Todesfall wird ein Sterbegeld in Höhe des mindestens 20fachen Betrages des Grundlohnes gewährt.

Außerdem können die Kassen ihre Versicherten in Erholungsheimen unterbringen.

Die Kassen können über diese Regelleistungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, hinausgehen.

Im Streitfalle entscheidet über die Ansprüche der Versicherten das Versicherungsamt, in dessen Bereich der Versicherte wohnt oder arbeitet. Gegen dessen Bescheid kann binnen Monatsfrist Berufung an das Ober-Versicherungsamt erhoben werden. Gegen dessen Urteil ist in manchen Fällen noch Revision an das Reichsversicherungsamt in Berlin zulässig.

Die Krankenkasse (Orts-, Land-, Betriebs- und Innungsfrankenkasse) wird geleitet vom Vorstand und Ausschuß. Beide werden zu $\frac{2}{3}$ von Arbeitnehmern und zu $\frac{1}{3}$ von Arbeitgebern gewählt. Der Vorsitzende wird vom Vorstand gewählt; er muß aber von beiden Gruppen die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen. Bei Betriebsfrankenkassen ist Vorsitzender der Arbeitgeber, bei der Innungsfrankenkasse wird ein Vorstandsmitglied der Innung von dieser bestellt.

*

Zweiter Abschnitt: Die Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung zerfällt in drei Teile: die Gewerbe-Unfallversicherung, die landwirtschaftliche Unfallversicherung und die See-Unfallversicherung. Träger der Versicherung sind die Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer bestimmter Berufsgruppen vereinigt sind. Die Geschäfte der Berufsgenossenschaft führt der Vorstand und die Genossenschaftsversammlung. Letztere besteht aus sämtlichen Mitgliedern der Genossenschaft oder aus Vertretern, die auf 4 Jahre gewählt werden. Die Arbeitnehmer sind im Vorstand und in der Genossenschaftsversammlung nicht vertreten, können aber satzungsgemäß zugelassen werden.

Die Verpflichtung zur Gewährung von Rente beginnt bei Verletzten, die auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert sind, mit dem Wegfall des Krankengeldes spätestens mit der 27. Woche nach dem Unfall, bei anderen Verletzten mit dem Tage nach dem Unfall.

Die Berufsgenossenschaft hat dem Verletzten Krankenbehandlung und eine Rente oder Krankengeld (Tagegeld, Familiengeld) zu gewähren. Man unterscheidet eine Vollrente in Höhe von $\frac{2}{3}$ des Jahresarbeitsverdienstes bei völliger Erwerbsunfähigkeit und eine Teilrente, welche dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Eine Rente wird nicht gewährt, wenn die Erwerbsunfähigkeit vor Ablauf von 13 Wochen beseitigt ist. An Stelle von Krankenbehandlung und Geldrente kann freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden. Schwerverletzte (mindestens 50 v. H. erwerbsbeschränkt) erhalten zu ihrer Rente Kinderzulagen. Im Todesfalle wird Sterbegeld und Rente für die Hinterbliebenen gewährt.

In die Unfallversicherung sind durch das am 13. Dezember 1928 verabschiedete 3. Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung rückwirkend bis zum 1. Juni 1928 mit einbezogen: Die Betriebe der Feuerwehr, die Betriebe zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen, die Lebensretter, die gesundheitspflegerischen Arbeitnehmer (Krankenpflegepersonal, Hauspfleger, Hebammen, Personal der Ambulatorenen), ausgenommen die Mitglieder geistlicher Genossenschaften (also die Krankenschwestern der Konfessionen) und die Schwestern des Roten Kreuzes, wenn ihnen entsprechende Versorgung gewährleistet wird. Postulantinnen und Novizen sind hingegen in die Unfallversicherung mit einbezogen worden. Ferner wurden neu einbezogen: Die Betriebe der Schaustellungen, der Musikaufführungen, das artistische Personal, Lichtspielbetriebe (Herstellung, Vertrieb und Vorführung) sowie die Rundfunkbetriebe, ferner in den bereits teilweise versicherten Gast- und Schankwirtschaften das gesamte Bedienungspersonal. Damit fallen alle Gaststätten, wo das Personal hinter der Theke bereits versichert war, jetzt ganz unter die Unfallversicherung. In die Versicherung eingeschlossen ist nunmehr auch ein Teil der kaufmännischen Angestellten, und zwar der kaufmännische und verwaltende Teil eines versicherten Betriebes, wenn er den Zwecken dieses Betriebes dient und zu ihm in einem örtlichen Verhältnis steht.

Voraussetzung des Anspruchs ist ein Betriebsunfall. Den Unfällen gleichgestellt sind durch Verordnung vom

12. Mai 1925 bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten. Ferner werden entschädigt Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte, ebenso Unfälle bei häuslichen und anderen Diensten, zu denen Versicherte gelegentlich von dem Unternehmer herangezogen werden.

Versicherungspflichtig sind Arbeiter, Gesellen, Lehrlinge sowie bestimmte Betriebsbeamte in Fabriken, Bergwerken, Transportunternehmungen und gewissen gefährlichen Kleinbetrieben, ferner Angestellte und Arbeiter in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Seeleute auf deutschen Fahrzeugen. Selbständige Betriebsunternehmer und Hausgewerbetreibende können u. U. für versicherungspflichtig erklärt werden. Auch ist freiwilliger Beitritt statthaft. Versicherungsfrei sind anderweit versorgte Beamte, Soldaten und Angehörige der Schutzpolizei.

Die Aufbringung der Mittel erfolgt ausschließlich durch die Arbeitgeber.

Jeder Unfall ist vom Arbeitgeber innerhalb dreier Tage bei der Polizei anzuzeigen. Entschädigungsansprüche müssen im Laufe zweier Jahre an den Vorstand der Berufsgenossenschaft oder an das Versicherungsamt gerichtet werden. Gegen den Bescheid der Genossenschaft kann Berufung an das Oberversicherungsamt und weiter Rekurs an das Reichsversicherungsamt eingelegt werden.

Ferner ist jede vorkommende Berufserkrankung (durch Blei, Phosphor, Quecksilber usw.), die den Erkrankten für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig macht, oder an der er gestorben ist, vom Betriebsunternehmer dem Versicherungsamt des Betriebsortes und der zuständigen Berufsgenossenschaft wie auch der Krankenkasse spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage anzuzeigen, an dem der Unternehmer die Erkrankung oder den Tod erfahren hat.

Am 1. Dezember 1928 trat eine Verordnung mit Rückwirkung bis zum 1. Januar 1928 in Kraft, nach welcher Unfallbeschädigte, ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalls, Anspruch auf Berufsfürsorge haben. Berufsfürsorge (also Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung) wird demjenigen gewährt, dem es nach Art seiner Verletzung nicht möglich ist, im alten Beruf unterzukommen. Auch die Gewährung der Heilbehandlung ist durch die neue Verordnung stark erweitert worden. Die Heilbehandlung hat nunmehr solange zu erfolgen, als eine Besserung der Verletzungsfolgen oder eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit zu erwarten ist.

Dritter Abschnitt: Die Invalidenversicherung.

Der Invalidenversicherung unterliegen alle gegen Entgelt beschäftigten Arbeiter, Gesellen und Hausgehilfen (auch Waschfrauen, Schneiderinnen, Stundenmädchen), Hausgewerbetreibende, Gehilfen und Lehrlinge, soweit sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind, ferner Soldaten und Beamte der Schutzpolizei, wenn sie bei ihrer vorgesetzten Dienstbehörde die Versicherung beantragen.

Versicherungsfrei sind solche Personen, die invalide sind oder eine Invaliden- oder sonstige Rente beziehen, ferner Beamte und andere Personen, wenn die Fürsorge für sie in anderer Weise sichergestellt ist. Versicherungsfrei ist auch eine nur vorübergehende Beschäftigung sowie eine Beschäftigung, für die nur freier Unterhalt gewährt wird.

Freiwillig versichern können sich Unternehmer und Gewerbetreibende, die regelmäßig nicht mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen und noch nicht 40 Jahre alt sind, sowie Personen, die nur vorübergehend oder nur gegen freien Unterhalt beschäftigt sind.

Zur freiwilligen Weiterversicherung ist jeder, der einmal, wenn auch nur für kurze Zeit versichert war, berechtigt.

Freiwillige Versicherung hat in einer Lohnklasse, die dem Einkommen des Versicherten entspricht, mindestens aber in Lohnklasse 2 zu erfolgen.

Träger der Versicherung sind die Landesversicherungsanstalten. Sonderanstalten bestehen für den Bergbau (Reichsknappschaft), für die Reichsbahngesellschaft und die Seefahrt. Organe der Versicherung sind Vorstand und Ausschuß. Letzterer besteht je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt den Versicherten bei Invalidität und nach Vollendung des 65. Lebensjahres Invalidenrente und im Falle ihres Todes Hinterbliebenenrente. Als Invalide sind solche Personen anzusehen, deren Erwerbsfähigkeit auf weniger als $\frac{1}{3}$ der normalen Erwerbsfähigkeit herabgesunken ist. Ist die Invalidität nur eine vorübergehende, so wird die Rente (Krankenrente) von der 27. Woche ab oder nach Wegfall des Krankengeldes gewährt und zwar so lange, bis die Invalidität behoben ist; ist die Invalidität aber eine dauernde, so wird die Rente vom Beginn der Invalidität an gewährt. Die Wartezeit ist erfüllt bei 200 Beitragswochen, wenn mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht beigebracht sind, andernfalls bei 500

Beitragswochen. Zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft müssen während zweier Jahre nach dem Ausstellungstag der Quittungskarte mindestens 20 Wochenbeiträge entrichtet sein. (Für Selbstversicherte gelten andere Vorschriften.)

Die Anwartschaft lebt bei Eintritt in die Versicherung vor Vollendung des 40. Lebensjahres wieder auf, wenn der Versicherte eine neue Wartezeit von 200 Beitragswochen vollendet. In späteren Lebensjahren kann die Anwartschaft auch noch erworben werden; es gelten dafür besondere Vorschriften.

Es sind folgende Beiträge zu entrichten:

in Klasse 1 bis zu		6 Mk. Wochenlohn		0,30 Mk. Beitrag		
"	"	2	"	12	"	0,60 " "
"	"	3	"	18	"	0,90 " "
"	"	4	"	24	"	1,20 " "
"	"	5	"	30	"	1,50 " "
"	"	6	"	36	"	1,80 " "
"	"	7	von mehr als 36 Mk.		"	2,— " "

Die Beiträge werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen getragen. Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 Mark nicht übersteigt und für Lehrlinge entrichtet der Arbeitgeber die vollen Beiträge. Die Beitragsentrichtung geschieht durch Einflehen von Versicherungsmarken.

Die Invalidenrente besteht aus einem für alle Lohnklassen gleichen Grundbetrage von 168 Mk., einem Reichszuschuß von 72 Mk. und aus Steigerungssätzen, die nach der Zahl und Höhe der entrichteten Beiträge bemessen werden. Für die bis zum 30. September 1921 ordnungsmäßig verwendeten Beitragsmarken werden folgende Steigerungssätze gezahlt: in der 1. Lohnklasse 4 Pfg., in der 2. 8 Pfg., in der 3. 14 Pfg., in der 4. 20 Pfg. und in der 5. 30 Pfg. für jeden entrichteten Beitrag. Bei den vor dem 1. April 1928 festgestellten und am 1. Juli 1928 noch laufenden Renten, die einen Steigerungsbetrag für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 enthalten, wird dieser Steigerungsbetrag mit Wirkung vom 1. Juli 1928 an um 40% erhöht. Enthält eine Rente für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 keinen Steigerungsbetrag, so ist hierfür ein Gesamtsteigerungsbetrag von 12 Mk. jährlich festzusetzen, sofern für jene Zeit mindestens 200 Beitragsmarken ordnungsmäßig verwendet sind. Der Kinderzuschuß ist mit Wirkung vom 1. Juli 1928 von jährlich 90 auf 120 Mk. erhöht worden. Er wird für Kinder

und Enkelkinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre (in besonderen Fällen auch länger) gewährt. Ferner wird an Witwen, die dauernd oder länger als 26 Wochen erwerbsunfähig sind, oder die das 65. Lebensjahr vollendet haben, nach dem Tode ihres Mannes eine Rente gezahlt. Sie besteht aus einem Reichszuschuß von 72 Mk. und $\frac{6}{10}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze der dem Manne zustehenden Invalidenrente.

In gleicher Weise wird eine Witwenrente gezahlt, wenn die verstorbene Frau versichert war, den Lebensunterhalt aus ihrem Arbeitsverdienst ganz oder vorwiegend bestritten hat und der Mann erwerbsunfähig und bedürftig ist. Bei Wiederverheiratung fallen beide Renten fort; die Witwe wird mit dem Betrage ihrer Jahresrente abgefunden.

Die Waisenrente für Kinder und Enkel besteht aus einem Reichszuschuß von 36 Mk. und $\frac{5}{10}$ des Grundbetrags und der Steigerungssätze, auf die der Ernährer zur Zeit seines Todes Anspruch hatte.

Die Renten werden durch Rentenbescheid der Landesversicherungsanstalt festgestellt. Gegen diesen Bescheid ist innerhalb Monatsfrist Berufung an das zuständige Oberversicherungsamt und gegen dessen Urteil Revision an das Reichsversicherungsamt zulässig.

*

Vierter Abschnitt: Versicherungsgesetz für Angestellte.

Der Versicherung anzugehören sind gezwungen: alle gegen Entgelt beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten mit einem Jahresgehalt bis zu 8400 Mark.

Der Versicherungszwang erstreckt sich auf Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister, Büroangestellte, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Bühnen- und Orchestermitglieder, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Privatlehrer und Erzieher, Angestellte der Schiffsbesatzung deutscher Fahrzeuge.

Jeder Versicherte hat sich die Versicherungskarte bei der Ausgabestelle (in Preußen bei Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 25 000 — 50 000 Einwohnern auch bei der Krankenkasse für ihre Mitglieder) ausstellen zu lassen und sie dem Arbeitgeber rechtzeitig vorzulegen. Die Karte ist umzutauschen, wenn die Felder gefüllt sind, spätestens aber innerhalb 3 Jahren nach der Ausstellung. Über den Inhalt der Karte erhält der Inhaber eine Bescheinigung.

Nicht versicherungspflichtig sind alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, sofern ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenen-Rente im Mindestbetrag der dem Dienst Einkommen entsprechenden Höhe gewährleistet, ferner der Ehegatte, der durch den anderen Ehegatten beschäftigt wird, und Personen, die zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung für den künftigen Beruf gegen Entgelt tätig sind. Soldaten und Angehörige der Schutzpolizei können auf Antrag der Versicherungspflicht unterworfen werden. Ebenso kann der, welcher für eigene Rechnung eine ähnliche Tätigkeit ausübt wie die versicherungspflichtigen Angestellten, z. B. Bücherrevisoren und Agenten, freiwillig der Versicherung beitreten. Ferner können freiwillig beitreten Angestellte mit über 8400 Mk. Jahresgehalt und solche Personen, die nur gegen freien Unterhalt oder nur vorübergehend beschäftigt sind, falls sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Von der eigenen Beitragsleistung befreit werden kann derjenige Versicherungspflichtige auf Antrag: 1. der eine Lebensversicherung abgeschlossen hat. Voraussetzung ist jedoch, daß er das 30. Lebensjahr überschritten hatte, als er versicherungspflichtig wurde und daß der Versicherungsvertrag seit mindestens 3 Jahren vor dem Eintreten in die versicherungspflichtige Beschäftigung abgeschlossen ist, und daß die Jahressumme der Beiträge für die Lebensversicherung mindestens denen zur Angestelltenversicherung gleichkommt. Der Arbeitgeber muß jedoch seinen Beitragsanteil entrichten. Er kann befreit werden, wenn er zu den Beiträgen für die Lebensversicherung des befreiten Angestellten Zuschüsse zahlt. 2. der beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung das 55. Lebensjahr vollendet hat, wenn ihm die Abkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird oder nicht zugemutet werden kann. Der Befreiungsantrag ist innerhalb der ersten 3 Jahre nach Beginn der Versicherungspflicht zu stellen. 3. wer einer Ersatzkasse angehört, für den werden die Beiträge anstatt durch das Kleben von Beitragsmarken durch den betr. Arbeitgeber an die Ersatzkasse abgeführt. Diese Beiträge gelten aber auch als reichsgesetzliche Beiträge. Ersatzkassen sind diejenigen zugelassenen Versicherungseinrichtungen einzelner Firmen oder Berufsgruppen, die in ihren Leistungen der Angestelltenversicherung mindestens gleichwertig sind. Zugelassene Ersatzkassen müssen vor dem Jahre 1913 gegründet worden sein. Neue dürfen nicht mehr eingerichtet werden.

Die Versicherung wird grundsätzlich vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen getragen. Für Versicherte, deren Entgelt monatlich 50 Mark nicht übersteigt, und für Lehrlinge zahlt der Arbeitgeber die vollen Beträge.

Die Höhe der Beiträge richtet sich nach dem monatlichen Verdienst. Die Beiträge betragen ab 1. September 1928:

			Bis 50 Mk. = 2 Mk.	
Von	50 Mk.	bis	100 „	= 4 „
„	100 „	„	200 „	= 8 „
„	200 „	„	300 „	= 12 „
„	300 „	„	400 „	= 16 „
„	400 „	„	500 „	= 20 „
„	500 „	„	600 „	= 25 „
„	600 „	„	700 „	= 30 „

Für freiwillige Höherversicherung bestehen noch zwei Klassen mit 40 und 50 Mk. Monatsbeitrag.

Die Versicherung gewährt: Ein dauerndes Ruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres, ohne Rücksicht auf die Höhe des weiteren Einkommens. Ebenfalls ein dauerndes Ruhegeld, wenn die Erwerbsfähigkeit dauernd unter die Hälfte der normalen Arbeitsfähigkeit gesunken ist. Ein Krankenruhegeld, wenn die Erwerbsfähigkeit 26 Wochen ununterbrochen unter die Hälfte gesunken ist, während der weiteren Dauer der Berufsunfähigkeit. Ein Heilverfahren, wenn dies die Berufsfähigkeit wieder herstellen kann.

Durch Nachtragsgesetz, das am 1. März 1929 in Kraft getreten ist, werden noch folgende Verbesserungen gebracht: Das Ruhegeld wird beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch solchen Versicherten gewährt, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos sind. Es wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt. Besteht ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Sonderunterstützung bei berufsunfähigkeitlicher Arbeitslosigkeit), so beginnt das Ruhegeld frühestens mit dem Wegfall dieses Anspruchs.

Das Ruhegeld besteht aus einem Grundbetrag von 480 Mk. jährlich und einem Steigerungsbetrag in Höhe von 15% der ab 1. Januar 1924 gezahlten Beträge und aus Steigerungssätzen für alle während der Zeit vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Juli 1921 entrichteten Beiträge. Dieser Steigerungssatz beträgt (mit Wirkung vom 1. Juli 1928) in der Gehaltsklasse A 0,50 Mk., in B 0,75 Mk., in C 1,— Mk., in D 1,25 Mk., in E 2,— Mk.,

in F 2,50 Mk., in G 3,— Mk., in H 4,— Mk., in I 5,— Mk. für jeden entrichteten Beitrag. Der Rindergeldzuschuß ist ebenfalls von jährlich 90 auf 120 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren erhöht worden. Erhält das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird der Rindergeldzuschuß bis zur Beendigung der Ausbildungszeit, höchstens aber bis zum vollendeten 21. Lebensjahre gezahlt. Für Kinder, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu erhalten, wird der Zuschuß so lange gewährt, als ihr Zustand andauert.

Wenn der Versicherte stirbt, werden Hinterbliebenenrenten gewährt: eine Witwenrente in Höhe von 60% des dem Versicherten zustehenden Ruhegeldes, eine Waisenrente für jedes Kind unter 15 Jahren in Höhe von 50% des Ruhegeldes. Erhält das Kind eine berufliche Ausbildung, so wird Waisenrente und Rinderzuschuß evtl. bis zum 21. Lebensjahr gewährt. Kranke oder krüppelhafte Kinder erhalten die Leistungen, so lange der Zustand der Erwerbsunfähigkeit dauert.

Beim Tode einer versicherten Frau erhält der Witwer ebenfalls eine Witwenrente in Höhe von 60% des der Versicherten zustehenden Ruhegeldes, wenn er erwerbsunfähig und bedürftig ist. Ebenso wird dann den Kindern auch Waisenrente gewährt.

Durch Nachtragsgesetz, das am 1. März 1929 in Kraft getreten ist, wird bestimmt, daß die Wartezeit allgemein nur noch 60 Beitragsmonate dauert. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt, so beträgt sie 90 Beitragsmonate. Die Wartezeit für das Ruhegeld männlicher Versicherter betrug bisher in der Regel 120 Beitragsmonate.

Ist ein Antrag auf Leistungen vor dem 1. März 1929 rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag zu prüfen, ob die Vorschriften des neuen Gesetzes für den Berechtigten günstiger sind. Der Antrag kann bis zum Schluß des Jahres 1930 gestellt werden.

Wer früher der Invaliden-, jetzt aber der Angestelltenversicherung angehört, hat das Recht, die Invalidenversicherung freiwillig fortzusetzen. Tut er das, so treten zu dem Ruhegeld Steigerungssätze mit 20 Prozent der Beiträge. Wenn die Wartezeit für beide Versicherungen erfüllt ist, so werden die Leistungen der Angestelltenversicherung unter Berücksichtigung der Beiträge aus beiden Versicherungen gewährt.

Weibliche Angestellte, die der Angestelltenversicherung angehören, können bei Verheiratung die Hälfte der Gesamtbeiträge zurückerhalten, gehen aber damit allen Anspruch verlustig, weshalb freiwillige Weiterversicherung anzuraten ist. Für die Versicherungszeit vor dem 1. Januar 1924 werden jedoch nur 30 Mk. vergütet.

*

Fünfter Abschnitt: Die Knappschaftsversicherung.

Durch das Reichsknappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 in der Fassung vom 1. Juli 1926 ist für Bergbau- und Betriebe die besondere Versicherung gegen Krankheit, Berufsunfähigkeit und Invalidität, sowie die besondere Angestelltenversicherung reichsgesetzlich geregelt worden. Die Reichsknappschaft gilt als „Sonderanstalt“ im Sinne der Reichsversicherungsordnung. Ihre Leistungen müssen den gesetzlichen Leistungen der Landesversicherungsämter mindestens gleichwertig sein. Die Höhe der Beiträge zur Reichsknappschaft wird nicht vom Reich, sondern vom Vorstand der Reichsknappschaft jeweils festgesetzt.

Das Krankengeld beträgt 50% des Grundlohns für jeden Kalendertag. Für die Ehefrau und jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahr erhält der Versicherte einen Zuschlag in der Höhe von 10% des Krankengeldes. Wird dem Versicherten Krankenhauspflege gewährt, so wird daneben Hausgeld für die Angehörigen gezahlt. Familienhilfe wird für Ehefrauen und Kinder gewährt. Das Sterbegeld hat mindestens das 20fache des Grundlohns zu betragen. Mindestbetrag ist 50 Mk. Ausnahmsweise kann Krankenhilfe für Angehörige der Reichsknappschaft auch von einer Ortskrankenkasse gewährt werden und zwar auf Antrag oder mit Zustimmung der Knappschaft, wenn der Versicherte in entfernteren Orten wohnt oder er, oder Familienangehörige während vorübergehendem Aufenthalt in solchen Orten erkranken.

Die Aufnahme in die Arbeiterpensionskasse ist nicht mehr von der Beibringung einer ärztlichen Untersuchungsbescheinigung abhängig. Alle Arbeiter in knappschaftlich organisierten Betrieben unterliegen der Versicherungspflicht. Meldepflicht hat der Arbeitgeber. Invalidenpension erhält: Wer das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder dauernd berufsunfähig ist; wer nicht dauernd berufsunfähig ist, aber nach Wegfall des Kranken-

aeldes noch berufsunfähig ist, für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit. Letztere wird auf Antrag auch dann angenommen, wenn der Antragsteller das 50. Lebensjahr vollendet, 300 Beitragsmonate zurückgelegt, mindestens 180 Beitragsmonate bergmännische Arbeit verrichtet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet. Außerdem wird Witwen- und Waisengeld, freie ärztliche Behandlung, Beihilfe zu den Bestattungskosten für den Invaliden, dessen Ehefrau und Kinder gewährt, sowie als freiwillige Leistung Heilverfahren.

Die Pensionsversicherung der Knappschaftsangeestellten ist im wesentlichen nach Pflichten und Rechten dieselbe, wie die allgemeine Angestelltenversicherung. Ruhegeld wird mit dem vollendeten 65. Lebensjahr oder bei Berufsunfähigkeit gewährt. Tritt ein Versicherter der Pensionsklasse für Knappschaftsangestellte zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte oder einer zugelassenen Ersatzkasse über, so wird die bei der Knappschaft zurückgelegte Beitragszeit auf die Wartezeit nach dem A. V. G. angerechnet. Umgekehrt gilt dies in der Weise, daß je 4 Monate, für die vor dem Übertritt Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet sind, als ein Beitragsmonat bei der Angestelltenpensionsklasse gelten. Die Beiträge zur knappschaftlichen Pensionsversicherung werden zu $\frac{2}{5}$ von den Arbeitgebern, zu $\frac{3}{5}$ von den Arbeitnehmern; die zur Invalidenversicherung je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern; die zur Krankenversicherung zu $\frac{2}{5}$ von den Arbeitgebern, zu $\frac{3}{5}$ von den Arbeitnehmern getragen. (Genauere Einzelheiten über die Knappschaftsversicherung in „Wordels Schlüsselbüchern“, Verlag Friedrich W. Wordel, Leipzig. Preis 60 Pfg.)

*

Sechster Abschnitt: Die Arbeitslosenversicherung.

Am 1. 10. 1927 ist (an Stelle der bisherigen Vorschriften über Erwerbslosen- und Krisenfürsorge) die Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Die Höchstbezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung ist auf 26 Wochen festgesetzt worden. Darüber hinaus kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zulassen. Die Unterstützungsdauer der Krisenunterstützung beträgt grundsätzlich

39 Wochen, jedoch für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, 52 Wochen. Arbeitslose unter 21 Jahren sind von der Krisenfürsorge ausgeschlossen. Bei Gewährung von Krisenunterstützung muß die Bedürftigkeit nachgewiesen werden. Im übrigen kennt die Arbeitslosenversicherung keine Bedürftigkeitsprüfung. Vielmehr haben alle Arbeitslosen, auch Jugendliche unter 18 Jahren und Ausländer, einen rechtlichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, sofern nur gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Arbeitslosenunterstützung kann beanspruchen und erhält jeder, der arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos ist und in den letzten 12 Monaten mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach einer Wartezeit von 7 Tagen d. h. nach Ablauf von 7 Tagen seit dem Tage der Arbeitslosmeldung gewährt. Diese Wartezeit entfällt ganz, wenn die Arbeitslosmeldung im unmittelbaren Anschluß an Beschäftigung von weniger als 6 Wochen oder bei Kurzarbeit erfolgt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nicht nach den gezahlten Beiträgen, sondern nach dem Durchschnittsverdienst in den letzten 3 Monaten. Sie beträgt bei dem geringsten Wochenlohn 75%, bei dem höchsten Wochenlohn 35% des zugrunde gelegten Einheitswochenlohnes. Hinzu kommt für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen ein Familienzuschlag von 5% des Einheitslohnes. Die Auszahlung erfolgt in bar nachträglich für 6 Wochentage.

Sämtliche Pflichtigen der Arbeitslosenversicherung haben für den Fall der Arbeitslosigkeit Anspruch auf die Leistungen der Krankenversicherung. Wer Krankenunterstützung bezieht, erhält jedoch keine Arbeitslosenunterstützung.

Kurzarbeiter haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. September 1927. Den Antrag kann nur der Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung stellen. Der Arbeitgeber muß die Kurzarbeiterunterstützung auf Verlangen des Arbeitsamts auszahlen, ohne daß der Behörde dadurch Kosten berechnet werden dürfen. Angehörige der Berufe, in denen Arbeitslosigkeit berufszüblich ist (Saisonarbeiter), haben nach der Wartezeit von 7 Tagen Anspruch auf sechswöchige Arbeitslosenunterstützung. Dann werden sie für weitere sechs Wochen aus der Sonderfürsorge des Reichs unterstützt. Nach Ablauf der drei Monate lebt der Versicherungsanspruch wieder auf. Der Bezug der Sonderfürsorge wird dabei nur zur Hälfte angerechnet, sodaß im

ganzen nur 9 (nicht 12) Wochen verbraucht sind. Es verbleibt mithin noch ein Anspruch von 17 Wochen für evtl. eintretende konjunkturelle Arbeitslosigkeit.

Zur Behandlung und Erledigung von Streitfällen ist bei jedem Arbeitsamt ein Spruchauschuß, bei jedem Landesarbeitsamt eine Spruchkammer (Berufungsinstanz) und beim Reichsversicherungsamt ein Spruchsenat gebildet. Die Spruchbehörden haben sich nicht nur mit Streitfällen von Einzelpersonen zu befassen, sondern sie haben auch darüber zu entscheiden, ob und in welchem Maße z. B. bei mittelbarer Beteiligung an einem Streik oder bei Aussperrung die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren ist. Träger der Arbeitslosenversicherung ist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter untergeordnet sind. Arbeitslosenversicherungspflichtig sind alle Krankenversicherungspflichtigen und die Pflichtversicherten der Unfallversicherung, ferner die Schiffsbesatzung der deutschen Seefahrzeuge. Die Beiträge werden je zur Hälfte von Arbeitgebern und Versicherten entrichtet.

Nicht versicherungspflichtig sind Personen, die auf Grund eines schriftlichen Vertrages in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, ferner ländliches Gesinde, das in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist, und drittens Lehrlinge. Die Versicherungsfreiheit erlischt 6 Monate vor dem Tage, an dem das Arbeitsverhältnis bezw. der schriftliche Arbeitsvertrag endet. Versicherungsfrei sind auch Pächter von landwirtschaftlichem Grundbesitz.

Kapitel 10: Das Fürsorgewesen.

War früher die Hilfsbedürftigkeit eine Einzelerrscheinung, geboren aus Zufälligkeiten, so führten im modernen Wirtschaftsleben die großbetriebliche Gütererzeugung, und im modernen Staatsleben die Nachwirkungen des Krieges und der Inflation zur Hilfsbedürftigkeit als Massenerscheinung. Der moderne Staat begegnet dieser Hilfsbedürftigkeit einerseits durch die Sozialgesetzgebung (siehe Kapitel 9), andererseits durch gesetzliche Regelung der öffentlichen Fürsorge. Die Fürsorge des Staates will sowohl die Hilfsbedürftigkeit des einzelnen abwehren, verhüten, beheben (allgemeine Fürsorge), als auch diejenige ganzer Gruppen (Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebener) in gesetzliche Bahnen leiten (Sonderfürsorge).

Die Verordnung über die Fürsorgepflicht bestimmt: Jedem hilfsbedürftigen Deutschen, der den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften oder Mitteln beschaffen kann oder ihn auch nicht von anderer Seite erhält, hat die Fürsorge die erforderliche Hilfe zu gewähren. Ausländer werden Deutschen gleichgeachtet. Die Verordnung kennt sechs Gattungen Hilfsbedürftiger: Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Rentenempfänger der Invaliden- und Unfallversicherungen, die Kleinrentner, die hilfsbedürftigen Minderjährigen, die Wöchnerinnen, die keinen Anspruch auf Familienhilfe auf Grund der Versicherungsgesetze haben, und die übrigen Hilfsbedürftigen, die nicht zu einer der vorgenannten Gruppen gerechnet werden können.

Die freie Wohlfahrtspflege, also die caritative Tätigkeit der freiwilligen und privaten Wohlfahrtsvereinigungen und -verbände unterliegt nach wie vor keiner behördlichen Aufsicht und übt ihre Tätigkeit gänzlich unbeeinflusst aus; doch sollen nach Möglichkeit freie und öffentliche Wohlfahrtspflege als gleichberechtigte Einrichtungen zusammen wirken.

(Im Einzelnen belehrt über die öffentliche Fürsorge ausführlich Heft 171 der Staatsbürgerbibliothek des Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach. Preis 60 Pfg.)

*

Erster Abschnitt: Allgemeine Fürsorge.

Jeder hilfsbedürftige Deutsche muß vorläufig von dem Bezirksfürsorgeverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet; endgültig ist jedoch der Verband zur Fürsorge verpflichtet, in dessen Bezirk der Hilfsbedürftige bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit den „gewöhnlichen Aufenthalt“ hat. Für Familien kommt der Verband des Ortes in Betracht, an dem sie Wohnung und Hausstand haben. Hilfsbedürftigkeit ist auch bei Selbstverschulden anzunehmen, es muß also auch einem hilfsbedürftigen Trinker, der Familie eines Strafgefangenen, dem durch eigene Schuld arbeitslos gewordenen, Fürsorge zuteil werden. Dem Hilfsbedürftigen ist der notwendige Lebensunterhalt (Obdach, Nahrung, Kleidung, Pflege, Heizung, Winter- und Arbeitskleidung) zu gewähren. Die Praxis unterscheidet einmalige (oder vorübergehende) und laufende Unterstützungen, außerdem „offene“ und „geschlossene“ Fürsorge (Anstaltsunterbringung). Die Hilfe soll möglichst individuell sein. Was als

erforderlich zu gelten hat, ist ohne Engherzigkeit, aber mit ernster Verantwortung zu prüfen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Rückerstattung der Kosten besteht für den Hilfsbedürftigen nicht, doch kann sie unter Umständen bei der Unterstützungszahlung ausbedungen werden. Es kommt hierbei auf die Lage des Einzelfalles an. Eben-
sowenig besteht ein eintragbarer Anspruch auf Fürsorge.

Die Aufgaben der Armenpflege und der Wohlfahrts-
pflege obliegen den Landes- und Bezirksfürsorgeverbänden. In Preußen haben die Stadt- und Landkreise die Auf-
gaben der Bezirksfürsorgeverbände; Landesfürsorgeverbände sind die Provinzialverbände. Letzteren obliegt insbesondere die Pflicht, Taubstumme, Blinde, Geistesranke, Idioten, Epileptische und Krüppel in geeigneten Anstalten unter-
zubringen, ebenso Minderjährige, wenn Fürsorgeerziehung notwendig ist, in Fürsorgeerziehungsanstalten unterzu-
bringen. Gegen Verfügungen steht dem Hilfsbedürftigen zunächst der Einspruch zu. Der Einspruch ist bei der-
jenigen Stelle anzubringen, die die Verfügung erlassen hat (Magistrat, Kreisaußschuß). Gegen Zurückweisung des
Einspruchs ist innerhalb 2 Wochen Beschwerde beim
Bezirksaußschuß möglich. Dieser entscheidet endgültig. Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen steht Be-
schwerde an die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene offen. Ein besonderer Beirat
für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, der bei den einzelnen Fürsorgestellen besteht, hat die endgültige
Entscheidung.

*

Zweiter Abschnitt: Die Sonderfürsorge.

1. Kleinrentner.

Als Kleinrentner gelten alte oder erwerbsunfähige Per-
sonen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche
Fürsorge angewiesen wären. Bei der Art und dem Um-
fange der Hilfe sind die früheren Lebensverhältnisse zu berücksichtigen. Doch soll auch die allgemeine Verschlech-
terung der Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht außer acht gelassen werden. Die Fürsorge darf jedoch nicht
eingeschränkt werden mit der Begründung, daß der Hilfs-
bedürftige Familien- oder Erbstücke besitze, wenn deren Veräußerung eine Härte bedeuten würde; ferner müssen
kleinere Vermögen, d. h. solche, deren jährlicher Ertrag hinter dem doppelten Monatsbetrage des erhöhten Richt-
satzes zurückbleibt, außerdem Gegenstände, die zur Be-

friedigung geistiger, besonders wissenschaftlicher und künstlerischer Bedürfnisse dienen, unberücksichtigt bleiben. Das gleiche gilt von einem angemessenen Hausrat.

2. Sozialrentner.

Zu den Sozialrentnern rechnet man diejenigen, die Invalidenrente oder Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung empfangen, ferner Empfänger von Ruhegeldern oder Witwenrenten aus der Angestelltenversicherung, Empfänger von Invalidenpension oder Witwenrenten aus der knappschaftlichen Versicherung auf Grund des Reichsknappschaftsgesetzes, Empfänger von Verletztenrenten und Empfängerinnen von Witwenrente aus der Unfallversicherung, wenn sie erwerbsunfähig oder 65 Jahre alt sind. Die Bestimmungen über Berücksichtigung der früheren Lebensverhältnisse, der Verwertung kleiner Vermögen usw. decken sich mit denen der Kleinrentner. Die Rentenerhöhung, die ein Hilfsloser (Bettlägeriger usw.) zu Pflege und Wartung erhält, bleibt bei jeder Hilfe, die nicht demselben Zwecke dient, unberücksichtigt.

Zu den den Klein- und Sozialrentnern gleichgestellten Personen gehören nach den preussischen Ausführungsvorschriften alle diejenigen, die aus irgend einem Grunde keine soziale Rente erhalten, die aber doch „trotz wirtschaftlicher Lebensführung ausreichende Rücklagen für die Erwerbsunfähigkeit und das Alter nicht machen konnten“. Diese Bestimmung ermöglicht es z. B., Witwen in die Sozialrentnerfürsorge mit einzubeziehen, die eine Rente aus der Invalidenversicherung lediglich deshalb nicht erhalten, weil ihre gegen Invalidität versicherten Ehemänner vor dem 1. Januar 1912 invalide wurden. Auch alte, oder durch geistige oder körperliche Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Hilfsbedürftige, denen keine unwirtschaftliche Lebensführung nachzuweisen ist, haben Anspruch auf die öffentliche Fürsorge.

Nach dem Reichsgesetz vom 8. Juni 1926 sollten die Unterstützungssätze für Klein- und Sozialrentner und ihnen Gleichgestellte so bemessen sein, daß der Hilfsbedürftige gegenüber der allgemeinen Fürsorge eine Mehrleistung von mindestens $\frac{1}{4}$ des allgemeinen Richtsatzes erhält, sofern er nicht nach § 84 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 und § 26 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom gleichen Tage Anspruch auf eine weitergehende Erhöhung hat. Diese Mehrleistungen sollen nach einem preussischen Erlaß vom

9. August 1925 auf diese bevorzugten Gruppen der Hilfsbedürftigen gleichmäßig angewandt werden.

Nach § 84 des Aufwertungsgesetzes bleibt bei der Festsetzung einer Unterstützung öffentlich-rechtlicher Art das Einkommen des Hilfsbedürftigen aus Ansprüchen, die der Aufwertung nach diesem Gesetz unterliegen, außer Ansatz, soweit es den Betrag von 270 Rm. jährlich nicht übersteigt. Erhält der Hilfsbedürftige zugleich eine Vorzugsrente, so bleiben die vorstehend bezeichneten Einnahmen mit Einschluß der Vorzugsrente bis zum Gesamtbetrag von 270 Rm. außer Ansatz.

3. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Als Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gelten: die nach dem Reichsversorgungsgesetz Versorgungsberechtigten, die nach dem Offizierpensionsgesetz Versorgten und deren nach dem Militärhinterbliebenengesetz versorgten Angehörigen, wenn jene im Kriege eine Dienstbeschädigung erlitten haben oder an ihren Folgen verstorben sind. Als Mindestmaß der Begünstigungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind die für die Kleinrentner geltenden Sätze vorgeschrieben. Der Anspruch auf Vergünstigung wegen zu geringen Einkommens kann Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Versorgungsgebührrnissen bestreiten müssen, auch dann gewährt werden, wenn ihr Einkommen diese Höhe erreicht, oder nur unwesentlich übersteigt. Die Fürsorge ist so weit ausgedehnt, daß auch derjenige, der selber, oder dessen Hinterbliebene, oder dessen unterhaltspflichtige Angehörige die Leistungen aus ihrem Einkommen oder Vermögen bestreiten könnten, die Unterstützung erhält. Erziehungsaufwand für Kinder ist zu berücksichtigen. Auch soll Ansprüchen auf unentgeltliche Ausbildung stattgegeben werden. Die Schwerbeschädigtenzulage soll in der Regel außer Ansatz bleiben.

Die Fürsorge soll nach Möglichkeit dazu dienen, den Verletzten wieder erwerbsfähig zu machen und ihn dem Wirtschaftsleben zu erhalten, den Witwen Unterhalts- und Erziehungspflichten zu erleichtern, gute Berufsausbildung der Kinder zu ermöglichen, kurz: die Kriegsfolgen auf ein Minimum einzuschränken. Für Hilfsbedürftige, nicht versicherte Hinterbliebene soll durch Vereinbarung mit den Krankenkassen oder auf anderem Wege für die notwendige Krankenhilfe gesorgt werden. Darlehen gegen Verpfändung von Versorgungsgebührrnissen sollen auf

Wunsch gewährt werden. Kostenerstattung für Aufwendungen soll nur dann eintreten, wenn es bei den späteren wirtschaftlichen Verhältnissen des ehemals Hilfsbedürftigen unrichtig wäre, davon abzusehen. Die Kostenerstattung für Aufwendungen, die für berufliche Ausbildung gemacht wurden, soll jedoch in keinem Fall zurückverlangt werden.

*

Dritter Abschnitt: Jugendschutz.

Jedes deutsche Kind hat nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Durch dieses Gesetz wird das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung nicht berührt. Erst dann, wenn der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt die öffentliche Jugendhilfe ein. Organe der öffentlichen Jugendhilfe sind die Jugendwohlfahrtsbehörden (Jugendämter, Landesjugendämter und Reichsjugendamt). Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt.

Aufgaben des Jugendamtes sind:

1. Der Schutz der Pflegefinder;
2. die Mitwirkung im Vormundschafswesen, insbesondere die Tätigkeit des Gemeindewaisenrats;
3. die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige;
4. die Mitwirkung bei der Fürsorgeerziehung;
5. die Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegerwaisen und Kinder von Kriegsschädigten;
6. die Mitwirkung in der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden.

Weitere Aufgabe des Jugendamtes ist noch, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und zu schaffen für Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen, Mutterschutz vor und nach der Geburt, sowie Wohlfahrt der Kleinkinder, der schulpflichtigen und der schulentlassenen Jugend.

In das Jugendamt sollen hauptamtlich in der Regel nur Personen berufen werden, die eine für die Betätigung in der Jugendwohlfahrt hinreichende Ausbildung besitzen. Als stimmberechtigte Mitglieder des Jugendamtes sind neben den leitenden Beamten in der Jugendwohlfahrt erfahrene und bewährte Männer und Frauen aller Bevölkerungskreise zu berufen. Zur Teilnahme an den Sitzungen des Jugendamtes ist auch das Vormund-

schaftsgericht berechtigt. Es hat in der Sitzung beratende Stimme.

Dem Landesjugendamt obliegt die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien für zweckentsprechende und einheitliche Tätigkeit der Jugendämter seines Bezirks, die Mitwirkung bei der Unterbringung Minderjähriger, die Erteilung zur Annahme von Pflegekindern durch Anstalten u. a.

Die oberste Stufe in dem Aufbau der Jugendwohlfahrtsbehörden ist das Reichsjugendamt. Dieses wird gebildet aus der Reichsregierung in Verbindung mit dem bei dem Reichsministerium des Innern errichteten Reichsbeirat für Jugendwohlfahrt.

Dem Reichsjugendamt obliegt, die Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendhilfe zu unterstützen, die Erfahrungen auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt zu sammeln, sie den Landesjugendämtern zu übermitteln, sowie auch sonst für die Verwertung der gesammelten Erfahrungen Sorge zu tragen.

*

Reichsgesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften.

Zum Schutze der heranwachsenden Jugend werden nach dem Gesetz vom 18. Dezember 1926 Schund- und Schmutzschriften in eine Liste aufgenommen. Sie dürfen, sobald ihre Aufnahme in die Liste öffentlich bekannt gemacht ist, weder feilgehalten noch angeboten oder angekündigt werden.

Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden haben die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß in keiner ihrer Einrichtungen Kindern oder Jugendlichen Bücher oder Schriften zugänglich gemacht werden, die in die Liste der Schmutz- oder Schundschriften aufgenommen sind.

Die Entscheidung darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, erfolgt durch Prüfstellen, die von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den Landesregierungen nach Bedarf errichtet werden. Ihre Zuständigkeit wird räumlich abgegrenzt. Die Entscheidungen der Prüfstellen haben für das gesamte Reichsgebiet Gültigkeit. Zur Entscheidung über Anträge gegen Aufnahme einer Schrift in die Liste oder auf Streichung sowie über Beschwerden wird eine Oberprüfstelle in Leipzig gebildet.

Wer vorsätzlich den Bestimmungen zuwiderhandelt, und wer die Liste zum Zwecke des Anpreisens abdruckt oder vervielfältigt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Kapitel 11: Der Rechtsweg.

Erster Abschnitt: Die Gerichte und ihre Zuständigkeit.

Eine gründliche und unparteiische Behandlung der Rechtssachen ist dadurch gesichert, daß diese nacheinander vor verschiedenen Gerichten (Instanzen) entschieden werden können.

Wir haben Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte, oberste Landesgerichte und das Reichsgericht.

Außerdem muß man unterscheiden die Gerichte für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und die Strafgerichte.

Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sind folgende Gerichte vorhanden.

I. **Das Amtsgericht.** Es ist zuständig für alle Rechtsstreitigkeiten, soweit sie nicht ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes den Landgerichten zugewiesen sind:

1. für Streitigkeiten im Vermögenswert bis 500 Mark;
2. ohne Rücksicht auf den Streitwert für Miet- und Arbeitsstreitigkeiten, Streitigkeiten zwischen Reisenden und Wirten, aus Beförderungsverträgen, wegen Viehmängel, Wildschaden, Unterhalt, für das Aufgebots- und Mahnverfahren sowie in Zwangsvollstreckungssachen.

II. **Das Landgericht.** Dieses ist zuständig in erster Instanz:

1. für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die nicht den Amtsgerichten zugewiesen sind;
2. ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes für Ansprüche, die auf Grund des Reichsbeamtengesetzes gegen den Reichsfiskus erhoben werden, ebenso für Ansprüche gegen Reichsbeamte wegen Überschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen;
3. für Ehe- und Rindschaftssachen.

Bei den Landgerichten können, soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt, **Kammern für Handelsachen** gebildet werden. Dieselben entscheiden in der Besetzung mit einem Mitglied des Landgerichts als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern. Sämtliche Mitglieder der Kammer für Handelsachen haben gleiches Stimmrecht.

Das Amt der Handelsrichter ist ein Ehrenamt.

Die Handelsrichter, die weder ihren Wohnsitz noch ihre gewerbliche Niederlassung am Orte der Kammer für Handelsachen haben, erhalten Tage- und Übernachtungsgelder sowie Ersatz der verauslagten Fahrkosten.

Handelsrichtern, die ihren Wohnsitz oder ihre gewerbliche Niederlassung am Sitze der Kammer für Handels- sachen haben, werden die notwendigen Fahrkosten erstattet, wenn ihr Weg zum Gerichte mehr als zwei Kilometer beträgt.

Die Handelsrichter werden auf gutachtlichen Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs für die Dauer von drei Jahren ernannt; eine wiederholte Ernennung ist nicht ausgeschlossen.

Zum Handelsrichter kann jeder Deutsche ernannt werden, welcher das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und als Kaufmann, als Vorstand einer Aktiengesellschaft, als Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Vorstand einer sonstigen juristischen Person in das Handelsregister eingetragen ist oder eingetragen war.

Die Kammer für Handelsachen tritt für Handelsachen an die Stelle der Zivilkammern des Landgerichts. Handelsachen im Sinne des Gesetzes sind die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von mehr als 500 Mark gegen einen Kaufmann aus beiderseitigen Handelsgeschäften, aus Wechselverbindlichkeiten, Patentsachen, Gebrauchsmusterstreitigkeiten, wegen Verletzung des Firmenrechts und unlauteren Wettbewerbs.

Die Verhandlung vor der Kammer für Handelsachen muß ausdrücklich beantragt werden. Dieses kann vom Kläger in der Klageschrift und nachher vom Beklagten, wenn der Rechtsstreit vor der Zivilkammer anhängig gemacht war, geschehen.

In zweiter Instanz ist das Landgericht zuständig für Sachen, die in erster Instanz bei den Amtsgerichten waren.

III. Das Oberlandesgericht. Es ist zweite Instanz für Streitigkeiten, die in erster Instanz vor dem Landgericht waren.

Das Oberlandesgericht in Berlin führt die Bezeichnung Kammergericht. Es entscheidet z. B. über Rechtsmaterien, die dem Landesrecht angehören (preuß. Feld- und Forst- diebstahls-gesetz) oder dem Reichsrecht, soweit dieses die höchste und letzte Entscheidung den Bundesstaaten überlassen hat (z. B. Grundbuchsachen, Vormundschaftsachen). Sonst steht es den übrigen Oberlandesgerichten gleich.

IV. Das Reichsgericht. Es entscheidet in dritter Instanz als Revisions- und Beschwerdeinstanz über Revision und Beschwerden gegen die zweitinstanzlichen Endurteile oder Beschlüsse der Oberlandesgerichte.

In **Strassachen** ist als Gericht erster Instanz der **Amtsrichter** allein zuständig für alle Übertretungen, Privatklagen wegen Beleidigung, leichter Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Sachbeschädigung, Verletzung fremder Geheimnisse, unlauteren Wettbewerbs, Verletzung von Urheberrechten, sonstiger Vergehen, die mit höchstens sechs Monaten Gefängnis bedroht sind. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kann die Zuständigkeit des **Amtsrichters** noch begründet werden für Vergehen, bei denen keine schwerere Strafe als höchstens ein Jahr Gefängnis zu erwarten ist, sowie für folgende vier Verbrechen: schwerer Diebstahl, schwere Fehllerei, leichter Rückfalldiebstahl und Rückfallbetrug.

Vor das **kleine Schöffengericht**, welches besteht aus dem **Amtsrichter** und zwei **Schöffen**, gehören die Vergehen, die nicht vom **Amtsrichter** allein abgeurteilt werden können, und die Mehrzahl der Verbrechen.

Das **große Schöffengericht** unterscheidet sich nur dadurch vom **kleinen Schöffengericht**, daß in umfangreichen und schwierigen Sachen auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein zweiter Richter hinzutritt.

Die **Schöffen** sind bürgerliche Beisitzer, welche mit dem **Amtsrichter** darüber zu entscheiden haben, ob der Angeklagte die That begangen hat, und wie er zu bestrafen sei. Das Amt eines **Schöffen** ist ein Ehrenamt. Es kann nur von Deutschen versehen werden. Unfähig zum Amt eines **Schöffen** sind:

1. Personen, welche die Befähigung infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben;

2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;

3. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Die Berufung zum Amte eines **Schöffen** dürfen ablehnen:

1. Mitglieder des Reichstags, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats, eines Landtags oder eines Staatsrats;

2. Personen, welche im letzten Geschäftsjahre die Verpflichtung eines Geschworenen oder an wenigstens fünf Sitzungstagen die Verpflichtung eines **Schöffen** erfüllt haben;

3. Ärzte, Krankenpfleger und Hebammen;

4. Apotheker, welche keine Gehilfen haben;
5. Personen, welche das fünfundschzigste Lebensjahr zur Zeit der Aufstellung der Urliste vollendet haben oder es bis zum Ablauf des Geschäftsjahres vollenden würden;
6. Frauen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Die **Strafkammern** sind als erkennende Gerichte zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urteile des Amtsrichters und des Schöffengerichts.

Sie sind in der Hauptverhandlung besetzt mit dem Vorsitzenden und zwei Schöffen (kleine Strafkammer), wenn sich die Berufung gegen ein Urteil des Amtsrichters richtet;

mit drei Richtern mit Einschluß des Vorsitzenden und zwei Schöffen (große Strafkammer), wenn sich die Berufung gegen ein Urteil des Schöffengerichts richtet.

Die **Schwurgerichte** treten bei den Landgerichten zu gewissen Zeiten zusammen und bestehen aus drei Richtern und sechs Geschworenen. Richter und Geschworene entscheiden gemeinschaftlich darüber, ob der Angeklagte die Tat begangen hat, und welche Strafe er erhalten soll. Gegenstand der Schwurgerichtsverhandlungen sind schwere Verbrechen. Das Amt des Geschworenen ist ebenso wie das des Schöffen ein Ehrenamt. Für die Geschworenen gelten die auf die Schöffen bezügl. Vorschriften.

Das **Reichsgericht** bezw. das Oberlandesgericht ist zuständig für Hochverrat, Landesverrat, Kriegsverrat gegen das Reich, Verrat militärischer Geheimnisse.

Zu erwähnen sind noch die **Jugendgerichte**, welche für die Straftaten der Jugendlichen vom 14. bis 18. Lebensjahre zuständig sind.

Zu der streitigen Gerichtsbarkeit kommt noch die **freiwillige Gerichtsbarkeit**. Sie dient in erster Linie der Gestaltung von Rechten. Ihre wichtigsten Aufgaben sind Beurkundung von Verträgen, Führung der Grundbücher und der Handelsregister sowie das Vormundschafswesen. Ausgeübt wird die freiwillige Gerichtsbarkeit von den Gerichten und in manchen Sachen auch von den Notaren. Allerdings sind auch einige besondere Aufgaben anderen Behörden zugewiesen. So wird z. B. die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung von den Standesbeamten vorgenommen. Diese führen auch die Geburts-, Heirats- und Sterberegister.

Vereinzelt gibt es auch noch Orts- und Dorfgerichte, die insbesondere gewisse Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erledigen können. Sie sind z. B. zuständig für die Sicherung des Nachlasses und Beglaubigung von Unterschriften.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist gegeben gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden. Man unterscheidet das Verwaltungsbeschlußverfahren und das Verwaltungsstreitverfahren. In ersterem entscheiden nacheinander in Stadtkreisen der Stadtausschuß bzw. in Landkreisen der Kreisausschuß, der Bezirksausschuß und der Provinzialrat, in letzterem der Kreis- oder Stadtausschuß, der Bezirksausschuß und als letzte Instanz das Oberverwaltungsgericht.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist gegründet worden zum Schutze der Reichsverfassung und der Reichsgesetze. Er ist zuständig für die Anklage des Reichstages gegen Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes, ferner für Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes und für Streitigkeiten zwischen zwei Ländern oder dem Reich und einem Lande. Die Urteile des Staatsgerichtshofes werden durch den Reichspräsidenten vollstreckt.

*

Die Arbeitsgerichte.

An Stelle der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte sind mit dem 1. Juli 1927 die Arbeitsgerichte getreten mit den beiden höheren Instanzen, den Landesarbeitsgerichten (als Berufungs-Instanz) und dem Reichsarbeitsgericht (als Revisions-Instanz). Die Arbeitsgerichte sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Arbeits-, Lohn- und Lehrverhältnis, Tariffragen, Vereinigungsfreiheit, Maßnahmen zu Zwecken des Arbeitskampfes, einzelne Fälle des Betriebsrätegesetzes). Ebenso sind die Arbeitsgerichte zuständig für alle Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Hausangestellten. Bei Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen muß jedoch stets eine Verhandlung vor dem Lehrlingsausschuß der Innung vorhergehen. Die Arbeitsgerichte sind durchweg für den Bezirk eines Amtsgerichts errichtet. Jede Kammer des Arbeitsgerichtes ist mit einem Vorsitzenden und je einem Beisitzer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt. In einzelnen Fällen ist die

Besetzung mit einem Vorsitzenden und je zwei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgesehen. Für Streitigkeiten der Arbeiter und Streitigkeiten der Angestellten sollen möglichst getrennte Kammern gebildet werden. Soweit Bedürfnis besteht, können auch Fachkammern für die Streitigkeiten bestimmter Berufe und Gewerbe und bestimmter Gruppen von Arbeitern und Angestellten gebildet werden; ebenso für die Streitigkeiten des Handwerks (Handwerksgerichte). In allen Zweifelsfällen entscheidet die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Vorsitzenden der Arbeitsgerichte und ihre Stellvertreter sind in der Regel ordentliche Richter. Andere Personen dürfen zu Vorsitzenden oder Stellvertretern nur bestellt werden, wenn sie nach ihrer Stellung im Erwerbsleben weder als Arbeitgeber noch als Arbeitnehmer anzusehen sind und die Befähigung zum Richteramt haben. Als Beisitzer sind Männer und Frauen zu berufen, die deutsche Reichsangehörige sind und das 25. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirk des Arbeitsgerichtes als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer tätig sind. Dem Arbeitgeber stehen für die Berufung zum Beisitzer gleich Geschäftsführer und Betriebsleiter. Das Amt des Beisitzers ist ein Ehrenamt. Die Beisitzer erhalten eine angemessene Entschädigung für erwachsenden Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrkosten. Die Beisitzer werden von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts auf die Dauer von 3 Jahren berufen. Sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den im Gerichtsbezirke bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingereicht werden.

Im Verfahren vor den Arbeitsgerichten wird eine einmalige Gebühr erhoben; diese beträgt bei einem Streitwert bis zu 20 Rm. einschl. 1 Rm., von 20—60 Rm. 2 Rm., von 60—100 Rm. je 3 Rm. Schreibgebühren kommen nicht in Ansatz. Die Gebühren für Berufungs- und Revisionsinstanz werden nach den Bestimmungen des deutschen Gerichtskostengesetzes berechnet.

Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte findet die Berufung an die Landesarbeitsgerichte statt, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 300 Rm. über-

steigt oder wenn das Arbeitsgericht die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits zugelassen hat. In besonderen Fällen findet gegen die Urteile der Landesarbeitsgerichte die Revision an das Reichsarbeitsgericht statt, wenn der Wert des Streitgegenstandes die jeweils in der ordentlichen bürgerlichen Gerichtsbarkeit geltende Revisionsgrenze übersteigt oder wenn das Landesarbeitsgericht die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits zugelassen hat. Gegen die das Verfahren beendenden Beschlüsse der Arbeitsgerichte im Beschlußverfahren findet die Rechtsbeschwerde statt, wenn der Beschluß auf einer Rechtsverletzung beruht.

Die Landesarbeitsgerichte sind bei den Landgerichten errichtet. Sie können ihren Sitz aber auch an einem andern Ort des Bezirks haben. Die Zusammensetzung der Kammern ist dieselbe wie bei den Arbeitsgerichten. Die Beisitzer müssen das 30. Lebensjahr vollendet haben und sollen (später) mindestens 3 Jahre Beisitzer einer Arbeitsgerichtsbehörde gewesen sein.

Das Reichsarbeitsgericht ist bei dem Reichsgericht errichtet. Jeder Senat des Reichsarbeitsgerichts wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden (Senatspräsidenten), zwei richterlichen Beisitzern und je einem Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer tätig. Die Beisitzer müssen das 35. Lebensjahr vollendet haben und seit längerer Zeit im Deutschen Reiche als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer tätig gewesen sein.

Die Vertretung der Parteien vor den Arbeitsgerichten durch Rechtsanwälte oder Personen, welche die Vertretung anderer bei Gericht berufsmäßig betreiben, ist ausgeschlossen. Doch sind Innungen und Innungsausschüsse zur Vertretung ihrer Mitglieder berechtigt, ebenso die Angestellten einer Gewerkschaft (Sekretäre). Für die Berufungsinstanz (bei den Landesarbeitsgerichten) besteht Vertretungszwang (aber nicht Anwaltszwang); es werden auch Mitglieder und Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen usw. zugelassen. Für die Revisionsinstanz (beim Reichsarbeitsgericht) besteht Anwaltszwang.

*

Zweiter Abschnitt: Der Zivilprozeß.

Die Klage ist regelmäßig bei dem Gerichte einzureichen, wo der Schuldner wohnt. Häufig wird vereinbart, daß der Wohnort des Gläubigers der Erfüllungsort sein soll. Dann kann der Gläubiger beim Gerichte seines

Wohnsitzes klagen. Die Klage kann schriftlich eingereicht werden oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers gegeben werden.

Der Erhebung der Klage muß ein Güteverfahren vorangehen. Dies gilt nicht:

1. wenn wegen des Anspruchs innerhalb des letzten Jahres vor einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle ein Ausgleich unter den Parteien erfolglos versucht worden ist;

2. wenn wegen des Anspruchs bereits ein Güteantrag wegen Aussichtslosigkeit des Anspruchs zurückgewiesen ist;

3. in Urkunden- und Wechselprozessen;

4. für Widerklagen;

5. wenn die Zustellung an den Gegner im Ausland oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen muß;

6. wenn nach dem Ermessen des Gerichts die alsbaldige Klageerhebung durch einen sonstigen wichtigen Grund gerechtfertigt wird, insbesondere wenn mit Rücksicht auf die Art des Anspruchs, die Verhältnisse der Beteiligten oder besondere Umstände der Versuch einer gütlichen Beilegung aussichtslos erscheint.

Ist nach der erfolglosen Beendigung eines Güteverfahrens ein Jahr verstrichen, so bedarf es zur Erhebung der Klage eines erneuten Güteverfahrens.

Erscheint der erhobene Anspruch von vornherein aussichtslos, so kann das Gericht den Antrag durch Beschluß zurückweisen. Die Zurückweisung ist zu begründen und unterliegt keinem Rechtsmittel.

In allen anderen Fällen beraumt das Gericht unverzüglich Termin zur Güteverhandlung an.

Am dem bestimmten Tage erscheinen dann beide Parteien vor Gericht und das Gericht erörtert das gesamte Streitverhältnis in freier Würdigung aller Umstände mit den Parteien und sucht einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. Einigen sich die Parteien in der Güteverhandlung nicht, so wird der Rechtsstreit auf den bis zur Beendigung der Verhandlung zu stellenden Antrag einer Partei soweit möglich sofort, sonst in einem alsbald anzuberaumenden neuen Termin streitig verhandelt. Für das Streitverfahren gilt in diesem Falle der Güteantrag als Klageschrift. Jede Partei kann ihren Prozeß selbst führen oder durch einen anderen führen lassen. Die Parteien brauchen vor dem Amtsgericht nicht durch Rechtsanwälte vertreten zu sein. Dagegen besteht beim Landgericht Anwaltszwang. Das Verfahren beim Landgericht

ist ganz ähnlich und bedarf keiner weiteren Erörterung, da man sich sofort an einen Rechtsanwalt wenden muß.

Wer nicht in der Lage ist, die Kosten des Prozesses zu zahlen, ohne daß die Familie in ihrem Unterhalt beeinträchtigt wird, hat Anspruch auf Bewilligung des **Armenrechts**, wenn der Prozeß nicht von vornherein sich als aussichtslos erweist. Der Antrag auf Bewilligung dieses Rechtes muß mündlich oder schriftlich vor dem zuständigen Gericht gestellt werden, nachdem vorher ein Armenschein von der Armenverwaltung bezw. Polizeibehörde ausgestellt ist. Er erlangt darauf, wenn das Armenrecht bewilligt wird, einstweilen Befreiung von den Gerichtskosten; erhält, wenn nötig, auch einen Rechtsanwalt. Die Gebühren hierfür werden vom Gegner eingezogen, falls der Gegner in die Kosten verurteilt ist. Der zum Armenanwalt bestellte Rechtsanwalt kann von seiner Partei die Gebühren beanspruchen, sobald sie in der Lage ist, die Kosten zu zahlen. Bei Alimenterklagen wird das Armenrecht ohne Erwirkung des Armenscheines der Polizeibehörde bewilligt.

Geladene **Zeugen** müssen vor Gericht erscheinen. Unentschuldigtes Wegbleiben wird mit Geldstrafe oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Außerdem muß der Zeuge in diesem Fall die Kosten tragen, die durch sein Wegbleiben entstehen.

Zeugen müssen in der Regel vor Gericht den **Zeugeneid** leisten. Unvereidigt sind zu vernehmen die Ehefrau einer Partei und die nächsten Verwandten und Verschwägerten, ferner solche Personen, die am Ausgange des Prozesses interessiert sind, weil sie entweder Schaden oder Nutzen durch den Prozeß haben könnten. Derjenige, welcher seine Forderung abtritt, wird grundsätzlich nicht vereidigt. Wegen **Meineids** Vorbestrafte dürfen nicht vereidigt werden.

Ihr Zeugnis vor Gericht verweigern können die nächsten Verwandten und Verschwägerten (auch Verlobte) einer Partei, Personen, die sich durch ihre Aussage einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würden, sowie Personen, denen eine besondere Schweigepflicht in Sachen ihres Berufes oder Gewerbes obliegt, wie Ärzte, Anwälte, Geistliche, Pressevertreter, Militär.

Gegen das richterliche Urteil haben die Parteien gewisse Rechtsmittel zur Verfügung: Berufung, Revision, Beschwerde. Die **Berufung** findet gegen die in erster Instanz erlassenen Urteile statt. Sie ist aber nur dann zulässig, wenn der Beschwerdegegenstand 50 Reichsmark

beträgt. Die Streitsache kommt dann vor der zweiten Instanz wieder zur Verhandlung. Es findet abermalige Prüfung der Rechtsachen und Tatsachen und der Beweise statt. Die Berufungsfrist, in welcher die Berufung eingelegt werden kann, beträgt 1 Monat.

Die **Revision** ist das Rechtsmittel gegen die zweitinstanzlichen Urteile der Oberlandesgerichte. Bei vermögensrechtlichen Streitsachen muß es sich um eine Summe von mindestens 6000 Rm. handeln. Es wird nicht der ganze Prozeß nochmals durchgearbeitet, sondern nur die Rechtsfrage; die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß bei der vorinstanzlichen Entscheidung eine Rechtsverletzung vorgekommen ist.

Die **Beschwerde** als Rechtsmittel gegen Beschlüsse und Verfügungen des Gerichtes oder seines Vorsitzenden oder des Gerichtsschreibers ist nur in Fällen gegeben, die ausdrücklich vom Gesetz bestimmt sind. (Verweigerung oder Entziehung des Armenrechts, Festsetzung einer Ordnungsstrafe gegen einen ausgebliebenen Zeugen oder Sachverständigen, Entscheidungen im Zwangsvollstreckungsverfahren, Bestrafung einer Partei oder eines Zeugen wegen Ungebühr vor Gericht.) Sie wird bei dem Gericht eingereicht, gegen welches man sich beschwert.

*

Dritter Abschnitt: Das Mahnverfahren.

Zur Beitreibung von ausstehenden Forderungen bedient man sich des **Zahlungsbefehls**.

Der Gläubiger hat den Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehles beim Amtsgericht des Wohnortes des Schuldners oder des Erfüllungsortes zu stellen. Er muß angeben:

1. Die Bezeichnung der Parteien nach Name, Stand und Wohnort;
2. die Bezeichnung des Gerichtes;
3. die bestimmte Angabe des Betrages oder des Gegenstandes und des Grundes des Anspruchs (z. B. 60 Rm. Forderung wegen käuflich gelieferter Ware).

Das Gesuch auf Erlaß des Zahlungsbefehles kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers am Gericht angebracht werden. Das Gericht prüft sodann das Gesuch und erläßt den Zahlungsbefehl. Der Gerichtsschreiber läßt ihn dem Schuldner zustellen und teilt dem Gläubiger den Tag der Zustellung mit. Wird Widerspruch erhoben, so können beide Parteien den Antrag auf An-

beraumung eines Termins vor Gericht stellen, falls dieser Antrag nicht schon vom Gläubiger gleichzeitig mit dem Gesuch um Erlaß des Zahlungsbefehles gestellt ist. Dies ist sehr zweckmäßig. Das Gericht beraumt sodann einen Termin an und das Verfahren nimmt seinen Fortgang, als wenn eine Klage eingereicht wäre.

Nach Ablauf der im Zahlungsbefehl bestimmten Frist von drei Tagen oder einer Woche wird derselbe auf Gesuch des Gläubigers für vorläufig vollstreckbar erklärt, sofern nicht vor der Vollstreckbarkeitserklärung von dem Schuldner Widerspruch erhoben ist. Der Vollstreckungsbefehl wird durch den Gerichtsvollzieher zugestellt. Auf Grund des Vollstreckungsbefehles kann der Gläubiger sofort die Zwangsvollstreckung betreiben. Es ist zweckmäßig, in eiligen Fällen mit dem Antrage auf Erlaß des Vollstreckungsbefehles gleichzeitig um Zustellung und Beauftragens eines Gerichtsvollziehers mit der Zwangsvollstreckung zu ersuchen.

Beabsichtigt jemand, eine Lohnforderung pfänden zu lassen, so muß er die Zustellung des Vollstreckungsbefehles zunächst durch den Gerichtsvollzieher bewirken lassen und dann beim Amtsgericht die Pfändung und Überweisung der Lohnforderung unter Nachweis des zugestellten Vollstreckungsbefehles beantragen.

Gegen den Vollstreckungsbefehl kann der Schuldner **Einspruch** binnen einer Woche erheben, worauf das Amtsgericht einen Termin zur Verhandlung anberaumt. Wird innerhalb der Frist Einspruch nicht eingelegt, dann ist der Vollstreckungsbefehl rechtskräftig.

Zuständig ist stets für Erlaß des Zahlungsbefehles das **Amtsgericht**. Wird aber Widerspruch oder gegen den Vollstreckungsbefehl Einspruch erhoben, dann verweist das Amtsgericht auf Antrag einer der Parteien die Sache an das Landgericht, wenn der Streitgegenstand 500 Rm. übersteigt.

*

Vierter Abschnitt: Die Zwangsvollstreckung (einschließlich Offenbarungsseidverfahren).

Die **Zwangsvollstreckung** findet statt aus Urteilen, die rechtskräftig sind oder für vorläufig vollstreckbar erklärt sind, ferner aus gerichtlichen Vergleichen, aus Vollstreckungsbefehlen (vgl. Mahnverfahren), aus gerichtlichen oder notariellen Urkunden, in denen sich der Schuldner der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat u. a. m.

Diese vollstreckbaren Schuldtitel werden vom Urkundsbeamten des Gerichts ausgefertigt und mit der Vollstreckungsklausel versehen (Ausnahme: Vollstreckungsbefehl) und müssen vom Gerichtsvollzieher dem Schuldner zugestellt werden.

Die Zwangsvollstreckung in beweglichen Sachen (Mobilien) geschieht durch den Gerichtsvollzieher im Wege der Pfändung. Die Zwangsvollstreckung im Vermögen Rechte (namentlich in Forderungen) im Wege der Pfändung und Überweisung durch das Amtsgericht des Wohnorts des Schuldners, die Zwangsvollstreckung in Grundstücken (Immobilien) durch Eintragung einer Sicherungshypothek ins Grundbuch und durch Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das betreffende Grundstück belegen ist.

Will der Gläubiger beim Schuldner pfänden lassen, so kann er selbst den Gerichtsvollzieher mit der Pfändung beauftragen oder dies durch das Amtsgericht veranlassen. In letztem Falle ist aber der Gerichtsvollzieher als Beauftragter des Gläubigers, nicht des Gerichtes anzusehen.

Zahlt der Schuldner beim Erscheinen des Gerichtsvollziehers, so ist mit der Zahlung an den Gerichtsvollzieher der Gläubiger als befriedigt anzusehen. Weigert der Schuldner die Zahlung, so schreitet der Gerichtsvollzieher zur Pfändung und setzt einen Versteigerungstermin an.

Es kann der Schuldner bis zu diesem Termin die Sache immer noch durch Zahlungen ordnen. Der Gläubiger kann auch, wenn Abschlagszahlung erfolgt, den Versteigerungstermin ein- oder mehreremal verlegen lassen.

Nicht alle Sachen des Schuldners dürfen gepfändet werden, weil das meist eine Vernichtung der Existenz des Schuldners bedeuten würde.

Es dürfen nicht gepfändet werden:

1. Haus- und Küchengeräte, Wäsche, Betten, Kleider, soweit diese Gegenstände für den Bedarf oder zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind.

2. Vorräte an Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmitteln für den Bedarf auf vier Wochen, evtl. ein entsprechender Geldbetrag.

3. Eine Milchkuh oder zwei Ziegen bezw. Schafe nebst Futter und Streu auf vier Wochen.

4. Bei Handwerkern, gewerblichen Arbeitern usw. die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände.

5. Künstliche Gliedmaßen, Brillen, Trauringe, Ehrenzeichen usw.

Ferner sollen solche Gegenstände nicht gepfändet werden, bei denen ersichtlich ist, daß durch den Verkauf ein Erlös erzielt wird, der weit unter dem wirklichen Wert liegt.

Nachdem die Sachen versteigert sind, erhält der Gläubiger den Erlös vom Gerichtsvollzieher übersandt und der Gerichtsvollzieher händigt dem Schuldner das Urteil oder den Schuldtitel aus. Reicht der Erlös nicht, so kann wegen der Reste immer wieder Zwangsvollstreckung betrieben werden.

Bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen ist zu empfehlen, die Zwangsversteigerung, wodurch die gepfändeten Sachen in Geld umgesetzt werden, solange hinaus zu schieben, bis die Frist zu evtl. Berufungseinlegung durch den Beklagten verstrichen ist, weil der Gläubiger, wenn das Urteil in der Berufungsinstanz ungeändert wird, dem Schuldner für allen Schaden ersatzpflichtig ist, der dem Schuldner durch zwangsweise Versteigerung entsteht.

Ist die Pfändung fruchtlos verlaufen und der Gläubiger ist im Besitz des Unpfändbarkeitsberichts des Gerichtsvollziehers, so steht ihm das Offenbarungseidverfahren zu Gebote. Ist innerhalb der letzten fünf Jahre der Offenbarungseid vom Schuldner schon einmal geleistet, so muß der Gläubiger glaubhaft machen, daß der Schuldner inzwischen wieder Vermögen erworben hat, wenn er die Leistung nochmals verlangen will. Es wird vom Gericht ein Termin anberaumt zwecks Leistung des Offenbarungseides. Der Schuldner muß zu diesem Termin ein vollständiges Vermögensverzeichnis über Möbel, Kleidungsstücke, ausstehende Forderungen, Grundstücke usw. mitbringen, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit er beschwören muß. Erscheint er nicht, so kann der Gläubiger den Antrag stellen, Haftbefehl gegen den Schuldner zu erlassen. Der Haftbefehl kann schriftlich gestellt werden, und zwar an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Wohnort hat.

Dieser Haftbefehl ist unter Beifügung eines Haftkostenvorschusses von 60 Mk. an den Gerichtsvollzieher zu übersenden. Dieser führt dann den Schuldner zur zwangsweisen Leistung des Offenbarungseides bei dem Amtsgericht vor. Die Verhaftung kostet 10 Mk., das übrige ist für Verpflegungskosten im Gefängnis, für evtl. Schlosserlohn,

Jahrkosten u. ä. Auf Antrag des Gläubigers kann der Schuldner aus der Haft entlassen werden.

Sind in der Wohnung des Schuldners bewegliche Pfandsachen nicht vorgefunden, so wird sehr häufig die Pfändung ausstehender Forderungen und sonstiger Rechte (namentlich Lohnforderungen) zur Befriedigung des Gläubigers führen.

Der Arbeits- und Dienstlohn ist bis zur Summe von 195 Mk. bei monatlicher Auszahlung, bis zur Summe von 45 Mk. bei wöchentlicher Auszahlung und bis zur Summe von 7,50 Mk. bei täglicher Auszahlung der Pfändung nicht unterworfen. Von dem Mehrbetrag ist bei Arbeitern und Angestellten ein Drittel, bei Beamten zwei Drittel nicht pfändbar. Hat ein Arbeitnehmer seinen Angehörigen Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Diese Vergünstigung findet aber auf den Teil des Gehaltes keine Anwendung, der 650 Mk. bei monatlicher, 150 Mk. bei wöchentlicher oder 25 Mk. bei täglicher Auszahlung übersteigt.

Nicht pfändbar sind ferner: Rentenforderungen der Witwen, Waisen, Ansprüche auf Krankengeld, Invalidengeld.

Von großer Wichtigkeit ist die Zwangsvollstreckung in Grundstücken (vergl. 3. Absatz). Vielfach wird die Ansicht vertreten, nur Hypotheken- und Grundschuld-Gläubiger könnten die Zwangsvollstreckung in Grundstücken betreiben. Dies ist aber unrichtig. Man kann wegen jeder Forderung (z. B. Warenforderung) beim Zwangsversteigerungs-Gerichte die Versteigerung des Grundstücks beantragen. Ist das Grundstück mit Hypotheken und Grundschulden überlastet, so wird ein gewöhnlicher Gläubiger regelmäßig nichts mit einer Versteigerung erreichen, da die Hypotheken- und Grundschuldgläubiger vorgehen und bei der Versteigerung in der Regel sehr wenig herauskommt. Zweckmäßiger ist die Zwangsverwaltung des Grundstücks zu beantragen, wodurch das Grundstück der Verwaltung des Eigentümers entzogen wird und die Einkünfte aus dem Grundstück (Mieten) vom Zwangsverwalter an die Gläubiger abgeführt werden. Sehr häufig wird man sich eine Sicherungshypothek für seine Forderung auf dem Grundstücke des Schuldners eintragen lassen.

*

Fünfter Abschnitt: Konkursverfahren, Vergleichsordnung.

Ist ein Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten geraten, sodaß er seine Zahlungen einstellen mußte, so kann über sein Vermögen der Konkurs eröffnet werden. Der Antrag auf **Konkurseröffnung** kann von jedem Gläubiger oder vom Gemeinschuldner beim Konkursgericht, dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seine gewerbliche Niederlassung hat, gestellt werden. Will der **Gemeinschuldner** Konkurs anmelden, so hat er ein Verzeichniß seiner Gläubiger und Schuldner sowie ein allgemeines Vermögensverzeichnis dem Gerichte einzureichen. Will ein **Gläubiger** die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragen, so hat er dem Gericht seine Forderung und die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners glaubhaft zu machen. Er wird zweckmäßig eine Rechnung oder einen Rechnungsauszug einreichen und auch eidesstattliche Angaben über die Vermögenslage des Schuldners machen, namentlich, daß der Schuldner bei verschiedenen Firmen Schulden und wiederholt fällige Wechsel nicht eingelöst hat. Das Gericht muß aber zuvor den Schuldner hören, und wenn dieser seine Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungseinstellung nicht einräumt, weitere Ermittlungen anstellen, z. B. Zeugen vernehmen oder auch einen Sachverständigen (Bücherrevisor) hören.

Eröffnet das Gericht den Konkurs, so bestellt es einen **Konkursverwalter** und setzt einen allgemeinen Prüfungstermin fest. Sämtliche Gläubiger, die im Konkursverfahren berücksichtigt werden wollen, müssen ihre Forderungen unter Beifügung einer Rechnung beim Konkursgericht anmelden. In dem Prüfungstermin hat der Konkursverwalter sich zu erklären, ob er die Forderungen der Gläubiger anerkennen will, und gleichzeitig Bericht über die Sachlage zu erstatten, namentlich, wieviel voraussichtlich für die Gläubiger in der Konkursmasse liegen wird (Konkursdividende). Die Konkursmasse hat der Verwalter sofort nach seiner Bestellung aufzunehmen und hierüber ein Verzeichniß dem Gerichte einzureichen und ein Inventar und eine Bilanz aufzustellen. Der Verwalter hat nach bestem Ermessen zu erwägen, ob er das Geschäft des Gemeinschuldners für Rechnung der Konkursmasse weiterführen oder schließen will. Endgültig beschließt über Fortführung oder Schließung des Geschäfts die erste Gläubigerversammlung. Sodann hat der Verwalter die einzelnen zur Konkursmasse gehörigen Gegenstände

zu veräußern. Das Geschäft oder das Warenlager im ganzen kann er aber nur mit Zustimmung der Gläubiger-Versammlung oder, falls ein Gläubiger-Ausschuß bestellt ist, mit dessen Zustimmung veräußern. Der Gläubiger-Ausschuß muß auch seine Zustimmung geben bei Aufnahme von Darlehen, Übernahme fremder Verbindlichkeiten, Führung von Prozessen im Werte von über 300 Mark, freihändige Veräußerung von Grundstücken.

Hat der Verwalter die Konkursmasse verwertet, so hat er den Erlös unter die Konkurs-Gläubiger zu verteilen, nachdem er die Massenansprüche (wie Gerichtskosten, Verwaltungskosten usw.) vorab befriedigt hat. Die Konkursgläubiger selbst werden nach Verhältnis ihrer Forderungen befriedigt. **Bevorrechtigte Konkursforderungen**, d. h. solche, die in voller Höhe ausbezahlt werden müssen, sind: Lohnforderungen der Bediensteten im Hause des Gemeinschuldners, öffentliche Abgaben, namentlich Steuern, Forderungen der Ärzte, der Apotheker, Hebammen und Krankenpfleger, Mündelgelder.

Sodann gibt es noch Gläubiger, die in erster Linie auf Grund eines **Pfandrechts** aus den Pfandsachen vorab Befriedigung beanspruchen können, z. B.: der Vermieter aus den eingebrachten Sachen des Mieters, der Hypothekengläubiger aus dem Grundstück des Eigentümers. Diese Pfandrechte gehen also den sonstigen Gläubigern vor. Die Pfandgläubiger können vom Konkursverwalter beanspruchen, daß ihnen die Gegenstände, an denen sie das Pfandrecht haben, zur abgesonderten Befriedigung aus der Masse zur Verfügung gestellt werden. Reichen die Pfandgegenstände zur Befriedigung nicht aus, so können sie den ausgefallenen Teil ihrer Forderung als Ausfallforderung zur Konkursmasse anmelden.

Hat ein Gläubiger zur Zeit der Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungseinstellung des Gemeinschuldners in Kenntnis dieser Umstände oder in der Absicht der Benachteiligung der übrigen Gläubiger eine bevorzugte Zahlung oder Sicherstellung (z. B. Zahlung einer nicht fälligen Forderung, Hingabe von Waren für Forderungen, Bestellung von Pfandrechten oder Hypotheken für Forderungen, ohne daß eine rechtliche Verpflichtung hierzu bestand) vom Gemeinschuldner erhalten, so kann diese Rechtshandlung des Gemeinschuldners von den übrigen Gläubigern durch den Konkursverwalter angefochten werden.

Sind die Rechtshandlungen zwischen dem Gemeinschuldner und seiner Ehefrau oder nahen Verwandten oder

Verschwägerten vorgenommen, so wird die Absicht der Gläubigerbenachteiligung angenommen, und ist es Sache der Verwandten, die Vermutung zu widerlegen.

Rechtshandlungen, die nach der Konkursöffnung vorgenommen werden, sind immer unwirksam.

Hat die Verteilung des Erlöses stattgefunden, so ist damit das Konkursverfahren beendet. Häufig kommt es nicht zu einer Verteilung. Der Gemeinschuldner schließt mit seinen Gläubigern einen **Zwangsvergleich** ab, der durch das Gericht bestätigt werden muß. Der Zwangsvergleichsvorschlag muß angeben, in welcher Weise die Befriedigung und Sicherstellung der Gläubiger erfolgen soll. Z. B. der Gemeinschuldner bietet den Gläubigern 40% ihrer Forderungen und bietet ihnen sichere Personen als Bürgen an. In einem besonders anberaumten Vergleichstermin, zu welchem die Gläubiger geladen werden, erfolgt die Abstimmung über die Annahme des Vergleichsvorschlags. Der Zwangsvergleich gilt als angenommen, wenn die Mehrzahl der erschienenen Gläubiger sich für ihn erklärt und die Forderungen der Zustimmenden mindestens dreiviertel der Gesamtsumme aller stimmberechtigten Gläubiger ausmachen.

Schuldner, welche ihre Zahlungen eingestellt haben oder über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, werden wegen **betrügerischen Bankrotts** mit Zuchthaus bestraft, wenn sie in der Absicht, ihre Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke verheimlicht oder beiseite geschafft haben oder wenn Schulden erdichtet sind oder Handelsbücher zu führen unterlassen wurden, was dem Gemeinschuldner gesetzlich oblag, oder Handelsbücher vernichtet oder verheimlicht oder nicht übersichtlich geführt sind. Schuldner werden wegen einfachen **Bankrotts** mit Gefängnis bestraft, wenn sie durch luxuriöse Lebensweise (Aufwand, Spiel, Wetten, Kleidung, Unterhalt usw.) verschuldet sind, ferner Schuldner, welche in der Absicht, den Konkurs hinauszuschieben, Vermögensgegenstände verschleudert haben, schließlich Schuldner, welche in bezug auf Führung von Handelsbüchern in der schon erwähnten Weise verstoßen haben, ohne die Benachteiligung der Gläubiger beabsichtigt zu haben. Denselben Strafen verfallen auch diejenigen, welche dem Gemeinschuldner bei der Ausführung der Konkursvergehen behilflich sind.

Die Geschäftsaufsichtsverordnung ist aufgehoben und durch die **Vergleichsordnung** ersetzt, die am 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist. Die Eröffnung des Vergleichs-

verfahrens erfolgt auf Antrag des Schuldners. Dabei muß er angeben, ob innerhalb der letzten 5 Jahre bereits ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses mangels Masse abgelehnt worden ist, ob er innerhalb dieser Frist den Offenbarungseid geleistet hat und ob gegen ihn Haft angeordnet worden ist. Er muß dem Antrag ferner ein genaues Verzeichnis seiner Gläubiger und Schuldner beifügen und die Erklärung abgeben, ob er innerhalb des letzten Jahres Vermögensübertragungen mit seinen Verwandten vorgenommen hat, ferner die Erklärung, daß mehr als die Hälfte seiner Gläubiger, deren Forderungen an ihn mehr als die Hälfte seiner Gesamtschuld betragen, mit dem Vergleiche einverstanden sind, und schließlich muß er bereit sein, den Offenbarungseid zu leisten. — Das Gericht muß den Antrag ablehnen, wenn der Schuldner die erforderlichen Angaben nicht innerhalb einer Woche einreicht, wenn er flüchtig ist oder sich verborgen hält, wenn gegen ihn eine gerichtliche Untersuchung wegen betrügerischen Bankrotts vorliegt, wenn sich ergibt, daß der Vermögensverfall auf Leichtsinns oder Unregelmäßigkeiten zurückzuführen ist. Das Gericht kann den Vergleich ablehnen, wenn der Schuldner seinen Gläubigern nicht mindestens die Hälfte ihrer Forderungen im Vergleichswege bietet, wenn innerhalb der letzten 5 Jahre bereits Geschäftsaufsicht, Konkurs- oder Vergleichsverfahren bestanden, oder wenn innerhalb der letzten 5 Jahre der Offenbarungseid geleistet worden ist. Lehnt aber das Gericht die Eröffnung des Vergleichsverfahrens ab, so hat es sofort von sich aus über die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beschließen. Der Schuldner kann seinen Antrag nicht mehr zurückziehen. Er muß deshalb vorsichtig sein und damit rechnen, daß er den Konkurs nicht mehr aufhalten kann, wenn das Gericht seinen Antrag auf Vergleich ablehnt.

*

Sechster Abschnitt: Strafprozeß.

Im Strafprozeß vertritt die Anklage bei den Amtsgerichten der Amtsanwalt oder Staatsanwalt, bei den Landgerichten, Oberlandesgerichten und Schwurgerichten der Staatsanwalt bzw. Oberstaatsanwalt, beim Reichsgericht der Reichsanwalt. Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, wegen aller zu ihrer Kenntnis gelangenden strafbaren Handlungen einzuschreiten. Hierbon kann sie nur dann mit Zustimmung des Gerichts absehen und das Verfahren vor Erhebung der Klage einstellen, wenn die Schuld des

Täters gering, und die Folgen der Tat unbedeutend sind. Der Anklage-Vertreter reicht seine Anklageschrift beim Amtsgericht, Schöffengericht oder dem Schwurgericht ein, je nachdem, welches Gericht zuständig ist. Erscheint der Angeschuldigte einer strafbaren Handlung hinreichend verdächtig, so beschließt das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens und setzt einen Termin zur Verhandlung an. In der Verhandlung wird nach Aufruf der Zeugen und Sachverständigen zunächst der Angeklagte vernommen in Abwesenheit der Zeugen. Darauf erfolgt die Beweisaufnahme durch Vernehmung der Zeugen und durch sonstige Beweismittel.

Nach der Beweisaufnahme spricht der Staatsanwalt und dann der Angeklagte bezw. sein Verteidiger. Hierauf wird das Urteil gefällt.

Der **Verteidiger** ist in der Regel ein Rechtsanwalt; er hat die Aufgabe, alles zur Entlastung des Angeklagten vorzutragen und Zeugen und anderes Beweismaterial dafür zusammen zu bringen. Er ist ein Gegengewicht gegen den Staatsanwalt.

Vorgeschrieben ist Verteidigung in der Regel nur beim Reichs- und Schwurgericht und für Jugendliche. Es ist jedoch zu empfehlen, in allen verwickelteren Fällen, namentlich wenn der Angeklagte nicht etwas rechtskundig ist, einen Verteidiger zu nehmen.

Auch beim Strafprozeß gibt es das Rechtsmittel der Beschwerde, der Berufung und der Revision. Sie stehen dem Angeklagten, Staatsanwalt und dem Verteidiger zu.

Die **Beschwerde** ist gegen alle Beschlüsse der Gerichte erster und zweiter Instanz zulässig, wenn das Gesetz den Beschwerdeweg nicht ausdrücklich ausschließt. Während die Berufung eine Nachprüfung nach der tatsächlichen Seite herbeiführt, kann die Revision nur darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Die Frist zur Einlegung der Berufung oder Revision beträgt eine Woche. Beide Rechtsmittel müssen bei dem Gericht eingelegt werden, dessen Urteil angefochten werden soll.

*

Siebenter Abschnitt: Privatklage und Schiedsmann.

Ein besonderes Strafverfahren ist das Privatklageverfahren. Dieses ist gegeben bei Beleidigung, leichter Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Sachbeschädigung, Verletzung fremder Geheimnisse oder Urheberrechte und unlauterem Wettbewerb. Bei diesen strafbaren Hand-

lungen erhebt der Staatsanwalt die öffentliche Klage nur dann, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Nur selten wird dieses der Fall sein. Unzulässig ist jedoch Privatklage gegen Jugendliche unter 18 Jahren. In dem Privatklageverfahren tritt an Stelle des Staatsanwaltes der Privatkläger. Eine solche Klage kann nicht eingereicht werden, ohne daß vorher beim **Schiedsmann** ein Versuch zu gütlicher Einigung gemacht worden ist. Der Schiedsmann erteilt dem Privatkläger eine Bescheinigung über den erfolglosen Sühneversuch, die der Privatkläger mit der Klage beim Amtsgericht einzureichen hat. — Man kann auch einen Zahlungsbefehl ersparen, indem man den Schuldner durch den Schiedsmann zur Zahlung auffordern läßt. Die Gebühren sind wesentlich geringer.

Der Privatkläger hat die Privatklage mit mindestens zwei Abschriften dem Gerichte einzureichen. In der Anklage muß der Privatkläger den Namen des Angeklagten und die Wohnung, ferner die strafbare Handlung, unter Hinzufügung der Strafbestimmung des Strafgesetzbuches (z. B. wegen Beleidigung aus §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches) angeben, ferner die Beweismittel (Zeugen, Briefe usw.) benennen und den Antrag auf Eröffnung des Verfahrens stellen. Das Amtsgericht teilt die Privatklage dem Gegner mit und setzt ihm eine Frist zur Erklärung. Nach Eingang derselben entscheidet es, ob das Hauptverfahren zu eröffnen oder die Klage zurückzuweisen ist. Wird das Hauptverfahren eröffnet, so beraumt das Gericht einen Termin zur Hauptverhandlung an und läßt hierzu Parteien und Zeugen.

Das Verfahren vollzieht sich in gleicher Weise wie in sonstigen Strassachen. Der Privatkläger muß persönlich erscheinen, wenn er sich nicht durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Rechtsanwalt vertreten lassen will. Auch der Angeklagte kann sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Das Gericht kann aber in allen Fällen das persönliche Erscheinen beider Parteien anordnen. Erscheint der Privatkläger nicht oder ist er nicht vertreten, so gilt die Privatklage als zurückgenommen und das Gericht stellt das Verfahren auf seine Kosten ein. Erscheint der Angeklagte nicht oder ist er nicht vertreten, so ist ein Vorführungsbefehl vom Gericht zu erlassen. Der Angeklagte wird dann im nächsten Termin von der Polizei dem Gericht vorgeführt.

Die Bestellung eines **Schiedsmannes** ist ehrenamtlich. Er soll bei leichten Streitfällen einen Ausgleich der Par-

teien versuchen und so das Gericht entlasten. Die Wahl des Schiedsmannes geschieht von der Kreis- oder Gemeindevertretung, sie bedarf der Bestätigung durch das Präsidium des Landgerichtes, in dessen Bezirk der Schiedsmann seinen Wohnsitz hat. Nur aus ganz besonderen Gründen kann die Annahme des Amtes abgelehnt werden.

Kapitel 12: Aus dem Staatsrecht.

Erster Abschnitt: Verfassung des Deutschen Reiches.

Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 ist das Fundament, auf dem sich die staatliche Ordnung des heutigen Deutschen Reiches aufbaut. Der Vorspruch zur Verfassung sagt das mit den Worten:

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Das Deutsche Reich ist wie zu Zeiten der Monarchie ein Bundesstaat, der aus den Gebieten der 17 (im Kaiserreich 25) Bundesstaaten besteht; nämlich aus Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe.

Die Verfassung ist in zwei Hauptteile gegliedert, deren erster „Aufbau und Aufgaben des Reiches“, deren zweiter die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ umfaßt. Die einzelnen Abschnitte des ersten Hauptteiles tragen die Überschriften: Reich und Länder, der Reichstag, der Reichspräsident und die Reichsregierung, der Reichsrat, die Reichsgesetzgebung, die Reichsverwaltung, die Rechtspflege. Der zweite Hauptteil behandelt in seinen Abschnitten: die Einzelperson, das Gemeinschaftsleben, Religion und Religionsgesellschaften, Bildung und Schule, das Wirtschaftsleben. (Eine Textausgabe der Reichsverfassung ist im Verlag A. Vollmer, Münster i. W., erschienen. Preis 50 Pfg.)

Der erste Artikel der Weimarer Verfassung hat folgenden Wortlaut: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Mit diesen Worten ist das Deutsche Reich als demokratische Republik,

als **V o l k s s t a a t** gekennzeichnet: Jeder Deutsche hat Anteil an der Bildung des Staatswillens und der Ausübung der Staatsgewalt. Selbstverständlich vermag ein Volk von mehr als 60 Millionen nicht in seiner Gesamtheit den Staatswillen zu bilden, die Staatsgewalt auszuüben. Das Volk hat sich deshalb Organe geschaffen, denen es diese Aufgaben überträgt. Die Organe sind die Parlamente und als deren oberstes der Reichstag. Dem Reichstag nebengeordnet ist der Reichspräsident, dessen Befugnisse die Rechte des Reichstages in wesentlichen Punkten einschränken.

Ein wichtiges Mittel, durch welches das Volk unmittelbar seinem Willen Ausdruck verleiht, ist der **Volkssentscheid**. Der Reichspräsident hat jederzeit das Recht, über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz innerhalb eines Monats nach der Beschlußfassung den Volkssentscheid anzuordnen. Über Haushalt, Abgabengesetze und Besoldungsordnung kann nur er (nicht der Reichstag) einen Volkssentscheid herbeiführen. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat muß der Reichspräsident den Volkssentscheid herbeiführen, wenn er sich nicht auf den Standpunkt des Reichstages stellt und das umstrittene Gesetz innerhalb 3 Monaten in der beschlossenen Form verkündet. Ergibt sich unter der gleichen Voraussetzung des Widerstreits zwischen Reichstag und Reichsrat bei der zweiten Beschlußfassung im Reichstag keine Zweidrittel-Mehrheit für das umstrittene Gesetz, so kann der Reichspräsident innerhalb 3 Monaten einen Volkssentscheid veranlassen.

Der Volkssentscheid kann auch bei Gebietsänderungen innerhalb des Deutschen Reiches vorgenommen werden. Ein Volkssentscheid ist ferner erforderlich, wenn der Reichstag mit Zweidrittel-Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, den Reichspräsidenten abzusetzen.

Im allgemeinen entscheidet beim Volkssentscheid die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Soll eine Gebietsänderung vorgenommen werden, so müssen wenigstens $\frac{3}{5}$ der abgegebenen Stimmen für die Änderung entscheiden, und diese $\frac{3}{5}$ müssen überdies die Mehrheit aller Stimmberechtigten ausmachen. Die Mehrheit der Stimmberechtigten muß auch zustimmen, wenn eine Verfassungsänderung durch den Volkssentscheid durchgesetzt werden soll. Der Volkssentscheid kann auch in einzelnen Ländern durchgeführt werden.

Als **Volkssbegehren** bezeichnet man das Verlangen eines Zehntels aller stimmberechtigten Volksgenossen nach Vor-

lage eines Gesetzesentwurfs oder Veranstaltung eines Volksentscheides. Dabei gilt folgendes Verfahren: Zunächst muß ein Antrag an den Reichsminister des Innern gestellt werden auf Zulassung des Volksbegehrens. Dieser Antrag muß entweder 5000 Unterschriften aufweisen oder von einer Vereinigung ausgehen, die glaubhaft machen kann, daß 100 000 ihrer Mitglieder den Antrag unterstützen. Wenn der Minister den Antrag zuläßt, so muß er eine Frist festsetzen, während welcher es jedem Stimmberechtigten möglich ist, seinen Namen in die bei allen Gemeindebehörden aufzulegenden Eintragungslisten einzuzichnen.

Richtet sich das Volksbegehren auf Gebietsänderung, so muß es von $\frac{1}{3}$ der Stimmberechtigten des betreffenden Gebietes gestellt werden. Bei Verfassungsänderungen und beim Antrag auf Landtagsauflösung muß $\frac{1}{5}$ aller Stimmberechtigten den Antrag unterstützen. Um einen Gesetzesentwurf einzureichen, über den das Volk entscheiden soll, wenn ihn der Reichstag ablehnt, ist $\frac{1}{10}$ der Stimmen aller Stimmberechtigten erforderlich. $\frac{1}{20}$ der Stimmen ist notwendig, wenn ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz dem Volksentscheid unterbreitet werden soll. Volksbegehren können sowohl im Reich als in den einzelnen Ländern beantragt werden.

Der Reichstag setzt sich zusammen aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Er wird auf 4 Jahre gewählt und zwar in allgemeiner unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, d. h. die Zahl der Reichstagsmitglieder steht nicht von vornherein fest, sondern richtet sich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen mit Ausnahme der Entmündigten, der Personen ohne bürgerliche Ehrenrechte, der wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellten Personen sowie der Militärpersonen. (Militärbeamte dagegen sind wahlberechtigt.) Zum Abgeordneten gewählt werden kann der, welcher das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die Reichstagsabgeordneten besitzen die Immunität, d. h. sie können wegen ihrer Abstimmung oder wegen der in Ausübung ihres Berufes getanen Äußerungen nicht zur Verantwortung gezogen und ohne Genehmigung des Reichstages während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nicht zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß sie bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen sind. Dem Reichstag obliegt in erster Linie die Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs.

Für die **Wahlen** zum Reichstag, die an einem Sonntag oder öffentlichen Ruhetag stattfinden müssen, ist das Deutsche Reich in 35 Wahlkreise eingeteilt, die zu 17 Wahlkreisverbänden zusammengezogen sind. Ein Wahlkreis enthält in der Regel 1—2 Millionen Einwohner. Für die Stimmenabgabe wird jeder Wahlkreis in Wahlbezirke eingeteilt, die nicht mehr als 2500 Einwohner umfassen sollen. In diesen Wahlbezirken werden die Wählerlisten ausgelegt, in die alle Wahlberechtigten eines Bezirkes aufgenommen werden müssen. Zur Leitung der Wahl wird vom Reichsinnenminister ein Reichswahlleiter ernannt, der in letzter Instanz die Wahlvorschläge zu prüfen und die Wahlergebnisse festzustellen hat. In jedem Wahlbezirk leitet ein Wahlvorstand (bestehend aus einem Wahlvorsteher, 3—6 Beisitzern und 1 Schriftführer) die Wahlhandlung. Der Wähler kann seine Stimme nicht für eine einzelne Person abgeben, er muß eine Liste wählen, die von einer Partei für den betreffenden Wahlkreis aufgestellt und vorgeschlagen ist (Listenwahlssystem). Außer den Listen für die Wahlkreise kann jede Partei eine Reichsliste aufstellen. Für die einzelnen Wahlkreise werden amtliche Stimmzettel hergestellt, auf denen alle Wahlkreisvorschläge unter Angabe der Partei und der Namen der vier ersten Bewerber angegeben sind. Die in den Wahlbezirken für die einzelnen Wahlkreisvorschläge abgegebenen Stimmen werden in jedem Wahlkreise zusammengezählt. Auf je 60 000 Stimmen eines Wahlkreisvorschlages entfällt ein Reichstagsitz. Die Reststimmen jedes Wahlkreisvorschlages werden der Reichsliste der betreffenden Partei zugewiesen. Auch bei der Reichsliste entfällt auf je 60 000 Stimmen ein Reichstagsitz. Ist der auf der Reichsliste schließlich verbleibende Rest größer als 30 000, so ist noch ein Abgeordneter gewählt. Ist der Rest kleiner, so bleibt er unberücksichtigt. Auf eine Reichsliste dürfen nicht mehr Reichstagsitze entfallen, als die betreffende Partei in allen Wahlkreisen zusammen erworben hat.

Die wichtigsten **Parteien** des Deutschen Reichstages, die ausgeprägten Charakter und festumrissenes Programm haben, sind folgende: 1. Die **Deutschnationale Volkspartei** (früher Konserbative). Sie bekennt sich grundsätzlich zur Monarchie als der zweckmäßigsten Staatsform, tritt ein für nationale auswärtige Politik, für die Erhaltung selbständiger Einzelstaaten und für die Schaffung eines leistungsfähigen Bauernstandes. 2. Die **Deutsche Volkspartei** (entstanden aus der früheren

Nationalliberalen Partei) betont ebenfalls den nationalen Gedanken in der gesamten Politik sowie die Erhaltung selbständiger Einzelstaaten. Ein wichtiger Punkt ihres Programms ist für sie die Wahrung der Unternehmerrechte. 3. Die Zentrums-Partei (entstanden aus der früheren Katholischen Fraktion) tritt ein für die Rechte der Einzelstaaten, für die Gleichberechtigung aller Klassen und für sozialen Ausgleich. Sie bekennt sich in der auswärtigen Politik zum Gedanken des Völkerbundes. Kulturpolitisch tritt sie ein für die Freiheit der Kirche und für die konfessionelle Schule. Die Bayerische Volkspartei steht dem Zentrum nahe. 4. Die Deutsche Demokratische Partei ist entschieden für eine demokratische Republik, außenpolitisch für den Völkerbund, internationale Schiedsgerichte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie erstrebt Beschränkung des Großgrundbesitzes, Stärkung des Mittelstandes, Trennung von Kirche und Staat und betont vor allem die Notwendigkeit des freien Handels. 5. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich in erster Linie ein für die Rechte der Arbeiter. Sie ist gegen selbständige Einzelstaaten, für einen zentralisierten Reichseinheitsstaat, außenpolitisch für internationale Verständigung, wirtschaftspolitisch für Sozialisierung, d. h. Verstaatlichung der Produktionsmittel. Grund und Boden, Gruben, Fabriken, Verkehrsmittel sollen (auf gesetzlichem Wege) staatliches Eigentum werden. Der Staat soll die Gütererzeugung und den Güterverkehr leiten. Kulturpolitisch erstrebt sie die weltliche Schule nach dem Grundsatz: Religion ist Privatsache. — Neben den genannten alten Parteien haben sich neue gebildet. Es seien genannt: die Kommunistische Partei, die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten, Deutscher Bauernbund, die Hannoveraner, die Christl.-Nationale Bauernpartei, die Volksrechtspartei, Sächsisches Landvolk.

Der Reichsrat ist die Vertretung der deutschen Länder. Er wirkt insbesondere mit bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Kein Land darf durch mehr als $\frac{2}{5}$ aller Stimmen vertreten sein. Die Stimmen zum Reichsrat werden von Vertretern der Landesregierungen geführt; sie werden also nicht von den Landtagen bestimmt. Eine Besonderheit besteht bei den preußischen Stimmen; deren eine Hälfte führt die Regierung, die andere Hälfte ist den Provinzen zugewiesen.

Es kann also der Fall eintreten, daß im Reichsrat preußische Stimmen einander gegenüberstehen, da sie ja nicht, wie bei den übrigen Ländern, von einem Willen, dem der Regierung, geführt werden. Der Reichsrat wird von der Reichsregierung einberufen. Dieses muß geschehen, wenn $\frac{1}{3}$ der Reichstagsmitglieder es verlangt.

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke auf die Dauer von sieben Jahren gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Der Reichspräsident kann nicht zugleich Mitglied des Reichstags sein. Er vertritt das Reich völkerrechtlich, schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten, beglaubigt und empfängt die Gesandten. Er fertigt die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze aus und verkündet sie innerhalb Monatsfrist im Reichsgesetzblatt. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Der Reichspräsident ernennt den Reichskanzler und auf den Vorschlag des letzteren die Reichsminister. Er übt das Begnadigungsrecht aus, soweit es dem Reich vorbehalten ist, er kann die Einberufung des Reichstages durch dessen Präsidenten verlangen, und den Reichstag auflösen.

Von großer Bedeutung ist das Recht des Reichspräsidenten, den Ausnahmezustand gemäß Artikel 48 der Verfassung zu verhängen. Artikel 48 sagt darüber: Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht eingreifen. Der Artikel 48 ermächtigt den Reichspräsidenten weiterhin, zu diesem Zweck gewisse Grundrechte der Staatsbürger außer Kraft zu setzen, Strafbestimmungen zu verschärfen und außerordentliche Gerichte einzusetzen.

Der Reichspräsident kann wegen schuldhafter Verletzung eines Gesetzes mit Zustimmung des Reichstags vor dem Staatsgerichtshof angeklagt und auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden (im Gegensatz zum früheren Kaiser, der „unverletzlich“ war).

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern. Der Reichskanzler, der vom Reichspräsidenten ernannt oder entlassen wird, führt den Vorsitz in der Reichsregierung und leitet ihre Geschäfte. Er bestimmt jedoch nur die Richtlinien der Gesamtpolitik und ist hierfür dem Reichstag verantwortlich, während die

Minister innerhalb ihrer Ressorts die Verantwortung nur dem Reichstag gegenüber tragen. Der Kanzler vertritt den Reichspräsidenten im Falle von dessen Behinderung. Die Reichsminister werden auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten ernannt oder entlassen.

Die Vorlage aller in den Ministerien bearbeiteten Gesetzesentwürfe hat an die Reichsregierung zu erfolgen, die zur Einbringung von Gesetzesvorlagen an den Reichstag und zum Erlass von Verwaltungsvorschriften zur Ausführung von Reichsgesetzen befugt ist. (Über die einzelnen Reichsministerien ist das Nähere Seite 146 f. ausgeführt.)

Ein Reichswirtschaftsrat, wie er im Artikel 165 der Reichsverfassung als Vertretung der Berufsstände vorgesehen ist, besteht gegenwärtig nur als „vorläufiger Reichswirtschaftsrat“ mit 326 Mitgliedern, die sich folgendermaßen auf die Berufsstände verteilen: Landwirtschaft 68; Gärtnerei und Fischerei 6; Industrie 68; Handel, Banken, Versicherungswesen 44; Verkehrswesen 34; Handwerk 36; Verbraucherschaft 30; Beamtschaft und freie Berufe 16; besonders ernannt 24, davon 12 durch die Reichsregierung, 12 durch den Reichsrat. Dem künftigen endgültigen Reichswirtschaftsrat werden erheblich weniger Mitglieder angehören. Sein Hauptwert wird darin liegen, daß er eine sachverständige Korporation für alle wirtschaftlichen Fragen darstellt.

Die Länder, die nach Vorschrift der Weimarer Verfassung ihre staatliche Ordnung gleichfalls nach freistaatlichen Grundsätzen aufgebaut haben, kraft welchen die Landesregierung das Vertrauen des Volkes haben muß, werden im Kapitel 14 ausführlich behandelt. Zweck engerer Fühlungnahme mit der Reichsregierung haben fast alle diese Staaten sowie die drei freien Städte ihre Bevollmächtigten zum Reichsrat gleichzeitig als Vertreter bei der Reichsregierung bestellt. Die Reichsregierung unterhält in München eine Vertretung, die mit einem Gesandten besetzt ist.

*

Zweiter Abschnitt: Über Staatsgesetze und Gesetzbücher.

Die ordnungsgemäße Art, auf welche ein Gesetz zustande kommt, ist diese: Die Regierung arbeitet einen Gesetzesentwurf aus, den sie dem Reichsrat unterbreitet. Gibt der Reichsrat seine Zustimmung, so wird der Entwurf im Reichstag eingebracht. Hier wird er in drei Lesungen beraten, erforderlichenfalls umgestaltet und schließlich angenommen. Stimmt der Reichsrat dem Beschluß zu, so

wird der Entwurf vom Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt verkündet und erlangt Gesetzeskraft. Ist der Reichsrat mit einem ihm von der Regierung vorgelegten Entwurf nicht einverstanden, so hat die Regierung folgende Möglichkeiten: Sie läßt den Entwurf ganz fallen, oder sie ändert ihn so ab, daß der Reichsrat zustimmt, oder sie bringt ihn trotz des Widerspruchs des Reichsrats im Reichstag ein. Der Reichsrat kann aber auch Einspruch erheben, nachdem der Reichstag seinen Beschluß gefaßt hat. Dann geht der Entwurf an den Reichstag zurück. Wiederholt der Reichstag nun seinen Beschluß mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit, so geht der Weg der Gesetzgebung über den Einspruch des Reichsrats hinweg. Kommt es aber nur zu einer einfachen Mehrheit, so fällt das Gesetz, oder kann nur auf einem außerordentlichen Weg Rechtskraft erlangen. Solche außerordentlichen Wege sind: Volksbegehren und Volksentscheid, Notverordnungsrecht (siehe dort).

Zu den Gesetzen im weiteren Sinne gehören die Rechtsverordnungen. Sie können von anderen als den gesetzgebenden Organen nur auf Grund einer besonderen Ermächtigung erlassen werden. Keine Gesetze sind die Verfügungen und Erlasse der Ministerien.

Staatsverträge sind Verträge zwischen Reich und Ländern, Ländern untereinander, Reich und ausländischen Staaten. In neuerer Zeit sind Handels-, Schiffsfahrts-, Freundschaftsverträge mit einer großen Anzahl ausländischer Staaten geschlossen worden. Von besonderer Bedeutung sind die Meistbegünstigungsverträge, das sind Handelsverträge mit der Klausel, daß dem vertragsschließenden Staat mindestens dieselben günstigen Zollsätze oder sonstige Befugnisse eingeräumt werden wie irgend einer anderen Nation. Internationale Abkommen werden zwischen mehreren Staaten getroffen. Gegenwärtig gibt es solche Abkommen über die Bekämpfung unzüchtiger Schriften, zum Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel, zum Schutz des gewerblichen Eigentums u. a. m.

Die wichtigsten, für jeden Deutschen bedeutsamsten Gesetzeswerke sind: Das bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetzbuch.

Das **Bürgerliche Gesetzbuch** (BGB.) ist das für jeden Staatsbürger bedeutsamste Gesetzgebungswerk. Es begleitet ihn von der Zeit vor der Geburt durch sein ganzes Leben in seinen wichtigsten Betätigungsformen bis über das Grab hinaus. Auf den Grundlagen: Privateigentum, Erb-

recht, Ehe, stellt es den Bau der bürgerlichen Ordnung dar. Das Bürgerliche Gesetzbuch umfaßt 2385 Paragraphen in fünf großen Abteilungen oder Büchern. Das erste Buch behandelt als allgemeiner Teil die Rechtsverhältnisse der natürlichen und sogen. juristischen Personen sowie der Vereine und Stiftungen. Es enthält ferner Bestimmungen über Rechtsgeschäfte, Verträge, Vollmacht, Vertretung und Verjährung. Das Recht der Schuldverhältnisse ist der Inhalt des zweiten Buches. Schuldverhältnisse sind rechtliche Verpflichtungen, die aus Verträgen entstehen. Die wichtigsten Schuldverhältnisse sind: Kauf, Miete, Pacht, Dienst- und Werkvertrag. Das dritte Buch regelt das Recht an den Sachen (Besitz und Eigentum). Die Sachen teilen sich in bewegliche und unbewegliche. An den unbeweglichen, vor allem an den Grundstücken, können Dienstbarkeiten bestehen, die im Wegerecht, Nießbrauch, Vorkaufsrecht und Hypothekenrecht geregelt sind. Dem Hypothekenrecht an unbeweglichen Sachen entspricht das Pfandrecht an beweglichen Sachen. Das vierte Buch befaßt sich mit der Familie. Es regelt Verlöbniß, Ehe, das eheliche Güterrecht, Verwandtschaft, die Elternrechte und Elternpflichten und die Vormundschaft. Das Erbrecht bildet den Inhalt des fünften Buches. Es handelt über Testament, letztwillige Verfügung und überhaupt das rechtliche Schicksal des Vermögens eines Menschen nach seinem Tode. Das Bürgerliche Gesetzbuch behandelt nicht das gesamte bürgerliche Recht. Als es am 1. Januar 1900 in Kraft trat, waren schon andere Gesetze aus dem Bereiche des bürgerlichen Rechts in Geltung. Es sind: das **Handelsgesetzbuch**, das **Preßrecht** und die **Gewerbeordnung**.

Das Handelsgesetzbuch enthält die wichtigsten und grundlegenden handelsrechtlichen Bestimmungen. Es zerfällt in vier Bücher. Das erste Buch handelt vom **Handelsstand** (Kaufleute, Handelsregister, Handelsfirma, Handelsbücher, Prokura, Handlungsgehilfen usw.), das zweite Buch von **Handelsgesellschaften und stillen Gesellschaften** (Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.), das dritte Buch von **Handelsgeschäften** (Handelskauf, Kommissionsgeschäft, Speditionsgeschäft, Lagergeschäft usw.) und das vierte Buch vom **Seehandel**. — Das **Preßrecht** regelt die besonderen Verhältnisse der Presse. Maßgebend ist das **Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874**. — Die **Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869** regelt das Gewerbewesen.

Das Reichsstrafgesetzbuch.

Wann eine Handlung strafbar, und mit welchen Strafen sie bedroht ist, das ist in dem Reichsstrafgesetzbuch und den strafrechtlichen Nebengesetzen enthalten. Das Reichsstrafgesetzbuch ist vom 15. Mai 1871; allerdings hat es im Laufe der Zeit mancherlei Abänderungen erfahren. Ein neues Reichsstrafgesetzbuch ist in Vorbereitung und wird in nicht allzu langer Zeit den maßgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Das jetzige Reichsstrafgesetzbuch unterscheidet bei den strafbaren Handlungen zwischen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen.

Verbrechen sind diejenigen Handlungen, welche mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als fünf Jahren bedroht sind.

Vergehen sind Handlungen, welche mit Festungshaft bis zu fünf Jahren, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe über 150 Mark bedroht sind.

Übertretungen sind Handlungen, die mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bedroht sind.

Die Strafen teilt man ein in Haupt- und Nebenstrafen.

Hauptstrafen sind die Todesstrafe, die Freiheitsstrafen (Zuchthaus, Gefängnis, Festung, Haft), Geldstrafe und Verweis; Nebenstrafen die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Überweisung an die Landespolizeibehörden, Ausweisung von Ausländern, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, sowie Einziehung und Unbrauchbarmachung von Gegenständen. Hauptstrafen können für sich, Nebenstrafen nur in Verbindung mit Hauptstrafen verhängt werden.

Die Todesstrafe wird vollstreckt durch Enthauptung.

Die Zuchthausstrafe ist die schwerste Freiheitsstrafe, man unterscheidet eine lebenslängliche und eine zeitige. Die Höchstdauer der zeitigen Zuchthausstrafe ist 15 Jahre, ihre Mindestdauer ein Jahr.

Eine gelindere Freiheitsstrafe ist die Gefängnisstrafe. Die Höchstdauer derselben ist fünf Jahre, die mindeste ein Tag.

Die Festungshaft ist eine Freiheitsstrafe, welche in gewisser Hinsicht als eine Bevorzugung erscheint. Sie wird nicht bei entehrenden Verbrechen angewandt, sondern bei politischen Verbrechen, und beim Zweikampfe. Sie ist entweder eine lebenslängliche oder eine zeitige, in letz-

terem Fall ist ihre Höchstdauer 15 Jahre, die mindeste ein Tag.

Die leichteste Freiheitsstrafe ist die Haft; ihre Mindestdauer ist ein Tag, ihre Höchstdauer sechs Wochen.

Die Geldstrafe beträgt bei Verbrechen und Vergehen mindestens 3 Mark und höchstens 10 000 Mark, bei Übertretungen mindestens 1 Mark und höchstens 150 Mark. Bei einem Verbrechen oder Vergehen, das auf Gewinn sucht beruht, kann die Geldstrafe auf 100 000 Mark erhöht werden.

Neben der Todes- und Zuchthausstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, unter besonderen Bedingungen auch bei der Gefängnisstrafe.

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Verurteilten hervorgegangenen Rechte, und den dauernden Verlust der öffentlichen Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Neben einer Freiheitsstrafe kann in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen auf die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Durch ein solches Urteil erhält die höhere Landespolizeibehörde die Befugnis, nach Anhörung der Gefängnisverwaltung den Verurteilten auf die Dauer von höchstens 5 Jahren unter Polizeiaufsicht zu stellen.

Eine Straftat kann jedoch nur dann mit Strafe belegt werden, wenn der Täter hinlänglich freien Willen und genügende Einsicht in seine Handlung hat. Ein unmündiges Kind hat im allgemeinen noch keinen Begriff von Recht und Unrecht. Darum kann nach dem deutschen Strafgesetz jemand, der das 14. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, nicht strafrechtlich verfolgt werden. Auch das jugendliche Alter vom 14. bis 18. Lebensjahre gilt noch als Strafmilderungsgrund. Eine Bestrafung in diesem Alter ist nur dann möglich, wenn nach der geistigen und sittlichen Entwicklung des Täters anzunehmen ist, daß er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Kenntnis besessen hat. Vollständig straflos sind Handlungen, wenn der Täter zur Zeit der Handlung bewußtlos oder geisteskrank war; wenn er durch unwiderstehliche Gewalt oder Drohung gegen ihn oder Angehörige, durch Notwehr oder einen unverschuldeten, unabwendbaren Notstand zu der Tat genötigt wurde. Auch ununterrichtete Taubstumme können nicht verurteilt werden. Ferner gibt es eine Reihe von strafbaren Handlungen, welche über-

haupt nur dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn die Bestrafung durch gewisse, dazu berechnigte Personen beantragt wird. Diese Handlungen heißen Antragsfälle. Zu diesen Antragsfällen gehören u. a. namentlich: Hausfriedensbruch, Ehebruch, Verführung, Beleidigung, leichte und fahrlässige Körperverletzung, Betrug Angehöriger, mancherlei strafbarer Eigennutz, insbesondere Verletzung fremder Geheimnisse und anderes.

Die Zurücknahme des Strafantrags ist nur in den gesetzlich besonders vorgesehenen Fällen und nur bis zur Verkündigung eines auf Strafe lautenden Urteils zulässig. Es ist auch z. B. die Zurücknahme des Strafantrags wegen Verletzung des Briefgeheimnisses nicht möglich, bei Körperverletzung und Sachbeschädigung nur dann, wenn der Täter ein naher Verwandter ist.

Ausgeschlossen wird die Strafverfolgung durch Verjährung. Die Strafverfolgung der schwersten Verbrechen verjährt erst in 20 Jahren, bei leichteren Verbrechen in 15 und 10 Jahren, bei Vergehen in 5 und 3 Jahren, bei Übertretungen in 3 Monaten. Die Verjährung wird aber unterbrochen durch jede Handlung des Richters, welche gegen den Täter gerichtet ist.

Bestraft wird aber nicht nur das vollendete Verbrechen, sondern auch der Versuch, eine strafbare Handlung zu begehen. Jedoch ist nicht immer der Versuch strafbar. Ein versuchtes Verbrechen ist immer strafbar, das versuchte Vergehen jedoch nur dann, wenn es im Gesetz besonders bemerkt ist. Das versuchte Verbrechen oder Vergehen wird milder bestraft als das vollendete. Die Strafe kann bis auf $\frac{1}{4}$ der Mindestdauer derjenigen Strafe, die auf das vollendete Verbrechen oder Vergehen gesetzt ist, ermäßigt werden.

Der Versuch bleibt straflos, wenn der Täter die Ausführung freiwillig aufgegeben hat, oder wenn er den Erfolg der Tat noch vor Entdeckung derselben abgewendet hat.

Unter Teilnehmer versteht das Gesetz den Mitäter, Anstifter und Gehilfen. Wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, wird jeder als Täter bestraft. Als Anstifter wird bestraft, wer einen anderen vorsätzlich zu einer von demselben wirklich begangenen strafbaren Handlung bestimmt hat; und zwar wird er so bestraft, als wenn er die Handlung selbst begangen hätte. Die bloße Hilfeleistung mit Rat oder Tat wird milder bestraft.

Jede strafbare Handlung verletzt irgendwelche menschliche Güter: geistige, körperliche oder sachliche Güter. Die Verletzung dieser Güter kann durch eine bloße Fahrlässigkeit geschehen; bei den meisten strafbaren Handlungen liegt aber die böse Absicht vor. Es kann ferner die Verschuldung des Täters nicht nur darin liegen, daß er eine wirkliche That begeht, sondern auch darin, daß er eine Handlung unterläßt, zu welcher er als Mensch und Staatsbürger verpflichtet wäre.

Es würde zu weit führen und den Zweck dieses Buches überschreiten, wenn auf die einzelnen strafbaren Handlungen näher eingegangen würde. Es seien nur die erwähnt, die am häufigsten vorkommen.

Diebstahl liegt vor, wenn jemand einem anderen eine fremde bewegliche Sache in der Absicht, sich dieselbe rechtswidrig anzueignen, fortnimmt. Die Unterschlagung unterscheidet sich vom Diebstahl dadurch, daß der Täter die Sache, die er sich rechtswidrig aneignet, im Besitz hat. Einer Unterschlagung macht sich z. B. der schuldig, der eine Sache findet, aber nicht der Polizeiverwaltung den Fund anzeigt. **Raub** ist Diebstahl unter Anwendung von Gewalt gegen eine Person. Als **Fehler** bezeichnet man den, der seines Vorteils wegen Sachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt sind, ankauft, verheimlicht, zum Pfande nimmt oder sonst an sich bringt oder zu deren Absatz bei anderen mitwirkt. **Betrug** begeht der, der in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch schädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher, oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält. Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen, oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienste oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, macht sich des **Hausfriedensbruchs** schuldig. **Urkundenfälschung** ist die Verfälschung echter oder Anfertigung unechter öffentlicher und solcher Privaturkunden, die zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit sind, um davon Gebrauch zu machen. Des **Meineides** macht sich der schuldig, welcher vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde wissentlich

ein falsches Zeugnis oder ein falsches Gutachten mit einem Eide bekräftigt oder den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugnis oder ein falsches Gutachten verletzt.

Bei der Staatsanwaltschaft des Geburtsortes jedes einzelnen Menschen ist ein sogen. **Strafregister** eingerichtet. In dieses werden fortlaufend alle von den Strafvollstreckungsbehörden mitgeteilten Verurteilungen eingezeichnet. Begeht nun irgendein Mensch eine Straftat, so wird vom Strafregisterführer auf Ersuchen der Anklagebehörde ein sogen. Vorstrafenverzeichnis ausgestellt, welches dem Strafrichter als Unterlage für das zu fällende Urteil dient. Dem Strafregister werden nur die Verurteilungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens mitgeteilt. Dagegen sind die mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mark bedrohten strafbaren Handlungen, bis auf ganz wenige Ausnahmen (z. B. sind auch die Finanzämter verpflichtet, Bestrafungen wegen Steuervergehen dem Strafregister mitzuteilen), nicht registerpflichtig. Wer solche Strafen erhalten hat, gilt nicht als Vorbestrafter im Sinne des Gesetzes. Die Strafe im Strafregister bleibt nicht auf Lebenszeit notiert, sie wird bei weiterhin straffreier Führung des Verurteilten nach einer Reihe von Jahren (bei Verurteilungen wegen leichterer Delikte nach 5 Jahren, im Durchschnitt nach 10 Jahren) gelöscht.

Dritter Abschnitt: Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Erwerb und Verlust des Staatsbürgerrechtes und sein Inhalt.

Bürger des Deutschen Reiches ist nur, wer in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erworben hat.

Die Staatsangehörigkeit wird begründet:

1. Durch **Abstammung**. Die im Auslande geborenen ehelichen Kinder erwerben die Staatsangehörigkeit des Vaters.

2. Durch **Legitimation**. Das legitimierte Kind erwirbt die Staatsangehörigkeit des Vaters.

3. Durch **Verheiratung** mit einem deutschen Staatsangehörigen.

4. Durch **Aufnahme**. Wenn ein Deutscher die Staatsangehörigkeit in einem andern Bundesstaate, als dem er bisher angehörte, erwerben will.

5. Durch **Naturalisation** (bei einem Ausländer).

Die Staatsangehörigkeit geht verloren:

1. Durch Legitimation eines unehelichen Kindes, wenn der Vater nicht Deutscher ist.
2. Durch Verheiratung mit einem Nichtdeutschen.
3. Durch Entlassung auf Antrag.
4. Durch Nichtgebrauch, wenn ein Deutscher sich mehrere Jahre im Ausland aufhält.

Das Staatsbürgerrecht enthält zunächst das Wahlrecht zum Reichstag und Landtag. Ferner das Petitionsrecht, d. h. das Recht, Bittgesuche an zuständige Behörden oder an die Volksvertretung zu richten; persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung (nur in gesetzlich bestimmten Fällen ist Eindringen in die Wohnung und Hausdurchsuchung gestattet), Freiheit des religiösen Bekenntnisses, Freiheit der Wissenschaft und Lehre, das Recht der freien Meinungsäußerung, Freiheit der Auswanderung, Pressefreiheit, Wahrung des Briefgeheimnisses, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

*

Einzelne Rechte des Staatsbürgers.

Nach der Reichsverfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetz gleich. Öffentlich rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufgehoben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur geführt werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade wie Doktor, Professor und andere sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht mehr verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen. Als einziger Orden wird seit 1925 wieder die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb des Reiches seinen Wohnsitz frei zu wählen, wenn er nicht polizeilich oder wegen Minderjährigkeit oder Geschäftsunfähigkeit in der Wahl seines Wohnsitzes beschränkt ist.

Er darf an jedem Orte Grundeigentum erwerben und Gewerbe aller Art betreiben unter denselben Bestimmungen wie Einheimische. Eine Gemeinde kann einen neu Zuziehenden nur dann abweisen, wenn nachgewiesen werden kann, daß er nicht hinreichend Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen. Die Besorgnis vor künftiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung.

Die Freiheit der **Auswanderung** darf vom Staate nicht beschränkt werden. Als Beratungsstelle für Auswanderer besteht das Reichswanderungsamt.

Kein **Paßvisum** ist erforderlich zur Einreise nach Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Holland, England, Luxemburg, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Portugal. Für die Einwanderung in überseeische Länder ist in den meisten Fällen neben dem Paßvisum Nachweis einer Anstellung, oder Zeugnisse von Handelskammern, oder Besitz ausreichender Geldmittel Voraussetzung. Auskünfte darüber erteilen die Reisebüros. Für die Einwanderung nach Amerika ist Antrag an das amerikanische Konsulat zu stellen, das für den Wohnort zuständig ist. Den Paß stellt die Polizei des Heimatsorts, das Visum der amerikanische Konsul nach Untersuchung des Antragstellers durch amerikanischen Regierungsarzt, aus. Die Kosten der Überfahrt betragen 3. Klasse 500 Mk. von jedem europäischen Hafen aus. Bei der Ankunft muß der Einwanderer mindestens 25 Dollar aufweisen können.

*

Vereins- und Versammlungsrecht.

Alle Reichsangehörigen haben das Recht, sich in Vereinen zusammenzuschließen zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen.

Jeder Verein, der auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand muß binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der zuständigen Polizeibehörde einreichen. Vereine können Rechtsfähigkeit erlangen durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts.

Alle Deutschen haben auch das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis zu versammeln. Niemand darf aber in einer öffentlichen Versammlung oder in einem öffentlichen Aufzuge bewaffnet erscheinen. Auch Versammlungen unter freiem Himmel sind nicht mehr anmeldspflichtig; sie können nur verboten werden, falls durch sie eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Jede öffentliche politische Versammlung muß einen Leiter haben, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat.

Beauftragte, die die Polizei in eine öffentliche Versammlung entsendet, haben sich unter Rundgebung ihrer

Eigenschaft dem Leiter oder Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Aus bestimmten Gründen können die Beauftragten der Polizei die Versammlung auflösen.

Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen keinem politischen Verein angehören und dürfen in politischen Versammlungen nicht anwesend sein.

*

Die Grundpflichten des Staatsbürgers.

Die Hauptpflichten, die die Verfassung dem Staatsbürger auferlegt, sind mehr ethische als rechtliche Grundsätze, aus denen sich rechtswirksame Folgen ergeben. Nach der Verfassung hat jeder Deutsche die Pflicht zu arbeiten, den Besizenden ist die Verpflichtung auferlegt, ihr Eigentum so zu verwenden, daß es gleichzeitig dem allgemeinen Besten dient. Jeder Deutsche hat ferner nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten, er ist ferner verpflichtet, persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten. Als Ehrenämter sind u. a. zu betrachten: Schöffensamt und Vormundschaft; persönliche Leistungen sind etwa: polizeiliche Hilfeleistung, Nothilfe bei Unglücksfällen, Nothstandsarbeiten. Schließlich haben alle Staatsbürger ohne Unterschied die Pflicht, im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten beizutragen (Steuerpflicht).

Kapitel 13: Die Wehrmacht.

Nach der Verfassung ist die Verteidigung des Reiches ausschließlich Reichssache. Den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte führt der Reichspräsident. Seine Anordnungen bedürfen aber der Gegenzeichnung durch den Reichswehrminister oder den Reichskanzler. Der Reichswehrminister übt die Befehlsgewalt über die ganze Wehrmacht (Armee und Marine) unter dem Reichspräsidenten aus. Dem Minister unterstehen: An der Spitze des Reichsheeres ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Marine ein Admiral als Chef der Marineleitung.

Die bisher in Deutschland bestandene allgemeine Wehrpflicht, welche vom 17. bis 45. Lebensjahre dauerte, ist durch den Friedensvertrag von Versailles vom 18. Juni 1919 verboten. Nach diesem darf die Gesamtstärke des deutschen

Heeres nicht mehr als 100 000 Mann betragen, wobei 4000 Offiziere eingerechnet sind. Dazu kommen 300 Sanitäts- und 200 Veterinär-offiziere. Die Mannschaften müssen sich zu 12- und die Offiziere zu 25jährigem Dienst verpflichten. Die Ausbildung von sogen. Zeitfreiwilligen ist verboten. Über die militärische Ausrüstung, Ausbildung, Bewaffnung und Munition sind genaue Vorschriften gegeben. Kampfflugzeuge und Tanks dürfen nur in Gestalt von Ultrappen verwendet werden.

Die Ergänzung des Heeres erfolgt durch Anwerbung Freiwilliger. Werbestellen sind die Truppenteile, allgemeine Einstellungstage der 1. April und der 1. Oktober.

Die staatsbürgerliche Freiheit der Soldaten ist insoweit beschränkt, als die militärische Ordnung es erfordert. Die Soldaten dürfen sich weder politisch betätigen, noch politischen Vereinigungen angehören; sie dürfen nicht an politischen Versammlungen teilnehmen. An den öffentlichen Wahlen beteiligen sich weder Mannschaften noch Offiziere, wohl aber die Militärbeamten.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine unterliegen besonderen Strafbestimmungen, die im Militärstrafgesetzbuch zusammengefaßt sind. Die Aburteilung erfolgt in Friedenszeiten durch die bürgerlichen Gerichte, ausgenommen an Bord.

An der Spitze des Heeres steht der Chef der Heeresleitung. Ihm sind unmittelbar unterstellt: Gruppenkommando 1 in Berlin, Gruppenkommando 2 in Kassel und Wehrkreiskommando 7 in München.

Gruppenkommando 1 in Berlin umfaßt die Wehrkreis-kommandos:

- 1 Königsberg: 1. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 1—3);
 - 2 Stettin: 2. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 4—6);
 - 3 Berlin: 3. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 7—9);
 - 4 Dresden: 4. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 10—12)
- sowie die Kav.-Div. 1 Frankfurt a. O. und 2 Breslau.

Gruppenkommando 2 in Kassel umfaßt die Wehrkreis-kommandos:

- 5 Stuttgart: 5. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 13—15);
 - 6 Münster: 6. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 16—18)
- sowie die Kavallerie-Division 3 in Kassel.

Das Wehrkreiskommando 7 in München umfaßt die 7. Inf.-Divis. (Inf.-Regt. 19—21) und Reiter-Regt. 17.

Die Divisionen gliedern sich in folgende Truppenkörper: 21 Infanterie-Regimenter, 18 Reiter-Regimenter, 7 Artillerie-Regimenter, 7 Pionierbataillone, 7 Nachrichten-

Abteilungen, 7 Kraftfahr-Abteilungen, 7 Fahr-Abteilungen, 7 Sanitäts-Abteilungen.

An der Spitze eines jeden Wehrkreises steht der Kommandeur der Infanterie-Division als Befehlshaber. An der Spitze der Gruppenkommandos stehen Generäle als Oberbefehlshaber.

Auch die deutsche Seemacht ist durch den Versailler Vertrag sehr stark eingeschränkt. Die Gesamtstärke darf 15 000 Mann nicht übersteigen, wobei 1500 Offiziere eingerechnet sind. Auch ist vorgeschrieben, welche Menge und welche Art Schiffe gehalten werden dürfen. Gestattet sind nur sechs kleine Linienfahrer, sechs kleine Kreuzer, zwölf Zerstörer und zwölf Torpedoboote, Unterseeboote überhaupt nicht.

Hauptliegeplätzen für die gesamten Seestreitkräfte ist Wilhelmshaven, für die Streitkräfte der Ostsee Kiel. Kommandanturen sind in Pillau, Swinemünde, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Borkum stationiert; das Marinearsenal befindet sich in Kiel, die Marinewerft in Wilhelmshaven.

Kapitel 14: Die Verwaltung.

Erster Abschnitt: Die Behörden und Organe der Selbstverwaltung.

An der Spitze der Reichsverwaltung steht die Reichsregierung. Die obersten Verwaltungsbehörden des Reiches sind die folgenden Reichsministerien, von denen jedes unter der Leitung eines dem Reichstag verantwortlichen Ministers steht:

1. Das Reichsministerium des Auswärtigen (Auswärtiges Amt). Ihm obliegt die Pflege der Beziehungen zu den ausländischen Staaten, die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehr mit den Gesandten oder Konsuln der fremden Staaten.
2. Das Reichsministerium des Innern. Es hat alle Angelegenheiten der inneren Politik und Verwaltung zu bearbeiten, die nicht besonderen Ministerien zugewiesen sind.
3. Das Reichsfinanzministerium. Dieses Ministerium hat den Haushaltsplan des Reiches aufzustellen und seine Innehaltung zu überwachen. Ihm fällt zu die Ausführung des Friedensvertrages, die Verwaltung

von Steuern und Zöllen sowie die Regelung der Staatsfinanzen.

4. Das Reichswirtschaftsministerium. Es ist nach dem Kriege neu geschaffen und hat wirtschafts-politische Angelegenheiten z. B. des Handels, Handwerks und Mittelstandes zu erledigen.

5. Das Reichsarbeitsministerium. Es erledigt die Aufgaben des Reiches auf dem Gebiete des Rechts, des Schutzes und der Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung. Ihm obliegt weiter das Wohnungs- und Siedlungswesen und die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

6. Das Reichsjustizministerium. Seine Aufgabe ist die Rechtspflege und der Rechtsschutz.

7. Das Reichswehrministerium. Alle Angelegenheiten der Heeres- und Marineleitung fallen ihm zu.

8. Das Reichspostministerium. Post-, Telegraphen-, Fernsprechverwaltung und Funkwesen sind ihm unterstellt.

9. Das Reichsverkehrsministerium. Es hat die Verwaltung der Wasserstraßen, des Luft- und Kraftfahrwesens. Über die Eisenbahnen, deren Verwaltung durch das Reichsbahngesetz vom 30. August 1924 der „Deutschen Reichsbahn“ übertragen ist, hat es nur noch die Reichsaufsicht.

10. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Es erledigt die Angelegenheiten der Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei.

11. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Ihm obliegen alle Angelegenheiten der besetzten Gebiete.

Außer den Ministerien bestehen noch die folgenden obersten Reichsbehörden, Reichsanstalten und Reichskommissionen:

1. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches zur Überwachung der gesamten Reichshaushaltsführung.

2. Der Reichsschuldenausschuß für die Aufsicht über alle der Reichsschuldenverwaltung übertragenen Geschäfte, die Überwachung der An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der Noten der Reichsbank, die Ausfertigung und Ausgabe der Reichskassenscheine.

3. Die Reichsschuldenverwaltung zur Verwaltung der Reichsschulden.

4. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Träger der Angestelltenversicherung (siehe dort).

5. Die Reichsraionkommission, die endgültig entscheidet über die Beschränkungen, denen die Benutzung des Grundeigentums innerhalb der Rayons der ständigen Befestigungen unterliegt.

6. Der Reichssparkommissar, der im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium den gesamten Haushalt und die Haushaltsführung der einzelnen Ministerien durchzuprüfen und der Reichsregierung Gutachten über das Ergebnis der Prüfung zu erstatten und Vorschläge zu machen hat für Ersparnisse im Haushalt, für Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung.

Die wichtigsten Zentralbehörden in Preußen sind:

1. Das Ministerium des Innern. Es ist die Zentralbehörde für die gesamte innere Verwaltung. Ihm untersteht das Presse- und Versicherungswesen, die Polizei und die Landjägerei.

2. Das Justizministerium. Ihm obliegt die Rechtspflege und die Justizverwaltung.

3. Das Finanzministerium. Zu dessen Ressort gehören die finanziellen Angelegenheiten Preußens, der Haushalt, die Steuern und die Hochbauabteilung.

4. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung. Seine Aufgabe ist die Förderung der Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung.

5. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Es verwaltet alle Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft.

6. Das Ministerium für Handel und Gewerbe. Es ist zuständig für die Angelegenheiten des Handels und Gewerbes und für Schiffs- und Eisenbahnfragen.

7. Das Ministerium für Volkswohlfahrt. Ihm obliegt das Gesundheitswesen, das Wohnungs- und Siedlungswesen, die Jugendwohlfahrt und die soziale Fürsorge.

Des weiteren haben wir als Zentralbehörden den Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten, Disziplinargerichtshof, Oberrechnungskammer des Oberverwaltungsgerichts.

Preußen zerfällt in 12 Provinzen mit 35 Regierungsbezirken. Jede Provinz ist eine in sich geschlossene Abteilung der staatlichen Verwaltung, zugleich aber, wenn

auch unter staatlicher Obergewalt, Selbstverwaltungsorgan mit den Rechten einer juristischen Person (Provinzialverband). Die Aufgaben der Provinz als Selbstverwaltungskörper liegen auf dem Gebiet des Landarmen-, Irren-, Taubstummen-, Idioten- und Blindenwesens einschließlich der Fürsorgeerziehung, des Hebammenwesens, der Feuer- und Invalidenversicherung, der Landesmelioration, des Wegebaues usw. Die Provinz übt die Selbstverwaltung durch den Provinziallandtag, Provinzialausschuß und Landeshauptmann aus. Der Provinziallandtag wird in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl auf vier Jahre gewählt. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Gesamtbevölkerungszahl der Provinz, beträgt aber mindestens 30. Der Provinziallandtag vertritt den Provinzialverband nach außen, stellt die für ihn maßgebenden Verwaltungsgrundsätze auf und wählt die höheren Provinzialbeamten, auch den Landeshauptmann und den Provinzialausschuß, und entsendet Vertreter in den preussischen Staatsrat. Der Provinzialausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und sieben bis dreizehn Mitgliedern und dem Landeshauptmann. Der Provinzialausschuß hat die Beschlüsse des Provinziallandtages vorzubereiten und auszuführen, ferner bestellt er einen Vertreter als Reichsratsmitglied. Die staatliche Verwaltung der Provinz führt der Oberpräsident. Ihm zur Seite steht der Provinzialrat, der aus 6 Mitgliedern und dem Oberpräsidenten als Vorsitzenden besteht. Seine Zustimmung ist erforderlich bei Polizeiverordnungen des Oberpräsidenten. Er entscheidet ferner über Beschwerden gegen Beschlüsse der Bezirksausschüsse.

Die Regierungsbezirke der Provinz Hessen-Nassau sind — ausnahmsweise — nicht nur staatliche Verwaltungsbezirke, sondern auch kommunale Verbände. Deshalb hat die Provinz neben dem Provinziallandtag noch zwei Kommunalparlamente (in Kassel und Wiesbaden).

Die hohenzollern'schen Lande stehen jetzt den Provinzen gleich. An der Spitze steht ein Regierungspräsident mit dem Sitz in Sigmaringen.

Die Stadt Berlin ist aus der Provinz Brandenburg ausgeschieden und zu einem besonderen Verwaltungsbezirk erhoben. Sie ist der Staatsaufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg unterstellt.

An der Spitze eines Regierungsbezirkes steht ein Regierungspräsident, der dem Oberpräsidenten unter-

geordnet ist. Er führt unter Mitwirkung des Bezirksausschusses die Aufsicht über die Kreise und Stadtgemeinden. Dem Bezirksausschuß gehören zwei von der Regierung auf Lebenszeit ernannte und vier vom Provinzialausschuß gewählte Mitglieder an, ferner der Regierungspräsident als Vorsitzender. Er ist Verwaltungsgericht und Beschwerdeinstanz gegen Beschlüsse der Kreis- und Stadtausschüsse und wirkt bei Verwaltungsakten, insbesondere Polizeiverordnungen des Regierungspräsidenten mit.

Der Kreis ist staatlicher Verwaltungsbezirk, außerdem aber hat er, wenn auch unter staatlicher Oberaufsicht, wirtschaftliche Aufgaben selbständig zu lösen. An der Spitze des Kreises steht der Landrat und führt als Organ der Regierung die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung und besonders der Polizeibehörde, und als Vorsitzender des Kreistages und Kreis- und Stadtausschusses die Selbstverwaltung des Kreises. Die Hauptorgane des Kreises sind neben dem Landrat Kreistag und Kreis- und Stadtausschuß. Die Zahl der Mitglieder des Kreistages ist 20—25. Der Kreistag vertritt den Kreisverband, beschließt über die Kreis- und sonstigen Angelegenheiten, die ihm zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen sind (Kreis- und Stadtsparkasse, Kreisanleihen usw.) Den Vorsitz führt der Landrat. Die Beschlüsse des Kreistages werden im Kreis- und Stadtblatt veröffentlicht. Die laufende Kreis- und Stadterwaltung führt der Kreis- und Stadtausschuß, der aus sechs vom Kreistag gewählten Mitgliedern, auch unter Vorsitz des Landrats, besteht. Der Kreis- und Stadtausschuß bildet das Verwaltungsgericht erster Instanz. In den Stadtkreisen tritt an die Stelle des Kreis- und Stadtausschusses der Stadtausschuß, der aus dem Bürgermeister und vier Magistratsmitgliedern besteht.

Als Spitzenvertretung der Landkreise zur Vertretung und Wahrung gemeinsamer Interessen haben sich die Landkreise aller deutschen Länder, mit Ausnahme Badens, zum „Deutschen Landkreistag“ zusammengeschlossen.

Die Gemeinden sind die kleinsten politischen Körperschaften im Staate. Sie sind tätig auf dem Verkehrsgebiet, zum Beispiel durch Schaffung und Erhaltung von Straßen, Errichtung von Verkehrsmitteln (Straßenbahnen, Beleuchtungsanlagen usw.), für das Bildungswesen durch Schulen aller Art, Bibliotheken usw., im Gesundheitswesen durch Anlage von Wasserleitungen, Kanalisationen, Krankenhäusern usw. Ferner obliegt den Gemeinden die Armenpflege. Auf allen Gebieten werden sie jedoch von der Staatsregierung beaufsichtigt.

Was die Verwaltung der Gemeinde anbelangt, so unterscheidet man zwei Systeme: das sogen. preußische und das französische. Das preußische System sieht in der Verwaltung der Stadtgemeinde den Magistrat vor, der aus einem oder auch zwei Bürgermeistern als Vorsitzenden und den Stadträten (in manchen Gegenden auch Schöffen oder Ratsherren genannt) besteht. Nach dem französischen System bildet in der Stadtgemeinde der Bürgermeister allein die Spitze, der in seinem Amt von Beigeordneten unterstützt wird. Das preußische System gilt in Preußen selbst außer für die östlichen Provinzen, in Westfalen, Hannover und Schleswig-Holstein, ferner im Freistaat Sachsen und im größten Teil Bayerns. Das französische System findet sich in der Rheinprovinz, der bayerischen Pfalz und im Freistaat Hessen.

Magistrat und Stadtverordnetenkollegium sind Organe der Stadtverwaltung. Die Übereinstimmung beider ist erforderlich zur Durchführung einer Maßregel bezw. Annahme einer Vorlage. Dem Magistrat obliegt die Vorbereitung und Ausführung sämtlicher Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung. Besondere Kommissionen (Deputationen) bestehen für Verwaltungssachen, die einer ständigen Aufsicht, Kontrolle oder Mitwirkung bedürfen, wie Bauwesen, Gas- und Wasserwerke, Sparkasse usw. Die Mitglieder setzen sich zum kleinen Teil aus Magistratsmitgliedern, zum größeren Teil aus Stadtverordneten oder auch aus sonstigen Bürgern zusammen. Die Ortspolizei in den Städten wird meistens von dem Bürgermeister bezw. Oberbürgermeister ausgeübt.

Die Wahl der Magistratsmitglieder ist in den einzelnen Provinzen und Staaten verschieden. Die besoldeten Magistratsmitglieder (also auch die Bürgermeister bezw. Oberbürgermeister) werden meist auf zwölf Jahre durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Ihre Wahl bedarf der Bestätigung durch die Regierung.

Die Stadtverordnetenwahl erfolgt nach den Vorschriften über die Wahl zum Landtag, Voraussetzung ist allerdings sechsmonatiger Wohnsitz in der Gemeinde. Nicht mehr erforderlich ist, daß die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sind. Der Stadtverordnetenvorsteher führt in der Versammlung den Vorsitz.

Sämtliche deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern haben sich zu einem Verbands, dem „Deutschen Städtetag“, zusammengeschlossen. Dieser Verband hat sich zur Aufgabe gestellt: Förderung der Städte

durch Erfahrungsaustausch, Auskunfterteilung und Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber den Behörden und privaten Mächten. Mehr als 1000 der freis-
angehörigen Städte haben sich zum „Reichs-
städtebund“ zusammengeschlossen, ebenfalls zur Wahr-
ung gemeinsamer Interessen.

In den **Landgemeinden** wird die Verwaltung ausgeübt von dem Gemeindevorsteher, während die Gemeindever-
tretung, die sechs bis achtzehn Mitglieder zählt, be-
schließendes und kontrollierendes Organ ist und den Vor-
steher auf sechs oder zwölf Jahre zu wählen hat.

Die aus mehreren Landgemeinden gebildete Gebietsein-
heit ist in den meisten Provinzen Preußens der **Amtsbezirk**
(in der Rheinprovinz die Bürgermeisterei). An der Spitze
steht unter Aufsicht des Landrats der Amtsvorsteher oder
Amtmann (in einigen Provinzen, wie Rheinland und
Westfalen, Bürgermeister genannt), ihm zur Seite die
Amtsversammlung (in der Rheinprovinz Bürgermeisterei-
versammlung), die aus den Gemeindevorstehern und ge-
wählten Vertretern der einzelnen Gemeinden besteht.

Die auf Grund des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 ein-
geleitete Auflösung der **Gutsbezirke**, die vom Gutsbesitzer
verwaltet wurden, ist im wesentlichen abgeschlossen. Von
11 894 Gutsbezirken bestehen nur noch 573 reine Wasser-
oder Forstgutsbezirke. Die aufgelösten Gutsbezirke wurden
in selbständige Landgemeinden umgewandelt oder einer
Nachbargemeinde angeschlossen.

Die Gesamtvertretung der deutschen Landgemeinden ist
der „**Deutsche Landgemeindenbund**“.

*

Verfassung und Verwaltung der Länder.

In **Preußen** ist Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit
des Volkes bzw. dessen beauftragte Organe. Es äußert
seinen Willen unmittelbar durch Volksabstimmung und
mittelbar durch den Landtag, Staatsrat und das Staats-
ministerium. Der Landtag besteht aus den Abgeordneten
des preußischen Volkes. Die Wahl hierzu erfolgt nach
denselben Grundsätzen wie zum Reichstag, und ebenfalls
auf vier Jahre, jedoch kommt bereits auf 40 000 Stimmen
ein Abgeordneter.

Der **Landtag** beschließt die Landesgesetze, genehmigt
den Haushaltsplan, stellt die Grundsätze für die Verwaltung
der Staatsangelegenheiten auf und überwacht ihre Aus-
führung. Der Landtag ist beschlußfähig bei Anwesenheit

von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl. Zu Verfassungsänderungen ist „doppelte $\frac{2}{3}$ -Mehrheit“ erforderlich, d. h. es müssen $\frac{2}{3}$ der gesetzlichen Mitglieder anwesend sein und von den Anwesenden $\frac{2}{3}$ zustimmen.

Der Staatsrat besteht aus mindestens je 3 Vertretern der einzelnen preussischen Provinzen, die Stadt Berlin ist einer Provinz gleichgestellt. Er vertritt die Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung. Vor Einbringung von Gesetzesvorlagen muß er gutachtlich gehört werden. Er ist berechtigt, Bedenken gegen Vorlagen dem Landtag schriftlich darzulegen. Gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze hat er ein Einspruchsrecht.

Das Staatsministerium besteht aus dem vom Landtag gewählten Ministerpräsidenten und den Staatsministern, welche der Ministerpräsident ernennt. Es beschließt über die an den Landtag zu bringenden Gesetzesvorlagen, vertritt den Staat nach außen, erläßt die Ausführungsverordnungen zu den Gesetzen, ernennt die unmittelbaren Staatsbeamten und übt das *B e g n a d i g u n g s r e c h t* aus. Das wichtigste Recht des Staatsministeriums ist das *N o t v e r o r d n u n g s r e c h t*. Nach diesem Recht kann das Staatsministerium der Verfassung zuwiderlaufende Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, falls es die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erfordert. Jedem Staatsminister kann vom Landtag das Vertrauen entzogen werden. Dazu ist notwendig: ein entsprechender Antrag, der von mindestens 30 Abgeordneten vorgelegt und von der Hälfte sämtlicher Abgeordneten gebilligt wird.

Bayern (am 1. Juli 1920 durch den Anschluß von Sachsen-Coburg vergrößert) ist der zweitgrößte Gliedstaat des Deutschen Reiches. Die Ausübung der Rechte der Staatsgewalt ist dem Landtag übertragen, dem 129 Abgeordnete angehören, die durch allgemeine, gleiche geheime und unmittelbare Wahl auf 4 Jahre gewählt werden. Das vom Landtage bestellte und diesem verantwortliche Gesamtministerium bildet die oberste vollziehende und leitende Behörde des Staates. Es setzt sich wie folgt zusammen: Staatsministerium des Außern, Staatsministerium der Justiz, Staatsministerium des Innern, Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Staatsministerium der Finanzen, Staatsministerium für soziale Fürsorge, Staatsministerium für Landwirtschaft, Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe. Ferner sind anzuführen: Gruppenverwaltung Bayern der deutschen Reichs-

bahn-Gesellschaft und Abteilung München des Reichspostministeriums, an deren Spitze je ein Staatssekretär steht. Sodann hat Bayern allein unter den deutschen Bundesstaaten ein Oberstes Landesgericht als obersten Gerichtshof in bürgerlichen Rechtsachen neben dem Reichsgericht. Bayern ist in 8 Provinzen oder Kreise eingeteilt: 1. Kreis Oberbayern (Sitz der Kreisregierung in München); 2. Kreis Niederbayern (Sitz der Kreisregierung in Landshut); 3. Kreis Pfalz (Sitz der Kreisregierung in Speyer); 4. Kreis Oberpfalz (Sitz der Kreisregierung in Regensburg); 5. Kreis Oberfranken (Sitz der Kreisregierung in Bayreuth); 6. Kreis Mittelfranken (Sitz der Kreisregierung in Ansbach); 7. Kreis Unterfranken (Sitz der Kreisregierung in Würzburg); 8. Kreis Schwaben (Sitz der Kreisregierung in Augsburg). Die oberste Verwaltungsbehörde in einem Kreise ist die Kreisregierung; die Vertretung der Kreisgemeinde ist der Kreistag. Insgesamt hat Bayern 8024 selbständige politische Gemeinden, darunter 58 freisunmittelbare Städte, 182 mittelbare Städte im rechtsrheinischen Bayern und 20 Städte in der Pfalz, 408 Marktgemeinden und 7536 Landgemeinden. Die Zahl der Bezirksämter beträgt 162. — Landesfarben: weiß-blau.

Württemberg ist freier Volksstaat seit November 1918. Die Staatsleitung ist dem Staatsministerium übertragen mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze, der die Amtsbezeichnung „Staatspräsident“ führt. Außerdem bestehen 5 Ministerien. Der Landtag, aus 80 vom Volke in allgemeiner, geheimer Wahl auf 4 Jahre gewählten Abgeordneten bestehend, gibt Gesetze, bestellt die Staatsleitung und überwacht den Vollzug der Gesetze. Das Land ist in 4 Kreise (Neckar-, Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis) eingeteilt, deren unterster staatlicher Verwaltungsbezirk (Oberamt) unter einem Oberamtmann steht. — Landesfarben: schwarz-rot. Hauptstadt: Stuttgart.

Baden ist demokratische Republik seit 14. November 1918. Der Landtag, bestehend aus 86 Abgeordneten, hat gesetzgebende und vollziehende Gewalt. Das Staatsministerium besteht aus den Ministern (4), die vom Landtage in öffentlicher Sitzung gewählt werden. Aus den Ministern ernennt der Landtag alljährlich den Präsidenten, der die Amtsbezeichnung „Staatspräsident“ führt. Baden ist eingeteilt in 4 Verwaltungsbezirke, an deren Spitze je ein Landeskommissar steht. Die Bezirke sind in Kreise und diese in Amtsbezirke eingeteilt. — Landesfarben: gelb-rot. Hauptstadt: Karlsruhe.

Sachsen (das frühere Königreich Sachsen) ist Freistaat seit 8. November 1918. Der Landtag besteht aus dem vom Volke in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Verhältniswahl gewählten 96 Abgeordneten. Die oberste Staatsbehörde ist das Gesamtministerium, gegliedert in 7 Ministerien. Sachsen zählt 5 Kreishauptmannschaften (Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Zwickau), und 27 Amtshauptmannschaften. Die Kreishauptmannschaften unterstehen einem Kreishauptmann, die Amtshauptmannschaften einem Amtshauptmann. — Landesfarben: weiß-grün. Hauptstadt: Dresden.

Der Freistaat **Thüringen** (Verfassung vom 11. 3. 1921) besteht aus den früheren Freistaaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Die gesetzgebende Gewalt übt der Landtag aus, der aus 52 Abgeordneten besteht und auf 3 Jahre gewählt wird. Er bestellt und überwacht die Landesregierung, an deren Spitze das Staatsministerium steht, das sich in 5 Ministerien gliedert. Die Regierungen der früheren thüringischen Freistaaten und ihre Volksvertretungen sind aufgelöst. Das Land hat an Verwaltungsbezirken aufzuweisen: 10 Stadt- und 16 Landkreise. — Landesfarben: weiß-rot. Hauptstadt: Weimar.

Hessen ist Republik seit 10. November 1918. Die Staatsleitung ist dem Gesamt-Ministerium (3 Ministerien) übertragen worden. Der Landtag besteht aus 70 Abgeordneten. Das Land ist in 3 Verwaltungsbezirke (Provinzen) eingeteilt: Starkenburg, Oberhessen, Rheinhessen. Jede Provinz steht unter einem Provinzialdirektor. Die Provinzen sind in Kreise (Kreisämter) eingeteilt, an deren Spitze ein Kreisrat steht. Selbstverwaltungskörperschaften sind der Gemeinderat in den Landgemeinden, die Stadtverordneten in den Stadtgemeinden, Kreistag und Kreisausschuß in den Kreisämtern, Provinziallandtag und Provinzialausschuß. — Landesfarben: rot-weiß. Hauptstadt: Darmstadt.

Mecklenburg-Schwerin. Freistaat seit November 1918. Die Regierung wird vom Landtag gewählt und besteht zurzeit aus 3 Mitgliedern. Der Landtag zählt 64 Abgeordnete. — Landesfarben: blau-gelb-rot. Hauptstadt: Schwerin.

Mecklenburg-Strelitz. Freistaat seit November 1918. Dem Landtage gehören 35 Abgeordnete an. Das Ministerium besteht aus 3 Mitgliedern. — Landesfarben: blau-gelb-rot. Hauptstadt: Neu-Strelitz.

Oldenburg. Freistaat seit November 1918. Das Ministerium besteht aus 4 Mitgliedern. Der Landtag zählt 40 Abgeordnete, die auf 3 Jahre gewählt werden. — Landesfarben: blau=rot. Hauptstadt: Oldenburg.

Braunschweig. Freistaat seit November 1918. Die Regierung wird vom Landtag gewählt, dem 48 Abgeordnete angehören. Das Ministerium besteht aus 4 Mitgliedern. — Landesfarben: blau=gelb. Hauptstadt: Braunschweig.

Anhalt. Freistaat seit November 1918. Die Verwaltung des Landes liegt in den Händen des aus 3 Mitgliedern bestehenden Staatsrates mit einem Präsidenten an der Spitze. Dem Landtage gehören 36 Abgeordnete an. — Landesfarben: rot=grün=weiß. Hauptstadt: Dessau.

Lippe. Republik seit November 1918. Dem Landtage gehören 21 Abgeordnete an. Die Verwaltung des Landes führt das Landespräsidium, das aus 3 Mitgliedern besteht. — Landesfarben: gelb=rot. Hauptstadt: Detmold.

Schaumburg-Lippe. Republik seit November 1918. Der Landtag besteht aus 15 Abgeordneten. — Landesfarben: weiß=rot=blau. Hauptstadt: Bückeburg.

Hamburg. Freie und Hansestadt. Die Regierung bildet der aus 15 Mitgliedern bestehende Senat, welcher von der „Bürgerschaft“ gewählt wird. Die „Bürgerschaft“ besteht aus 160 Abgeordneten, gewählt vom hamburgischen Volk. Der Senat wählt aus seiner Mitte heraus alljährlich zwei Bürgermeister, von denen der erste Bürgermeister den Titel „Präsident“ führt. — Landesfarben: weiß=rot.

Bremen. Freie Hansestadt. Die Staatsgewalt wird von der „Bürgerschaft“ ausgeübt, bestehend aus 120 vom Volke gewählten Mitgliedern. Die „Bürgerschaft“ wählt den aus 12 Mitgliedern bestehenden Senat; letzterer aus seiner Mitte zwei Bürgermeister. Von diesen ist einer in jährlichem Wechsel Senatspräsident. — Landesfarben: rot=weiß.

Lübeck. Freie und Hansestadt. Die Regierung liegt in den Händen des Senats. Dieser besteht aus 12 Mitgliedern, die von der „Bürgerschaft“ gewählt werden. Der Senat wählt aus seiner Mitte den Präsidenten. Die „Bürgerschaft“ besteht aus 80 Mitgliedern. — Landesfarben: weiß=rot.

*

Flächeninhalt und Bevölkerungszahl*)
der einzelnen zum Deutschen Reiche gehörenden Länder.

Preußen	292 755 qkm	38 261 908 Einw.
Bayern	75 996 „	7 379 594 „
Sachsen	14 993 „	4 992 320 „
Württemberg	19 508 „	2 580 235 „
Baden	15 071 „	2 312 462 „
Thüringen	11 724 „	1 609 300 „
Hessen	7 693 „	1 347 279 „
Hamburg	415 „	1 152 523 „
Mecklenburg-Schwerin	13 127 „	674 045 „
Oldenburg	6 424 „	545 172 „
Braunschweig	3 672 „	501 875 „
Anhalt	2 299 „	351 045 „
Bremen	256 „	338 846 „
Lippe	1 215 „	163 648 „
Lübeck	298 „	127 971 „
Mecklenburg-Strelitz	2 930 „	110 269 „
Schaumburg-Lippe	340 „	48 046 „
Deutsches Reich**)	468 716 „	62 592 575 „

*) Nach der Volkszählung von 1925. **) Ohne Saargebiet.

*

Zweiter Abschnitt: Die Polizei.

Unter Polizei versteht man im allgemeinen die Tätigkeit der Staatsregierung, welche sich den Sicherheitsmaßnahmen zur Abwehr von allen den Staat, die Gesellschaft oder den Einzelnen drohenden Gefahren widmet. Man kann unterscheiden zwischen Sicherheits-, Verwaltungs- und Wohlfahrtspolizei. Im engeren Sinne pflegt man unter Polizei die Sicherheitspolizei zu verstehen.

Wie vielseitig die Aufgaben der Polizei sind, ergibt sich am besten daraus, daß z. B. in Preußen fast alle Ministerien Zentralinstanzen für die in ihr Ressort fallenden Angelegenheiten der Polizei sind. Es gibt u. a. eine Wege-, Wasser-, Hafen-, Strom-, Schifffahrts-, Fischerei-, Feld-, Forst-, Jagd-, Gesundheits-, Armen-, Gewerbe-, Bau-, Feuer-, Unfall-, Fremden-, Markt-, Paß-, Kriminal-, Ordnungs-, Sicherheits- und Schutzpolizei.

In Preußen steht an der Spitze der gesamten Polizei der Minister des Innern. Ihm unterstehen die Landespolizeibehörden, die Regierungspräsidenten und diesen die Ortspolizeibehörden. In Städten ist im allgemeinen der Bürgermeister Inhaber der Polizeigewalt. Die Aufsicht über die Handhabung der Polizei hat in Städten unter 10 000 Einwohnern der Landrat und über 10 000 der Regierungspräsident. Auf dem Lande wird in der Regel die Ortspolizei ausgeübt durch den Amtmann. Ausführende Organe der Polizei sind Gemeindepolizeibeamte, Landjäger und Schutzpolizei.

In neuerer Zeit besteht in mehreren größeren Städten außer der kommunalen Polizei die staatliche Polizei. Diese ist unmittelbar dem Ministerium des Innern unterstellt.

Die Polizei sorgt als **Sicherheitspolizei** für den Schutz der Person und des Eigentums gegen verschiedenerlei Gefahren. Sie sucht Schäden abzuwehren ehe sie eintreten, dann aber auch sie abzuschwächen, wenn sie wirklich eintreten. Sie überwacht das Paß- und Meldewesen, Vereine, Versammlungen und Presse.

Die Sorge für die Sicherheit wird in erster Linie ausgeübt durch einen öffentlichen Wachtdienst, also durch **Sicherheitsmannschaft** oder **Landjäger**. Schon das Bestehen einer solchen Mannschaft, ihre Disziplin und Ordnung, trägt ungemein viel zur Erhaltung der allgemeinen Ordnung bei. Verstärkt wird diese Wirkung durch einen gut eingerichteten Wach- und Streisdienst. Also durch Überwachung verdächtiger Örtlichkeiten und Personen; durch Aufsicht bei Gelegenheiten, welche für schädliche Zufälle oder für gesetzwidrige Handlungen Spielraum bieten.

Der gerichtlichen oder **Kriminalpolizei** obliegt die Ermittlung von Spuren des Verbrechens, Sicherung der Beweise, Ermittlung und Ergreifung des Täters. Sie übt die Polizeiaufsicht über bestrafte Personen aus und führt die Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet durch. Bei der Ermittlung strafbarer Handlungen steht sie unter der Leitung der Staatsanwaltschaft. Die Kriminalpolizei kann Durchsuchungen und Beschlagnahmen vornehmen und zur vorläufigen Festnahme schreiten. Eine Abart der Kriminalpolizei ist die **politische Polizei**, die dem Schutz des Staates gegen politische Umtriebe dient.

Die Sicherheitspolizei hat noch andere bestimmte Gebiete, auf welchen sie eine besondere Tätigkeit entfaltet und hierzu oft auch ein besonderes Personal hat. Zu erwähnen ist da besonders die Straßen- und Wegepolizei, welche dafür sorgt, daß die öffentlichen Wege in ordnungsmäßiger Weise benützt werden, daß das Straßensfuhrwerk nicht die Sicherheit gefährdet. Die Baupolizei hat dafür zu sorgen, daß die Bauten hinreichend sicher gegen Einsturz und Feuergefährdung sind, daß an gefährlichen Stellen Sicherheitsvorrichtungen angebracht werden, daß durch Baulichkeiten der Verkehr nicht gestört, das Schönheitsgefühl nicht verletzt und die Gesundheit der In- und Anwohner nicht gefährdet werde. Die Baupolizei muß zu diesem Zwecke in den Händen von technisch gebildeten Beamten liegen. Die oberste Instanz der Baupolizei ist der Wohlfahrtsminister. Unter diesem sind die Regierungspräsidenten mit Hilfe von Baubeamten, die Landräte und die Gemeinden als Baupolizei tätig.

Die Feuerpolizei verbietet gewisse feuergefährliche Handlungen und Vorrichtungen oder läßt sie nur unter besonderen Vorsichtsmaßregeln zu.

Die Forstpolizei, die gegen Wild- und Holzfrevler sichern soll, ist den Forstbeamten übertragen. Die Feldpolizei wird durch Einrichtung eines geeigneten Flurschutzes ausgeübt und ist Sache der Landgemeinden.

Die Armenpolizei bekämpft die Bettellei und das Landstreicherwesen. Sie sorgt für die Unterbringung von Obdachlosen, die eigentlich schon unter das Fürsorgewesen fällt. (Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Febr. 1924.)

Die Gesundheitspolizei wacht über die Volksgesundheit. Sie sorgt dafür, daß verdorbene oder verfälschte Lebensmittel nicht verkauft werden dürfen. Die Leichenbestattung und im Zusammenhang mit ihr die Begräbnisplätze unterliegen aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls der polizeilichen Aufsicht. Eine wichtige polizeiliche Maßregel ist die Leichenschau. Sie soll die Beerdigung Scheintoter verhüten und ansteckende Krankheiten und gewaltsame Todesfälle zur Kenntnis der Behörden bringen. Eine weitere Aufgabe der Polizei besteht darin, Maßregeln gegen ansteckende Krankheiten zu treffen. Die Verbreitung solcher Krankheiten kann nur durch eine Beschränkung des Verkehrs gehindert werden. Dazu ist nötig, daß alle ansteckenden Krankheitsfälle angezeigt werden und daß die davon betroffenen Personen entweder in Spitäler gebracht oder wenigstens für die Dauer ihrer Krankheit vom Ver-

kehr abgeschlossen werden, sowie daß Gegenstände, welche Krankheiten verbreiten können, unschädlich gemacht werden. Eine allgemein bekannte Polizeimaßregel dieser Art ist auch die Pflicht der Impfung gegen die Pocken (Blattern). Diese Maßregel dient dazu, um Krankheitsfällen vorzubeugen. Oberste Gesundheitsbehörde ist im Reich das Reichsgesundheitsamt und in Preußen der Wohlfahrtsminister; letzterem unterstehen die Regierungspräsidenten, Landräte, Kreisärzte und die Ortspolizeibehörden.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient sich die Polizei der Polizeiverordnungen und der Polizeiverfügungen. Die Polizeiverordnungen stellen sich als Anordnungen allgemeinen Inhalts dar. Z. B.: Es sind bei 5 Mark Strafe alle Ofenklappen zu beseitigen. Die Polizeiverfügung dagegen ist eine Spezialvorschrift an einen einzelnen, die auch nur ihm allein bekanntzugeben ist. Sie verlangt ein Tun oder Unterlassen. Beispiel: Der Brunnen des Hauses Nr. 15 ist zuzuschütten. Die Polizeiverfügungen können durch Klage oder Beschwerde im Verwaltungs- bzw. Verwaltungstreitverfahren angefochten werden. Gegen die Polizeiverordnung gibt es kein Rechtsmittel. Verstöße gegen sie ziehen Bestrafung nach sich.

Durch Beschluß vom 23. Januar 1929 hat der preussische Innenminister verfügt, daß alle Polizeiverordnungen (mit Ausnahme der Strom- und Hafenpolizeiverordnungen), die vor dem Jahre 1890 erlassen worden sind, vom 1. Mai 1929 an außer Kraft zu setzen sind.

Die **sittenpolizeiliche Aufsicht** über Personen, die gewerbmäßig der Unzucht nachgehen, ist aufgehoben durch das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das am 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist. Das Schwergewicht der neuen gesetzlichen Bestimmungen liegt nicht mehr in Verbots- und Strafvorschriften, sondern in Verwaltungsbestimmungen. Alle Infektionsträger von Geschlechtskrankheiten sollen erfaßt und ärztlicher Behandlung und Heilung zugeführt werden. Bei Unbelehrbarkeit und hartnäckiger Widerseßlichkeit kann polizeilicher Zwang angewandt werden. Aber immer sollen die Maßnahmen fürsorglichen Charakter tragen.

Kapitel 15: Steuern und Zölle.

Erster Abschnitt: Direkte und indirekte Steuern, Rentenbank- und Industriebelastung.

Man unterscheidet direkte und indirekte Steuern. Bei den ersteren ist Steuerträger der Steuerzahler, bei den letzteren kann die Steuerlast abgewälzt werden. Die direkten Steuern sind Steuern vom Einkommen oder Besitz, die indirekten Steuern sind teils Verkehrssteuern, teils Verbrauchssteuern, d. h. Steuern von Gegenständen des Verbrauchs, die vom Hersteller (mit Ausnahme bei der Schaumweinsteuer) entrichtet werden müssen.

Durch das Steuervereinheitlichungsgesetz, das in Vorbereitung ist, soll eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des gesamten Steuerwesens bewirkt werden.

Direkte Steuern.

Die Reichseinkommensteuer wird erhoben vom Reineinkommen der natürlichen Personen. Die Veranlagung erfolgt nach dem neuen Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925. (Ausführungsbestimmungen vom 8. Mai 1926.) In erster Linie stützt sich die Veranlagung auf eine vom Steuerpflichtigen abzugebende Erklärung. Zur Abgabe einer solchen sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, deren jährliches Einkommen den Betrag von 8000 Mk. überstiegen hat; und ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens die, bei denen der Gewinn auf Grund des Abschlusses ihrer Bücher zu ermitteln ist, und ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens die, welche vom Finanzamt besonders aufgefordert werden. Eine Veranlagung lohnsteuerpflichtiger Gehaltsempfänger findet erst dann statt, wenn das Einkommen im Jahre 9200 Mk., zuzüglich je 800 Mk. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind, übersteigt.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 8000 Mk. 10%, für die weiteren angefangenen oder vollen 4000 Mk. 12½%, für die weiteren 4000 Mk. 15%, für die weiteren 4000 Mk. 20%, für die weiteren 8000 Mk. 25% usw. Für die Ehefrau und die Kinder sind besondere Ermäßigungen vorgesehen. Ein Jahreseinkommen von 1300 Mk. bleibt als Existenzminimum steuerfrei, jedoch nur für Jahreseinkommen bis zu 10 000 Mk. Das Existenzminimum erhöht sich bei Verheirateten für die Ehefrau um 100 Mk. und für die minderjährigen erwerbslosen Kinder je nach deren Anzahl um Beträge von 100 bis 720 Mk.

Bei dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger wird die Einkommensteuer bei der Auszahlung des Lohnes oder des Gehaltes im Wege des Steuerabzugs erhoben. Der Abzug wird vom Arbeitgeber bewirkt. Dieser hat die einbehaltenen Beträge an die Finanzkasse abzuführen oder unter bestimmten Voraussetzungen durch Entwerten von Klebemarken zu bewirken. Er haftet auch für die Einbehaltung und Entrichtung der Steuer. Für die Familien-Ermäßigung sind zwei Systeme vorgesehen und zwar das prozentuale und das der festen Beträge. Das System der festen Beträge wirkt bei den niedrigeren Einkommen günstiger, das prozentuale System bei den höheren.

Der Arbeitgeber muß für jeden Arbeitnehmer ein Lohnkonto führen, aus dem Name, Beruf, Familienstand, Wohnort und Wohnung des Arbeitnehmers zu ersehen sind. Auf dieses Konto sind einzutragen:

1. Der gezahlte Arbeitslohn einschließlich des steuerfreien Lohnbetrages, getrennt nach a) laufenden Bezügen, einmaligen Einnahmen und Dienstaufwandsentschädigungen, b) Barlohn und Sachbezügen;

2. die vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge.

Ab 1. 10. 1928 ist eine weitere Senkung der Lohnsteuer eingetreten, durch die der Steuerabzug auf 25% festgesetzt worden ist, d. h. der in der bisherigen Weise berechnete Steuerbetrag ermäßigt sich um 25%, jedoch höchstens a) um 3,— Mk. monatlich bei monatlicher Zahlung des Arbeitslohns, b) um 0,75 Mk. wöchentlich bei wöchentlicher Lohnzahlung, c) um 0,15 Mk. täglich bei täglicher Lohnzahlung, d) um 0,05 Mk. bei zweistündlicher Lohnzahlung. Der Abzug erfolgt bei Einkommen bis zu 15 000 Mk. Die Ermäßigung gilt nicht für einmalige Einnahmen, die neben laufenden Bezügen gewährt werden (Tantiemen, Gratifikationen usw.). Wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt, so ermäßigt sich die Steuer immer um 25% ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Fall. Um den Arbeitgebern nicht Lasten durch langwierige Berechnungen aufzuerlegen, sind bei den Finanzämtern Merkblätter zu haben, von denen die Steuerbeträge ohne weiteres abgelesen werden können.

Die Kapitalertragssteuer besteuert die Erträgnisse aus Kapitalvermögen (Dividenden, Zinsen und andere Gewinne aus Aktien, Rufen usw.). Hypothekenzinsen und Darlehnszinsen unterliegen nicht der Kapitalertragssteuer.

Die Körperschaftsteuer hat die Besteuerung des Einkommens der Körperschaften, also der juristischen Personen

(Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. U., Gesellschaften m. b. H. usw.) und der nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen usw. zum Gegenstand. Nicht steuerpflichtig sind solche Betriebe und Verwaltungen, die der Ausübung der öffentlichen Gewalt, oder der Befriedigung von lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung, oder gemeinnützigen oder mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen.

Die **Vermögenssteuer** ist eine Jahressteuer vom Reinvermögen aller natürlichen und juristischen Personen sowie der nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen usw. Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften werden ebenfalls zu dieser Steuer herangezogen (nicht jedoch die Inhaber und Gesellschafter als solche). Vermögen bis 5000 Mf. bleiben steuerfrei. Die Steuer beträgt bei einem Vermögen von

5 100—10 000 Mf.	1 v. H.,
10 100—20 000	" 2 " "
20 100—30 000	" 3 " "
30 100—50 000	" 4 " "
von 50 100 Mf. ab	5 " "

Hierzu trat nach § 9 des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 ein außerordentlicher Zuschlag von 8 v. H. Die Bewertung richtet sich nach dem Reichsbewertungsgesetz.

Die **Vermögenszuwachssteuer** ist nach § 26 des Gesetzes über Vermögens- und Erbschaftsteuer vom 10. August 1925 außer Hebung gesetzt.

Die **Erbschafts- und Schenkungssteuer**. Die Erbschaftsteuer besteuert jeden Erwerb von Todes wegen. Die Bewertung erfolgt in Anlehnung an das Reichsbewertungsgesetz. Die Höhe der Steuer ist abgestuft nach dem Verwandtschaftsgrad (5 Klassen), der Höhe des Nachlasses und der Höhe des Vermögens des Erben. Der Erwerb des Ehegatten bleibt steuerfrei, sofern Kinder oder Enkelkinder vorhanden bzw. im Weltkrieg gefallen sind. Die **Schenkungssteuer** besteuert alle Schenkungen unter Lebenden (mit Ausnahme der Ausstattungen bei Abkömmlingen). Sie bildet eine Ergänzung der Erbschaftsteuer und soll vornehmlich deren Umgehung (durch Übergabe von Vermögensteilen bei Lebzeiten des Erblassers) verhindern. Die Schenkungen werden im allgemeinen in gleicher Höhe wie die Erbschaften besteuert.

*

Indirekte Steuern.

1. Verkehrssteuern.

Die **Umsatzsteuer** ist die wichtigste und ertragreichste Verkehrssteuer. Sie trifft alle im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und Leistungen innerhalb einer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit. Erhoben wird sie auch für Gegenstände, die zum Zwecke des Eigenverbrauchs aus dem Betriebe entnommen werden. Befreit von der Umsatzsteuer sind die Ein- und Ausfuhr (abgesehen von einigen Ausnahmen), sowie der Zwischenhandel, wenn er nicht den unmittelbaren Besitz an der Ware erlangt. Die Steuer beträgt seit dem 1. 4. 1930 0,85%. Für die Großbetriebe mit Einzelhandel bei einem Jahresumsatz von über 1 Million RM beträgt die Umsatzsteuer 1,35%. Betroffen hiervon sind nicht nur Waren- und Kaufhäuser, größere Einzelhandelsgeschäfte und Filialbetriebe, Konsumgenossenschaften usw., sondern auch die sonstigen Großbetriebe mit einem die genannte Grenze übersteigenden Umsatz für die von ihnen etwa getätigten Einzelhandelsumsätze. Der Handelsvertreter ist von der Umsatzsteuerpflicht gesetzlich befreit, wenn seine Brutto-Einnahmen im Kalenderjahr 18 000 RM nicht übersteigen.

Die **Kapitalverkehrssteuer** umfaßt folgende Steuern:

1. Die **Gesellschaftssteuer**; diese wird im wesentlichen bei Gründung und Kapitalerhöhung von Gesellschaften erhoben.
2. Die **Wertpapiersteuer**, durch welche die Ausgabe in- und ausländischer Obligationen besteuert wird.
3. Die **Börsenumsatzsteuer** besteuert Anschaffungsgeschäfte über Aktien, Anteile an Gesellschaften und Gewerkschaften, Genußscheine, Schuld- und Rentenverschreibungen (auch Warenmengen, die börsenmäßig gehandelt werden).

Die **Aufsichtsratssteuer** sowie die **Börsensteuer** sind aufgehoben.

Die **Wechselsteuer**. Ihr unterliegen alle gezogenen und eigenen Wechsel bei ihrer Begebung. Die Entrichtung der Wechselsteuer geschieht durch Wechselstempelmarken, welche auf der Rückseite des Wechsels aufzukleben und durch Eintragung des Datums zu entwerten sind. (Tag und Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben.) Die Stempelgebühr beträgt bei einer Summe bis 100 Mk. einschl. 10 Pfg., bei 200 Mk. 20 Pfg. usw., jede weiteren 100 Mk. 10 Pfg. mehr. (Die doppelte Stempelgebühr für länger als 3 Monate laufende Wechsel besteht nicht mehr.)

Dieselben Stempelgebühren sind für Anweisungen und Akkreditive zu entrichten. Befreit von der Stempelabgabe sind: 1. Die vom Auslande auf das Ausland gezogenen nur im Auslande zahlbaren Wechsel. 2. Die vom Inland auf das Ausland gezogenen nur im Auslande und zwar auf Sicht oder spätestens innerhalb 10 Tagen nach dem Tage der Ausstellung zahlbaren Wechsel, sofern sie vom Aussteller direkt in das Ausland versendet werden. 3. Platanweisungen, wenn sie auf Sicht lauten und ohne Akzept bleiben. 4. Beglaubigungsschreiben, durch welche lediglich einer bestimmten Person ein nach Belieben zu benutzender Kredit zur Verfügung gestellt wird.

Die **Grunderwerbssteuer**, welche beim Übergang des Eigentums an inländischen Grundstücken fällig ist, beträgt 3%. Außerdem kann von den Ländern ein Zuschlag von 2% erhoben werden. Der Ertrag dieser Steuer fließt ganz den Ländern und Gemeinden zu.

Die **Wertzuwachssteuer** besteuert den Wertzuwachs von Grundstücken bei Verkäufen. Auch diese Steuer fließt ganz den Ländern und Gemeinden zu.

Die sogenannte „**Steuer der toten Hand**“ ist eine Grundstücksbesteuerung, die alle 20 Jahre zur Erhebung gelangen soll. Die Steuerpflicht zur Grunderwerbssteuer der toten Hand umfaßt den sogen. gebundenen Grundbesitz (Fideikommiß usw.) und die Grundstücke, die „im Eigentum von Personenvereinigungen, Anstalten oder Stiftungen aller Art, oder für diese im Eigentum einer natürlichen Person zu treuen Händen“ stehen. Der Steuersatz beträgt im Regelfall $1\frac{1}{2}\%$ des gemeinen Wertes, der etwa mit dem Verkaufswert identisch ist. Die erstmalige Veranlagung, die für den 1. Januar 1929 in Aussicht genommen war, gelangt vorläufig nicht zur Durchführung.

2. Verbrauchssteuern.

Die Verbrauchssteuern sind durchweg vom Hersteller zu entrichten, mit Ausnahme der Schaumweinsteuer.

Es sind unter anderem folgende Steuerarten zu verzeichnen: Die **Tabaksteuer** (im Frühjahr 1930 wurden die Steuersätze für Rauchtobak und Zigaretten erhöht, während sie für Zigarren bestehen blieben). Die **Zuckersteuer**, mit der gleichzeitig die **Sacharinsteuer** erwähnt sei. Die **Benzolsteuer**, wodurch die Treibstoffe besteuert werden. Die **Leuchtmittelsteuer**, die sich auf elektrische Glühlampen, Brennstifte, Glühstrümpfe usw. erstreckt. Die **Zündwarensteuer**, der Zündhölzer, Zündstäbchen und Zündkerzen aus

*Familienbesitz, nicht für den Verkauf
auf dem Probierplatz, aufgegeben*

Stearin, Wachs usw. unterliegen. Die **Spiellkartensteuer**, die jedes Kartenspiel mit einem bestimmten Betrag belastet.

Die **Weinsteuer** ist seit einigen Jahren aufgehoben. Die Steuer für **Schaumweine** und für schaumweinähnliche Getränke, mit Ausnahme solcher aus Fruchtwein ohne Zusatz von Traubenwein, beträgt 1,— *R.M.* für die ganze Flasche; für die halbe Flasche 50 Pfg; für Fruchtwein 20 Pfg. Die **Biersteuer** beträgt 9,50 *R.M.* bis 12,— *R.M.* für jedes Hektoliter. Die Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier und erhöhen sich für Starkbier. Neu eingeführt ist seit dem 1. April 1930 die **Mineralwassersteuer**.

Andere Steuern.

Die **Kraftfahrzeugsteuer**. Jeder Besitzer eines Kraftfahrzeuges ist zur Lösung einer Steuerkarte spätestens drei Tage vor Benutzung des Kraftfahrzeuges verpflichtet, bei benutzten Kraftfahrzeugen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der alten Steuerkarte. Nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 21. Dezember 1927, welches am 1. April 1928 in Kraft getreten ist, wird die Steuer nach dem Hubraum bemessen. Eine Steuer-PS. entsprach früher einem Hubraum beim Zweitaktmotor von etwa 174,5 ccm, beim Viertaktmotor von etwa 261,8 ccm. Die Steuer beträgt für Kraftäder jährlich 8 Mk., für Personenkraftwagen 12 Mk. für je 100 ccm Hubraum. Kraftäder mit einem Hubraum unter 200 ccm sind steuer- und fährerscheinfrei. Für sie besteht nur die Verpflichtung zur Anbringung der Polizeinummer. Für Kraftomnibusse und Lastkraftwagen mit Antrieb durch Verbrennungsmaschinen beträgt die Steuer 30 Mk. für je 200 Kilo Eigengewicht. Der Steuersatz erhöht sich um $\frac{1}{10}$, wenn das Fahrzeug nicht auf allen Rädern mit Luftbereifung versehen ist. Die Jahressteuer für elektrisch oder mit Dampf angetriebene Kraftfahrzeuge (also auch für Elektro-Personenwagen), sowie Zugmaschinen ohne Güterladerraum, beträgt 15,— Mk. für je 200 Kilo Eigengewicht.

Zu diesen Sätzen tritt ein Zuschlag für außergewöhnliche Wegeabnutzung, der für das Rechnungsjahr 1929: 15%, und für das Rechnungsjahr 1930: 10% beträgt.

Die Steuer kann jährlich, in Halbjahresraten, auch in Vierteljahresraten gezahlt werden, sofern die einzelnen Teilzahlungen den Betrag von 50,— Mk. erreichen. Das Aufgeld beträgt bei Vierteljahresraten 6%, und bei Halbjahresraten 3% des für den jeweiligen Zeitraum zu zahlenden Steuerbetrages.

Die **Rennwett- und Lotteriesteuer**. Bei Rennwetten mit Totalisatorbetrieb sind die Wettbeträge mit $16\frac{2}{3}\%$, beim

Buchmacher mit 10% steuerpflichtig. Der Steuerertrag kommt den Ländern zu, welche einen Teil für Pferdezucht verwenden müssen. Die Lotteriesteuer ist bei allen öffentlichen Lotterien und Auspielungen zu zahlen und zwar 20% des festgesetzten Preises sämtlicher Lose.

Die **Versicherungssteuer** wird erhoben von Versicherungen, die im Inland befindliche Gegenstände betreffen oder die mit Versicherungsnehmern abgeschlossen werden, die im Inland ihren Wohnsitz haben. Die Steuer beträgt jährlich bei der Haus-, Lebens- und Hagelversicherung 20 Pfg. für jede angefangenen 1000 Mk. der Versicherungssumme; für Glasversicherungen 10%, Lebensversicherung 2%, Feuerversicherung 4% der Prämien.

Die **Beförderungssteuer**. Dieser Steuer unterliegt die Beförderung von Personen und Gütern auf Eisenbahnen und Wasserstraßen. Die Steuer beträgt bei der Personenbeförderung 10–16% des Beförderungspreises (je nach der Wagenklasse), im Gepäckverkehr 12%, im Güterverkehr 7%, im Straßenbahnverkehr 6% des Beförderungspreises. Die Steuer wird vom Betriebsunternehmer entrichtet.

Die **Vergnügungssteuer** ist zwar reichsgesetzlich geregelt, aber den Gemeinden überlassen. Die Steuer wird als Kartensteuer erhoben, soweit die Teilnahme an der Veranstaltung von der Lösung von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen abhängig gemacht wird, sonst als Pauschsteuer nach festen Steuersätzen oder als Sondersteuer von der Bruttoeinnahme. Die Steuersätze sind in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Befreit sind Veranstaltungen, die dem Unterricht, dienstlichen oder mildtätigen Zwecken, der Jugendpflege oder Leibesübung dienen.

Der Steueraufbringung dienen auch einige Monopole. Zunächst wurde 1922 das **Branntweinmonopol** eingeführt. Seitdem erfolgt der Vertrieb, insbesondere der von Spiritus für technische Zwecke, hauptsächlich durch die Reichsmonopol-Verwaltung für Branntwein, die sich dabei der Haupt-Zollämter als Vertriebsstellen bedient. Die Abgabe ist nach dem Verbrauchszweck gestaffelt und bei Trinkbranntwein am höchsten.

Das **Bündholzmonopol** ist eingeführt, um die Einnahmen daraus als Sicherheit für die Aufnahme einer Anleihe von 500 Millionen RM (beim schwedischen Kreuger-Konzern) geben zu können.

*

Rentenbankbelastung und Industriebelastung.

Als steuerähnliche Lasten sind noch die Abgaben zu erwähnen, die auf Grund der Rentenbankbelastung (Verordnung vom 15. Oktober 1923), der Industriebelastung (Gesetz vom 30. August 1924) und des Aufbringungsgesetzes vom 30. August 1924 zu zahlen sind.

Infolge des Industriebelastungsgesetzes schied Industrie, Handel und Gewerbe aus der Rentenbankbelastung aus. Demgemäß wurde das Kapital der Rentenbank von 3,2 Milliarden auf 2 Milliarden Rentenmark verringert. Hierfür haftet jetzt nur noch die Landwirtschaft und zwar beträgt die Grundschuld 5% des berechtigten Wehrbeitrags.

Das Industriebelastungsgesetz sollte ursprünglich die Aufbringung der Reparationen mit sicherstellen. Nach der Annahme des Youngplanes wurde das hinfällig. Die Belastung bleibt aber zunächst bestehen, und es sollen jetzt die Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes für andere Zwecke, z. B. zu Gunsten der Landwirtschaft, verwendet werden.

Die Belastung hat demnach jetzt nur noch die Bedeutung als Steuerquelle. Sie ruht auf allen Unternehmungen, außer den landwirtschaftlichen, soweit sie mit einem Betriebsvermögen von mindestens 20 000 RM arbeiten. Letzteres wird nach dem Einheitswert ermittelt, der auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes festgestellt wurde.

*

Landes- und Gemeindesteuern.

Die Gewerbesteuer ist Angelegenheit der einzelnen Länder, nicht des Reiches. In Preußen wie auch in Bayern und den meisten anderen Ländern werden für die Besteuerung der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital, das sich aus Anlage- und Betriebskapital zusammensetzt, zu Grunde gelegt. An Stelle des Gewerbekapitals kann auf Beschluß der Gemeinde, welcher die Steuer zuschießt, die Lohnsumme als Bewertungsfaktor treten. Die zu zahlende Steuer richtet sich nach der Höhe der von der Gemeinde beschlossenen Steuerzuschläge, die jede Gemeinde beliebig festsetzen kann. Seit dem 1. April 1930 werden in Preußen auch die freien Berufe von der Gewerbesteuer erfaßt.

Gleichfalls eine Steuer der Länder ist die Hauszinssteuer, die eine Steuer vom bebauten Grundbesitz darstellt und durch die dritte Steuernotverordnung und

Reichsgesetz vom 10. August 1925 als Geldentwertungssteuer den Ländern zugewiesen wurde. Befreit von der Steuer sind die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Bauten (auch Um- oder Einbauten), vorausgesetzt, daß sie ohne öffentliche Beihilfen ausgeführt sind. Ebenfalls von der Steuer befreit sind Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen. Die Erhebung der Hauszinssteuer erfolgt durch die Gemeinden. Bekanntlich muß ein erheblicher Teil der Steuer zur Förderung der Erstellung neuer Wohnungen Verwendung finden.

Die Grundvermögenssteuer wird von Staat und Gemeinde von den Eigentümern bebauter und unbebauter Grundstücke erhoben. Veranlagt wird die Steuer in fast allen Ländern von den Katasterämtern unter Mitwirkung von Steueraussschüssen. Die Gemeinden können Zuschläge erheben; sie ziehen auch die staatliche Steuer mit ein. — In Bayern erhebt man Grund- und Haussteuer.

*

Zweiter Abschnitt: Die Zölle.

Zölle werden erhoben von zollpflichtigen Waren, die eingeführt werden. Die politische Grenze ist zugleich die Zollgrenze. Die Binnenzölle waren schon im alten Kaiserreich abgeschafft. Nach der neuen Reichsverfassung dürfen Länder und Gemeinden keine Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote von Waren aller Art, die sich im freien Verkehr des Reiches befinden, erlassen, es sei denn auf Grund eines Reichsgesetzes. Die Zölle werden völlig einheitlich von Reichsbehörden verwaltet. Die für die einzelnen zollpflichtigen Waren geltenden Zollsätze sind im Zolltarif zusammengestellt. (Im Grenzverkehr bestehen für bestimmte Waren, die in kleinen Mengen von den Grenzbewohnern hinüber und herübergebracht werden, Zollbefreiungen.) Unter Schutzzöllen versteht man Zollsätze, die so hoch sind, daß sie die Einfuhr fremder Waren unrentabel machen. Zur Bestreitung der Kosten der Statistik des Warenverkehrs wird außer dem Zoll noch die besondere sogen. statistische Gebühr erhoben, die aber sehr gering ist.

*

Dritter Abschnitt: Landesfinanzämter, Finanzgerichte, Finanzämter, Katasterämter.

Die Landesfinanzämter gehören zum Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums. Sie gliedern sich in die Präsidialstellen mit den Oberfinanzkassen, die Abteilungen

für Besitz- und Verkehrssteuern und die Abteilungen für Zölle und Verbrauchsabgaben. Den Landesfinanzämtern — es gibt deren 26 — sind Finanzgerichte angegliedert, die über die Berufung gegen Entscheidungen der Finanzämter zu befinden haben. Den Landesfinanzämtern sind etwa 1000 Finanzämter, ferner die Hauptzollämter, Zollämter, Reichsbau- und Reichsforstämter unterstellt. Von den Finanzämtern werden die Steuern vom Einkommen und Besitz, ferner die Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer und Verkehrssteuern verwaltet.

Die Rechtsmittel gegen Verfügungen, Steuerbescheide und Strafbescheide der Finanzämter sind folgende: 1. gegen Verfügung: Beschwerde an das Landesfinanzamt, weiterhin Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof in München (jedoch nur bei Zwangsverfügung); 2. gegen Steuerbescheid: Einspruch an das Finanzamt, weiterhin Berufung an das Finanzgericht, weiterhin Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof; 3. gegen Strafbescheid: entweder Beschwerde an das Landesfinanzamt, oder Antrag auf Entscheidung durch ordentliche Gerichte mit den Rechtsmitteln des ordentlichen Gerichtsverfahrens.

Die Katasterämter sind in Preußen und den meisten andern Ländern für die Veranlagung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer zuständig. Von den Katasterämtern werden die Flurbücher verwaltet, in denen für jede Flur die Parzellen mit Hinweis auf das Grundbuch gekennzeichnet sind. Das Kataster bildet somit auch die Unterlage für das Grundbuch, das umgekehrt mit dem Kataster in Verbindung steht. Das Kataster gibt Nachweis über Lage, Grenzen, Flächengröße, Kulturart, Reinertrag, Eigentümer usw. der Grundstücke. Ferner verwalten die Katasterämter die Katasterkarten, die auf Grund einer genauen Vermessung angefertigt sind. Die Katasterkarten dienen auch den Vorarbeiten für Eisenbahnen, Kanäle, Meliorationen usw. und zur Ausfüllung der Meßtischblätter. — Bayern hat an Stelle der Katasterämter die Messungsämter. Diese sind den Landesfinanzämtern unterstellt, mit Ausnahme von München I, welches dem Landesvermessungsamt untergeordnet ist. In fast allen andern Ländern sind die Katasterämter den Finanzministerien unterstellt.

Kapitel 16: Das Verkehrswesen.

Erster Abschnitt: Die Deutsche Reichspost.

Das gesamte Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesen des Deutschen Reiches wird jetzt als selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichspost“ vom Reichspostministerium (unter Leitung des Reichspostministers und dreier Staatssekretäre) verwaltet. Das Reichspostministerium gliedert sich in acht Abteilungen: Abt. I Postwesen, Abt. II Fernsprech- und Telegraphenbauwesen, Abt. III Telegraphen- und Funkwesen, Abt. IV Personalwesen, Abt. V Finanz- und Wirtschaftsfragen, Abt. VI (München) Bayerische Angelegenheiten sowie Versicherungswesen, Arbeiterpensionskasse und Erwerbslosenfürsorge, Abt. VII (Stuttgart) Württembergische Angelegenheiten, Abt. VIII Wirtschaftsabteilung.

Das Reichspostgebiet ist eingeteilt in 45 Oberpostdirektionsbezirke. — Den Oberpostdirektionen sind die Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten und die Telegraphenbauämter unterstellt.

Durch Umbildung des bisherigen Telegraphentechnischen Reichsamts in ein Reichspostzentralamt ist am 1. April 1928 eine außerhalb des Ministeriums stehende zentrale Stelle errichtet worden, die alle Angelegenheiten zu erledigen hat, die zwar einer einheitlichen Regelung für das ganze Reichspostgebiet bedürfen, aber nicht unbedingt ministeriell behandelt zu werden brauchen.

Die Postgebühren werden durch Reichsgesetz festgesetzt. Die Verordnungen über Grundsätze und Gebühren für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen erläßt ausschließlich die Reichsregierung, die dieses Recht auf den Reichspostminister übertragen kann. Die Verordnungen bedürfen der Zustimmung des Reichsrats. Der postalische Verkehr mit außerdeutschen Staaten ist durch die am 30. Nov. 1920 in Madrid unterzeichneten und am 22. Juni 1925 in Stockholm abgeschlossenen Weltpostvereinsverträge geregelt worden.

Die Reichspost hat mit geringen Ausnahmen das alleinige Recht zur Beförderung von Briefen und politischen Zeitungen, sowie das alleinige Recht Telegraphen-, Fernsprech- und Funkanlagen einzurichten und zu betreiben.

Gebühren und Tarife:

Inland

(einschl. Saargebiet, Freie Stadt Danzig, Litauen, Memelgebiet,
Luxemburg, Oesterreich).

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr.	Rm. —,08
über 20 bis 250 Gr.	„ —,15
über 250 bis 500 Gr.	„ —,20
im Fernverkehr bis 20 Gr.	„ —,15
über 20 bis 250 Gr.	„ —,30
über 250 bis 500 Gr.	„ —,40
Postkarten im Ortsverkehr	„ —,05
im Fernverkehr	„ —,08
Drucksachen in Form einfacher, offen versandter Karten, auch mit anhängender Antwortkarte	„ —,03
im übrigen bis 50 Gr.	„ —,05
über 50 bis 100 Gr.	„ —,08
über 100 bis 250 Gr.	„ —,15
über 250 bis 500 Gr.	„ —,30
Höchstmaße für Rollenform 75:10 cm	
Blindenschriftsendungen bis zum Meistgewicht von 5 Kilogramm	„ —,03
Postwurfsendungen. Drucksachen bis 50 Gr.	„ —,03
Mischsendungen — Drucksachen und Waren= proben — bis 20 Gr. 6 ² / ₃ Pfg.	
(Nur im Inlande einschl. Saargebiet zulässig.)	
Geschäftspapiere bis 250 Gr.	„ —,15
über 250 bis 500 Gr.	„ —,30
Warenproben bis 250 Gr.	„ —,15
über 250 bis 500 Gr.	„ —,30
Höchstmaße 30 : 20 : 10 cm, in Rollenform 30 : 15 cm.	
Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Ge= schäftspapiere u. Warenproben) bis 250 Gr.	„ —,15
über 250 bis 500 Gr.	„ —,30
Briefpäckchen, Höchstgewicht 1 Kilogramm	„ —,60
Dieselben müssen die Bezeichnung „Brief= päckchen“ tragen; sie werden mit der Brief= post befördert. Eilzustellung zulässig, da= gegen Einschreiben, Nachnahme und das Verlangen eines Rückscheines unzulässig. Abmessungen: 25 : 15 : 10 cm oder 30 : 20 : 5 cm, in Rollenform 30 : 15 cm.	

Päckchen, Höchstgewicht 2 Kilogramm Rm. —,40

Dieselben müssen die Bezeichnung „Päckchen“ tragen. Sie werden mit der Paketpost befördert und durch die Paketzusteller zugestellt. Einschreiben, Nachnahme, das Verlangen eines Rückscheines, Eilzustellung und „Postlagernd“ zulässig. Abmessungen: 40 : 25 : 10 cm oder 50 : 20 : 10 cm, in Rollenform 75 : 10 cm. Briefe, Rechnungen usw. können beigelegt werden.

Für den Versand von Päckchen nach dem Saargebiet und nach Danzig bleiben die alten Bedingungen bis auf weiteres in Kraft.

Nach Danzig, Litauen, Luxemburg, Oesterreich, Ungarn und dem Memelgebiet unterliegen Drucksachen, Geschäftspapiere und Mischsendungen über 500 Gr. den Gebühren des Vereinsverkehrs.

*

Ausland

a) Tschechoslowakei und Ungarn

Briefe bis 20 Gr. 20 Pf., für jede weiteren 20 Gr. nach Tschechoslowakei 15 Pfg., nach Ungarn 10 Pfg.

Postkarten, einfache 10 Pfg., mit Antwortkarte 20 Pfg.

Drucksachen nach Tschechoslowakei für je 50 Gr. 5 Pfg. (Meistgewicht 2 kg).

Geschäftspapiere nach Tschechoslowakei für je 50 Gr. 5 Pfg. (mindestens 25 Pfg.)

Warenproben nach Tschechoslowakei für je 50 Gr. 5 Pfg. (mindestens 10 Pfg.).

Mischsendungen nach Tschechoslowakei für je 50 Gr. 5 Pfg. Wenn die Sendung nur Drucksachen und Warenproben enthält, mindestens 10 Pfg., sonst 25 Pfg.

b) übriges Ausland

Briefe bis 20 Gr. 25 Pf., für jede weiteren 20 Gr. 15 Pf. (Meistgewicht 2 Kilogr.) — **Postkarten**, einfache 15 Pf., mit Antwortkarte 30 Pf. — **Drucksachen** für je 50 Gr. 5 Pf. (Meistgewicht 2 Kilogr.) — **Geschäftspapiere** für je 50 Gr. 5 Pf. (mindestens 25 Pf.) Meistgewicht 2 Kilogr. — **Warenproben** für je 50 Gr. 5 Pf. (mindestens 10 Pf.) Meistgewicht 500 Gr. **Mischsendungen** für je 50 Gr. 5 Pf. Wenn die Sendung nur Drucksachen und Warenproben enthält, mindestens 10 Pf., sonst 25 Pf.

Pakete (Meistgewicht 20 kg)

				Zone 1	Zone 2	Zone 3	Zone 4	Zone 5
				bis 75 km Rm.	über 75 bis 150 km Rm.	üb. 150 bis 375 km Rm.	üb. 375 bis 750 km Rm.	über 750 km Rm.
	bis	5 kg		0,50	0,60	0,80	0,80	0,80
über	5	" 6	"	0,60	0,80	1,10	1,15	1,20
"	6	" 7	"	0,70	1,—	1,40	1,50	1,60
"	7	" 8	"	0,80	1,20	1,70	1,85	2,—
"	8	" 9	"	0,90	1,40	2,—	2,20	2,40
"	9	" 10	"	1,—	1,60	2,30	2,55	2,80
"	10	" 11	"	1,10	1,80	2,60	2,90	3,20
"	11	" 12	"	1,20	2,—	2,90	3,25	3,60
"	12	" 13	"	1,30	2,20	3,20	3,60	4,—
"	13	" 14	"	1,40	2,40	3,50	3,95	4,40
"	14	" 15	"	1,50	2,60	3,80	4,30	4,80
"	15	" 16	"	1,60	2,80	4,10	4,65	5,20
"	16	" 17	"	1,70	3,—	4,40	5,—	5,60
"	17	" 18	"	1,80	3,20	4,70	5,35	6,—
"	18	" 19	"	1,90	3,40	5,—	5,70	6,40
"	19	" 20	"	2,—	3,60	5,30	6,05	6,80

Zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird zum Ausgleich der in Polen liegenden Strecke die Gebühr der jeweilig nächst niedrigen Zone berechnet.

Auf eine Pakettkarte dürfen bis 3 Pakete derselben Art, bei Nachnahme nur eins, befördert werden.

Dringende Pakete kosten Rm. 1,— Zuschlag und außerdem die Eilzustellgebühr, wenn die Sendung nicht mit dem Vermerk „Postlagernd“ versehen ist. Für sperriges Gut (Länge über 1,50 m) wird ein Zuschlag von 100 vom Hundert der Gebühr erhoben. Der Meistbetrag für Nachnahmepakete ist 1000 Rm. — Den ständigen Abholern von Paketen wird für jedes abgeholte Paket eine Vergütung von 10 Reichspfennigen gezahlt.

Die Gebühren für Pakete nach dem Saargebiet und der Freien Stadt Danzig sowie für Postpakete nach dem Ausland sind bei den Postanstalten zu erfragen.

Postschekgebühren

Gebühr für Einzahlung mit Zahlkarte bis 10 Rm.	Rm. —,10
von mehr als 10 bis 25 Rm. . . .	" —,15
" " " 25 " 100 " . . .	" —,20
" " " 100 " 250 " . . .	" —,25
" " " 250 " 500 " . . .	" —,30
" " " 500 " 750 " . . .	" —,40
" " " 750 " 1000 " . . .	" —,50
(Betrag unbeschränkt.)	

Gebühr für telegraphische Zahlungsanweisungen	bis 25 Rm.	Rm. 3,—
von mehr als 25 „ 500 „	„ 3,50	
„ „ „ 500 „ 1000 „	„ 4,50	
für je weitere 500 Rm. oder einen Teil davon mehr	„ 1,50	
Gebühr für die Briefe der Postscheckkunden an die Postscheckämter in Postscheckangelegenheiten bei Verwendung der besonderen Briefumschläge	„ 0,05	
Gebühr für Eilbehandlung von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks	„ 1,—	

Telegraphengebühren

1. Hauptgebühren

Mindestsatz für ein Telegramm 10fache Wortgebühr (für Seetelegramme kein Mindestsatz)	
Gewöhnliche Inlandstelegramme im Ortsverkehr .	Rm. —,08
im Fernverkehr	„ —,15
Dringende Telegramme im Ortsverkehr	„ —,24
im Fernverkehr	„ —,45
Blitztelegramme	„ 1,50
Briefstelegramme (Mindestsatz wie ein gewöhnliches Inlandstelegramm im Fernverkehr) . .	„ —,05
Telegramme im Inland in Luxus-Ausstattung außer allen üblichen Gebühren noch besonders .	„ 1,—

2. Nebengebühren

Vereinbarte Kurzanschrift für ein Jahr	Rm. 30,—
für ein Vierteljahr	„ 15,—

Bei Aufgabe eines Telegramms durch Fernsprecher die bestimmungsmäßige Telegraphengebühr und die Ortsgesprächsgebühr nach der Fernsprechordnung.

Über die Gebühren für Telegramme nach dem Ausland geben die Telegraphenanstalten Auskunft.

Postanweisungen

bis 10 Rm.	Rm. —,20
über 10 bis 25 „	„ —,30
über 25 bis 100 „	„ —,40
über 100 bis 250 „	„ —,60
über 250 bis 500 „	„ —,80
über 500 bis 750 „	„ 1,—
über 750 bis 1000 „	„ 1,20

Telegraphische Postanweisungen

	bis	25 Rm.	Rm.	3,—
über	25	bis 100	„	3,50
über	100	bis 250	„	4,—
über	250	bis 500	„	4,50
über	500	bis 750	„	5,50
über	750	bis 1000	„	6,50
über 1000 für je 250 Rm. oder einen Teil davon mehr				„ 1,—

Eilzustellgebühren

bei Vorauszahlung durch den Absender

1. für jede Brieffendung usw. im Ortszustellbezirk	Rm.	—,40
im Landzustellbezirk	„	—,80
2. für Pakete (einschl. der Paketkarten) im Ortszustellbezirk	„	—,60
im Landzustellbezirk	„	1,20
Gebühr für Brieffendungen, die mit andern Eilsendungen an denselben Empfänger abgetragen werden	„	—,10
Gebühr für förmliche Zustellung	„	—,30
Gebühr für die Einlieferung von Einschreibsendungen usw. außerhalb der Postschalterstunden	„	—,30

Wertsendungen

1. Die Briefgebühr oder die Paketgebühr.		
2. Die Versicherungsgebühr für je 500 Rm. der Wertangabe	Rm.	—,10
3. Die Behandlungsgebühr a) für Wertbriefe und f. versiegelte Wertpakete bis 100 Rm. einschl.	„	—,40
über 100 Rm.	„	—,50
b) für unversiegelte Wertpakete (zulässig bis 300 Rm.)	„	—,10
Einschreibgebühr	„	—,30

Postauftragsgebühren

Vorzeigegebühr	Rm.	—,20
Protestgebühr bei Postprotestaufträgen	„	1,—

Nachnahmegebühren

Vorzeigegebühr	Rm.	—,20
----------------	-----	------

Gebühr für Bescheinigung

über die Einlieferung eines gewöhnlichen Pakets	Rm.	—,10
---	-----	------

Gebühr für Ausstellung von

Postausweisarten	Rm.	—,50
Postlagerkarten, monatlich	„	—,25

Paketlagergebühr

Täglich	Rm. —,15
Höchstsaß	„ 4,—

Schließfachgebühr

für ein gewöhnliches Schließfach monatlich	Rm. —,75
für ein größeres Schließfach monatlich	„ 1,—

*

Ersatzleistung der Post.

Für die gewöhnlichen Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Mischsendungen, Päckchen und Zeitungspakete wird kein Ersatz geleistet.

Für eine verlorengegangene Einschreibbrieffsendung werden allgemein 40 Mk. ersetzt, für Einschreibpakete g. F. mehr, wenn nach dem Gewichtsaße (3 Mk. für $\frac{1}{2}$ kg) sich eine höhere Gebühr berechnet. Für Beschädigung oder Verraubung von Einschreibbriefen wird keine Vergütung gewährt, für Einschreibpakete nur wie für gewöhnliche Pakete. Würde also z. B. aus einem eingeschriebenen Brief, der zwei Uhren enthielt, eine entwendet, der Brief aber mit einer Uhr zur Ausshändigung gelangen, so ständen dem Absender keine Ersatzansprüche zu. Würde dagegen der ganze Inhalt entwendet worden sein, sodaß nur der Umschlag angekommen wäre, so wäre die Post ersatzpflichtig.

Für Briefe und Pakete mit Wertangabe wird der wirklich erlittene Schaden bis zur Höhe der Wertangabe ersetzt. Bei Wertsendungen wird der angegebene Wert bei Feststellung des Ersatzbetrags zugrunde gelegt. Wird aber von der Post bewiesen, daß der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sache übersteigt, so hat die Post nur diesen zu ersetzen. Veränderungen des Preises bei Wertpapieren werden nicht berücksichtigt. Für gewöhnliche Pakete wird der tatsächliche Schaden ersetzt, höchstens aber 3 Mk. für je $\frac{1}{2}$ kg.

Die auf Postanweisungen und Zahlkarten sowie die durch Postaufträge eingezogenen Beträge werden voll ersetzt. Für verspätete Auszahlung wird nicht gehaftet.

Die Angabe eines Nachnahmebetrages auf zu Verlust gegangenen Sendungen berechtigt in keinem Falle zu Ersatzansprüchen. Bei Einschreib- und Wertsendungen sowie bei gewöhnlichen Paketen, die ohne ordnungsmäßige Einziehung des Nachnahmebetrages ausgehändigt wurden, ersetzt die Post den unmittelbaren Schaden bis zum Betrage der Nachnahme.

Für Schaden oder entgangenen Gewinn wird kein Ersatz geleistet. Die ausgelegten Postgebühren werden zurückerstattet, die Versicherungsgebühr jedoch nicht.

Ersatzansprüche sind stets vom Absender bei der Oberpostdirektion anzubringen, in deren Bezirk der Aufgabort der Sendung liegt. Eine Ersatzpflicht der Post besteht nur dem Absender gegenüber. Doch kann dieser seine Ansprüche schriftlich an den Empfänger abtreten.

Fernsprechtarif.

Die Grundgebühr beträgt für jeden Hauptanschluß in Ortsnetzen mit

1 bis	50 Hauptanschlüssen monatlich	3,— Mk.
51 „	100 „ „	4,— „
101 „	200 „ „	5,— „
201 „	500 „ „	6,— „
501 „	1000 „ „	6,50 „
1001 „	5000 „ „	7,— „
5001 „	10000 „ „	7,50 „
10001 „	30000 „ „	8,— „

Die Ortsgesprächsgebühr ist einheitlich für alle Teilnehmer und für öffentliche Fernsprechstellen auf 10 Pf. festgesetzt worden. Die früher übliche Bezahlung einer Mindestzahl von Ortsgesprächen (sogenannte Pflichtgespräche) ist für alle Hauptanschlüsse abgeschafft.

Die Ferngesprächsgebühren betragen für gewöhnliche Dreiminutengespräche auf Entfernungen

von 5 bis 15 km	30 Pfg.
von 15 bis 25 km	40 „
von 25 bis 50 km	70 „
von 50 bis 75 km	90 „
von 75 bis 100 km	120 „
über 100 km für je 100 km	30 „ mehr.

Gespräche bis 5 km gelten als Ortsgespräche.

Bei Gesprächen von längerer Dauer als 3 Minuten wird die überschießende Gesprächszeit allgemein nach einzelnen Minuten berechnet und für jede volle oder angefangene Minute ein Drittel der obenstehenden Sätze erhoben.

Für Ferngespräche, die in der verkehrsschwachen Zeit zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens ausgeführt werden, ermäßigen sich die Gebühren auf zwei Drittel der Sätze für Tagesgespräche. Werden Gespräche, die vor 7 Uhr abends oder 8 Uhr morgens begonnen haben, über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, so werden die Ge-

bühren nach den Sätzen für die Verkehrszeit berechnet, in der das Gespräch begonnen hat.

Für dringende Gespräche wird das Dreifache der für gewöhnliche Gespräche geltenden Gebühren erhoben, für Blitzgespräche das Zehnfache.

Für Ortsneze mit mehr als 10 000 Hauptanschlüssen tritt eine Verbilligung der Ferngespräche mit Orten der näheren Umgebung dadurch ein, daß für sie die Ortszone von 5 km und die ersten beiden Fernzonen (15 und 25 km) erweitert werden; es betragen die Ortszone und die Fernzonen, vom Fernamt ab gerechnet, in Ortsnezen mit mehr als 10 000 — 20 000 Hauptanschlüssen 8 bezw. 18 und 28 km; in Ortsnezen mit 20 000 — 50 000 10 bezw. 20 und 30 km; in Berlin und Hamburg 15 bezw. 25 und 35 km.

Die Kosten für einen Fernsprech-Hauptanschluß betragen ab 1. Januar 1929 an einmaligen Gebühren: Apparate-Vertrag 50 Mk., Löhne und Material etwa 25 Mk.

Das Briefgeheimnis.

Das Briefgeheimnis wird rechtlich geschützt durch § 299 des Strafgesetzbuches, der das unbefugte Öffnen eines Briefes mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht. Auch zwischen Eheleuten besteht das Briefgeheimnis. Keiner der Ehegatten ist berechtigt, die an den andern adressierten Briefe zu öffnen. Nur in einem Strafverfahren und Konkursverfahren ist Beschlagnahme von Briefen zulässig. Im Strafverfahren ist die Beschlagnahme der an den Beschuldigten gerichteten Briefe und Sendungen auf der Post sowie der an ihn gerichteten Telegramme auf den Telegraphenanstalten erlaubt. Zur Beschlagnahme befugt ist der Richter, in manchen Fällen auch die Staatsanwaltschaft.

Auf Anordnung des Konkursgerichts sind die Post- und Telegraphenanstalten verpflichtet, alle für den Gemeinschuldner eingehenden Sendungen, Briefe und Depeschen dem Verwalter auszuhandigen. Dieser ist zur Öffnung berechtigt. Der Gemeinschuldner kann die Einsicht, und wenn ihr Inhalt nicht die Konkursmasse betrifft, die Herausgabe verlangen.

Postscheckverkehr.

Ein Postscheckkonto wird für jedermann auf Antrag bei einem Postscheckamt eröffnet. Es können auf dieses Konto von jedermann Beträge eingezahlt werden und der Kontoinhaber kann über sein Kontoguthaben mittels Scheck Zahlungsverfügungen treffen. Auf jedes Konto muß eine

Stammeinlage von 5 Mk. eingezahlt werden; die Höhe des Guthabens unterliegt keiner Beschränkung. Die Einzahlungen auf ein Postscheckkonto können erfolgen durch Zahlkarte bei jeder Postanstalt sowie durch Überweisung mittels Gutschrift (Betrag unbeschränkt) von dem Konto eines Kontoinhabers auf das eines anderen. Zahlungen durch Zahlkarte und Überweisung bis 3000 Mk. können telegraphisch übermittelt werden. Der Betrag eines Schecks kann dem Empfänger durch besonderen Boten zugestellt werden (Eilbestellung). Es kann bei Zahlkarten, Überweisungen und Schecks gegen eine Gebühr von 1 Mk. Eilbehandlung verlangt werden, die darin besteht, daß die beim Postscheckamt bis 13 Uhr (Schlußzeit für Eilaufträge) eingehenden oder eingelieferten Zahlkarten, Überweisungen und Schecks sofort gebucht werden.

Postkreditbriefe.

Der Postkreditbrief setzt seinen Inhaber, wenn dieser sich z. B. auf Reisen befindet, in den Stand, bei jeder Postanstalt einen beliebigen Betrag von einem eingezahlten Guthaben abzuheben. Die Postkreditbriefe werden von den Postscheckämtern ausgestellt. Der Besteller zahlt den Betrag zur Gutschrift auf ein anzulegendes Kreditbriefkonto mit Zahlkarte an das für den Zahlungsort zuständige Postscheckamt ein und bezeichnet in der Zahlkarte die Person, für die der Postkreditbrief ausgestellt werden soll. Hat der Besteller ein Postscheckkonto, so kann er davon den Betrag des Postkreditbriefes auf das anzulegende Kreditbriefkonto überweisen.

Die Höchstsumme, auf die ein Postkreditbrief lauten kann, ist 5000 Mk.; niedrigere Summen müssen durch 100 teilbar sein. Von dem Guthaben können täglich Teilbeträge bis zu 500 Mk. abgehoben werden. Die Gültigkeitsdauer des Kreditbriefes ist auf 6 Monate festgesetzt. Steht nach Ablauf dieser Frist noch ein Restguthaben, so wird dieses an den Inhaber zurückgezahlt. Die Berechtigung zum Empfang von Rückzahlungen hat der Abheber durch eine, auf ihn lautende Postausweisarte nachzuweisen.

Luftpostverkehr.

Zur Luftpostbeförderung sind gewöhnliche und eingeschriebene Brieffsendungen jeder Art sowie gewöhnliche Pakete, auch dringende, die in keiner Ausdehnung 60 cm überschreiten, und Zeitungen zugelassen. Einschreiben und Wertangabe ist bei Luftpostpaketen unzulässig.

Luftpostsendungen unterliegen neben den gewöhnlichen Gebühren noch besonderen Flugzuschlägen. Alle Luftpostsendungen erhalten vor ihrer Beförderung einen Stempelabdruck „Mit Luftpost befördert“.

Am Bestimmungsort werden die Luftpostsendungen auf den gewöhnlichen Zustellgängen abgetragen. Es ist daher zweckmäßig, durch Vorauszahlung der Eilzustellgebühr besonders beschleunigte Zustellung zu verlangen.

Für Luftpostsendungen haftet die Postverwaltung wie für Sendungen des gewöhnlichen Postverkehrs.

Die Luftpostgebühren, die über die gewöhnlichen Gebühren hinaus erhoben werden, betragen im Inland einschl. Österreich für Postkarten 10 Pfg., für Brieffsendungen (einschl. Päckchen) bis 20 Gr. 10 Pfg., über 20—50 Gr. 20 Pfg., über 50—100 Gr. 40 Pfg., über 100—250 Gr. 80 Pfg., über 250—500 Gr. 1,25 Mk., über 500 Gr. bis 1 kg 2,50 Mk., über 1—1½ kg 3,75 Mk., über 1½—2 kg 5,— Mk. Pakete 1. bis 3. Zone bis 1 kg 1,— Mk., für jedes weitere angefangene ½ kg 20 Pfg., 4. und 5. Zone bis 1 kg 1,— Mk., für jedes weitere angefangene ½ kg 40 Pfg. Für Sendungen nach dem Ausland erhöhte Sätze laut Sondertarif.

Personenbeförderung.

Die Post befördert Personen mit Kraftwagen (zu 5—22 Sitzplätzen), Postomnibussen (zu 4—7 Sitzplätzen), Kariolpostwagen (zu 2—3 Sitzplätzen). Mitführen von Hunden gegen festgesetzte Gebühr ist gestattet, wenn die Mitreisenden keinen Widerspruch erheben. Kleine Tiere dürfen auf dem Schoße getragen werden und sind gebührenfrei. Rauchen ist im geschlossenen Wagen untersagt, wenn die Reisenden Einspruch erheben.

Die Pflicht zur Beförderung von Reisenden ist auf die Anzahl der Plätze in den verwendeten Wagen beschränkt.

Das Fahrgeld beträgt bei Kraftwagenfahrten 8—15 Pfg., bei Postomnibus- und Kariolpostfahrten 12 Pfg. für die Person und das Kilometer.

Für ein Kind bis zum vollendeten 4. Lebensjahr wird kein Fahrpreis erhoben, wenn es von der begleitenden Person auf dem Schoß gehalten wird. Ein Reisender kann nur ein Kind unentgeltlich mitnehmen. Im übrigen gelten für Kinder die gleichen Fahrpreise wie für Erwachsene.

Reisegepäck ist zugelassen, soweit die einzelnen Gegenstände zur Versendung mit der Post geeignet sind und Platz dafür vorhanden ist. Kleinere Gegenstände dürfen

Reisende unter eigener Aufsicht bei sich führen. Anderes Gepäck muß bei der Postanstalt zur Verladung aufgegeben werden. Bei Sonderfahrten übernimmt die Post keinerlei Haftung.

Funkverkehr.

Das Funkwesen ist ausschließlich Sache des Reiches und untersteht dem Reichspostministerium. Für den Funkdienst in Bayern ist die Abteilung München des Reichspostministeriums zuständig. Das Reichspostzentralamt in Berlin befaßt sich mit der technisch-wissenschaftlichen Weiterentwicklung, sorgt für den Bau der Reichsfunkanlagen und ist zugleich Oberbetriebsleitung für den täglichen Dienst. Man unterscheidet Zeitzeichendienst, Funkwetterdienst, Eilnachrichtendienst, Hochseerundfunkdienst, Zugfunk, Transozeanendienst, Presserundspruchdienst, Wirtschaftsrundspruchdienst, Europarundspruchdienst und Unterhaltungsrundfunk.

Funkbriefe werden von der Aufgabepostanstalt bis Berlin als gewöhnliche Briefe und zwischen Berlin und Newyork über den Funkweg „via Transradio“ befördert. Ab Newyork werden sie wieder als gewöhnliche Briefe mit der Post an die Empfänger weitergesandt. Wortgebühr 26 Pfg., mindestens 6,50 Mk. einschließl. Postbeförderungsgebühren. Die Wortgebühr für Wochenendtelegramme beträgt 22 Pfg., die Mindestgebühr 5,50 Mk.

Der deutsche Unterhaltungsrundfunk soll weitesten Kreisen Belehrungs- und Unterhaltungsmöglichkeit bieten. Teilnehmer kann jeder Deutsche werden, der sich eine Genehmigungsurkunde bei der zuständigen Zustellpostanstalt seines Wohnsitzes verschafft.

Die Gebühr für die Teilnahme am Rundfunk für den Privatgebrauch beträgt jährlich 24,— Mk. und wird in Teilbeträgen von 2,— Mk. monatlich durch die Briefzusteller erhoben. Die Gebühren können Blinden, Schwer- kriegsbeschädigten sowie Krankenhäusern und Heimen, die zu deren Aufnahme dienen, erlassen werden.

Rundfunksender sind in Berlin (2), Magdeburg, Stettin, Breslau, Gleiwitz, Danzig, Frankfurt a. M., Kassel, Hamburg, Bremen, Flensburg, Hannover, Kiel, Königswusterhausen (Deutschlandsender), Königsberg, Langenberg, Köln, Aachen, Münster i. W., Leipzig, Dresden, München, Augsburg, Kaiserslautern, Nürnberg, Stuttgart, Freiburg i. Br.

Die Sender gehören der Deutschen Reichspost und werden von ihr betrieben.

*

Zweiter Abschnitt: Der Luftverkehr.

Der Luftverkehr ist durch Reichsgesetz vom 1. Aug. 1922 und Verordnung vom 13. Juli 1926 geregelt. Alle Fahrzeuge müssen in eine Luftfahrzeugrolle eingetragen werden. Mit einer Reihe europäischer Staaten sind Verträge geschlossen, nach denen Luftfahrzeugen in Friedenszeiten gegenseitig freier Luftverkehr zugesichert wird. Der gesamte Luftverkehr untersteht dem Reichsverkehrsministerium.

Der Luftverkehr hat eine wesentliche Vermehrung erfahren. Außer der Personenbeförderung erfolgt auch die Beförderung von Frachtgut durch den Luftverkehr. Die Aufgabe geschieht mit Luftfrachtbrief. Die Personensfahrpreise sind wesentlich ermäßigt worden. 10 kg Reisegepäck sind frei (bei Reisen ins Ausland 15 kg). Für Mehrgewicht ist Gepäckfracht zu zahlen. Die Autofahrt vom Stadtinnern zum Flugplatz bzw. umgekehrt ist kostenfrei.

Nachstehend folgt ein Verzeichnis der wichtigsten Fluglinien.

Innerdeutsche Fluglinien.

	Flugzeit Std. Min.	Flugpreis Mk.
Berlin—Leipzig—Nürnberg—München	4.25	85,—
Berlin—Frankfurt a. M.	3.15	65,—
Berlin—Dortmund	4.15	72,—
Berlin—Hamburg	1.45	38,—
München—Stuttgart—Baden i. B.	2.20	39,—
München—Nürnberg—Frankfurt a. M.— Köln—Essen	4.55	83,—
Freiburg—Stuttgart	0.55	20,—
München—Nürnberg	1.15	30,—
Köln—Frankfurt a. M.	1.10	23,—
Frankfurt a. M.—Mannheim	0.30	20,—
Mannheim—Karlsruhe—Baden i. Baden— Billingen—Konstanz	2.25	35,—
Frankfurt a. M.—Saarbrücken	1.15	30,—
Karlsruhe—Stuttgart	0.30	15,—
Stuttgart—München	1.35	29,—
Dortmund—Borkum—Norderney	2.20	41,—
Münster—Dortmund	0.25	15,—
Dortmund—Köln	0.35	20,—
Essen—Osnabrück—Emden—Norderney— Borkum	3.25	42,—
		183

	Flugzeit Std. Min.	Flugpreis Mk.
Essen—Hannover	1.50	32,—
Essen—Köln	0.25	15,—
Düsseldorf—Essen	0.15	15,—
Essen—Bremen	1.45	34,—
Bremen—Hamburg	0.45	20,—
Köln—Saarbrücken	1.30	28,—
Krefeld—Köln	0.25	15,—
Dortmund—Frankfurt a. M.	1.25	27,—
Krefeld—Essen	0.15	15,—
Bremen—Hannover	0.50	20,—
Hannover—Erfurt	1.30	27,—
Erfurt—München	2.55	48,—
Hannover—Kassel	1 00	20,—
Kassel—Gießen—Frankfurt a. M.	1.25	23,—
Hamburg—Hannover	1.00	20,—
Bremen—Wangerooge	0.50	25,—
Hannover—Frankfurt a. M.	2.15	40,—
Kassel—Dortmund	1.10	21,—
Dresden—Berlin	1.15	30,—
Breslau—Berlin	2.15	44,—
Breslau—Stettin	2.30	46,—
Magdeburg—Hannover	1.05	20,—
Hamburg—Kiel	0.40	20,—
Hamburg—Bremerhaven	0.45	15,—

Internationale Fluglinien.

	Flugzeit Std. Min.	Flugpreis Mk.
Berlin—Hannover—Amsterdam—London	8.30	190,—
Berlin—Magdeburg—Köln—Brüssel—London	9.05	190,—
Berlin—Danzig—Königsberg—Riga— Smolensk—Moskau	17.00	290,—
Berlin—Köln—Paris	7.25	155,—
Berlin—Stettin—Kalmarsund—Stockholm	6.50	165,—
Berlin—Lübeck—Kopenhagen	3.40	80,—
Berlin—Dresden—Prag—Wien	5.10	105,—
Frankfurt a. M.—Köln—Essen—Mülheim— Amsterdam	3.50	57,—
Kopenhagen—Hamburg—Dortmund—Köln	5.30	108,—
München—Innsbruck	1.15	30,—
Frankfurt a. M.—Stuttgart—Zürich	2.50	60,—

Köln—Amsterdam	2.25	36,—
Breslau—Prag	1.45	32,—
Hamburg—Bremen—Amsterdam	3.45	80,—
Köln—Brüssel	1.30	40,—

*

Dritter Abschnitt: Die Deutsche Reichsbahn.

Durch Verordnung vom 12. Februar 1924 und das Reichsbahngesetz vom 30. August 1924 ist die Verwaltung der Reichsbahnen einem selbständigen Unternehmen, der „Deutschen Reichsbahn“, übertragen. Das Grundkapital des Unternehmens beträgt 15 Milliarden Goldmark und zwar 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammaktien. Die Vorzugsaktien lauten auf den Inhaber und sind frei übertragbar. Die Stammaktien sind auf den Namen des Deutschen Reiches und einzelner Länder ausgestellt. Die Gesellschaft hatte 1924 an den Agenten für Reparationszahlungen Schuldverschreibungen im Nennwert von 11 Milliarden *R.M.* übergeben. Im Young-Plan wurde die Einziehung dieser Verschreibungen und die Befreiung der Reichsbahn von jeder Reparationslast festgesetzt. Daraus ergab sich auch, daß die 9 vom Reparationsagenten ernannten Verwaltungsratsmitglieder zurückgezogen wurden. Die Reichsbahn ist dann wieder ein rein deutsches Unternehmen. Sie muß aber wirtschaftlich und finanziell selbständig bleiben und jährlich 660 Millionen *R.M.* in Form einer Steuer an das Reich zahlen.

Mitglieder des Verwaltungsrates sind jetzt nur noch Deutsche, deren Ernennung hauptsächlich durch die Reichsregierung erfolgt. An der Spitze der Gesellschaft steht ein Generaldirektor, ihm zur Seite die Hauptverwaltung in Berlin mit folgenden Abteilungen: I. Verkehrs- und Tarifabteilung, II. Betriebs- und Bauabteilung, III. Maschinentechnische Abteilung, IIIa. Werkstätten-Abteilung, IV. Finanz- und Rechtsabteilung, V. Einkaufsabteilung. Für Bayern besteht eine besondere Gruppenverwaltung in München.

Dem Reichsverkehrsministerium obliegt lediglich die Aufsicht über die Eisenbahnen (einschl. der Privatbahnen).

Die Personalverhältnisse sind durch das Reichsbahn-Personalgesetz vom 30. August 1924 geregelt. Rechte und Pflichten der Beamten sind im allgemeinen dieselben geblieben wie die der übrigen Reichsbeamten, wenngleich die „Deutsche Reichsbahn“ gewissermaßen ein Privatunter-

nehmen ist und die Beamten in eine Art Privatdienstverhältnis zu der Gesellschaft getreten sind.

Den Personen- und Güterverkehr regelt die Eisenbahnverkehrsordnung vom 23. Dezember 1908, die allerdings mancherlei Änderungen erfahren hat.

Gütertarif.

Die Beförderung von Eil- und Frachtgütern erfolgt auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des deutschen Eisenbahntarifs, Teil I, sowie nach besonderen Vorschriften des deutschen Eisenbahntarifs, Teil II.

Die Fracht wird nach Kilogramm berechnet, Sendungen unter 20 kg werden für 20 kg, das darüber hinausgehende Gewicht wird mit 10 kg für Stückgut und mit 100 kg für Wagenladungen steigend so gerechnet, daß je angefangene 10 kg oder 100 kg für voll gelten.

Bei sperrigen Gütern (Sträucher, Heu, Korbwaren usw.), die im Verhältnis zu ihrem Gewicht einen großen Raum einnehmen, wird ein Frachtzuschlag berechnet.

Gebrauchte leere Emballagen (Fässer, Flaschen, Kisten, Käfige u. dgl.) werden nur zum halben Gewicht berechnet. Verschiedene Eilgüter (z. B. Milch, Butter, frisches Obst und Gemüse usw.) werden als Eilgut zu Frachtgutsätzen berechnet.

Die Eisenbahn haftet bei Überschreitung der Lieferfrist, bei Verlust, Minderung und Beschädigung des Gutes nach bestimmten Vorschriften.

Kostenlose Auskunft über Güter-, Tier- und Expresgut-Tarife im In- und Auslandsverkehr erteilt die Reichsbahn-Auskunftei für Güterverkehr, Berlin S W. 11, Altskanischer Platz 5.

Expresguttarif.

Als Expresgut können Gegenstände aufgegeben werden, die sich zur Beförderung im Packwagen eignen. Jedes Stück muß mit der Aufschrift des Empfängers, dem Namen der Versand- und Bestimmungsstation und dem Tag der Auslieferung versehen sein. Abfertigung auf Expresgutfarte (vom Absender auszufertigen) nach allen Stationen, die für den Gepäckverkehr eingerichtet sind und nach denen direkte Tarife bestehen. Beförderung in Personen- und geeigneten Eil- und Schnellzügen. Wertgegenstände werden nur bedingt angenommen. Auskunft darüber sowie über gänzlich ausgeschlossene Gegenstände bei den Expresgut-Annahmestellen.

Mindestgewicht 5 kg. Die Mindestfracht beträgt 40 Pfg. Über 15 kg wird die Fracht auf volle 10 kg aufgerundet und für je 10 kg berechnet.

Nachnahmesendungen sind zugelassen (mindestens 5,— Mk., höchstens 1000,— Mk.). Leicht verderbliche Güter, einschl. frisches Obst, Gemüse, Beeren, sind von der Nachnahmebelastung ausgeschlossen.

Bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (frisches Obst, Gemüse, frische Pilze und Beeren) werden zu halben Sätzen befördert. Gewicht des Stückes nicht über 50 kg. Höchstentfernung 300 km. Beförderung nur in Personenzügen.

Für bestimmte im Tarif bezeichnete sperrige Güter (z. B. Fahrräder, Rinderwagen, Korbwaren usw.) wird die doppelte auf 10 kg abgerundete Fracht erhoben.

Gepäck von Flugzeugreisenden wird ohne Vorlage von Fahrkarten als Gepäck zu den Sätzen des Expressguttarifs abgefertigt.

Gebührensätze für Expressgutbeförderung.

km	bis 5 kg RM	bis 10 kg RM	bis 15 kg RM	ü. 15 kg je 10 kg RM	km	bis 5 kg RM	bis 10 kg RM	bis 15 kg RM	ü. 15 kg je 10 kg RM
1—15	0,40	0,40	0,40	0,20	201—250	0,70	1,40	2,10	1,40
16—30	0,40	0,40	0,50	0,30	251—300	0,80	1,60	2,40	1,60
31—50	0,40	0,40	0,60	0,40	301—350	0,90	1,80	2,70	1,80
51—70	0,40	0,50	0,80	0,50	351—400	1,00	2,00	3,00	2,00
71—90	0,40	0,60	0,90	0,60	401—450	1,10	2,20	3,30	2,20
91—110	0,40	0,70	1,10	0,70	451—500	1,20	2,40	3,60	2,40
111—130	0,40	0,80	1,20	0,80	501—600	1,30	2,60	3,90	2,60
131—150	0,50	0,90	1,40	0,90	601—700	1,40	2,80	4,20	2,80
151—175	0,50	1,00	1,50	1,00	701—800	1,50	3,00	4,50	3,00
176—200	0,60	1,20	1,80	1,20	801—1000	1,60	3,20	4,80	3,20

Personentarif.

Am 7. 10. 1928 wurde bei der Reichsbahn das Zweiklassen-System eingeführt: eine Holzklasse mit der Bezeichnung 3. Klasse und eine Polsterklasse mit der Bezeichnung 2. Klasse. Die 1. Klasse ist nur bei den internationalen D-Zügen und den F-D-Zügen als sogen. Luxusklasse beibehalten.

Der Kilometerpreis beträgt:

für die Holzklasse 3,7 Pfg.,
für die Polsterklasse 5,6 Pfg.
für die Luxusklasse 11,2 Pfg.

In den Schnellzügen werden folgende Zuschläge erhoben:

	Holzklasse	Polsterklasse	Lurus- und Schlafwagen
1. Zone (1— 75 km)	1 Mk.	2 Mk.	2 Mk.
2. Zone (76—150 km)	2 Mk.	4 Mk.	4 Mk.
3. Zone (151—225 km)	3 Mk.	6 Mk.	6 Mk.
4. Zone (226—300 km)	4 Mk.	8 Mk.	8 Mk.
5. Zone (mehr als 300 km)	5 Mk.	10 Mk.	10 Mk.

Die Eilzuschläge betragen:

	Holzklasse	Polsterklasse
Nahzone (1— 35 km)	25 Pfg.	50 Pfg.
1. Zone (36— 75 km)	50 Pfg.	1 Mk.
2. Zone (76—150 km)	1 Mk.	2 Mk.
3. Zone (151—225 km)	2 Mk.	4 Mk.
4. Zone (226—300 km)	2 Mk.	4 Mk.
5. Zone (mehr als 300 km)	2,50 Mk.	5 Mk.

Bettkartenpreise: 1. Klasse 24 Mk., 2. Klasse 12 Mk., 3. Klasse 6,50 Mk. Hierzu eine Vorkergebühre von 10%. Preise für Plakarten: 1. Klasse 2 Mk., 2. Klasse 1 Mk., 3. Klasse 50 Pfg. Bahnsteigkarten: 10 Pfg. Für die Beförderung von Hunden wird der halbe Preis 3. Klasse für Eil- und Personenzüge erhoben.

Für FFD-Züge (Rheingoldzug) ist außer dem Zuschlag für Schnellzüge ein Sonderzuschlag von 8 Mk. in der 1. und 2. Klasse zu zahlen.

Es werden besondere Schüler-Monatskarten 2. und 3. Klasse für Personenzüge und solche für Eilzüge ausgegeben. Ihre Preise sind nach folgenden Einheitsätzen gebildet: 2. Kl. Personenzug 5,6 Pfg., 2. Kl. Eilzug 7,5 Pfg., 3. Kl. Personenzug 3,3 Pfg., 3. Kl. Eilzug 5 Pfg.

Die Preise der Arbeiterwochenkarten und Kurzarbeiterwochenkarten sind unverändert geblieben. Als Preis der Arbeiterrückfahrkarten wird der Fahrpreis der 3. Klasse Personenzug für einfache Fahrt erhoben.

Kinder unter vier Jahren, für die kein besonderer Platz beansprucht wird, werden frei befördert. Für Kinder vom vollendeten 4. bis zum vollendeten 10. Lebensjahr sowie für jüngere Kinder, für die ein Platz beansprucht wird, ist eine Fahrkarte, auch Schnellzugzuschlagkarte, zum halben Preise zu lösen.

Sodann werden Ermäßigungen gewährt bei Gesellschaftsreisen (mindestens 20 Personen) sowie bei Fahrten im Interesse der Jugendpflege, der öffentlichen Krankenpflege usw., für mittellose Kranke, erholungsbedürftige

Kinder und andere hilfsbedürftige Personen. Auskunft geben die Fahrkartenausgeber. Preisermäßigungen werden ferner gewährt auf Wochen- und Monatsfahrkarten sowie Sonntagsfahrkarten.

Kriegsbeschädigte, die im Kriege dauernde Schädigung der Gesundheit erlitten haben, werden bei Reisen zum Besuch von Fachärzten oder zur Unterbringung in Kur-, Heil- oder Ausbildungs-Anstalten usw. zum halben Preise befördert; ebenso ein etwa notwendiger Begleiter.

Für die Stellung eines Sonderzuges ist die Abnahme von 250 Fahrkarten 2. Klasse oder 380 Fahrkarten 3. Klasse erforderlich. Bei sogen. „kleinen Sonderzügen“, deren Gestellung im Ermessen der Reichsbahnverwaltung liegt, genügen jedoch bereits 100 Fahrkarten 2. Klasse oder 150 Fahrkarten 3. Klasse. Falls der „kleine Sonderzug“ innerhalb 24 Stunden hin und zurück fährt, sind nur 70 Fahrkarten 2. Klasse oder 100 Fahrkarten 3. Klasse erforderlich. Der für die Benutzung eines kleinen Sonderzuges zu zahlende Mindestbetrag ist 100 Mk. Kleine Gesellschaften von 20 Personen ab können bei Mindestentfernungen von 30 km eine Fahrpreisermäßigung von 25% in Anspruch nehmen.

Gepäcktarif.

Die Gepäckfracht wird für je 10 kg erhoben, wobei Zwischenkilogramme auf volle 10 kg aufgerundet werden. Sie beträgt mindestens 20 Pfg. und wird für eine Mindestentfernung von 10 km berechnet. Bei Beförderung in Expres- und Luxuszügen wird ein Zuschlag erhoben.

Sätze für 10 kg

km	Mk.	km	Mk.	km	Mk.
1—25	0,2	247—274	1,2	600—655	2,2
26—48	0,3	275—301	1,3	656—714	2,3
49—70	0,4	302—333	1,4	715—788	2,4
71—92	0,5	334—366	1,5	789—896	2,5
93—117	0,6	367—397	1,6	897—1107	2,6
118—141	0,7	398—434	1,7	1108—1317	2,7
142—166	0,8	435—471	1,8	1318—1532	2,8
167—191	0,9	472—509	1,9	1533—1747	2,9
192—217	1,0	510—554	2,0	1748—1750	3,0
218—246	1,1	555—599	2,1		

Kapitel 17: Die Religionsgesellschaften.

Eine Staatskirche, wie es die evangelische vor dem 9. November 1918 war, besteht im Deutschen Reich nach der Weimarer Verfassung nicht mehr. Die Kirchen werden als „Religionsgesellschaften“ bezeichnet und als Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung charakterisiert. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet, auch genießen alle Bewohner des Deutschen Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Zulassung zu öffentlichen Ämtern darf nicht vom religiösen Bekenntnis abhängig gemacht werden, auch ist kein Bürger verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren, es sei denn, daß davon Rechte und Pflichten abhängen, oder eine statistische Erhebung es erforderlich macht.

Die Religionsgesellschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten Steuern zu erheben. Die Religionsgesellschaften haben überdies das Recht, die Verleihung ihrer Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder bürgerlicher Gemeinden vorzunehmen.

Der Austritt aus einer Religionsgesellschaft erfolgt durch mündliche Abgabe einer Erklärung bei Gericht oder durch Einreichung einer Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form. Die Steuerpflicht des Ausgetretenen erlischt frühestens nach drei Monaten, doch nicht vor Ende des laufenden Kirchensteuerjahres. Die Austrittserklärung kann innerhalb eines Monats zurückgenommen werden.

Die überwiegende Anzahl der deutschen Staatsbürger bekennt sich zu den zwei großen Religionsgesellschaften: der evangelischen oder der katholischen Kirche.

In den evangelischen Landeskirchen ging nach der Staatsumwälzung die Kirchengewalt vom Landesherrn auf die Kirche selbst über. Die Kirchengemeinde verwaltet ihre Angelegenheiten durch den Gemeindefkirchenrat und die Gemeindevvertretung, deren Mitglieder (Presbyter) in allgemeiner, geheimer und unmittelbarer Wahl auf vier Jahre gewählt werden. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das seit drei Monaten in der Gemeinde wohnt, am Wahltag das 24. Lebensjahr vollendet und seine Kirchensteuer bezahlt hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag das 30. Lebensjahr vollendet hat. Den Vorsitz im Gemeindefkirchenrat führt der Pfarrer. Mehrere Gemeinden bilden einen Kirchenkreis. Das

Organ des Kirchenkreises ist die Kreisynode, die aus den Geistlichen und den von den Gemeinden gewählten Laien besteht. An der Spitze des Kreisynodalvorstandes steht der Superintendent. Die Kirchenkreise einer Provinz bilden eine Kirchenprovinz, deren Organ die Provinzialsynode ist. Die allgemeine Kirchenverwaltung einer Provinz wird vom Konsistorium geführt, dessen Leitung der Generalsuperintendent innehat. Sein ständiger Vertreter ist der Konsistorialpräsident. Die Generalsynode umfaßt die Gesamtheit der altpreußischen Kirchenprovinzen. Ihr obliegt die allgemeine Kirchengesetzgebung. Der evangelische Oberkirchenrat besorgt die Leitung, Verwaltung und gerichtliche Vertretung der Kirche, dem Kirchensenat sind die früher landesherrlichen Befugnisse übertragen.

Die Organisation der **römisch-katholischen Kirche** ist hierarchisch. Der Papst ist das Oberhaupt der gesamten Kirche, oberster Inhaber der Lehrgewalt und als solcher unfehlbar. Er hat die Stellung eines souveränen Monarchen durch den Besitz des Kirchenstaates „civita vaticana“. Die Papstwahl erfolgt auf Lebenszeit durch die Kardinäle im Konklave, d. h. unter Abschluß von der Außenwelt. Die Kardinäle sind vom Papst ernannte Würdenträger und haben fürstlichen Rang. Die Erzbischöfe und Bischöfe stehen einer Diözese vor, in der sie die kirchliche Verwaltung, insbesondere auch die des Kirchenvermögens ausüben. Der Bischof wird vom Domkapitel gewählt und vom Papst bestätigt. Deutschland hat folgende Diözesen: Aachen, Augsburg, Bamberg, Berlin, Breslau, Eichstätt, Ermland, Freiburg, Fulda, Hildesheim, Köln, Limburg, Mainz, Meissen, München-Freising, Münster, Osnabrück, Paderborn, Passau, Regensburg, Rottenburg, Speyer, Trier, Würzburg und folgende selbständige Kirchengebiete ohne Diözesancharakter: Schneidemühl, Glatz, Katticher. In den meisten Diözesen hilft dem Bischof ein Weihbischof. Der Generalvikar ist Stellvertreter des Bischofs in Verwaltungssachen, der Offizial Stellvertreter für juristische Angelegenheiten. Die Pfarrer üben im Auftrage des Bischofs an einzelnen Orten der Diözese die Seelsorge aus unter Beihilfe von Vikaren, Kaplänen, Kooperatoren oder Koadjutoren.

Die Provinzialsynode ist die Versammlung der Bischöfe einer Kirchenprovinz. Die Diözesansynode ist die Zusammenkunft des Klerus einer Diözese unter

Leitung des Bischofs. Konzilien sind Versammlungen der Bischöfe unter dem Vorsitz des Papstes.

Für die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden ist in Preußen die Bildung eines Kirchenvorstandes vorgeschrieben. Er besteht aus:

1. dem Pfarrer oder dem von der bischöflichen Behörde mit der Leitung der Pfarre betrauten Geistlichen als Vorsitzenden;
2. den gewählten Mitgliedern;
3. dem auf Grund besonderen Rechtstitels Berechtigten oder dem von ihm Ernannten.

Die Zahl der gewählten Mitglieder richtet sich nach der Seelenzahl der Gemeinde. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Gemeinde, die am Wahltag 21 Jahre alt sind und seit einem Jahre am Orte der Gemeinde wohnen, ausgenommen die auch von bürgerlichen Parlamentswahlen Ausgeschlossenen. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 30 Jahre alt ist, sofern er nicht durch kirchenbehördliche Entscheidung von den allen Kirchenmitgliedern zustehenden Rechten ausgeschlossen ist.

Frauen können das Amt eines Kirchenvorstehers ablehnen und auch jederzeit ohne Angabe von Gründen niederlegen, Männer beides nur aus erheblichen Gründen. Solche sind gegeben für den, der 60 Jahre alt ist, der das Amt sechs Jahre lang bekleidet hat.

Zur Bestreitung der kirchlichen Auslagen dient das Einkommen aus dem Vermögen der Kirche. Aus besonderen Titeln (Patronat, Säkularisation usw.) kann die Aufbringung der nötigen Mittel Privatpersonen oder dem Staat obliegen.

Der Kirchenvorstand hat bei wichtigen Rechtsgeschäften keine unbeschränkte Vollmacht. Bei Steuerbeschlüssen und Grundstückserwerb muß er die staatliche Genehmigung einholen, während zu allen Grundstücksgeschäften (Verkauf oder Erwerb), Veräußerung von Kunstdenkmälern, Aufnahme von Anleihen und andern Rechtsgeschäften zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung der bischöflichen Behörde erforderlich ist.

Die Vermögensverwaltung der evangelischen Landeskirche erfolgt im wesentlichen in gleicher Weise wie die der katholischen.

Kapitel 18: Das Schulwesen.

Erster Abschnitt: Organisation und Aufbau.

Den mannigfachen Bedürfnissen des vielgestaltigen Lebens entsprechend sind verschiedenartige Schulen eingerichtet. Zunächst ist für alle verbindlich die **Volksschule**, für die der Schulzwang vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre herrscht. An die Volksschule schließt sich für die aus ihr ins werktätige Leben übertretenden jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahre die Fortbildungs- oder Berufsschule. Wer eine weitere Ausbildung erstrebt, als sie die Volksschule vermittelt, kann nach Erledigung der Grundschule zu einer mittleren oder höheren Schule übergehen. Jeder Schüler aber hat zunächst die vier untersten Klassen der Volksschule (die sogen. Grundschule) zu besuchen. Besonders leistungsfähige Kinder können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijährigem Besuche der Grundschule zur Aufnahmeprüfung für die mittleren und höheren Schulen zugelassen werden. Die bisherigen Vorschulen für die höheren Schulen fallen fort.

Die **Mittelschule** umfaßt sechs Jahrgänge, hat also eine Mittelstellung zwischen der Volksschule (4 Jahrgänge nach der Grundschule) und den höheren Schulen (9 Jahrgänge nach der Grundschule). Sie soll ihre Schüler befähigen, auch gesteigerten Anforderungen späterer Lebensberufe zu genügen. Sie lehrt eine lebende Fremdsprache als Pflichtfach durch alle 6 Klassen hindurch und eine zweite lebende Fremdsprache wahlfrei von der 4. Klasse ab. Daneben werden stark betont Deutsch und Rechnen mit Buchführung. Den Schülern der als vollausgestaltet anerkannten öffentlichen Mittelschulen wird nach erfolgreichem Besuche der Abschlußklasse das Zeugnis der mittleren Reife erteilt. Über die Berechtigungen, die das Zeugnis der mittleren Reife verleiht, sind genaue Bestimmungen ergangen. Die Mittelschulreise ist nicht gleich der Obersekundareise, wohl aber schließt diese die Mittelschulreise — sogen. mittlere Reife — ein.

Die **höheren Schulen** mit neunjährigem Lehrgang sind Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule. Sie sollen zum Studium auf einer Hochschule vorbereiten, also der wissenschaftlichen Vorbildung für einen späteren gelehrten Beruf dienen. Auf dem Gymnasium (humanistisch) werden vor allem die alten Sprachen (Latein und Griechisch) gepflegt; daneben Englisch und Französisch (wobon ein Fach verbindlich, das andere freiwilliges Wahlfach ist).

Das Realgymnasium hat Latein (von Sexta bis zum Schluß) und zwei neuere Fremdsprachen (Englisch und Französisch). Eine Sonderart des Realgymnasiums ist das Reformrealgymnasium, auf dem das Lateinische von Untersekunda an gelehrt wird. Die Oberrealschule scheidet von den alten Sprachen vollständig ab und gewährt dafür neben dem Deutschen, das auf allen höheren Schulen das Kernfach ist, dem Französischen und Englischen und besonders der Mathematik und den Naturwissenschaften eine Vorzugsstellung. — Unvollständige höhere Schulen sind das Progymnasium, das Realprogymnasium und die Realschule, die nach sechsjährigem Lehrgange auf Grund der Abschlußprüfung die Berechtigung zum Eintritt in die Obersekunda der betr. Vollanstalt (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule) gewähren.

Alle diese höheren Schulen unterstehen dem Provinzialschulkolleg, während die Volksschulen und die mittleren Schulen der Regierung des betr. Bezirks unterstellt sind, bei der eine besondere Abteilung (Schulabteilung) mit einem Regierungsdirektor an der Spitze besteht.

Außer den genannten Schulen haben wir, namentlich in den westlichen Provinzen, noch zahlreiche Rektorsratschulen, die, wenn sie auch noch nicht dem Provinzialschulkolleg unterstehen, doch unbedingt zu den höheren Schulen gerechnet werden müssen, nach deren Lehrplänen sie auch unterrichten. Sie schließen zumeist mit der Obertertia ab; ihr Abschlußzeugnis berechtigt, wenn die Abschlußprüfung unter Leitung eines mit der Aufsicht über die Schule betrauten Direktors einer Vollanstalt stattfindet, ohne weiteres zum Eintritt in die Untersekunda einer höheren Lehranstalt.

Auch bei den höheren Mädchenschulen ist eine reichere Gliederung eingetreten. Für die einzelnen Formen der höheren Mädchenschulen gelten grundsätzlich die Lehrziele und Lehraufgaben der entsprechenden Knabenschulen. Der Stamm aller höheren Mädchenschulen ist das Lyzeum. Das Oberlyzeum als neu sprachliche Schule erfüllt im wesentlichen die Bildungsaufgaben des Realgymnasiums. Besondere Formen sind das Oberlyzeum mit Oberrealschulrichtung, die realgymnasiale Studienanstalt (mit Latein von Untertertia an und die gymnasiale Studienanstalt (mit Latein von Untertertia und Griechisch von Untersekunda an).

Zu den höheren Schulen gehören auch die sogen. Aufbauschulen. Es ist dies eine neue, sechsjährige Form der höheren Schule, die mit Untertertia beginnt und sich un-

mittelbar an die oberste Klasse der Volksschule anschließt. Sie soll begabten Volksschülern, namentlich vom Lande, deren rechtzeitiger Übergang auf die höhere Schule aus irgendeinem Grunde mit Schwierigkeiten verknüpft war, die Möglichkeit zum Weiterkommen geben; sie gewährt alle Berechtigungen der neunklassigen höheren Schulen. — Die Aufbauschulen sind zum Teil Oberrealschulen, die meisten aber deutsche Oberschulen in Aufbauform. Über die deutsche Oberschule ist folgende Vereinbarung zwischen den Ländern (mit Ausnahme von Bayern) getroffen:

1. Als neue zur Hochschulreise führende Schule wird die deutsche Oberschule versuchsweise zugelassen.

2. Die Dauer des Lehrgangs der deutschen Oberschule ist dieselbe wie bei den übrigen höheren Schulen. — Die deutsche Oberschule ist auch in der Form der Aufbauschule zugelassen.

3. Allgemein verbindliche Lehrfächer der deutschen Oberschule sind: Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Naturwissenschaften, Zeichnen und Musik, ferner Staatsbürgerkunde, Kunstbetrachtung und philosophische Propädeutik als gesonderte Lehrfächer oder im Anschluß an andere Lehrfächer. Dazu kommen zwei fremde Sprachen, von denen die eine in der untersten Klasse der deutschen Oberschule beginnt und bis zum Abschluß, die zweite mit mindestens drei Wochenstunden während der letzten vier Jahre durchgeführt werden muß.

In allen Schulen ist nach der Reichsverfassung sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Gutbegabten, minderbemittelten Kindern sind öffentliche Mittel durch Reich, Länder und Gemeinden bereitzustellen. Das Schulwesen wird vom Staat unter Beteiligung der Gemeinden beaufsichtigt.

In den einzelnen Gemeinden werden Schuldeputationen und Schulkommissionen gewählt. Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz der Verhältnißwahl. Der Schuldeputation obliegt insbesondere die Verwendung der Mittel innerhalb des festgestellten Schulhaushalts (bei dessen Aufstellung die Beteiligung der Schuldeputation sich empfiehlt ebenso wie bei der Verwendung und Verwaltung der Schulräume), ferner die Sorge dafür, daß der Schulverband die seiner Bedeutung und dem Bedürfnis entsprechende Anzahl und Art von Volksschulen erhält, die Lehr- und Unterrichtsmittel vermehrt und verbessert,

daß die Schulgebäude nebst Zubehör in ordentlichem Zustande verbleiben; ferner Förderung des Zusammenhangs zwischen Schule und Haus (durch Elternabende, Vorträge und Schülerfeste). Sie ist anzuhören bei Besetzung der Stellen, deren Inhabern Leitungsbefugnisse zustehen (Rektoren, Hauptlehrer), ebenso bei Veräußerung oder anderweitiger Verwendung des Schulvermögens. Daneben ist der Schuldeputation die Teilnahme an der Schulaufsicht gewährt; sie übt diese in Gemeinschaft mit dem staatlichen Kreisschulinspektor (Kreisschulrat) bezw. dem Stadtschulrat aus. (Die technische Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens, die Feststellung der Lehr- und Leistungspläne, Abhaltung von Schulrevisionen, Überwachung des amtlichen und außeramtlichen Verhaltens der Lehrer und Lehrerinnen, Erteilung eines Urlaubs bis zu vierzehn Tagen an diese bleibt dem Kreisschulinspektor vorbehalten.) Den Schuldeputationen der freisfreien Städte sind (unter Mitwirkung des Schulrats) folgende Befugnisse übertragen: Zurückstellung schulpflichtig gewordener und vorzeitige Entlassung noch schulpflichtiger Kinder, vorzeitige Aufnahme noch nicht schulpflichtiger Kinder und Zurückhaltung von Schulkindern über den üblichen Schulentlassungstermin hinaus, wo und soweit es nach den Gesetzen zulässig ist; Beurlaubung der Lehrkräfte über 14 Tage bis zu 6 Monaten und die Regelung der amtlichen Vertretung, Errichtung neuer Schulen, Klassen und Lehrerstellen im Rahmen des Etats, Verteilung der Lehrkräfte auf die einzelnen Schulen, Feststellung der Schulbezirke, Erteilung der Erlaubnis zur Übernahme von Nebenämtern seitens der Lehrkräfte. Die Schulaufsichtsbehörde kann diese Befugnisse auch den Schuldeputationen der nicht freisfreien Städte mit mehr als 25 Schulstellen gewähren und kann den Schuldeputationen auch noch weitere Befugnisse übertragen, um sie möglichst selbständig zu stellen.

Bei den einzelnen Schulen sind nach ministeriellem Erlaß **Elternbeiräte** eingerichtet, die, wie schon der Name sagt, der Schulleitung Wünsche und Anregungen aus dem Elternkreis, die über den Einzelfall hinaus von Bedeutung sind, übermitteln. Die Tätigkeit des Elternbeirats ist beratender Natur. Alle Beschlüsse des Elternbeirats sind dem Lehrkörper der Schule mitzuteilen. Zur Erörterung wichtiger Fragen kann der Elternbeirat in Verbindung mit dem Lehrkörper Elternversammlungen, an denen die Eltern aller Schüler teilnehmen, einberufen. In dem besonderen Einzelfall, daß gegen einen Schüler

Verweisung von der Schule ausgesprochen, oder ihm im Abgangszeugniß eine Sittennote gegeben worden ist, die ihm das Fortkommen erschweren würde, ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers der Elternbeirat vorher zu hören.

*

Zweiter Abschnitt: Die Hochschulen.

Den Gipfel der Bildungsanstalten bilden die Hochschulen, zu denen die Universitäten (Berlin, Bonn, Breslau, Erlangen, Frankfurt a. M., Freiburg, Gießen, Göttingen, Greifswald, Halle a. d. S., Hamburg, Heidelberg, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Marburg, München, Münster i. Westf., Rostock, Tübingen, Würzburg), die technischen Hochschulen (Braunschweig, Breslau, Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt, Hannover, Aachen, Charlottenburg, Karlsruhe), die tierärztlichen Hochschulen (Berlin, Hannover, und die tierärztlichen Fakultäten an den Universitäten Gießen, Leipzig, München, Tübingen), die Bergakademien (Freiberg und Clausthal) und die Handelshochschulen (Berlin, Leipzig, Köln, Königsberg, München, Mannheim und Nürnberg) gehören. Außerdem zählen dazu die landwirtschaftlichen und forstlichen Hochschulen, die pädagogischen Akademien und die Musik-Hochschulen. Die Hochschulen vermitteln das Fachwissen für die höheren Berufe, die man unter dem Namen „akademische Berufe“ zusammenzufassen pflegt. Die Zulassung zu dem Studium an einer Hochschule hängt im allgemeinen von der bestandenen Abiturientenprüfung ab, die entweder nach neunjährigem Besuch einer höheren Schule, sechsjährigem einer Aufbauschule oder nach gleichwertigen privaten Studien abgelegt werden kann. Bei vorliegender Obersekundareife ist die Zulassung zum Hochschulstudium mit der „kleinen Matrikel“ möglich. Diese berechtigt indessen nicht zur Ablegung der Staats- und Doktorprüfungen.

Ohne Reisezeugniß können nur besonders begabte Personen mit Genehmigung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum Universitätsstudium zugelassen werden. Der Bewerber kann jedoch das Gesuch nicht selbst stellen, er muß es von einer Persönlichkeit, die beurteilen kann, ob der Bewerber für das gewählte Gebiet besondere Begabung besitzt, einreichen lassen. Das Schreiben ist an die „Prüfungsstelle für die Zulassung zum Universitätsstudium ohne Reisezeugniß“ in Berlin, Unter den Linden 4, zu richten. Der Bewerber muß sich

einer Begabtenprüfung unterziehen, in der nicht das Ausmaß positiver Kenntnisse, sondern die Urteilskraft und Denkfähigkeit entscheidend sind.

Die wesentlichsten der von den Hochschulen verliehenen Dokortorentitel sind folgende: An den Universitäten promoviert man zum Dr. theol. (Theologie), Dr. iur. (Rechtswissenschaft), Dr. med. (Heilkunde), Dr. phil. (Philosophie), Dr. rer. pol. (Staats- und Wirtschaftswissenschaften), Dr. med. dent. (Zahnheilkunde), Dr. med. vet. (Tierheilkunde). Die technischen Hochschulen und die Bergakademien verleihen den Dr. Ing. (techn. Wissenschaften), die Handelshochschulen den Dr. rer. merc. (Handelswissenschaften). Personen, die sich um die Förderung der Wissenschaft besonders verdient gemacht haben, können von den einzelnen Fakultäten zum Dr. h. c. (honoris causa), d. h. „ehrenhalber“ ernannt werden.

Kapitel 19: Die Berufe.

Erster Abschnitt: Männliche Berufe.

Für den Beruf sind in der Regel gewisse Voraussetzungen nötig. Vor allem verlangen viele Berufe eine bestimmte Vorbildung; der Besuch bestimmter Schulen, bestimmte Examina sind die Vorbedingungen. In der Beamtenlaufbahn muß man mit gewisser Vorbildung und mit den Examen rechnen, während im Handel, als Kaufmann, Reisender usw. diese Faktoren mehr in den Hintergrund treten.

Für die Ergreifung eines **Handwerks** genügt Volksschulbildung. Bei der Wahl des Handwerks ist darauf zu achten, ein solches Handwerk zu wählen, das noch lebenskräftig ist und das nicht an Überfüllung leidet. Für die spätere Selbständigmachung ist das Kapitalerfordernis sehr verschieden; das ist auch bei der Wahl zu berücksichtigen. Es gibt Handwerker, bei denen zur Selbständigmachung ein Kapital von 2–5000 Mark genügt (Maler, Buchbinder, Sattler, Schmiede, usw.), während andere für einen größeren Betrieb mindestens über 10 000 Mark verlangen (Tischler, Maurer, Zimmerer usw.). — (Ein guter Wegweiser zu den Handwerksberufen ist das Buch: Dr. Janke „Was soll unser Junge werden?“, Verlag Wilhelm Köhler, Minden in Westf.)

Für die weitere Fortbildung und zur Vorbereitung für die Meisterprüfung werden vielfach von Innungen, Handwerkskammern, von Gesellenvereinen usw. Kurse eingerichtet, wo für geringes Geld ein strebsamer Mensch seine

Kenntnisse bereichern kann. Es gibt einzelne Baugewerkschulen, Maschinenbauschulen usw., deren erfolgreicher Besuch von der Meisterprüfung befreit. Baugewerkschulen befinden sich u. a. in München, Hörter, Holzminden, Dresden, Münster i. W., Leipzig, Erfurt, Stuttgart.

Reichswehrdienst. Die Meldung zur Einstellung hat bei einem selbstgewählten Truppenteil zu erfolgen. Vorbedingung: Körperliche Tauglichkeit, guter Leumund, Alter zwischen 17 und 23 Jahren, unverheiratet, mindestens 1.64 m groß, Bereitwilligkeit zur Verpflichtung auf zwölfjährige Dienstleistung. Einstellung erfolgt zum 1. April oder 1. Oktober. Nach dreijähriger Dienstzeit ist dem Freiwilligen die Möglichkeit gegeben, die Unteroffiziersanwärterprüfung abzulegen. Der Anwärter kann nach vierjähriger Dienstzeit zum Unteroffizier, nach weiteren zwei Jahren zum Unterfeldwebel und nach vierjähriger Unteroffiziersdienstzeit zum Feldwebel befördert werden. Für die Beförderung zum Oberfeldwebel ist eine besondere Prüfung abzulegen. Beim Ausscheiden nach zwölfjähriger Dienstzeit oder bei Entlassung wegen Dienstunbrauchbarkeit nach mindestens vierjähriger Dienstzeit stehen dem Reichswehrsoldaten Übergangsgebühren, Zivildienstschein und einmalige Übergangshilfe zu. Offiziersanwärter sollen das Reisezeugnis einer neunklassigen höheren Schule besitzen. Doch können auch Nichtabiturienten nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen die Offizierslaufbahn einschlagen. Diese Bestimmungen decken sich mit denen der Schutzpolizei.

Für die Einstellung in die **Reichsmarine** ist vollkommene körperliche und geistige Gesundheit Voraussetzung. Das Eintrittsalter ist auf 17—23 Jahre festgesetzt. Die Anmeldung erfolgt am besten bei den Schiffsstammdivisionen in Kiel oder Wilhelmshaven. Der Marinesoldat hat sich auf 12 Jahre, der Marineoffizier auf 25jährige Dienstzeit zu verpflichten. Für Offiziere ist das Abiturium vorgeschrieben, doch ist auch Mannschaften das Aufrücken nach Ablegung verschiedener Prüfungen möglich. Die Einstellung von Offiziersanwärtern erfolgt durch die Inspektion des Bildungswesens der Marine in Kiel. Die Aussichten sind bei der heutigen kleinen Marine nicht sehr günstig. Man fordere das Merkblatt für den Eintritt in die Reichsmarine beim Reichswehrministerium Berlin W. 10, Königin-Augustastraße 38—42 an.

Die Laufbahn bei der **Handelsmarine** beginnt in der Regel als Schiffsjunge im Alter von etwa 15 Jahren. Volle Seh- und Gehörschärfe, bestes Farbenunterschei-

dungsvermögen sind Voraussetzung. Es gibt drei Wege, die in den Seemannsberuf führen. Der erste geht über die „paritätischen Feuerstellen“, die in allen größeren Küstenstädten bestehen. Sicherer und bequemer ist der Weg durch die „Deutsche Seemannsschule“ in Hamburg-Finkenwärder. Der Lehrgang dauert etwa 3 Monate, danach wird dem Zögling eine Stelle auf einem Schiff vermittelt. Die Kosten betragen insgesamt etwa 600 Mark. Der „Deutsche Schulschiffsverein“ bildet die jungen Leute in zweijähriger Lehrzeit zu Matrosen aus. Die Ausbildungskosten betragen insgesamt etwa 1500 Mark.

Für die **Fliegerlaufbahn** ist ein Alter von 19—21 Jahren zum Beginn der Ausbildung empfehlenswert. Zur Ausbildung sind berechtigt: die Deutsche Verkehrsfliegerschule GmbH., Berlin W. 30, Geißbergstr. 2, die Gemeinnützige Gesellschaft zur Ausbildung von Sportfliegern in Staaken bei Spandau und die Deutsche Luftfahrt GmbH., Berlin W. 35, Blumeshof 17 und außerdem eine Anzahl privater Fliegerschulen, die jedoch nur bis zum A-Schein (einsitzige Flugzeuge bis zu 1200 kg Gesamtgewicht) ausbilden können. Bedingung zur Ausbildung als Flieger ist der Besitz des deutschen Sportabzeichens.

Für die **unteren Beamten** (vielfach auch noch für die mittleren Beamten) genügt gute Volksschulbildung. Dies gilt sowohl für die Reichs- und Staatsbeamten als auch für die Kommunal- und Körperschaftsbeamten.

Für die **Laufbahn der mittleren Beamten** wird im allgemeinen als Schulbildung jetzt mindestens die Reife für Obersekunda verlangt. Für den gehobenen mittleren Dienst sowohl bei der Reichspost- und Reichsfinanzverwaltung als auch bei der Reichsbahn ist fast durchweg das Reifezeugnis für Unterprima erforderlich, oder gar das Abitur vorgeschrieben.

(Zu empfehlen ist das Buch „Die Berufswahl im Reichs- und Staatsdienst“. Verlag C. A. Koch, Leipzig.)

Für **kaufmännische Lehrlinge** wird jetzt immer mehr als Schulbildung die Reife für Obersekunda verlangt. Zu empfehlen ist der erfolgreiche Besuch einer sechsklassigen Realschule oder aber einer Handelsschule. Jungen Leuten mit Obersekundareife, die sich dem Kaufmannsberufe widmen wollen, ist der Besuch einer höheren Handelsschule dringend anzuraten. Die hier gewonnene Fachbildung wird ihnen später das Aufrücken in höhere, besser bezahlte Stellen ermöglichen. (Zur Aufnahme in eine höhere Handelsschule ist im allgemeinen Obersekundareife

oder das Schlußzeugnis eines Lyzeums oder einer zehnklassigen höheren Mädchenschule erforderlich. Das Schlußzeugnis einer neunklassigen höheren Mädchenschule oder einer anerkannten neunklassigen Mittelschule berechtigt nur dann, wenn im Deutschen und in einer Fremdsprache die Note „Gut“ erreicht ist.) Die Lehrzeit dauert gewöhnlich 3 Jahre, bei Absolventen von höheren Lehranstalten kann sie je nach den Leistungen auf 2 Jahre herabgesetzt werden. Stenographie, Maschinenschreiben, Korrespondieren, Buchführung, Wechselkunde sind Fächer, die der junge Kaufmann beherrschen soll. Auch soll er sich nach Möglichkeit in der Korrespondenz fremder Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch) ausbilden.

Der **Diplomkaufmann** muß ein Hochschulstudium (Handelshochschule oder Universität in Frankfurt oder Köln) von mindestens 6 Semestern nachweisen können. Außerdem ist der Nachweis einer „ausreichenden“ kaufmännischen Praxis erforderlich. Vom **Diplom-Handelslehrer** wird vor der Diplomprüfung (ebenfalls nach 6 Semestern) „mindestens ein Jahr“ kaufmännischer Praxis verlangt. Er muß überdies nach der Prüfung ein Seminarjahr absolvieren.

Für die **höheren Berufe** ist das Bestehen des Abiturientenexamens Erfordernis. Nur wer diese Prüfung bestanden hat, wird zum Studium zugelassen. Die Diplom-Ingenieure, die Feldmesser, die Diplom-Volkswirte, die Zahnärzte, die Apotheker, die Ärzte, die Tierärzte, die Rechtsanwälte, die Richter, die höheren Post- und Eisenbahnbeamten, die Studienräte, die Geistlichen, alle müssen die Reifeprüfung bestanden haben. Man kann diese an einem Gymnasium, Realgymnasium oder an einer Oberrealschule ablegen.

Für die Mediziner, Geistlichen, Zahnärzte, Tierärzte, Juristen usw. ist aus praktischen Gründen der Besuch eines Gymnasiums das beste. Die Ingenieure, Chemiker, Kaufleute, Bankbeamten, Post- und Eisenbahnbeamten besuchen am besten ein Realgymnasium oder eine Oberrealschule. Doch wird man sich auch vielfach (wegen der Kosten) danach richten, was für eine Schule am Platze ist, da meist Gelegenheit geboten ist, die betr. fehlenden Fächer zu ergänzen. Für Kaufleute kommt noch der Besuch einer **Handelshochschule**, für Ingenieure der Besuch einer **technischen Hochschule** in Betracht.

Im Studiengang der akademischen Berufe werden bis zur Abschlußprüfung bei den einzelnen Fakultäten mehr

oder weniger Studien- und praktische Jahre verlangt. Diplome als Abschluß des Hochschulstudiums werden, außer an Kaufleute und Handelslehrer, nur an Volkswirte (nach mindestens 6 Semestern), Landwirte (nach 6 Semestern) und Ingenieure (nach mindestens 8 Semestern und einem Jahre Praxis) erteilt.

Der Andrang zum Hochschulstudium ist heute ins unermessliche gestiegen, so daß die Aussichten in fast allen akademischen Berufen als sehr ungünstig beurteilt werden müssen. Ueberdies sind die Kosten für ein Studium so hoch, daß sie nur in wenigen Fällen von den Eltern bestritten werden können. Vielfach ist der Student auf einen Erwerb angewiesen (Werkstudent). Nach einer statistischen Erhebung an der Universität Berlin stellen sich die gesamten Kosten für ein vollständiges Studium der Medizin auf 8800 Mk., der Chemie auf 7500 Mk., der Physik auf 6500 Mk., der Tierheilkunde auf 6300 Mk., der Zahnheilkunde auf 5400 Mk., der Philologie auf 5600 Mk., der Rechtswissenschaft auf 5400 Mk., der Volkswirtschaft auf 4500 Mk., der Pharmazie auf 3000 Mk. Die angeführten Zahlen sprechen deutlich gegen einen unbedachten Beginn des Hochschulstudiums. Der Prozentsatz von Studierenden, die das Studium in Ermangelung weiterer Mittel vor dem Abschlußexamen abbrechen müssen, ist heute schon sehr groß. Auf jeden Fall sollte man niemals ein Hochschulstudium beginnen, wenn nicht wenigstens die Hälfte der Gesamtkosten sichergestellt ist. (Die Merkblätter, die die deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker bei Trowitsch & Sohn, Berlin, Wilhelmstraße 29 zum Preise von 40 Pfg. pro Stück herausgibt, unterrichten sehr gut über die akademischen Berufe.)

Die Berufsausbildung der Volksschullehrer ist in Preußen dahin geregelt, daß die pädagogische Fachausbildung in einem zweijährigen Lehrgang an Pädagogischen Akademien erfolgt. Es sind bereits mehrere solcher Akademien eingerichtet, und zwar u. a. in Elbing und Kiel (für evang. Volksschullehrer und -lehrerinnen), in Bonn (für katholische Volksschullehrer) und in Frankfurt am Main (auf simultaner Grundlage) für Lehrer und Lehrerinnen. Vorbedingung für den Besuch ist die Reifeprüfung. Die Ausbildung dauert vier Semester. Bayern hat folgenden Studiengang: 7 oder 8 Jahre Volksschule, 6 Jahre Lehrerbildungsanstalt, 4 Jahre Fortbildungsschulpflicht unter Leitung eines Bezirksoberlehrers. Württemberg hat vorläufig die alte, auf die Volksschule aufbauende Seminar-

bildung beibehalten. In Baden erhalten die Volksschullehrer ihre Ausbildung in einem zweijährigen erziehungswissenschaftlichen Lehrgang an Lehrerbildungsanstalten. Die meisten übrigen Länder haben ihre Lehrerbildung noch nicht neu geregelt. Eine reichsgesetzliche Gestaltung der Lehrerbildung ist bis jetzt noch nicht erzielt.

*

Zweiter Abschnitt: Weibliche Berufe.

Nach der Reichsverfassung steht die Frau dem Manne gleich. Das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter ist in Deutschland jedoch ein sehr ungleiches, denn von 62 Millionen Einwohnern sind 30 Mill. männlichen und 32 Mill. weiblichen Geschlechts. Schon aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich, daß eine erhebliche Anzahl Frauen unverheiratet bleiben muß. Für diese Frauen besteht die Notwendigkeit, einen Beruf zu ergreifen, der ihren Unterhalt sicherstellt. Aber nicht nur diese überschießenden 2 Millionen sind zur Erwerbstätigkeit genötigt. Von den gesamten deutschen Frauen sind noch nicht der dritte Teil „Chefrauen“. Die anderen zählen zum allergrößten Teil zu dem Heer der berufstätigen Frauen.

Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Berufsfrage der Töchter heute mit derselben Sorgfalt zu behandeln, wie die der Söhne. Vor allem ist eine Prüfung der Voraussetzungen für einen bestimmten Beruf unumgänglich; die Eignung und Neigung der Tochter werden als weitere wesentliche Faktoren berücksichtigt werden müssen.

Der Frauenberufe sind heute nicht wenige, auch auf den Gebieten, die früher ausschließlich dem Mann vorbehalten waren. In allen akademischen Berufen sind die Frauen als ebenbürtige Mitarbeiterinnen der Männer bereits tätig. Es gibt heute nicht nur die Oberlehrerin und Ärztin, sondern auch den weiblichen Rechtsanwalt, Richter, Chemiker, Volkswirt. Voraussetzung für akademische Berufe ist das Reisezeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt, sowie mehrjähriges Hochschulstudium. In den meisten akademischen Berufen sind die Aussichten der Frauen nicht günstiger als die der Männer, vielfach sogar ungünstiger, so daß keiner Frau zum Hochschulstudium geraten werden kann.

Die meisten Frauen finden auch heute noch ihren Beruf in Unterricht und Erziehung der Kinder. Neben die eigentliche Lehrerin ist die Kindergärtnerin, Kinderpflegerin, Säuglingspflegerin, Hort-

nerin getreten. Alle diese Berufe setzen besondere Fachausbildung in Kursen, Schulen, Seminaren und Heimen voraus. Die Säuglingspflegerinnen werden in staatlich anerkannten Säuglingspflegeschulen, deren es zur Zeit 124 in Deutschland gibt (Verzeichnisse durch Kaiserin-Augusta-Viktoriahaus, Berlin-Charlottenburg 5, Frankstraße 3), in zweijährigem Kursus ausgebildet. Für die Kindergärtnerin und Hortnerin genügt in der Regel eine Ausbildungszeit von 1—1½ Jahren. Die Krankenpflegerinnen erhalten ihre Ausbildung im Krankenhaus oder in der Krankenpflegeschule des Roten Kreuzes. Die Ausbildungsdauer ist in der Regel 2—2½ Jahre. Der Hebammenberuf bietet für Unverheiratete kaum Aussicht, außerdem ist er in sozialer Hinsicht sehr ungesichert. Die Ausbildungszeit beträgt 18 Monate, an staatlichen Hebammenlehranstalten. Neuerdings bietet die Landwirtschaft kräftigen und gesunden Frauen manche schöne Möglichkeit. Die Berufe der Gärtnerin und Geflügelzüchterin sind nicht nur sehr interessante, sondern auch aussichtreiche Berufe.

Eine große Schar junger Mädchen findet Anstellung im kaufmännischen Beruf als Stenotypistin, Expedientin, Lageristin, Buchhalterin oder Verkäuferin. Beste fachliche Ausbildung ist auch hier Voraussetzung für gutbezahlte Stellungen. Von den handwerklichen Berufen kommen insbesondere Buchbinderei, Uhrmacherei, Zahntechnik, Friseurgewerbe in Frage. Doch kennt man auch schon weibliche Schlosser, sogar Metzger. Die Laufbahn im Post- und Telegraphendienst der deutschen Reichspost ist bei der heutigen Lage, und dem Überschuß an männlichem Personal, sehr ungünstig. Der Zugang zur Beamtenstellung erfolgt noch immer ausschließlich auf dem Umweg über eine sehr lange Helferinnenzeit. Wer in den Dienst der Reichspost tritt, muß damit rechnen, eine ganze Reihe von Jahren kürzere oder längere Zeit hindurch überzählig und daher ohne Verdienst zu sein. Trotzdem muß er sich während dieser Beschäftigungspausen jederzeit für eine etwaige Einberufung bereithalten, wenn er nicht Gefahr laufen will, von der Liste gestrichen zu werden. (Ein vortrefflicher Wegweiser in den weiblichen Berufen ist das bei Wilhelm Köhler in Minden von Dr. Erich Janke herausgegebene Werk „Das moderne Buch der weiblichen Berufe“, das alle den Frauen zugängliche Berufe umfaßt.

Anhang.

Versailler Vertrag und Reparations-Abkommen.

Der Versailler Vertrag enthält den eigentlichen Friedensvertrag des Weltkrieges 1914—1918. Er ist am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet worden und am 10. Januar 1920 in Kraft getreten. Da nur sehr wenige wissen, was der Vertrag enthält, soll in folgendem kurz sein wesentlicher Inhalt wiedergegeben werden. Die ersten Artikel (1—26) behandeln den Völkerbund und seine Satzung. Organe des Bundes sind die Bundesversammlung, die aus den Vertretern der Mitgliedsstaaten besteht, der Bundesrat, der aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern besteht, und das Sekretariat.

Der Versailler Vertrag regelt ferner die Grenzen Deutschlands und bestimmt, welche Gebiete Deutschland abzutreten hat. Sodann enthält er Bestimmungen über das Landheer und die Seemacht. (Vergl. hierüber Kap. 13.)

Der Friedensvertrag enthält einen Artikel, worin Deutschland als Urheber für die Kriegsschäden seiner Gegner verantwortlich gemacht wird. Unter dem Druck der tatsächlichen Machtverhältnisse mußte, wenn auch unter Protest, diese Klausel mit unterschrieben werden. Sie ist die Rechtsgrundlage für die Wiedergutmachungen („Reparationen“).

Als Sicherheit für die Durchführung des Versailler Vertrages blieben auch nach seinem Inkrafttreten (10. 1. 1920) die linksrheinischen Gebiete durch alliierte Truppen besetzt. Die Räumung sollte zonenweise nach 5, 10 und 15 Jahren erfolgen. Die erste Zone wurde erst Anfang 1926 frei; die Räumung der zweiten und dritten Zone vereinbarten die früheren Alliierten und Deutschland bei den Verhandlungen im Haag für Ende 1929 und Anfang 1930. Gleichzeitig beschloß man, Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Rückgabe des Saargebietes aufzunehmen. Letzteres war durch den Völkerbund verwaltet worden, während seine Kohlengruben von Frankreich ausgebeutet wurden.

Die Schäden und den Wiedergutmachungs-Zahlungsplan sollten ursprünglich die Feindbundmächte allein festsetzen. Das geschah in Spa (1920) und London (1921). Deutschland mußte sich Ende 1922 zur Erfüllung dieser Auflagen außerstande erklären. Der Ruhrreinbruch vom Januar 1923 brachte allen Parteien Schaden; nunmehr kamen auch die Gegner zur Einsicht und willigten in die Aufstellung eines

vorläufigen Sachverständigen-Planes (Dawes-Plan vom Sommer 1924). Deutschland erhielt eine kleine Anleihe und zahlte dann bis 1929 etwa 6 Milliarden *RM*. Es waren Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Währung getroffen und andererseits die Reparationen durch Belastung von Reichsbahn, Industrie und Landwirtschaft, Verpfändung von Einnahmen an den Reparationsagenten usw. sichergestellt.

Bis 1929 hatte Deutschland an Barzahlungen einschl. derer aus dem Dawes-Plan, Sachlieferungen, Abtretungen von Staats- und Privateigentum, Schiffen usw. etwa 40 Milliarden *RM* geleistet. Es zeigte sich, daß die im Dawes-Plan vorgesehene jährliche Normalsumme von 2,5 Milliarden *RM*, die noch nach einem Wohlstandsindeks erhöht werden sollte, zu hoch gegriffen war. Außerdem stand noch die Festsetzung einer endgültigen Gesamtsumme aus. Man berief deshalb nochmals Sachverständige zu einer Besprechung in Paris ein. Diese gaben am 7. 6. 1929 den Young-Plan heraus, der von den Mächten Ende August im Haag mit kleinen Änderungen angenommen wurde. Der Young-Plan setzt fest, daß Deutschland bis zum 31. 3. 1987 jährlich durchschnittlich 2 050 600 000 *RM* zu zahlen hat. Demnach würden innerhalb der 59 Jahre vom 1. 4. 1929 bis 31. 3. 1987 zusammen noch rund 121 Milliarden *RM* zu zahlen sein. Faßt man diese Zahlungen als Verzinsung und Tilgung einer Schulden-Kapitalsumme auf, so ergibt sich bei dem im Plan gedachten Zinssatz von 5,5% ein Gegenwartswert von etwa 32 Milliarden *RM*. Die Belastungen der Reichsbahn, Industrie usw. und die Einnahmen-Verpfändungen werden aufgehoben. Mit Rücksicht auf die für Deutschland notwendige wirtschaftliche Erholung sind die Zahlungen für die ersten Jahre niedriger angesetzt. Sie steigen allmählich und fallen gegen den Schluß wieder.

Deutschland soll zahlen:

	bis 31. 3. 1930	742,8 Millionen Reichsmark,
vom 1. 4. 1930	bis 31. 3. 1931	1707,9 Millionen Reichsmark,
vom 1. 4. 1931	bis 31. 3. 1932	1685,0 Millionen Reichsmark,
vom 1. 4. 1932	bis 31. 3. 1933	1738,2 Millionen Reichsmark,
vom 1. 4. 1933	bis 31. 3. 1934	1804,3 Millionen Reichsmark.

Die Jahreszahlungen steigen dann allmählich bis auf 2427,5 Millionen *RM* im Haushaltsjahr 1965/66, sinken wieder bis 1980, schwanken dann bis 1983/84 um etwa 1700 Millionen *RM* und betragen in den drei letzten Jahren 1984/85 925,1, 1985/86 931,4 und 1986/87 897,9 Millionen *RM*.

Diese Zahlungen sind zum Teil ungeschützt, während der andere Teil insofern geschützt ist, als Deutschland bei schwieriger Lage zunächst die Übertragung, d. h. Abführung ins Ausland, etwas später auch die Aufbringung im Lande selbst einstellen kann. Für die Zustimmung hierzu und die Durchführung ist ebenso wie für die Annahme und Weiterleitung der Beträge die Bank für internationale Zahlungen zuständig, die in Basel gegründet wurde. Ihr Verwaltungsrat besteht aus je dem Notenbank-Präsidenten und einem weiteren Vertreter der hauptsächlich beteiligten sechs früheren Feindbündländer und Deutschlands und einigen weiteren Vertretern neutraler Staaten.

Der ungeschützte Teil sollte ursprünglich jährlich 660 Millionen *R.M.* betragen. Er wurde im Haag auf 702 Millionen *R.M.* erhöht.

Die Zahlungen soll Deutschland in bar leisten. Sachlieferungen werden nur noch während der ersten 10 Jahre durchgeführt, und zwar im ersten Planjahr im Werte von 700 Millionen *R.M.*, dann jährlich um 50 Millionen *R.M.* weniger und im zehnten Jahre nur mehr im Werte von 300 Millionen *R.M.*

Neben der Stundungsmöglichkeit für Übertragung und Aufbringung hat Deutschland noch einige andere Ausichten auf Erleichterungen. Es soll versucht werden, die Zahlungen nach Ablauf der ersten 37 Jahre zu beenden, indem für die weiteren 22 Jahre Gewinnanhäufungen der internationalen Bank usw. herangezogen werden. Läßt Amerika den früheren Alliierten Schulden nach, so sollen $66\frac{2}{3}\%$ Deutschland, $81\frac{1}{3}\%$ der internationalen Bank und 25% den früheren Gegnern zugute kommen. Stellt sich auch der Young-Plan als undurchführbar dar, so sollen die sieben Notenbank-Präsidenten, die noch vier Mitglieder zuwählen können, als Revisionsausschuß zusammentreten und neue Entschlüsse fassen. Das wird nur für den geschützten Teil Belang haben können. Dem Grundsatz nach sollen aufgeschobene Leistungen nachgeholt und dazu u. U. neue Sachlieferungen gestattet werden.

Auf Wunsch von Gläubigerstaaten kann die internationale Bank von Deutschland Bonds (Schuldburkunden von Wertpapierart) verlangen, die auf den betreffenden Gegenwartswert abzustellen sind und „kommerzialisirt“ werden, d. h. als Kapitalanlagepapiere verkauft werden können. Deutschland darf diese Papiere je nach Marktlage usw. zurückkaufen. Diese Abmachung dürfte nur für den ungeschützten Teil von Bedeutung werden. Letzterer umfaßt

übrigens die Zinsen für die Dawes'sche Anleihe von 1924 mit; so, wie diese Zinsen abnehmen, geht auch der ungeschützte Teil zurück, bis er wieder nur jährlich 660 Millionen *RM* beträgt.

Es steht Deutschland grundsätzlich frei, auf welche Weise es seine Zahlungen innerlich, d. h. aus Steuern usw. aufbringen will. Vorgeschieden ist lediglich, daß die Reichsbahn 37 Jahre lang in Form einer Steuer jährlich 660 Millionen *RM* an das Reich zu zahlen hat. Außerdem könnte Deutschland gewisse Staatseinnahmen (Zölle usw.) nur mit Zustimmung der internationalen Bank anderweitig, z. B. zu Anleihezwecken, verpfänden.

Der Young-Plan trat nach Ratifizierung durch die Parlamente der beteiligten Staaten in Kraft.

*

Der Völkerbund

ist eine zwischenstaatliche Vereinigung der größten Mehrzahl der Staaten. Von den bedeutenderen Staaten gehören zur Zeit dem Bund nicht an die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Das Deutsche Reich ist am 10. September 1926 beigetreten. Gegründet wurde der Völkerbund am 10. Januar 1920 auf Grund der Eingangskartikel der Friedensverträge. Sitz ist Genf. Die Völkerbundsversammlung besteht aus Vertretern der Bundesmitglieder; sie tagt alljährlich am ersten Montag im September in Genf. Jedes Bundesmitglied hat eine Stimme. Die Beschlüsse erfordern in der Regel Einstimmigkeit.

Die Hauptaufgabe des Völkerbundes ist die Erhaltung des Weltfriedens und Beratung aller damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere die Herabsetzung der militärischen Rüstungen der einzelnen Staaten auf ein zu vereinbarendes Mindestmaß. Der Völkerbund besorgt auch die Betreuung Danzigs durch den Hohen Kommissar und die der Mandate durch die von ihm damit beauftragten Mächte, die Ausübung der internationalen Rechtsprechung durch das ständige Völkerbundsgericht (ohne obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit), die Überwachung der internationalen Arbeitsbestimmungen durch die zwischenstaatliche Arbeitsorganisation und das zwischenstaatliche Arbeitsamt, sowie schließlich das Studium spezieller internationaler Fragen (Wirtschafts- und Finanzfragen, Mädchen- und Kinderhandel, wissenschaftliche Zusammenarbeit usw.) durch Kommissionen.

*

Die Städte des Deutschen Reiches mit mehr als 100 000 Einwohnern.*)

Alachen	155 500	Karlsruhe	155 000
Altona	234 166	Kiel	217 666
Augsburg	168 564	Köln	733 353
Barmen-Elberfeld	415 000	Königsberg	293 054
Berlin	4 297 277	Krefeld-Uerdingen	163 045
Bochum	321 889	Leipzig	693 000
Braunschweig	150 675	Lübeck	127 843
Bremen	302 837	Ludwigshafen	106 525
Breslau	608 682	Magdeburg	299 196
Chemnitz	356 400	Mainz	110 538
Dortmund	534 000	Mannheim	254 983
Dresden	631 823	Mülheim (Ruhr)	132 150
Düsseldorf	479 344	München	710 000
Duisburg-Hamborn	432 155	M.-Gladbach	118 487
Erfurt	140 131	Münster i. W.	116 040
Essen (Ruhr)	642 613	Nürnberg	410 167
Frankfurt am Main	551 100	Oberhausen	192 830
Gelsenkirchen-Buer	334 541	Plauen i. Vogtl.	113 588
Gladbach-Rheydt	199 196	Remscheid	102 899
Hagen i. W.	143 689	Saarbrücken	127 580
Halle	202 263	Solingen	140 189
Hamburg	1 127 834	Stettin	268 877
Hannover	438 300	Stuttgart	372 000
Kassel	174 901	Wiesbaden	153 612

*) Nach amtlichen Mitteilungen (Ende 1929)

*

Die Millionenstädte der Erde.

London	7 500 000	Hankau	1 500 000
Newyork	5 850 000	Peking	1 400 000
Berlin	4 297 277	Kalkutta	1 330 500
Paris	2 900 000	Osaka	1 250 000
Chicago	2 833 000	Budapest	1 200 000
Tokio	2 110 000	Bombay	1 175 000
Philadelphia	1 895 500	Rio de Janeiro	1 150 000
Wien	1 865 800	Hamburg	1 127 834
Buenos Aires	1 810 500	Konstantinopel	1 050 000
Schanghai	1 540 000	Leningrad	1 050 000
Moskau	1 500 000	Glasgow	1 035 000

*

Die europäischen Staaten, ihr Flächeninhalt und ihre Einwohnerzahl.

(Die mit einem * bezeichneten Staaten sind Republiken.)

	qkm	Einwohnerzahl
Albanien*	27 538	803 000
Andorra*	452	5 200
Belgien	30 444	7 744 000
Bulgarien	103 146	4 861 000
Dänemark	43 016	3 419 000
Deutschland*	467 788	62 564 000
Estland*	47 550	1 110 000
Finnland*	338 483	3 469 000
Frankreich*	550 986	39 595 000
Freistaat Danzig	1 849	364 000
Griechenland*	127 337	5 026 000
Großbritannien	243 274	44 677 000
Island	102 846	97 687
Italien	309 717	39 692 000
Jugoslawien	248 987	12 017 000
Lettland*	65 792	1 844 000
Lichtenstein	159	11 500
Litauen*	52 810	2 165 000
Luxemburg	2 586	271 000
Monaco	1,5	23 418
Niederlande	34 209	6 865 000
Norwegen	323 793	2 781 000
Oesterreich*	83 533	6 536 000
Polen*	388 279	27 184 000
Portugal*	91 948	6 032 000
Rumänien	294 967	17 500 000
Rußland* (europ. Teil)	4 838 054	78 028 000
San Marino*	61	12 800
Schweden	448 460	6 036 000
Schweiz*	41 298	3 880 000
Spanien	505 152	21 313 000
Tschechoslowakei*	140 394	13 613 000
Türkei* (europ. Teil)	27 000	9 000 000
Ungarn	92 916	7 980 000

*

Die Gesamtfläche der Erde und ihre Bevölkerung.

	qkm	Bewohner
Europa	9 977 626	478 114 000
Asien	44 450 213	1 070 483 000
Afrika	29 887 784	140 269 000
Amerika	39 977 422	238 332 000
Australien	8 954 637	9 354 000
Polargebiete	12 669 510	15 000
Zusammen	145 917 192	1 936 567 000

Hierzu kommt noch die Wasserfläche mit 364 034 000 qkm, sodaß die Gesamtfläche der Erde 509 951 192 qkm beträgt.

*

Maße und Gewichte.

- 1 Fuß = 31,4 cm (in Preußen), in Bayern 29,1 cm, in Württemberg 28,6 cm.
- 1 Elle = 66,69 cm (in Preußen), in Bayern 83,3 cm.
- 1 engl. Zoll = 2,51 cm.
- 1 Dekameter = 10 m.
- 1 Hektometer = 100 m.
- 1 Deutsche Meile = 7,5 km.
- 1 Kilometer = 1000 m, 1 m = 100 cm = 1000 mm.
- 1 Engl. Meile à 1760 Yards = 1,6093 km, abgerundet 1,61 km.
- 1 Seemeile (aller Nationen) = 1,8551 km, abgerundet 1,85 km.
- 1 Knoten = 1 Seemeile.
- 1 Russischer Werst à 1500 Arschinen = 1,07 km.
- 1 Geographische Meile = 7420,38 m, abgerundet 7,5 km.
- 1 Yard = 0,914 m.
- 300 Faden = 548 m, 1 Faden = 1,83 m.
- 1 Ur = 100 qm.
- 1 Hektar = 100 a oder 10 000 qm.
- 1 Quadratkilometer = 100 ha.
- 1 Morgen in Preußen = 180 Quadratruten = 25,53 a, in Bayern = 34,07 a, in Württemberg = 31,51 a, in Baden 36 a, in Hannover = 34,07 a, in Sachsen = 27,67 a.
- 1 Quadratrute = 14,14 qm = 3,76 m lang und 3,76 m breit.
- 1 Hektoliter = 100 l.
- 1 Kubikmeter = 1 m lang, 1 m breit, 1 m hoch = 1000 l.
- 1 Kilo = 1000 gr = 2 Pfd.
- 1 Zentner = 50 kg = 100 Pfd.
- 1 Sonne (t) = 1000 kg = 20 Zentner.
- 1 Scheffel in Preußen = 54,96 l, in Sachsen = 103,83 l.
- 1 Klafter = 3,59 cbm.

*

Maße für Arbeitsleistungen.

Als technische Arbeitseinheit gilt das Meterkilogramm (mkg) oder Kilogramm-meter, d. h. die Arbeit, die nötig ist, einen Widerstand von 1 kg auf 1 m Weg zu überwinden. Die Arbeit, die eine Kraft in 1 Sekunde leistet, heißt Sekunden-Arbeit oder Effekt. Einen Effekt von 75 mkg nennt man eine Pferdestärke (PS). — 1 Menschenkraft = ungefähr $\frac{1}{3}$ PS.

*

Sonstige Maßeinheiten.

1 Atmosphäre bezeichnet den Druck von 1 kg auf 1 qcm Fläche (Einheit für die Messung des Druckes von Dämpfen, Gasen usw.).

1 Kalorie (Wärmeeinheit) ist die Wärmemenge, die nötig ist, um die Temperatur von 1 kg Wasser um einen Grad Celsius zu erhöhen.

Ampere, Ohm und Volt sind die gesetzlichen Einheiten für elektrische Messungen.

Das Ampere ist die Maßeinheit für die Stromstärke, das Volt für die Spannung des Stromes zwischen zwei Leitern, das Ohm für den Widerstand, den der Strom beim Durchfließen eines Leiters findet.

Die Stärke der Elektromotoren wird gemessen nach Kilowatt.

Das Watt ist die Strommenge aus Ampere mal Volt (Stromstärke mal Spannung).

1000 Watt = 1 Kilowatt, 736 Watt = 1 Pferdestärke.

*

Geographische und astronomische Angaben.

Die Landfläche der Erde beträgt 145 917 192 qkm, die Wasserfläche 364 034 000 qkm, die Gesamtfläche der Erde mithin 509 951 192 qkm. Der Erddurchmesser beträgt 12 756,5 km, der Erddumfang (Länge des Äquators) 40 075,7 km. Die mittlere Entfernung der Erde von der Sonne beträgt 149 481 000 km, die mittlere Entfernung der Erde vom Mond 384 392 km. Die Sonne hat einen Durchmesser von 1 391 000 km, der Mond einen solchen von 3480 km. Die Sonne ist 1 253 000mal größer und 333 470mal schwerer als die Erde. Die Erde ist 50mal größer und 81mal schwerer als der Mond. Der Mond läuft in 27 Tagen 8 Stunden einmal um die Erde. Die Erde läuft in einem Jahre einmal um die Sonne.

Die Planeten, die alle um die Sonne kreisen, sind: Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter, Saturn, Uranus, Neptun. Um einmal um die Sonne zu kreisen, braucht Merkur nur 88 Tage, Neptun dagegen 164 Jahre und 286 Tage.

Ausländische Geldwährungen.

Die Zahlen sind zum Teil nur Durchschnittskurse (Ende 1929),
da nicht alle Währungen stabil sind.

Argentinien	1 Peso =	1,72 M.
Belgien	100 Belga =	58,40 M.
Brasilien	1 Milreis =	0,48 M.
Bulgarien	100 Leva =	3,04 M.
Dänemark	100 Kronen =	112,50 M.
England	1 Pfund Sterling =	20,40 M.
Estland	100 estn. Kronen =	112,10 M.
Finnland	100 finnische Mark =	10,60 M.
Frankreich	100 Franken =	16,40 M.
Griechenland	100 Drachmen =	5,40 M.
Holland	100 Gulden =	168,60 M.
Italien	100 Lire =	22,04 M.
Japan	1 Yen =	2,03 M.
Jugoslawien	100 Dinar =	7,40 M.
Lettland	100 Latts =	80,54 M.
Litauen	100 Lit =	42,— M.
Norwegen	100 Kronen =	112,50 M.
Oesterreich	100 Schilling =	58,70 M.
Polen	100 Zloty =	47,35 M.
Portugal	100 Escudo =	18,58 M.
Rumänien	100 Lei =	2,51 M.
Schweden	100 Kronen =	112,30 M.
Schweiz	100 Franken =	80,95 M.
Spanien	100 Peseten =	58,69 M.
Tschechoslowakei	100 Kronen =	12,47 M.
Türkei	1 türkisches Pfund =	1,98 M.
Ungarn	100 Pengö =	73,— M.
Verein. Staat. v. Nordamerika (U. S. A.)	1 Dollar =	4,20 M.

*

Der Dollarkurs während der Inflation.

Stand vor dem Kriege	4,20 M.	Stand Ende Mai 1923	69500 M.
„ Ende 1914	4,60 „	„ „ Juni 1923	154500 „
„ „ 1915	5,— „	„ „ Juli 1923	1 Millio.
„ „ 1916	5,50 „	„ „ August 1923	10 „
„ „ 1917	6,40 „	„ „ Sept. 1923	160 „
„ „ 1918	7,— „	„ „ 1. Oktob. 1923	242 „
(Beginn der Markentwertung)		„ 10. „ 1923	3 Millia.
Stand Ende 1919	42 „	„ 20. „ 1923	12 „
„ „ 1920	70 „	„ 31. „ 1923	73 „
„ „ 1921	185 „	„ 1. Nov. 1923	130 „
„ „ 1922	7350 „	„ 10. „ 1923	630 „
„ „ Januar 1923	49000 „	„ 15. „ 1923	2 Billio.
„ „ Februar 1923	27300 „	(Erscheinungstag der Rentenmark)	
„ „ März 1923	20975 „	Stand Ende Novemb. 1923	4,2 Billio.
„ „ April 1923	29800 „		

Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge.

1. Reich.

- | | |
|-------------------------|----|
| 1. Wehrmacht | RW |
| 2. Reichspost | RP |

2. Länder.

- | | |
|------------------------------------|---|
| 1. Preußen | Ziffer I und für die Provinzen
Buchstaben: |
| Berlin | IA |
| Grenzmark Posen= | |
| Westpreußen | IB |
| Ostpreußen | IC |
| Brandenburg | IE |
| Pommern | IH |
| Schlesien | IK |
| Sachsen | IM |
| Schleswig-Holstein | IP |
| Hannover | IS |
| Hessen-Nassau | IT |
| Westfalen | IX |
| Rheinprovinz | IZ |
| Reg.=Bez. Düsseldorf | IY |
| 2. Bayern | Ziffer II und Buchstaben A, B usw. |
| 3. Sachsen | die Ziffern I, II, III, IV, V. |
| 4. Württemberg | Ziffer III und Buchstaben A, B usw. |
| 5. Baden | IV B |
| 6. Thüringen | Th |
| 7. Hessen | Ziffer V und die Buchstaben O, R, S. |
| 8. Hamburg | HH |
| 9. Mecklenb.=Schwerin | MI |
| 10. Oldenburg | O und die Ziffern I, II, III |
| 11. Braunschweig | B |
| 12. Anhalt | A |
| 13. Bremen | HB |
| 14. Lippe | L |
| 15. Lübeck | HL |
| 16. Mecklenburg-Strelitz | MII |
| 17. Schaumburg-Lippe | SL |

*

Gerichts-, Anwalts- und Notariatsgebühren.

Gerichtsgebühren

Wert bis einschl.	halbe Gebühr.	volle Gebühr.	eineinhalbf. Geb.	
20 Mf.	0,50 Mf.	1,— Mf.	1,50 Mf.	Halbe Gebühr im Mahn- oder Güteverfahren.
60 "	1,— "	2,— "	3,— "	
100 "	1,50 "	3,— "	4,50 "	Volle Gebühr im Prozeßverfahren.
200 "	3,— "	6,— "	9,— "	
300 "	4,50 "	9,— "	13,50 "	
400 "	6,— "	12,— "	18,— "	Eineinhalbfache Gebühr im Berufungsverfahren.
500 "	7,50 "	15,— "	22,50 "	
600 "	9,— "	18,— "	27,— "	
700 "	10,50 "	21,— "	31,50 "	
800 "	12,— "	24,— "	36,— "	
900 "	13,50 "	27,— "	40,50 "	
1000 "	15,— "	30,— "	45,— "	
2000 "	$1\frac{0}{10} + 5$ "	$2\frac{0}{10} + 10$ "	$3\frac{0}{10} + 15$ "	
10000 "	$1\frac{1}{2}\frac{0}{10} + 15$ "	$1\frac{0}{10} + 30$ "	$1\frac{1}{2}\frac{0}{10} + 45$ "	

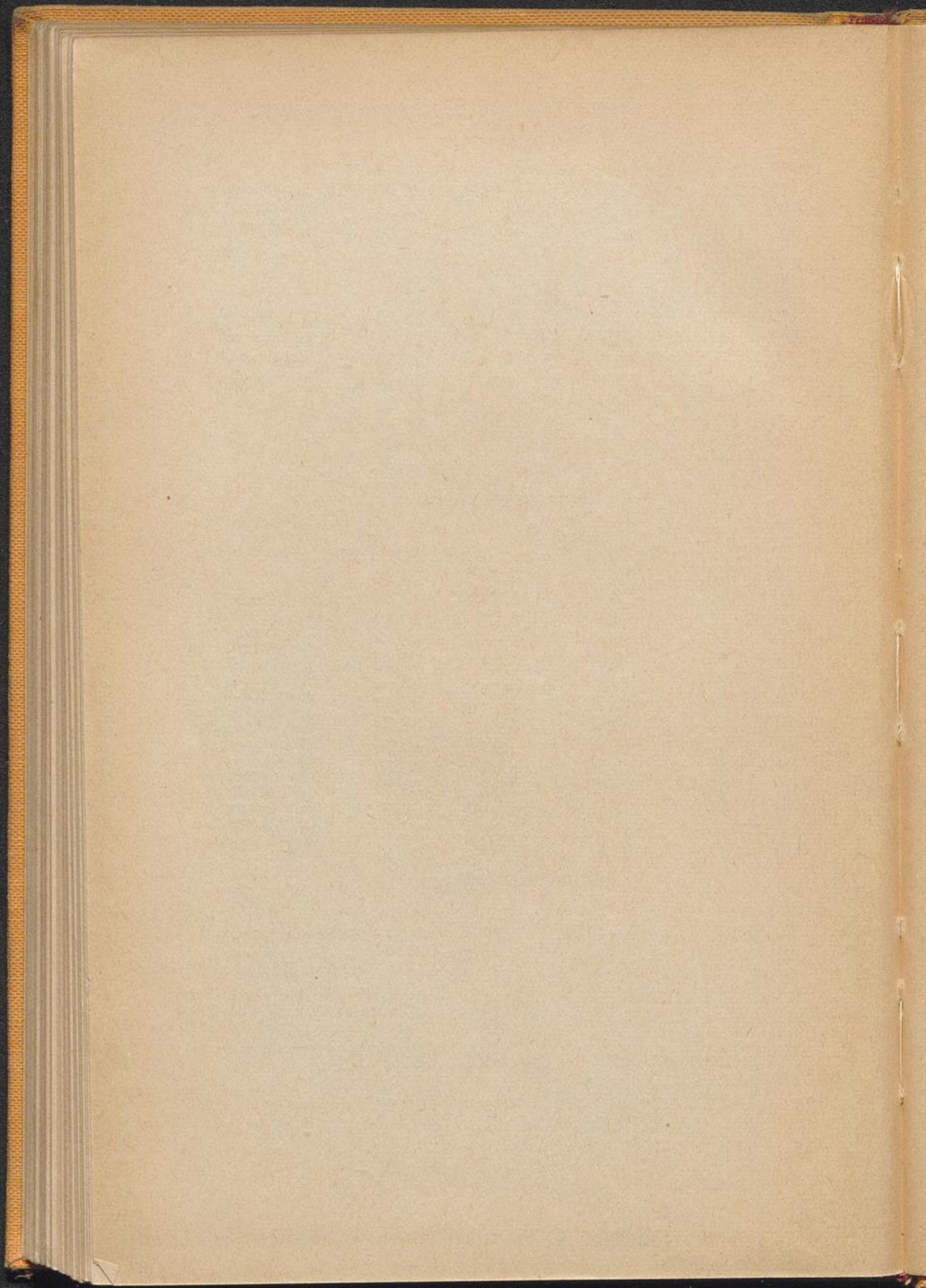
Anwaltsgebühren.

Wert bis einschl.	$\frac{10}{10}$	$\frac{5}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{13}{10}$	
20 Mf.	2,— Mf.	1,— Mf.	—,60 Mf.	2,60 Mf.	$\frac{3}{10}$ bei Zwangs- vollstreckung &c.
60 "	4,— "	2,— "	1,20 "	5,20 "	$\frac{5}{10}$ bei Versäum- nissachen &c.
100 "	6,— "	3,— "	1,80 "	7,80 "	$\frac{10}{10}$ im Prozeß- verfahren.
150 "	8,— "	4,— "	2,40 "	10,40 "	$\frac{13}{10}$ im Beru- fungsverfahren.
200 "	10,— "	5,— "	3,— "	13,— "	In Strassachen
300 "	15,— "	7,50 "	4,50 "	19,50 "	1. Instanz Haupt- verhandl. 40 Mf., vor dem Schwur- gericht, Oberlan- desgericht und Reichsgericht
400 "	20,— "	10,— "	6,— "	26,— "	80 Mf.
500 "	25,— "	12,50 "	7,50 "	32,50 "	Im Vorverfah- ren 20 Mf., vor dem Schwur-, Oberlandes- und Reichsgericht
600 "	29,— "	14,50 "	8,70 "	37,70 "	40 Mf.
700 "	33,— "	16,50 "	9,90 "	42,90 "	
800 "	37,— "	18,50 "	11,10 "	48,10 "	
900 "	41,— "	20,50 "	12,30 "	53,30 "	
1000 "	45,— "	22,50 "	13,50 "	58,50 "	
2000 "	75,— "	37,50 "	22,50 "	97,50 "	
10000 "	205,— "	102,50 "	61,50 "	266,50 "	

Notariatsgebühren.

Wert bis einschl.	$\frac{10}{10}$ Gebühr	
50 Mf.	2,— Mf.	$\frac{10}{10}$ für Grundbuch- und Nach- laßsachen.
100 "	3,— "	$\frac{20}{10}$ für Verträge, Testamente.
200 "	4,— "	$\frac{5}{10}$ für Vormerkungen, Löschung.
300 "	5,— "	$\frac{2}{10}$ für Aufbewahrung von Te- stament und Hypothekenbrief.
500 "	6,— "	$\frac{1}{10}$ für beglaubigte Grundbuch- abschrift.
1000 "	8,— "	
für je weitere 500 Mf. + 2,— Mf. (bis 4000 Mf.)		
von 4000 Mf. ab für jede weiteren 1000 Mf. + 2,— Mf. (bis 30000 Mf.)		

*



Stichwort-Verzeichnis.

(Die Ziffern hinter den Wörtern geben die Seitenzahlen an.)

- | | |
|---|--|
| Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte 138 | Aufgebot 36 |
| Abiturienten-Examen 201 | Auflassung 33 |
| Ablehnung der Vormundschaft 7, 45 | Auflösung der Ehe 46 |
| Ablehnung des Schöffens und Geschworenenamtes 7 | Ausländ. Geldwährungen 213 |
| Abtretung von Forderungen 27 | Ausnahmezustand 133 |
| Abzahlungsgeſchäft 17 | Aussteuer 43 |
| Achtstundentag 81 | Ausverkaufswesen 58 |
| Adoption 6, 7, 43 | Auswanderung 143 |
| Akademien (pädagogische) 202 | |
| Akademische Berufe 201, 202 | Baden 154 |
| Aktiengesellschaft 56 | Bankerott 124 |
| Aktien 68 | Bankwesen 62 |
| Akzept 65 | Baupolizei 159 |
| Alimente 41 | Bayern 153 |
| Amtmann 152 | Beamte 200 |
| Amtsbezirk 152 | Beamtenhaftung 13 |
| Amtsgericht 108 | Beerdigung 14 |
| Anbaurechte 33 | Befähigungsnachweis 69 |
| Angestelltenversicherung 87, 94 | Beförderungsteuer 167 |
| Anhalt 156 | Begnadigungsrecht 133 |
| Anleitung von Lehrlingen 73 | Beleidigungsklage 110 |
| Anmeldung von Patentsachen 60 | Benzolsteuer 165 |
| Annahmeverweigerung 26 | Bergakademien 197 |
| Ansteckende Krankheiten 14 | Berufe 198 |
| Anwaltsgebühren 215 | Berufsgenossenschaft 90 |
| Anzeigepflicht 14, 86 | Berufung 116 |
| Arbeitsgericht 112 | Beschäftigung von Frauen 83 |
| Arbeitslosenversicherung 99 | Beschäftigung von Kindern 83 |
| Arbeitsnachweis 83 | Beschwerde gegen Finanzamts-
verfügung 170 |
| Arbeitsrecht 78 | Beschwerde gegen Gerichts-
beschlüsse und Verfügungen
117, 126 |
| Arbeitsvermittlung 84 | Betrieb eines Gewerbes 69 |
| Arbeitsvertrag 78 | Betriebsobmann 80 |
| Arbeitszeit 81 | Betriebsräte 80 |
| Arglist beim Verkauf 17 | Betrug 140 |
| Armenfürsorge 102 | Beurkundung 16 |
| Armenpolizei 159 | Bevölkerung der Erde 211 |
| Armenrecht 116 | Bezirksausschuß 150 |
| Astronomische Angaben 212 | Bienenschwarm 31 |
| Aufbauschule 194 | Biersteuer 166 |

Bilanz 55
 Blindentestament 50
 Bodenkreditanstalt 64
 Börsenplätze 69
 Börsenwesen 67
 Branntweinmonopol 167
 Braunschweig 156
 Bremen 156
 Briefbeschlagnahmung 179
 Briefgeheimnis 179
 Bundesstaat 128
 Bürgschaft 28
 Bürgerliches Gesetzbuch 135
 Bürgermeister 151

 Darlehn 28
 Darlehnskassen 64
 Darlehenskassenscheine 64
 Dawesgutachten 206
 Deportgeschäft 69
 Desinfektion 14
 Deutsche Oberschule 195
 Diebstahl 140
 Dienstvertrag 23
 Differenzgeschäft 69
 Diplomkaufmann 201
 Dokortitel 198
 Dollarkurs 213

 Effekten 63
 Effektenbörse 67
 Ehe 36
 Eheliches Güterrecht 37
 Ehemündigkeit 7
 Ehescheidung 46
 Eid 116
 Eidesmündigkeit 6
 Eigentum 30
 Eilgut 186
 Eingebrahtes Gut 37
 Eingetragene Genossenschaft 57
 Einkommensteuer 161
 Einspruch (Vollstreckungsbefehl) 118
 Einstellungspflicht für Schwer-
 beschädigte 85
 Einwohnerzahl der deutschen
 Länder 157
 Einwohnerzahl der europäischen
 Staaten 210
 Einwohnerzahl der Städte 209
 Eisenbahntarif 186
 218

Elterliche Gewalt 7, 42
 Elternbeirat 196
 Enterbung 51
 Entmündigung 45
 Erbenhaftung 52
 Erbfähigkeit 5
 Erbfolge 48
 Erbschaftssteuer 163
 Erbschein 53
 Erbvertrag 49
 Erfüllungsort 114
 Errungenschaftsgemeinschaft 39
 Ersatzkassen 88, 95
 Ersatzleistungen der Post 177
 Ersatzleistungen der Bahn 186
 Erziehung 30
 Evangelische Landeskirche 190
 Expreßgut 186

 Fahrpreisermäßigung 188
 Faustpfand 34
 Fernsprech-Anschlüsse 179
 Fernsprechgebühren 178
 Festungshaft 137
 Feuerbestattung 15
 Feuerpolizei 159
 Finanzamt 170
 Finanzgericht 170
 Finderlohn 31
 Firma 54
 Fischereiwesen 76
 Fliegerlaufbahn 200
 Fluglinien 183
 Folgen der Ehescheidung 46
 Forderung (Übertragung) 27
 Forstpolizei 159
 Freiwillige Gerichtsbarkeit 111
 Fristen 8
 Funkverkehr 182
 Fürsorgeerziehung 43, 105
 Fürsorgewesen 101
 Gebrauchsmusterschutz 61
 Geburt 5, 40
 Gefängnisstrafe 137
 Gefundene Sachen 30
 Gegenvormundschaft 46
 Gehaltspfändung 121
 Geldstrafe 138
 Geldwesen 62
 Gemeindesteuer 168
 Gemeindeverwaltung 151

Gemeindewaisenrat 106
Geographische Daten 212
Gepäcktarif 189
Gerichte 108
Gerichtsgebühren 215
Gerichtsvollzieher 119
Geschäftsaufsicht 124
Geschäftsfähigkeit 5, 7
Geschäftsunfähigkeit 5
Geschenke 47
Geschmacksmusterschutz 60
Geschworene 7, 111
Gesellenprüfung 74
Gesellschaftsfahrt 188
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung 57
Gesetzbücher 135
Gesetzgebung 134
Gesindevertrag 24
Gesundheitspolizei 159
Gewerbefreiheit 69
Gewerbeordnung 69, 136
Gewerbesteuer 168
Gewerbewesen 69
Gewichte 211
Gläubigerauschuß 123
Glücksspiel 26
Golddiskontbank 63
Grenzanlagen 32
Grundbuch 33
Grunddienstbarkeit 33
Grunderwerbssteuer 165
Grundpflichten des Staatsbürgers
144
Grundvermögenssteuer 169
Gütergemeinschaft 38
Güterrechtsregister 37
Gütertarif 186
Gütertrennung 38
Güterverfahren 115
Gutsbezirke 152
Gymnasien 193

Haft 138
Haftung der Beamten 13
Haftung der Eisenbahn 186
Haftung der Eltern 6, 12
Haftung der Erben 52
Haftung des Gastwirts 13
Hamburg 156
Handelsbücher 55

Handelsgesellschaften 56
Handelsgesetzbuch 136
Handels-Hochschulen 197, 201
Handelskammern 58
Handelsmarine 199
Handelsregister 54
Handelsrichter 109
Handel und Geldverkehr 54
Handwerk 71, 198
Handwerkliche Berufe für
Mädchen 204
Handwerkskammer 72
Handwerksnovelle 75
Hauptfürsorgestellten 85
Hauptverfahren (Eröffnung) 126
Hausfriedensbruch 140
Hausierwesen 71
Hauszinssteuer 168
Hebammenberuf 204
Hehlerei 140
Heiratsfähigkeit 7
Hessen 155
Hochschulen 197
Höhere Schulen 193
Hortnerin 203
Hypothek 34

Impfpflicht 5, 41, 160
Industrie- u. Handelskammer 58
Industriebelastungs- und Auf-
bringungs-gesetz 168
Innungswesen 71
Instandsetzung von Wohnungen 22
Invalidenversicherung 92
Inventar bei Pacht 22
Inventur 55

Jagd 75
Jugendamt 106
Jugendgerichte 111
Jugendschutz 106
Jugendwohlfahrtspflege 106

Kammer für Handelsfachen 108
Kammergericht 109
Kapitalertragssteuer 162
Katasteramt 170
Kauf 17
Kaufmann 54, 200
Kaufmännische Berufe für
Mädchen 204

Kaufvertrag 17
 Kauf von Häusern 18
 Kindergärtnerin 203
 Kinderpflegerin 203
 Kirchnaustritt 190
 Kirchengemeinde, kath. 191
 Kirchengemeinde, protest. 190
 Klage 114
 Kleinrentner 103
 Knappschaftsversicherung 98
 Kommanditgesellschaft 56
 Konfession der Kinder 40
 Konkurrenzverbot 24
 Konkurs 122
 Konkursausverkauf 59
 Konsul 58
 Konzession 69
 Körperschaftssteuer 162
 Körperverletzung 126, 139
 Kraftfahrzeugsteuer 166
 Kraftfahrzeugkennzeichnung 214
 Krankenpflegerin 204
 Krankenversicherung 87
 Kreditgenossenschaften 64
 Kreisverwaltung 150
 Kriegsbeschädigte und Kriegs-
 hinterbliebene 105
 Kriminalpolizei 158
 Kündigungsschutz 79, 86
 Kurszettel 68
 Kurzarbeiter 100

Landbürgermeister 152
 Landesarbeitsgericht 114
 Landesbanken 64
 Landesfinanzämter 169
 Landesjugendamt 107
 Landjäger 158
 Landgemeinde 152
 Landgericht 108
 Landrat 150
 Landtag (preussischer) 152
 Landwirtschaft 204
 Lebensalter im Recht 5—7
 Lehrbrief 74
 Lehrlinge, kaufmännische 200
 Lehrvertrag 73
 Lehrzeit im Handwerk 73
 Leichenschau 14
 Lippe 156
 Lohnkonto 162

220

Lohnpfändung 121
 Lohnsteuer 162
 Londoner Abkommen 205
 Lotterie 27
 Lotteriesteuer 166
 Luftpostverkehr 180
 Luftverkehr 182
 Lübeck 156
 Lyzeum 194

Magistrat 151
 Mahnverfahren 117
 Makler 67
 Maße 211
 Männliche Berufe 198
 Mecklenburg 155
 Mehrarbeit 82
 Meineid 140
 Meistbegünstigungsverträge 135
 Meisterprüfung 74
 Mieteinigungsamt 20
 Mieterschutzgesetz 20
 Mietsstempel 19
 Mietvertrag 19
 Militärberufe 199
 Militärstrafgesetzbuch 145
 Millionenstädte 209
 Mineralwassersteuer 165
 Mischehen 40
 Mitgift 37
 Mittelschule 193
 Möblierte Zimmer 20
 Münzrecht 62
 Musterschutz 60
 Mutterschutz 83

Nachbargrundstücke 31
 Nachlaßteilung 53
 Nachnahmefindung 17
 Naturalisation 141
 Nichtigkeit der Ehe 47
 Notariatsgebühren 215
 Nottestament 50

Oberlandesgericht 109
 Oberrealschule 194
 Offenbarungseid 118
 Offene Handelsgesellschaft 56
 Offerte 15
 Oldenburg 156
 Orden 142
 Ortsgerichte 112

Pacht 22
 Parteiprogramme 131
 Paßvisum 143
 Patentrecht 59
 Personentarif 181, 187
 Pfändbares und Nichtpfändbares
 Pfandreht 34, 123 [119]
 Pfändung 119, 121
 Pflegekinder 106
 Pflegschaft 46
 Pflichtteil 51
 Platzkarten 188
 Polizei 157
 Polizeiaufsicht 138
 Polizeiverordnung 160
 Post 171
 Postkreditbrief 180
 Postcheckverkehr 174, 179
 Postgebühren 172
 Post- und Telegraphendienst für
 Mädchen 204
 Presbyterium 190
 Preßrecht 136
 Preußen 148, 152
 Privatklage 126
 Produktenbörse 67
 Prokura 55
 Provinziallandtag 149
 Provinzialrentenbank 64
 Provinzialschulkolleg 194
 Provinzialverwaltung 148
 Ratenzahlung 17
 Raub 140
 Räumung der Wohnung 21
 Realgymnasium 194
 Rechte, Pflichten der Ehegatten 36
 Rechtsfähigkeit 5
 Rechtsgeschäft 15
 Rechtsverordnungen 135
 Regierungsbezirk 149
 Regierungspräsident 149
 Reichsarbeitsgericht 114
 Reichsbahn, Deutsche 185
 Reichsbank 63
 Reichsbehörden 146
 Reichseinkommensteuer 161
 Reichsgericht 109, 111
 Reichsjugendamt 107
 Reichskanzler 133
 Reichsmarine 146, 199

Reichsmietengesetz 21
 Reichsministerien 146
 Reichspost, Deutsche 171
 Reichspostzentralamt 171
 Reichspräsident 133
 Reichsrat 132
 Reichsregierung 133
 Reichsschuldenverwaltung 147
 Reichsstrafgesetzbuch 137
 Reichstag 130
 Reichsverfassung 128
 Reichsverwaltung 146
 Reichswehr 144, 199
 Reichswirtschaftsrat 134
 Reisezeugnis 197
 Rektoratschulen 194
 Religion der Kinder 40
 Religionsgesellschaften 190
 Rentenbankbelastung 168
 Rentenbank 63
 Reparationsabkommen 205
 Revision 117
 Rücktritt vom Vertrag 16, 26
 Sacharinsteuer 165
 Sachbeschädigung 140
 Sachsen 155
 Säuglingspflegerin 203
 Schadenersatz 6, 11
 Schaumburg-Lippe 156
 Schaumweinsteuer 166
 Scheckwesen 67
 Schenkung 18
 Schenkung unter Lebenden 19
 Schenkungssteuer 163
 Schiedsmann 127
 Schließung der Ehe 36
 Schlüsselgewalt der Ehefrau 37
 Schöffen 7, 110
 Schöffengericht 110
 Schulaufsicht 196
 Schuldeputation 196
 Schuldschein 27
 Schulen (höhere) 193
 Schülermonatskarte 188
 Schulkommission 195
 Schulpflicht 5, 41
 Schulwesen 193
 Schund- und Schmutzschriften 107
 Schutzzölle 169
 Schwägerschaft 39

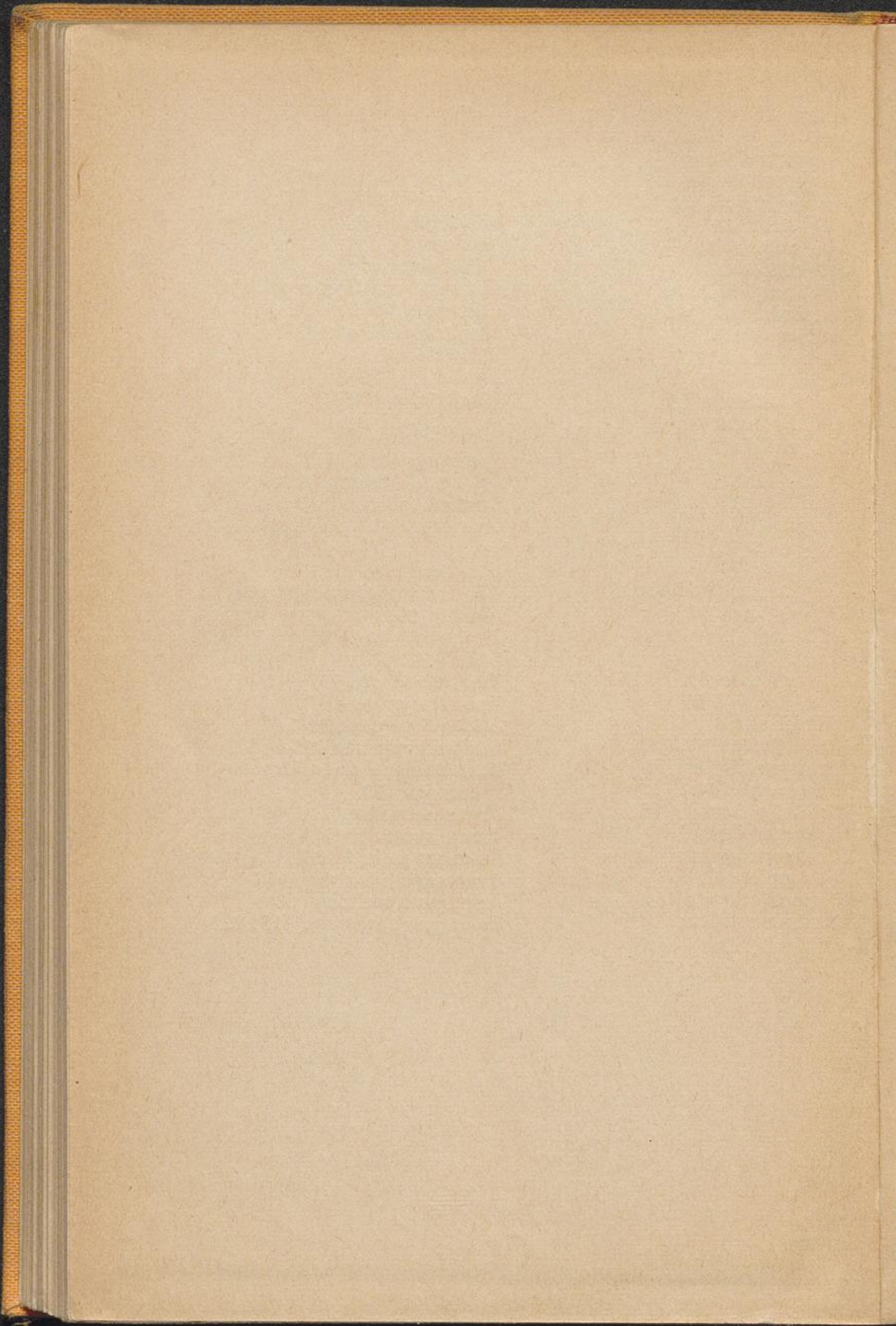
Schwerbeschädigte 85
 Schwurgericht 111
 Seehandlung 63
 Sicherheitspolizei 158
 Sicherungshypothek 121
 Solawechsel 65
 Sonderzüge 189
 Sozialrentner 104
 Sozialrentnerfürsorge 104
 Sozialversicherung 87
 Sparkasse 64
 Spielschulden 6
 Statistisches 209, 210
 Staatsangehörigkeit 141
 Staatsbanken 63
 Staatsbürgerrecht 141
 Staatsgerichtshof 112
 Staatsgesetze 134
 Staatsrat (preussischer) 153
 Staatsrecht 128
 Staatsverträge 135
 Stadtverwaltung 151
 Städtetag 151
 Standesamt 14, 36, 40
 Stellenvermittlung 84
 Stempel für Mietverträge 19
 Steuerwesen 161
 Steuer der toten Hand 165
 Stille Gesellschaft 58
 Strafantrag 139
 Strafen 137
 Strafgericht 108
 Strafgesetzbuch 137
 Strafkammer 111
 Strafmündigkeit 6, 7, 138
 Strafprozeß 125
 Strafregister 141
 Strafsachen 110
 Sühneternin 127
 Tabaksteuer 165
 Tarifvertrag 80
 Täuschung 17
 Technische Hochschulen 197
 Teilzahlungen 17
 Termine 8
 Testament 6, 49
 Thüringen 155
 Tierärztliche Hochschulen 197
 Tierschaden 12
 Titel 142
 222

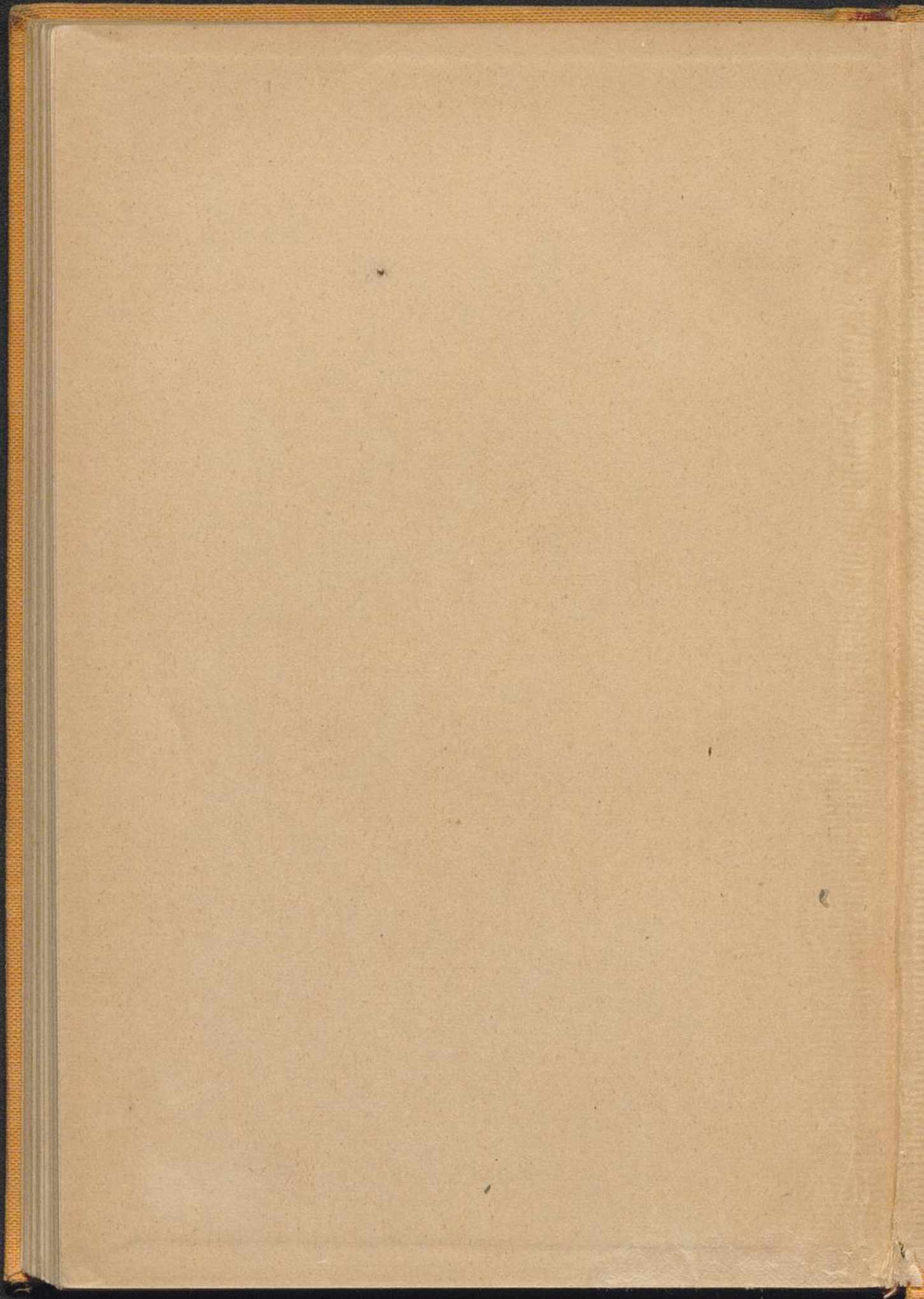
Tod 14
 Todeserklärung
 Todesstrafe 137
 Totenschein 147
 Tratte 65
 Trauung 36
 Uebertragung von Forderungen
 Uebertretungen 137 [27]
 Ultimogeschäft 69
 Umsatzsteuer 164
 Uneheliche Kinder 41
 Unfallversicherung 89
 Universitäten 197
 Unlauterer Wettbewerb 58
 Unpfändbarkeit 119
 Unterbrechung der Verjährung 11
 Unterhaltspflicht 39
 Unterschlagung 140
 Unterschrift (Beglaubigung) 16
 Unterstützungswohnsitz 102
 Untervermieten 19, 21
 Urkundenfälschung 140
 Verbrauchssteuern 165
 Verbrechen 137
 Vereins- und Versammlungsrecht
 143
 Verfassung der Länder 152
 Verfassung des Deutschen Reiches
 128
 Vergehen 137
 Vergleichsvorschlag 124
 Vergnügungssteuer 167
 Verjährung 9
 Verjährung der Verbrechen und
 Vergehen 139
 Verkehrssteuer 163
 Verlagsvertrag 26
 Verlöbniß 36
 Verlorene Sachen 30
 Vermögenssteuer 163
 Verordnungen der Polizei 160
 Versailler Vertrag 205
 Verschollenheit 7
 Versicherungssteuer 167
 Versuch einer strafbaren Hand-
 lung 139
 Versteigerung 119
 Verteidiger 126
 Vertrag 15

Vertragschluß, telephonischer 16
Vertrieb von Druckschriften 70
Verwaltung 146
Verwaltungsgericht 112
Verwandtschaft 39
Viehhandel 18
Viehkauf 11, 18
Völkerbund 208
Volljährigkeit 7
Vollstreckungsbefehl 118
Volksbegehren 129
Volksentscheid 129
Volkschule 193
Volkschullehrer 202
Vorbehaltsgut der Frau 37, 38
Vormundschaft 7, 45

Wahlbezirk 131
Wahlen 131, 151
Wahlkreis 131
Wahlrecht 7
Wandergewerbebeschein 71
Warenzeichen 61
Währung 62
Wechselklage 66
Wechselkunde 65
Wechselprotest 66
Wechselreiterei 66
Wechselsteuer 164
Wegegerechtigkeit 33
Wehrmacht 144
Weibliche Berufe 203
Weimarer Verfassung 128
Werkvertrag 25
Wertpapiere 62
Wertpapiersteuer 164
Wertzuwachssteuer 165

Wettbewerb (unlauterer) 58
Wetten 26
Widerruf eines Auftrags 16
Widerruf einer Schenkung 18
Wiederverheiratung 47
Wildddieberei 75
Wildschaden 75
Wildschonzeiten 76
Witwen- und Waisengelder 15
Witwen- und Waisenrente 94
Wohlfahrtspflege 102
Wohnsitz 142
Wucher 15, 29
Württemberg 154
Youngplan 206
Zahlungsbefehl 117
Zahlungsschwierigkeit 122
Zentralbehörden in Preußen 148
Zentralgenossenschaftskasse 63
Zeugen 116
Zeugeneid 116
Zeugnisverweigerung 116
Zinsfuß 29
Zivilprozeß 114
Zölle 169
Zuchthausstrafe 137
Zuckersteuer 165
Zündholzmonopol 167
Zündwarensteuer 165
Zurücknahme eines Straf-
antrags 139
Zwangserziehung 43
Zwangsinnung 71
Zwangsvergleich 124
Zwangsversteigerung 119
Zwangsverwaltung 121
Zwangsvollstreckung 118, 121







03M36013

P
03

Hobbes, Thomas

M
36013